

MITTWOCH, 8. OKTOBER 2008

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

1. Feierliche Sitzung - Ingrid Betancourt

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vertreter des Rates, Herr Kommissar! Mit großer Genugtuung und Bewunderung und mit ganz großer Freude begrüße ich heute im Europäischen Parlament Ingrid Betancourt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Tatsache, dass Sie heute bei uns sind, ist ein Zeugnis dafür, dass tapfere Menschen im Kampf für Freiheit und Menschenwürde nie die Hoffnung aufgeben. Nach Ihrer Freilassung am 2. Juni 2008 durfte ich Ihnen für das Europäische Parlament schreiben und Sie in der Freiheit willkommen heißen. Nun ist der Augenblick gekommen, dass Sie im Europäischen Parlament unser Gast sind.

Sechs Jahre, vier Monate und neun Tage lang wurden Sie in Geiselhaft gehalten. Nur Sie können ermessen, was Sie während dieser 2 321 Tage durchleben mussten, aber Sie sind in der ganzen Welt zu einem Symbol für Freiheit und menschlichen Widerstand gegen aufgezwungene Bedrängnis und gegen die Beraubung grundlegender Menschenrechte geworden, zu einem Vorbild von Würde und Mut für uns alle. Auf Ihrem Weg haben Ihre Kinder Sie begleitet. Ich vergesse nie, wie Ihre beiden Kinder – Ihre Tochter und Ihr Sohn – mich vor einigen Jahren in einer anderen Funktion aufgesucht haben und wie sie sich für ihre Mutter eingesetzt haben. Das war die Liebe von Kindern. Sie können stolz sein auf Ihre Kinder!

(Beifall)

Terrorismus, wie ihn Ihre Geiselnnehmer praktizieren, ist ein direkter Anschlag auf unsere Werte, auf Freiheit, Menschenwürde und Demokratie.

Ingrid Betancourt, Ihr Beispiel zeigt uns erneut deutlich, dass Demokratien nie vor dem Terrorismus weichen dürfen. Es ist eine politische und moralische Verpflichtung sicherzustellen, dass die Rechtsstaatlichkeit immer verteidigt wird.

Während Ihrer Gefangenschaft haben sich zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlaments unermüdlich für Ihre Freilassung eingesetzt, und ich weiß, dass heute auch viele Vertreter der verschiedenen Ingrid-Betancourt-Komitees hier anwesend sind, aktive Verfechter Ihrer Sache, die sich für die Freiheit aller Geiseln in Kolumbien einsetzen. Sie alle, die sich für Ingrid Betancourt eingesetzt haben und nun hier im Europäischen Parlament anwesend sind, möchte ich herzlich begrüßen und willkommen heißen!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt unsere Anstrengungen unermüdlich fortsetzen, um die Freilassung all derer zu erreichen, die noch immer ihrer Freiheit beraubt sind. Dies ist auch einer der Gründe Ihres heutigen Besuches. Sie selbst, Ingrid Betancourt, haben gesagt: „Für ein Opfer des Terrorismus ist die größte aller Gefahren, vergessen zu werden. Als ich im Dschungel war, hatte ich ein Gesicht und einen Namen. Ich fordere nun, dass wir dasselbe tun für diejenigen, die dort zurückgeblieben sind.“ Das waren und sind Ihre Worte. Wir fordern das heute im Namen des gesamten Europäischen Parlaments.

In diesem Jahr feiern wir den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Diese Erklärung stellte die erste weltweite und feierliche Verpflichtung zur Wahrung der Würde jedes Menschen und der Gleichheit aller Menschen, ohne Ansehen ihrer Hautfarbe, Konfession oder Herkunft dar. In Artikel 3 der Erklärung heißt es: „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“

Zahlreich sind die Menschen, die ihrer Freiheit beraubt wurden, weil sie für den Schutz der Menschenrechte eingetreten sind oder eintreten. Im Rahmen der Konferenz unter dem Motto „Menschenrechtsaktivisten ergreifen das Wort“, die in dieser Woche hier im Europäischen Parlament veranstaltet wird, konnten wir zahlreiche Zeugnisse von Menschen hören, die unterdrückt, willkürlich inhaftiert oder ins Exil gezwungen

wurden, weil sie für grundlegende Rechte und Freiheiten kämpfen. Wir hatten auch Gelegenheit zu erörtern, wie wir diese Menschen besser schützen und in ihrer Arbeit unterstützen können.

Es ist nun für uns alle, verehrte, liebe Ingrid Betancourt, eine große Freude und Ehre, Sie zu bitten, zum Europäischen Parlament zu sprechen!

Ingrid Betancourt. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist für mich sehr bewegend, heute hier bei Ihnen zu sein, an dem Tag, an dem die Vereinten Nationen und die Europäische Union das Gedenken an den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gemeinsam begehen.

Natürlich kann ich nur daran denken, was für ein außerordentlicher Zufall das ist. Vor nur drei Monaten beobachtete ich Sie aus den tiefsten Tiefen des Regenwalds im Amazonasgebiet bei Ihrer Arbeit. Mein größter Wunsch war, dass andere hier für uns sprechen, während wir nach wie vor Gefangene des Wahnsinns der einen und der Nachlässigkeit der anderen bleiben würden.

Es ist ein Wunder, davon bin ich fest überzeugt, dass ich diese Augenblicke hier mit Ihnen teilen kann. Ich komme hierher voller Bewunderung, in ein Parlament, das ich schon immer beneidet habe. Wie alle Lateinamerikaner träume ich davon, dass Ihr Beispiel ansteckend wirkt und unser Volk eines Tages vereint ist, sodass wir uns in einem lateinamerikanischen Parlament wie dem Ihren versammeln und durch einen Dialog und gegenseitigen Respekt die Schlüssel zu einem großen und großzügigen gemeinsamen Schicksal für unseren Kontinent finden.

Ich weiß nur zu gut, wie intensiv Sie in diesen schweren Jahren an mich gedacht haben. Ich erinnere mich genau an Ihr Engagement, neben dem unserer Familien, in einer Zeit, in der die Welt das Interesse am Schicksal der kolumbianischen Geiseln verloren hatte und man die Stirn runzelte, wenn wir erwähnt wurden.

Im Dschungel hörte ich immer Radio, in dem eine Sitzung dieses Parlaments übertragen wurde. Ich hatte keine Bilder, aber ich hatte die Stimmen der Journalisten, die die Sitzung beschrieben. Von hier aus, aus diesem Parlament, durch Sie, durch Ihre Weigerung aufzugeben und Ihre stille Missbilligung erhielt ich meine erste Unterstützung. Dank Ihnen habe ich vor über fünf Jahren verstanden, dass wir nicht mehr allein waren.

Wenn ich in diesen Jahren die Hoffnung nicht verloren habe, wenn ich meinen Lebensmut nicht verloren habe, wenn ich Tag für Tag mein Kreuz tragen konnte, dann deswegen, weil ich wusste, dass ich in Ihren Herzen existierte. Ich sagte mir, dass sie mich zwar physisch verschwinden lassen konnten, aber mein Name und mein Gesicht würden in Ihren Gedanken immer weiterleben.

Deshalb wollte ich von dem Augenblick an, in dem ich die freie Welt erstmals wieder betrat, hierher kommen, an diesen Ort, der mir wie eine Heimat vorkommt. Ich musste Ihnen sagen, dass nichts, was Sie gesagt oder getan haben, vergebens war. Wenn ich am Leben bin, wenn ich die Freude am Leben wiederentdeckt habe, dann verdanke ich das Ihnen. Sie sollten wissen, dass Ihre Worte mich befreit haben, bevor mich die eigentliche, physische Hilfe erreichte.

Danke!

(Beifall)

Ich danke Ihnen allen. Danke, dass Sie Ihre Herzen für diese Tragödie geöffnet haben, die sich so weit von hier entfernt abspielte. Als ich darüber nachdachte, einen Status für Terroropfer einzurichten und vor den Vereinten Nationen über die Notwendigkeit sprach, für die Familien der Opfer einen Raum zu schaffen, in dem sie sich äußern können, dachte ich an das Beispiel, das Sie uns gegeben haben. Ich weiß, Sie haben meine Familie empfangen, meine Mutter, meine Kinder, und Sie haben sie angehört. Als ich im Dschungel davon erfuhr, war das enorm wichtig für mich. Durch Ihre Großzügigkeit ist das Europäische Parlament zu einer Plattform geworden, um der Welt über das Maß an Barbarei zu berichten, das wir erfahren haben, und das mehr als 3 000 meiner Landsleute noch erleiden müssen.

Die hier gesprochenen Worte, die meine Befreiung und die meiner Mitgefangenen ermöglicht haben, haben zum Handeln gezwungen. Gleichzeitig wurde das Leben aller Geiseln und auch das der Guerillakämpfer, unserer Entführer, geachtet. Die Tatsache, dass keine Gewalt angewendet wurde, war das Ergebnis Ihrer Entschlossenheit und Ihres Engagements. Das ist ein besonderes, eindeutiges und konkretes Ergebnis Ihres Handelns.

(Beifall)

Ich möchte hier außerdem den tausenden Menschenrechtsaktivisten, den tausenden Freiheitskämpfern meinen Dank aussprechen, die sich weltweit um unsere Rückkehr und die Rückkehr vieler, vieler anderer Menschen in der Welt bemüht haben. Ich sehe hier die gelben T-Shirts der International Federation of Ingrid Betancourt Committees (FICIB).

(Beifall)

(ES) Ich möchte der FICIB für ihren Kampf für all diese Geiseln in Kolumbien danken. Sie waren die ersten, die diese Türen geöffnet haben. Dank Ihrer Arbeit wurden fünfzehn meiner Mitgefangenen und ich selbst befreit. Wir müssen weiterhin kämpfen und daran arbeiten, die zu befreien, die noch dort sind, und ich weiß, ich kann auf Sie zählen.

(Beifall)

(FR) Es gab viele Freiheitskämpfer. Da war natürlich die FICIB und viele andere Komitees weltweit: Komitees in Paris, in Italien, in den Niederlanden, viele, in Griechenland, Deutschland, Irland, Dänemark, Schweden, überall. Wir hatten überall Freunde: in Kanada, in den Vereinigten Staaten, überall in Lateinamerika, aber hier nahm alles seinen Anfang. Danke!

(Beifall)

Über sechs Jahre haben diese Freiheitskämpfer Tag für Tag Aktionen organisiert, damit unsere Tragödie nicht in Vergessenheit gerät. Wir sind frei, einige von uns, aber nicht alle. Der Kampf geht weiter.

Mehr denn je brauchen wir Ihre Unterstützung für sie, Ihre offenen Türen, Ihre Bereitschaft und Ihre Zeit. Mehr denn je brauchen wir jedoch Ihr Wort. Denn die einzige Waffe, an die wir glauben sollten, ist die Macht der Worte.

(ES) Ich möchte auch darüber sprechen, was für ein außergewöhnliches Instrument Worte sein können. Heute denke mit großer Sorge an eine Frau, die Worte als Waffe benutzte und dafür mit Gewalt und Feuerwaffen bekämpft wurde.

Eine kolumbianische Frau, Olga Marina Vergara, starb am 22. September. Sie wurde gemeinsam mit ihrem Enkel, ihrem Sohn und anderen Familienmitgliedern ermordet. Sie war eine Menschenrechtsaktivistin. Sie war eine Frau, die nicht schwieg, die ihre Worte benutzte, um andere zu verteidigen.

Ich denke heute an sie und bitte die Behörden meines Landes, Kolumbien, hier, an diesem geheiligten Ort, die erforderlichen Schritte zu ergreifen, um die Verantwortlichen ausfindig zu machen, damit sie in einem fairen Verfahren für ihre schändlichen Taten bestraft werden.

(Beifall)

(FR) Wissen Sie, Worte sind von großer Bedeutung. Mit Worten können wir Hass und Gewalt am effektivsten bekämpfen. Ich bin sicher, dass Sie schon oft frustriert waren, nichts „tun“ zu können, weil Ihnen reine „Worte“ sinnlos erschienen. Ich denke, vielleicht haben Sie schon die Erfahrung gemacht – mir ist es auf jeden Fall so gegangen, als ich Mitglied im kolumbianischen Parlament war –, dass Sie beispielsweise bedauern, nicht Teil der Regierung zu sein, der Exekutive, die die Entscheidungen trifft, Schecks unterzeichnet und die Dinge erledigt. In einer materiellen Welt, in der nicht existiert, was wir nicht sehen, ist dies eine Frustration, vor der wir uns alle hüten müssen.

Das Parlament aber ist der Tempel der Worte, der Worte, die befreien. Hier beginnt man, die Gesellschaft wachzurütteln. Hier werden die Dinge, die unserem Volk wirklich etwas bedeuten, durchdacht und in Worte gefasst. Wenn die Exekutivbehörden schließlich Maßnahmen ergreifen, dann deshalb, weil irgendjemand hier, jemand von Ihnen, lange vorher aufgestanden ist und das Wort ergriffen hat. Sie wissen ebenso gut wie ich: Wann immer jemand hier im Parlament spricht, weicht das Böse einen Schritt weiter zurück.

Worte haben in der realen Welt echten Einfluss. Sartre hat das schon als Kind gespürt. Françoise Dolto hat das wunderschön formuliert, als sie sagte, dass Menschen die Geschöpfe von Worten seien und dass Worte Fürsorge, Heilung und Geburt bedeuten können – aber auch Krankheit und Tod. Die Worte, die wir sprechen, haben die Kraft der Emotionen, die in uns leben.

Ich war überrascht, als ich entdeckte – und das ist etwas sehr Persönliches, ich gebe Ihnen hier einen Einblick in mein Privatleben – dass sich meine Tochter während meiner Abwesenheit mit den Worten ermutigte, die ich im Laufe unseres Lebens ohne groß nachzudenken gesagt hatte. Damals hatte ich keine Vorstellung

davon, welche Hoffnung und Stärke diese Worte ihr geben würden, als ich fern von ihr in Gefangenschaft war. Sie erinnert sich vor allem an einen Brief, den ich ihr zu ihrem fünfzehnten Geburtstag geschrieben und ganz vergessen hatte. Sie erzählte mir, dass sie diesen Brief an jedem Geburtstag las ...

(Beifall)

... und dass sie jedes Jahr, weil sie sich ein bisschen verändert hatte, etwas Neues darin entdeckte, das zu der Person sprach, zu der sie sich entwickelte ...

(Beifall)

Die Ärzte haben eine Bezeichnung dafür: posttraumatisches Stresssyndrom. Man muss damit fertig werden. Das ist alles. Es tut mir leid.

Ich sagte also, dass sie jedes Mal etwas Neues in diesen Briefen fand, das zu der Person sprach, zu der sie sich entwickelte und zu dem, was sie durchmachte. Mein Gott, wenn ich das nur gewusst hätte! Ich hätte mir solche Mühe gegeben, ihr mehr Liebe und mehr Sicherheit mit auf den Weg zu geben.

Ich denke heute an uns, an Sie und mich. Wenn wir wirklich die ganze Wirkung unserer Worte begreifen könnten, wären wir vielleicht mutiger, tapferer, fordernder in unseren Diskussionen, wie wir das Leiden derjenigen lindern können, für die wir kämpfen müssen. Die Opfer despotischer Regimes wissen, dass das, was hier heute gesagt wird, der Welt ihr Leid zeigt und ihrem Kampf einen Sinn verleiht. Sie haben sich stets an ihre Namen und an ihre Lage erinnert. Sie haben ihre Unterdrücker daran gehindert, Zuflucht darin zu suchen, dass ihre Verbrechen vergessen werden. Sie haben ihnen nicht erlaubt, die Schrecken mit einer Doktrin, Ideologie oder Religion zu verbrämen, die sie ihren Opfern antun.

In meiner Gefangenschaft hörte ich verschiedentlich, wie Raúl Reyes, den Sprecher der FARC, für mich sprach. Ich hörte ihn im Radio sagen: „Ingrid sagt dies“ oder „Ingrid sagt das“. Ich war außer mir, dass die Guerillakämpfer mir mit meiner Entführung nicht nur mein Schicksal genommen, sondern sich auch meiner Stimme bemächtigt hatten.

In dem Bewusstsein, dass ich meine Stimme wiedergefunden habe, teile ich Ihnen heute mit, wie wichtig es für die Welt ist, dass Europa seine Stimme erhebt. In einer Welt, in der die Angst immer drückender wird, in der wir in unserer Angst vor morgen Gefahr laufen, uns abzukapseln, müssen wir uns öffnen, großzügig die Hände reichen und beginnen, die Welt zu verändern.

Die Konsumgesellschaft, in der wir leben, macht uns nicht glücklich. Die Selbstmordraten, der Drogenmissbrauch und die Gewalt in der Gesellschaft sind nur einige Symptome eines globalen Unwohlseins, das sich ausbreitet. Die globale Erderwärmung und die daraus folgenden Naturkatastrophen sollen uns daran erinnern, dass die Erde an unserer Verantwortungslosigkeit und Selbstsucht krankt.

(Beifall)

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dieser Tatsache und dem Leiden der Gewaltopfer in der ganzen Welt? Ich denke, da gibt es einen sehr engen Zusammenhang. Während meiner Gefangenschaft hatte ich Gelegenheit, das Sozialverhalten meiner Entführer zu studieren, und das offensichtlich über einige Zeit. Die Guerillakämpfer, die mich bewachten, waren nicht älter als meine eigenen Kinder. Die jüngsten waren 11, 12, 13, die ältesten höchstens 20 oder 25 Jahre alt. Die meisten – ich würde sagen 95 % – arbeiteten als Kokapflücker, bevor sie von der FARC rekrutiert wurden. Sie werden auch Raspachines genannt. Sie verbringen ihre Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang damit, aus den Kokablättern eine Paste zuzubereiten, die am Ende als Basis für Kokain verwendet wird.

Das sind junge Bauern, die häufig in sehr entlegenen Regionen leben, durch das Satellitenfernsehen jedoch sehr gut über die Ereignisse in der Welt auf dem Laufenden sind. Wie unsere Kinder werden auch sie mit Informationen bombardiert, und wie unsere Kinder träumen sie von iPods, Playstations, DVDs. Für sie liegt diese begehrten Konsumwelt jedoch vollkommen außerhalb ihrer Reichweite. Zudem ist ihre Arbeit auf den Drogenplantagen zwar besser bezahlt als die der traditionellen Bauern in Kolumbien, das Geld reicht aber kaum für ihre Grundbedürfnisse.

Sie sind frustriert, unfähig, etwas zum Bedarf der Familie beizusteuern, von den Gesetzhütern verfolgt (weil sie natürlich illegale Tätigkeiten ausüben), häufig Opfer der Korruption und der gelegentlichen Gewalt skrupelloser Beamter, und sie sind all dem Missbrauch, dem Betrug und den schmutzigen Geschäften der Kriminellen ausgeliefert, die die Region beherrschen. Das ist das Reich der Kriminellen, des Drogenhandels,

der Mafia. Schließlich ertränken sie ihre Sorgen und die drei Pesos, die sie verdient haben, in den provisorischen Bars, wo sie Zuflucht finden, in Alkohol.

Wenn die Guerilla dann neue Rekruten sucht, haben diese jungen Menschen das Gefühl, die Lösung für ihre Probleme gefunden zu haben: sie bekommen lebenslang Essen, Kleider und eine Unterkunft. Sie haben das Gefühl, am Beginn einer Karriere zu stehen, weil sie in der militärischen Guerilla-Organisation aufsteigen können. Sie tragen ein Gewehr auf der Schulter, das ihnen in der Region, also in den Augen ihrer Familie und ihrer Freunde, Respekt verschafft. Daher ist dort, wo Armut herrscht, die Zugehörigkeit zur Guerilla eine Form des sozialen Erfolgs.

Aber sie haben alles verloren. Sie haben ihre Freiheit verloren. Sie können die FARC niemals verlassen oder ihre Familie wiedersehen. Ohne es zu merken (aber ich habe es gesehen), werden sie zu Sklaven einer Organisation, die sie niemals ziehen lassen wird; sie sind Kanonenfutter in einem sinnlosen Krieg.

Diese Gruppe von rund 15 000 jungen Menschen, die den Großteil der FARC-Truppen bilden, wäre niemals da, wo sie heute ist, wenn unsere Gesellschaft ihnen echte Chancen geboten hätte. Sie wäre nie dort, wenn die Werte unserer Gesellschaft sich nicht verkehrt hätten und der Hunger nach Besitz nicht ein so wichtiger Bestandteil unseres Lebens geworden wäre.

(Beifall)

Unsere Gesellschaft ist dabei, haufenweise Guerillakämpfer in Kolumbien, Fanatiker im Irak, Terroristen in Afghanistan und Extremisten in Iran zu produzieren. Unsere Gesellschaft zerstört die Menschen und wirft sie weg, als ob es sich um den Abfall des System handeln würde: Die Immigranten, die wir nicht wollen, die Arbeitslosen, die für uns so beschämend sind, die Drogensüchtigen, die Drogenkuriere, die Kindersoldaten, die Armen, die Kranken, alle, die in unserer Welt keinen Platz haben.

Wir müssen uns selbst hinterfragen. Haben wir das Recht, eine Gesellschaft zu schaffen, von der die Mehrheit ausgeschlossen ist? Können wir es uns leisten, uns nur um unser eigenes Glück zu kümmern, wenn daraus für so viele andere Unglück erwächst? Was wäre, wenn die Berge an Lebensmittel, die wir wegwerfen, an die Länder verteilt würden, wo Menschen hungern? Was wäre, wenn wir nach vernünftigeren Konsummodellen suchen würden, um auch anderen den Zugang zu den Vorzügen der Moderne zu ermöglichen? Können wir uns in Zukunft eine andere Zivilisation vorstellen, in der Konflikten, bewaffnete Konflikte, durch Kommunikation beigelegt werden, in der der technologische Fortschritt es uns ermöglicht, unsere Zeit und unseren Raum anders zu organisieren, sodass alle Menschen auf diesem Planeten ihren rechtmäßigen Platz haben, einfach, weil sie Bürger der Welt sind.

Ich bin überzeugt, dass die Verteidigung der Menschenrechte einen Wandel unserer Gepflogenheiten und Gewohnheiten verlangt. Wir müssen uns bewusst sein, welchen Druck unser Lebensstil auf die ausübt, die keinen Zugang dazu haben. Wir können den Strom der Ungerechtigkeit nicht einfach laufen lassen und glauben, dass es niemals eine Überschwemmung geben wird.

(Beifall)

Wir sind alle nur Menschen, mit denselben Bedürfnissen und Sehnsüchten. Wir sollten zuerst anerkennen, dass die anderen – diejenigen, die wir unter der Brücke sehen, diejenigen, die wir lieber gar nicht erst ansehen, weil sie unsere Umgehung verschandeln – das Recht haben, zu wollen, was wir wollen.

(Beifall)

Dann sind da noch unsere Herzen. Wir sind alle zum Besten fähig, aber unter Gruppenzwang können wir auch das Schlechteste tun. Ich bin nicht sicher, ob wir uns vor unserer eigenen Fähigkeit zur Grausamkeit sicher fühlen können. Als ich diejenigen beobachtete, die mich festhielten, habe ich mich immer gefragt, ob ich auch so handeln könnte wie sie. Es war klar, dass die meisten von ihnen unter erheblichem Druck standen, die Art von Druck, die durch Gruppenzwang entsteht.

Was kann uns davor schützen? Was kann garantieren, dass wir keine Menschenrechte verletzen, und zwar zuerst in uns selbst – wenn wir das akzeptieren, unsere Augen verschließen oder Entschuldigungen finden – und zweitens in der Welt? Wie können wir uns selbst davor schützen? Unser größter Schutz findet sich immer in unserer Spiritualität und in unseren Grundsätzen. Aber wir müssen mit unseren Worten kämpfen; Worte sind das beste Schwert.

Daher wiederhole ich unermüdlich, dass der Dialog ausschlaggebend ist, wenn wir dem Krieg in der Welt ein Ende setzen wollen. Ob dieser Krieg in meinem Land stattfindet, der kolumbianische Krieg, ob er sich in

Darfur, Simbabwe, der Demokratischen Republik Kongo oder in Somalia ereignet, überall ist die Lösung die gleiche. Wir müssen reden; es ist von zentraler Bedeutung, dass wir das Recht der anderen anerkennen, gehört zu werden – nicht, weil sie Recht oder Unrecht haben, nicht, weil sie gut oder schlecht sind, sondern weil wir durch Reden Menschenleben retten können.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen die Sicherheit vermitteln, die mich erfüllt. Nichts ist stärker als Worte. Wir müssen die Welt mit Worten überziehen, um die Herzen zu berühren und Verhalten zu ändern. Wenn wir uns auf den Schatz in unseren Seelen verlassen, können wir für alle Menschen sprechen. Mit den Worten, die aus den Tiefen unseres Seins kommen, werden wir Frieden schaffen. Mit Worten werden wir die Freiheit aller schützen; mit Worten werden wir eine neue Zivilisation aufbauen, die Zivilisation der Liebe.

(Beifall)

Lassen Sie mich über die Liebe sprechen. Sie wissen, dass ich seit meiner Freilassung immer an das Schicksal meiner unglücklichen Brüder denken muss, die heute wie die Tiere an Bäume gekettet sind, die im Dschungel zurückbleiben mussten, als ich gegangen bin. Kommen Sie mit mir dorthin, wo sie sind.

(Beifall)

Es tut mir leid, ich bin wirklich verlegen.

(Beifall)

Folgen Sie mir dorthin, wo sie sind, unter dem Dach der riesigen Bäume, die den blauen Himmel verbergen ...

(Beifall)

... im Würgegriff der Vegetation, die sie wie ein Schraubstock umschließt, ertränkt im unablässigen Surren namenloser Insekten, die ihnen nicht einmal erlauben, sich in Stille auszuruhen, belagert von allen Arten von Monstern, die sie verfolgen ...

Es tut mir leid, ich kann das nicht. Es tut mir wirklich leid.

(Beifall)

... belagert von allen Arten von Monstern, die sie unablässig verfolgen, sodass ihre Körper von Schmerzen geplagt sind.

Vielleicht hören sie uns in diesem Moment zu und warten, das Ohr an das Radio gedrückt, auf diese Worte, unsere Worte, die sie daran erinnern, dass sie noch am Leben sind. Für ihre Wärter sind sie lediglich Objekte, Ware, weniger wert als Vieh. Für sie, für ihre Entführer, für die Guerillakämpfer sind sie Tag für Tag nur eine langweilige Pflicht, sie erzielen keine unmittelbare Rendite und sind ein leichtes Ziel für ihre Gerechtigkeit.

Ich möchte Ihnen gerne all ihre Namen sagen. Bitte schenken Sie mir ein paar Minuten, um ihnen diesen Tribut zu zollen, denn wenn sie hören, wie wir sie rufen, dann antworten sie auf den Appell aus den Tiefen ihres Dschungelgrabs heraus, indem ihre Herzen ein bisschen schneller schlagen. Dann ist es uns gelungen, sie für ein paar Augenblicke von der erdrückenden Erniedrigung ihrer Ketten zu befreien.

ALAN JARA, SIGISFREDO LOPEZ, OSCAR TULIO LIZCANO, LUIS MDIETA, HARVEY DELGADO, LUIS MORO, LUIS BELTRAN, ROBINSON SALCEDO, LUIS ARTURO ARCIA, LIBIO MARTINEZ, PABLO MONCAYO, EDGAR DUARTE, WILLIAM DONATO, CESAR LASSO, LUIS ERAZO, JOSE LIBARDO FORERO, JULIO BUITRAGO, RIQUE MURILLO, WILSON ROJAS, ELKIN HERNANDEZ, ALVARO MORO, LUIS PA, CARLOS DUARTE, JORGE TRUJILLO, GUILLERMO SOLORZANO, JORGE ROMERO, GIOVANNI DOMINGUEZ.

Ich denke auch an diese außergewöhnliche Frau, AUNG SAN SUU KYI, die für das Recht ihres Volkes auf Freiheit mit ihrem Leben bezahlt und die in den Hungerstreik getreten ist, um sich Gehör zu verschaffen. Sie braucht unsere Worte mehr denn je, um ihr Mut zu geben.

(Beifall)

Natürlich trage ich in meinem Herzen auch das Kreuz eines anderen Landsmanns, Guilad Shalit, der im Juni 2006 entführt wurde. Seine Familie leidet, wie meine gelitten hat, sie klopfen an jeder Tür und setzen Himmel und Erde in Bewegung, um seine Freilassung zu erreichen. Sein persönliches Schicksal ist mit

politischen Interessen verbunden, die nichts mit ihm zu tun haben und die sich außerhalb seiner Kontrolle befinden.

GUILAD SHALIT, AUNG SAN SUU KYI, LUIS MDIETA, ALAN JARA, JORGE TRUJILLO, FORERO, ...

Diese Namen, die in diesen Mauern erklingen, tragen die Last des Bösen. Sie müssen wissen, dass sich jeder von uns als Gefangener fühlen wird, bis sie befreit sind.

Ich hoffe von ganzem Herzen, dass der Applaus, der aus diesem Parlament ertönt, unsere Liebe, all unsere Stärke und all unsere Energie zu ihnen tragen kann, über den Raum hinweg, der uns trennt. Sie sollen wissen, dass wir uns rückhaltlos für sie einsetzen. Sie sollen versichert sein, dass wir niemals Ruhe geben werden und niemals, niemals aufgeben werden, bis sie alle frei sind!

Ich danke Ihnen.

(Die Mitglieder des Parlaments erheben sich und spenden Beifall.)

Der Präsident. – Madame Ingrid Betancourt! Sie haben uns, die frei gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, in Ihr Herz blicken lassen und – liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich darf dies in Ihrer aller Namen sagen – es hat in diesem Europäischen Parlament noch keine Stunde gegeben mit einer so tiefen menschlichen Empfindung, wie wir sie gerade erfahren haben.

Sie, verehrte, liebe Madame Betancourt, haben uns eine Botschaft der Solidarität gegeben und erklärt, dass Ihr Beispiel – das Leid, das Sie ertragen mussten, und die Freiheit, die Sie jetzt haben – auch hoffentlich dazu führe, dass alle Menschen, die noch von Terroristen gefangen gehalten werden, die gleiche Freiheit erhalten, wie Sie sie jetzt haben. Das ist das größte Zeichen der Solidarität, das Sie allen Gefangenen in der Welt geben können, und dafür möchten wir Ihnen von Herzen danken!

(Beifall)

Madame Betancourt, Sie haben uns, die frei gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, in Ihrem friedlichen Kampf für die Freiheit, für die Demokratie, für die Menschenrechte und für die Würde jedes einzelnen Menschen ermutigt, ohne Unterlass mit großem Engagement weiter friedlich zu kämpfen. Sie haben uns ermutigt, das Gespräch zu führen, und Sie haben das Wort als das Wichtigste im menschlichen Leben bezeichnet. Das Wort stand am Anfang der menschlichen Kommunikation. Sie ermutigen uns, auf diesem Wege weiterzugehen.

Verehrte Ingrid Betancourt, erlauben Sie mir abschließend Folgendes zu sagen: Wir haben diese Stunde mit Ihnen erleben dürfen, diese Stunde tiefer menschlicher Emotion, aber gleichzeitig einer großen Botschaft für unser Handeln – an uns, die wir gewählt sind, zu handeln. Wir wünschen Ihnen, dass Sie nun, da Ihnen die Freiheit und ein neues Leben wiedergegeben wurden, in Ihrem Heimatland Frankreich – einem wichtigen Land der Europäischen Union, das in diesem Halbjahr die Präsidentschaft der Europäischen Union inne hat – Frieden finden, dass Sie das Glück finden, das Sie sich wünschen, und wir wünschen Ihnen vor allen Dingen die Liebe, von der Sie gesprochen haben. *Merci*, Ingrid Betancourt!

(Beifall)

VORSITZ: RODI KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

(Die Sitzung wird um 15.55 Uhr eröffnet.)

2. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Die Präsidentin. – *(EL)* Ich erkläre die am Donnerstag, den 25. September 2008, unterbrochene Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

8. Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

9. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

10. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

11. Arbeitsplan: siehe Protokoll

12. Vorbereitung des Europäischen Rates, einschließlich Lage des globalen Finanzsystems (Aussprache)

Die Präsidentin. – (EL) Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des Europäischen Rates, einschließlich der Lage des globalen Finanzsystems.

Jean-Pierre Jouyet, amtierender Ratsvorsitzender. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Ich bin sicher, Sie werden verstehen, wie schwierig es ist, unmittelbar nach einem so bewegenden Augenblick der Menschlichkeit und der Solidarität, wie wir ihn eben mit dem persönlichen Bericht und dem Aufruf zum Handeln von Ingrid Betancourt erlebt haben, zum Parlament zu sprechen.

Aber wir müssen in die Realität zurückkehren. Der Europäische Rat tritt am 15. und 16. Oktober zusammen. Diese neue Sitzung hat in dieser Zeit der Krise und der Instabilität besondere Bedeutung, und die Europäische Union ist aufgefordert, ihren politischen Willen zu erklären, Initiativen zu ergreifen und Entscheidungen zu treffen. Die wirtschaftliche und finanzielle Situation werden die Arbeit des Europäischen Rates bestimmen.

Wie ich bereits am 23. September zum Parlament gesagt habe, handelt es sich hier nicht nur um eine amerikanische Krise. Es ist nun eine europäische Krise. Es ist nun eine internationale Krise. Die Vertrauenskrise an den Märkten und in unserem Finanzsektor hat sich in den letzten Tagen sogar noch zugespitzt. Die EU muss ihre Verantwortung wahrnehmen.

Der Ratsvorsitz ist entschlossen, keine Mühen zu scheuen, um die Koordination und die Kohärenz der nationalen Initiativen zu verbessern. Er tat das am Samstag bei dem Treffen der Europäischen G7-Mitglieder im Beisein des Kommissionspräsidenten, des Vorsitzenden der Eurogruppe und des Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Er tat das gestern im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Er wird das auch in der Sitzung des Europäischen Rates am 15. und 16. Oktober tun.

Wir haben unter den Europäern eine Übereinkunft erzielt, uns eng darüber abzustimmen, wie die einzelnen Mitgliedstaaten die Auswirkungen der Krise auf ihr jeweiliges Finanzsystem angehen. Der Dialog unter den Europäern ist konkrete Realität. Die Regierungen, Behörden, Zentralbanken, die Bankenaufsichten und die Europäische Kommission stehen in ständigem Kontakt miteinander. Wie

Jean-Claude Trichet uns geraten hat, reagieren wir mit unseren eigenen Ressourcen und Strukturen auf die Krise. Wir sind keine föderale Regierung wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Wir haben uns nichts vorzuwerfen; wir müssen in unserem eigenen institutionellen Kontext arbeiten. Es ist an der Zeit zu handeln. Die Hauptsache ist, dass die Europäer zusammenarbeiten und neben der Europäischen Zentralbank ihre Verantwortung wahrnehmen. In seiner Erklärung am Montag, den 6. Oktober, erinnerte der Vorsitzende des Europäischen Rates, Nicolas Sarkozy, daran, dass die EU-Führung einvernehmlich den Wunsch habe, alle für die Stabilisierung des Finanzsystems notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wir sollten die Rolle der Europäischen Zentralbank und der anderen – der amerikanischen, britischen, schwedischen und kanadischen Zentralbank – begrüßen, die sich gerade darauf verständigt haben, den Zinssatz gemeinsam um einen halben Punkt zu senken. Wir müssen nach wie vor schnell handeln. Wie die

Finanzminister bei ihrem gestrigen Treffen betonten, müssen die Anleger dringend beruhigt und der Interbankenmarkt gestützt werden. So werden wir das Vertrauen wiederherstellen. Wir müssen zudem die finanzielle Governance detailliert überarbeiten. Ziel ist ein System, das die Langzeitfinanzierungsmöglichkeiten für die Wirtschaft stärker begünstigt, die Europäer wieder zum Sparen ermutigt und die Volatilität und Finanzspekulation eindämmt.

All das ist mit dem Erhalt einer wettbewerbsfähigen und innovativen Finanzindustrie durchaus vereinbar. Zur Verbesserung der Governance zählen wir stark auf die Vorschläge der Europäischen Kommission. Sie müssen rasch erfolgen und mutig sein.

Gestern einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine unmittelbare Reaktion, um insbesondere die Stabilität der Finanzinstitute zu garantieren. Hierbei handelt es sich entweder um Kapitalspritzen oder andere Mittel, die den Umständen entsprechen. Von diesem Standpunkt aus sind die Maßnahmen, die der britische Premierminister heute Morgen ankündigte, äußerst begrüßenswert. Sie liegen ganz klar auf der Linie der Verpflichtungen, die die Staats- und Regierungschefs am 6. Oktober eingegangen sind. In der Zwischenzeit sucht Frankreich nach einer gesetzlichen Struktur, die es der Regierung erlaubt, sich bei Bedarf finanziell zu beteiligen. Der Vorsitzende des Europäischen Rates wird die verschiedenen Initiativen und Vorschläge weiterhin als Grundlage für geeignete Initiativen zur Stärkung der europäischen Koordination nutzen.

Wir müssen außerdem die Interessen der Anleger schützen und garantieren. Wie Sie wissen, wird der Mindestschutz für Einlagen in Europa auf 50 000 Euro angehoben. Einige Mitgliedstaaten – in der Tat sogar sehr viele – haben angekündigt, diesen Schutz auf 100 000 Euro zu erhöhen. Unter den gegenwärtigen außergewöhnlichen Umständen ist es erforderlich, bei der Anwendung der Gemeinschaftsregeln zu staatlichen Beihilfen und der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts Flexibilität zu zeigen. Die Europäische Kommission ist uns in diesem sehr speziellen Fall behilflich, wobei die entscheidenden Impulse von ihrem Präsidenten ausgehen.

Auch die internationale Koordination im Rahmen der G7 am Ende der Woche ist erforderlich, um das Vertrauen wiederherzustellen. Wie der japanische Finanzminister und amtierende Vorsitzender der G7 sagte, müssen die G7 eine starke, einheitliche Botschaft der Finanzminister und der Präsidenten der Zentralbanken aussenden. Genau das haben die Zentralbanken gerade getan. In dieser Hinsicht war dies ein entschlossenes und sehr positives Signal. Natürlich müssen wir die großen Schwellenländer angesichts der Internationalität der Krise bei der Stabilisierung der Märkte einbeziehen. Das ist genau das, was der Vorsitzende des Europäischen Rates bis zum Ende des Jahres für die erweiterten G8 anstrebt.

Schließlich sollte der Internationale Währungsfonds das Hauptforum für Diskussionen der großen Akteure der Welt sein. Er sollte sich wieder auf seine Rolle als Finanzpolizei besinnen, die er ursprünglich innehatte, und auf Währungsstabilität und finanzielle Stabilität achten, so wie es auch ursprünglich nach dem Zweiten Weltkrieg geplant war, anstatt nur die Situation der Schwellenländer und der Entwicklungsländer zu überwachen.

Neben diesen extrem wichtigen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wollte der Ratsvorsitz auf diesem Ratstreffen das Energie- und Klimapaket diskutieren. Unter dem Eindruck der klaren Impulse des deutschen Vorsitzes legte sich der Europäische Rat im März 2007 auf einige ehrgeizige Verpflichtungen in Bezug auf den Umweltschutz fest. Wir möchten die anspruchsvollen Umweltziele des von der Kommission vorgelegten Pakets beibehalten. Wir hoffen hier – und ich sage das ganz offen – auf die Zustimmung des Parlaments in der ersten Lesung. Wir müssen auf die beiden Treffen vorbereitet und in einer starken Position sein, zuerst in Poznań im Dezember 2008 und dann Ende 2009 in Kopenhagen.

Die derzeitige Konjunkturlaute droht, die Befürchtungen einiger unserer Partner und unserer Industrien zu verstärken. Wir müssen gemeinsam auf diese Sorgen reagieren. Wir müssen prüfen, welche Flexibilität wir ihnen gewähren können, ohne die Ziele, die Grundlagen und die Ausgewogenheit des von der Kommission vorgeschlagenen Pakets zu gefährden. In dem Paket geht es um das Entwicklungsmodell, das wir künftig verwenden müssen; das aktuelle Entwicklungsmodell wurde durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise infrage gestellt.

Der Ratsvorsitz wollte in Übereinstimmung mit den Schlussfolgerungen der außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates am 1. September zudem die Frage der Energiesicherheit ansprechen. Zu diesem Thema sage ich ganz offen: Es gibt noch eine Menge zu tun, insbesondere in Hinblick auf die Energieeffizienz, die Diversifizierung der Energiequellen, Verbindungen, die Entwicklung der Infrastruktur und die Zusammenarbeit mit den großen Lieferländern, den Transitländern und den größten Verbrauchern. Als Reaktion auf die berechtigten Bedenken zahlreicher Mitgliedstaaten und insbesondere der aus Energiesicht am stärksten

abhängigen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa möchten wir einige Leitlinien annehmen. Wir müssen die Leitlinien festlegen, damit die Kommission im November die erforderlichen Schritte ergreifen kann, um Vorschläge für eine Verbesserung der Energiesicherheit auf unserem Kontinent zu unterbreiten.

In Übereinstimmung mit dem Vorschlag, den Irland im Juni vorgelegt hat und der von allen Mitgliedstaaten gebilligt wurde, wird der Europäische Rat auch auf die Frage des Vertrags von Lissabon zurückkommen. Diese institutionelle Frage ist, wie wir heute sehen können, drängender denn je und im Hinblick auf unsere Bedenken von zentraler Bedeutung. Wie Sie wissen, möchte der Ratsvorsitz gerne bis Dezember einen gemeinsamen Weg erarbeiten. Der irische Premierminister, Brian Cowen, bestätigte dem Vorsitzenden des Europäischen Rates, dass er den anderen Staats- und Regierungschefs die von der irischen Regierung beauftragte Studie vorlegen würde, in der die Ursachen für die Ablehnung bei dem Referendum analysiert und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen vorgestellt werden. Bei seinem Besuch in Paris kündigte er außerdem die Einrichtung eines Ad-hoc-Parlamentarsausschusses an, dessen Gespräche in die Diskussionen der irischen Regierung bis November einfließen würden. Am 6. Oktober bestätigte Außenminister Michael Martin vor dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen, dass die irische Regierung entschlossen sei, konkrete Vorschläge vorzulegen. Parallel dazu fordert der Ratsvorsitz dazu auf, die Ratifizierung des Vertrags abzuschließen, sofern dies noch nicht geschehen ist. Die derzeitige Instabilität ist eine weitere Begründung für die Notwendigkeit, der Europäischen Union einen neuen gesetzlichen und institutionellen Rahmen zu verleihen. Das ist dringender erforderlich denn je und duldet keinen Aufschub.

Der Europäische Rat wird zudem gebeten, den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl anzunehmen, dessen Text am 25. September in der Ratssitzung der Justiz- und Innenminister politische Zustimmung fand. Ich werde nicht auf die Worte von Frau Betancourt eingehen, aber das ist extrem wichtig. Die Einwanderung bleibt eine Chance für Europa. Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl soll der Migrationspolitik neue Impulse verleihen. Er steht im Einklang mit dem ausgewogenen Rahmenwerk des umfassenden Ansatzes, der seit 2005 umgesetzt wird, und dem Rahmen der Vorschläge der Europäischen Kommission. Er legt für die Zukunft eine ehrgeizige Ausrichtung fest, um eine echte gemeinschaftliche Migrationspolitik zu erreichen. Der Pakt berücksichtigt alle Aspekte der Verwaltung von Migrantenströmen: nicht nur die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und die Grenzkontrolle, sondern auch neue Bereiche wie die Wirtschaftsimmigration, die angemessene Harmonisierung des Asyls und die Entwicklung der Herkunftsländer. Dies halten wir für absolut entscheidend, da der Schengen-Raum in diesem Jahr erweitert wurde.

Was die Außenbeziehungen betrifft, so wird der Europäische Rat evaluieren, ob Russland seinen Verpflichtungen im Rahmen der Vereinbarungen vom 12. August und vom 8. September im Hinblick auf den Rückzug der russischen Truppen nachgekommen ist. Hiervon hängt die Wiederaufnahme der Gespräche über eine künftiges Partnerschaftsabkommen zwischen Russland und der Europäischen Union ab. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland werden Gegenstand einer umfassenden und detaillierten Bewertung durch die Kommission und den Rat sein, die in Vorbereitung auf den kommenden Gipfel am 14. November in Nizza erfolgt.

Gleichzeitig ist die Europäische Union entschlossen, ihre östlichen Nachbarn bei ihren Bemühungen um eine wirtschaftliche und demokratische Modernisierung weiterhin zu unterstützen. Ich erinnere in dieser Hinsicht an die Bedeutung der Ergebnisse des EU-Ukraine-Gipfels in Paris im September, der einen beispiellosen Fortschritt in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine darstellt.

Gleichermaßen wird sich der Europäische Rat für eine Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Moldawien einsetzen, das ich vergangenen Montag besucht habe. Diese soll durch ein neues, länderspezifisches Abkommen erfolgen, das ehrgeiziger ist als das Letzte und mit den verschiedenen Politikbereichen der EU verknüpft werden kann – sofern die kommenden Wahlen im Land gut verlaufen. Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ wird zudem beauftragt, eine Vorprüfung der Vorschläge für eine künftige Östliche Partnerschaft durchzuführen, die die Kommission im November vorstellen möchte.

Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren, wie Sie sehen, hat der französische Ratsvorsitz eine Reihe dringender Angelegenheiten zu bearbeiten. Sicherlich ist dieser Vorsitz stark vom Krisenmanagement geprägt, aber er darf darum seine Prioritäten nicht opfern. Eine Europäische Union, die Antworten auf die Fragen unserer Zeit gibt: Das war der Titel, den wir vor einigen Monaten dem Arbeitsprogramm des französischen Ratsvorsitzes gegeben haben. Dieses Ziel steht heute mehr denn je im Zentrum unseres Handelns. Es sollte mehr denn je die Arbeit des Europäischen Rates am 15. und 16. Oktober bestimmen.

13. Begrüßung

Die Präsidentin. – Erlauben Sie mir, bevor ich das Wort an den Präsidenten der Kommission übergebe, die Delegation des Regionalparlaments der Kanarischen Inseln unter der Leitung des Präsidenten, Herrn Castro Cordobez, zu begrüßen.

(Beifall)

14. Vorbereitung des Europäischen Rates, einschließlich Lage des globalen Finanzsystems (Fortsetzung der Aussprache)

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Jouyet, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Beurteilung der Rolle des französischen Ratsvorsitzes.

Wie Herr Jouyet sagte, ereignete sich genau in der Zeit der des französischen Ratsvorsitzes zuerst die Krise zwischen Russland und Georgien, und gibt es eine beispiellose Krise, die globale Finanzkrise. Dabei handelt es sich um eine Krise, die ihren Ursprung nicht in Europa nahm – sie kam über den Atlantik zu uns – und um eine Krise, für die wir in Europa noch, und ich betone, noch, nicht über die erforderlichen Regeln verfügen, um eine typisch europäische Antwort geben zu könnten. Ich kann bezeugen, welche enormen Anstrengungen der französische Ratsvorsitz und Nicolas Sarkozy unternommen haben, um eine europäische Antwort auf diesen Notfall zu finden.

Präsident der Kommission. – Die Schwere der Finanzkrise ist uns allen bewusst und es ist absolut richtig, dass sie im Zentrum der Tagung des Europäischen Rates nächste Woche stehen wird.

Die Bewältigung dieser Krise ist ein wichtiger Test für den Finanzsektor, für die Mitgliedstaaten, für Europa und seine Organe und für die internationalen Finanzinstitute. Zahlreiche Akteure sind daran beteiligt – Banken und andere Finanzinstitute, Aufsichtsbehörden, die EZB und andere Zentralbanken, die nationalen Regierungen, die Kommission – daher müssen wir koordiniert vorgehen. Außerdem überschlagen sich die Ereignisse, daher ist Eile geboten.

Letzte Woche habe ich zu einer koordinierten europäischen Reaktion aufgerufen, weil ich davon überzeugt bin, dass es andernfalls für Europa wesentlich schwieriger wird, diese Krise zu überwinden. Heute ermutigt mich die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit, die aus der Erklärung der 27 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und von mir selbst vom Montag, aus den Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates hervorgeht. Aber ich bin noch nicht zufrieden – wir können und müssen mehr tun.

Ich fordere besonders die Mitgliedstaaten dringend auf, sich wirklich um eine Koordination zu bemühen, um die Zusammenarbeit untereinander und mit den EU-Organen zu verbessern. Die Regierungen haben eingegriffen – weitgehend auf nationaler Ebene, da sich hier die Mittel und die Zuständigkeiten befinden. Das spiegelt die Tatsache wider, dass wir eine Union von Staaten sind, nicht ein einziger Staat, und dass sich deren Lage zumindest bis zu einem gewissen Grad voneinander unterscheidet. Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten waren in den meisten Fällen effektiv. Aber die Mitgliedstaaten müssen auf der Basis der gemeinsamen Grundsätze und innerhalb eines gemeinsam vereinbarten Rahmens handeln. Sie müssen die grenzübergreifende Auswirkung ihrer Maßnahmen berücksichtigen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die heute von Großbritannien angekündigten Maßnahmen begrüßen, die mit den gestern im ECOFIN-Rat vereinbarten Grundsätzen übereinstimmen.

Natürlich gibt es auch vieles, was wir auf Ebene der EU-Organe bereits tun und noch tun müssen, und zwar in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht. Die Vorschläge, an die ich denke, sind konkreter, praktischer und realistischer Natur.

Um ganz deutlich zu werden: Es mag verführerisch klingen, aber dies ist nicht die Zeit oder der Ort für politische Selbstdarstellungen und Effekthascherei, für die Ankündigung großer Initiativen, die keine Aussicht auf Umsetzung haben. Die Märkte würden ein solches Verhalten sofort bestrafen, und die Kosten werden von den Unternehmen und vor allem von den Steuerzahlern getragen. Jetzt ist eine Mischung aus Ehrgeiz, Realismus und Verantwortung geboten.

In diesem Kontext möchte ich der EZB mein Lob aussprechen, die sich als sicherer und effektiver Global Player erwiesen hat, mit dem Euro als zentrale stabilisierende Kraft.

Die Kommission hat ihre Aufgabe erfüllt. Staatliche Beihilfen und Wettbewerbsregeln haben sich als wesentlicher Faktor erwiesen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu garantieren. Angesichts der Gefahr, dass Maßnahmen in dem einen Mitgliedstaat negative Folgen in einem anderen nach sich ziehen könnten, sind diese Regeln wichtiger denn je. Gleichzeitig hat die Kommission gezeigt, dass sie uneingeschränkt in der Lage ist, rasch und mit der erforderlichen Flexibilität zu handeln. Ich begrüße die Tatsache, dass die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates diese wichtige Rolle der Regeln zu staatlichen Beihilfen und die Art und Weise, wie die Kommission diese anwendet, anerkennen. Die Kommission wird in Kürze einen Leitfaden herausgeben, der den Rahmen für eine schnelle Bewertung der Vereinbarkeit von Rekapitalisierung und Bürgschaftssystemen mit staatlichen Beihilfen bildet.

Im Bereich der Gesetzgebung werden wir nächste Woche zwei Vorschläge vorlegen. Der erste Vorschlag betrifft die Förderung der Konvergenz von Einlagensicherungssystemen. Strengere und allgemeinere Regeln in diesem Bereich werden einen wichtigen Teil der Strategie zur Überwindung der Krise darstellen. Ermutigt hat mich der ECOFIN-Rat, der unserem Vorschlag folgte, den Wert mindestens zu verdoppeln. Der gemeinsame Mindestbetrag wurde auf 50 000 Euro festgesetzt, die meisten Mitgliedstaaten haben ihn jedoch sogar auf 100 000 Euro erhöht.

Der zweite Vorschlag soll dafür sorgen, dass die europäischen Finanzinstitute nicht gegenüber ihren internationalen Wettbewerbern benachteiligt werden, was die Rechnungslegungsvorschriften und ihre Auslegung betrifft. Vergangene Woche hatte ich ein Treffen mit den Vertretern der europäischen Banken, die mir einstimmig berichteten, dass dies für sie ein ernsthaftes Problem darstelle. Es war Aufgabe der Kommission, ein Bewusstsein für den Handlungsbedarf und für die Notwendigkeit politischer Impulse zu sorgen. Es scheint, dass die Einwände einiger Mitgliedstaaten am Ende ausgeräumt wurden.

Dann gibt es die mittel- und langfristige Perspektive: Die Maßnahmen mussten wieder für stabile und tragfähige Finanzmärkte sorgen. Ich habe dies zuvor bereits gesagt, und ich sage es noch einmal: Abgesehen von der Liquidität müssen wir in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage auch wieder für Glaubwürdigkeit sorgen. Es reicht nicht aus, die Feuerwehr zu spielen. Daran arbeitet die Kommission seit dem Beginn der Krise vor einem Jahr.

Die Mitgliedstaaten müssen zeigen, dass wir unsere Lektion gelernt haben, um den richtigen regulatorischen Rahmen zu schaffen, mit dem das Krisenrisiko reduziert werden kann. Die Fortschritte im Fahrplan des ECOFIN-Rates, der letztes Jahr vereinbart wurde, müssen eng überwacht werden.

Lassen Sie mich besonders drei Punkte hervorheben. Zunächst möchte ich den Rat und das Parlament bitten, unserem Vorschlag von letzter Woche über die Kapitalanforderungen wirklich Priorität einzuräumen. Zweitens werden wir nächste Woche unseren angekündigten Vorschlag zu den Ratingagenturen vorlegen. Auch hier weiß ich, dass ich mich auf Ihre Unterstützung verlassen kann, damit dies rasch bearbeitet wird. Drittens werden wir auch unsere Empfehlung zu Managergehältern von Dezember 2004 überprüfen, die von den Mitgliedstaaten leider ignoriert wurde – um fair zu sein, muss man sagen, dass ein Mitgliedstaat beschlossen hat, den Empfehlungen der Kommission aus Dezember 2004 bis zu einem gewissen Grad zu folgen. Das ist ein gutes Beispiel für die Art Widerstand, auf die wir in den letzten Jahren in diesem Bereich gestoßen sind.

Der letzte Punkt ist mehr systemischer Natur. Wir müssen auch die Überwachung des gemeinschaftlichen Finanzmarkts auf europäischer Ebene eingehender betrachten. Es gibt mehr als 8 000 Banken in der Europäischen Union, aber zwei Drittel des gesamten Bankvermögens der Europäischen Union befinden sich in der Hand von 44 internationalen Instituten. Manche arbeiten in 15 Mitgliedstaaten. Das ist der Binnenmarkt – aber internationale Banken unterliegen in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlichen Überwachungssystemen, und die nationalen Aufsichtsbehörden sind nicht in der Lage, sämtliche Geschäfte der Bank über die nationalen Grenzen hinweg zu prüfen. Hier wäre es sinnvoll, die Differenz zwischen einem kontinentalen Markt und nationalen Überwachungssystemen zu beseitigen. Wenn eine internationale Bank unter Druck steht, ist es durchaus möglich, parallel mit verschiedenen nationalen Aufsichtsbehörden rasch Lösungen zu finden, wie sich in den vergangenen Wochen gezeigt hat – aber ehrlich gesagt ist das nicht einfach.

Ich weiß, dass wir mit einigen Mitgliedstaaten hierüber noch harte Kämpfe ausfechten müssen. Die gegenwärtigen Debatten im Rat über die Solvabilität-II-Richtlinie zeigen den enormen Widerstand gegen jeden Versuch, die grenzübergreifende Überwachung zu verbessern.

Was wir in der Solvabilität-II-Richtlinie und in der Eigenkapitalrichtlinie vorgeschlagen haben, ist das absolute Minimum dessen, was wir brauchen. Ich bin sogar davon überzeugt, dass wir noch viel weiter gehen müssen.

Daher ist es wichtig, diesen Punkt besonders zu betonen. Wenn sich die Kommission für einen gemeinsamen Überwachungsansatz in Europa ausspricht, tun wir das nicht, weil wir eine Erweiterung unserer Kompetenzen anstreben. Wir tun es angesichts der Realität – und die sieht so aus, dass fast zwei Drittel der Bankvermögen in der Europäischen Union bereits eine grenzüberschreitende Dimension haben. Das bedeutet eine europäische Dimension, und wir müssen auf diese europäische Dimension mit einer echten europäischen Lösung reagieren.

Wir müssen also Überlegungen anstellen, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Daher werde ich eine hochrangige Gruppe einrichten, die nach der richtigen Architektur sucht, damit die Finanzmärkte den Realitäten des Binnenmarkts entsprechen und die Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten können, um den Herausforderungen der internationalen Banken gewachsen zu sein. Ich bin stolz, Ihnen heute ankündigen zu können, dass Jacques de Larosière, der ehemalige Geschäftsführer des IWF, Direktor der Banque de France und Vorsitzender der EBWE, meine Einladung angenommen hat, den Vorsitz dieser Gruppe zu übernehmen. Die Gruppe wird unabhängig sein und sich aus hochrangigen Experten auf diesem Gebiet zusammensetzen. Ich glaube, ihre Ideen könnten in einen allgemeinen Denkprozess einfließen, der hoffentlich langfristige Lösungen hervorbringt.

Die gegenwärtige Krise hat gezeigt, dass wir unsere regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Regeln für Finanzmärkte von Grund auf überdenken müssen – dazu gehören auch Hedge-Fonds und privates Beteiligungskapital, wie das Parlament bereits betont hat. Wir werden daher auf diese Fragen zurückkommen. Ich hoffe nur, dass die Mitgliedstaaten – und zwar alle – dieselbe Bereitschaft zeigen wie das Parlament und die Kommission.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Kurzfristig müssen wir sicherstellen, dass die Rettungsmaßnahmen und andere staatliche Eingriffe innerhalb eines koordinierten und konsistenten europäischen Rahmens erfolgen. Die zügige Anwendung der Regelungen über staatliche Beihilfen durch die Kommission sorgt für Vertrauen unter den Mitgliedstaaten, und wir werden daher in Kürze Leitlinien herausbringen. Wir werden nächste Woche Vorschläge zu Einlagensicherungssystemen und Rechnungslegungsvorschriften vorlegen.

Mittelfristig sind folgende Maßnahmen hervorzuheben: Der Vorschlag von letzter Woche über die Kapitalanforderungen, unser geplanter Vorschlag zu Ratingagenturen und die Überprüfung unserer Empfehlung zu Managergehältern aus dem Jahr 2004.

Langfristig sollte die erwähnte hochrangige Gruppe die Grundlagen für einen Konsens zur grenzübergreifenden Aufsicht erarbeiten.

Durch all diese Maßnahmen in Kombination mit einem koordinierten und konsistenten Handeln der Mitgliedstaaten wird die Europäische Union zeigen, dass sie sich mit den realen Problemen befasst. Der vertrauensbildende Effekt wird umso stärker greifen, wenn die Institutionen ihre Entschlossenheit und ihre Bereitschaft zum raschen Handeln zeigen können.

Was die Kommission betrifft, so möchte ich Sie darüber informieren, dass ich beschlossen habe, unter meinen Kollegen eine permanente Lenkungsgruppe zur Finanzkrise einzurichten, besetzt mit den Kommissaren Almunia, McCreevy und Kroes, die ich selbst leiten werde. Ich möchte bei diesen Fragen mit dem Parlament weiter in Verbindung bleiben. Ich weiß, dass das Parlament bereits seine Bereitschaft zur raschen Bearbeitung von Vorschlägen signalisiert hat, und ich hoffe, dass wir in dieser sehr wichtigen und sehr sensiblen Frage zusammenarbeiten können, da die finanzielle Stabilität ein öffentliches Gut ist. Wir haben die Pflicht, unsere gemeinsame Entschlossenheit zu demonstrieren, diese sehr schwierige und drängende Situation zu meistern.

In all diesen Dingen ist die internationale Dimension von entscheidender Bedeutung, wie der Ratsvorsitzende eben erst betont hat. Wir müssen in Europa Lösungen bereitstellen, aber wir müssen auch mit den internationalen Finanzinstituten zusammenarbeiten.

Ich begrüße besonders den Vorschlag von Präsident Sarkozy zu einer internationalen Konferenz. Dies ist der richtige Weg. Je besser die öffentlichen Behörden ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen, desto effektiver können wir handeln und desto geringer ist die Gefahr, dass unsere Maßnahmen den fairen Wettbewerb und das Ziel der europäischen Integration untergraben.

Die Finanzkrise steht im Mittelpunkt, und das zu Recht. Es wäre jedoch ein Fehler, den europäischen Entwicklungsprozess deswegen zu unterbrechen. Es gibt noch zwei weitere Bereiche, in denen wir in diesem Herbst deutliche Fortschritte erzielen müssen. Eigentlich gibt es noch viele andere Punkte, aber aus Zeitgründen werde ich nur kurz auf zwei Fragen eingehen: Das Klima- und Energiepaket und den Vertrag von Lissabon.

Zunächst das Klima- und Energiepaket. Wer denkt, dass dies nicht die richtige Politik in einer Zeit des konjunkturellen Abschwungs ist, macht einen Fehler. Das Paket ist für den künftigen Wohlstand Europas von zentraler Bedeutung. Ohne das Paket werden wir später höhere Kosten haben, das Risiko einer Energieknappheit steigt und wir vergeben die Chance, einige große, neue Märkte zu erschließen. Selbstverständlich befürchtet die Industrie, dass ein Wandel zusätzliche Kosten verursacht. Das ist vollkommen verständlich. Aber ich bin überzeugt, dass wir Möglichkeiten finden können, der Industrie zu versichern, dass sie keinen Wettbewerbsnachteil erleiden wird.

Ich werde den Europäischen Rat zur Eile drängen und bitten, dass er den Zeitplan, dem das Parlament folgt und der von dem französischen Ratsvorsitz so gut eingehalten wird, ebenfalls einhält – in dem Zusammenhang begrüße ich, was der amtierende Ratsvorsitzende gerade gesagt hat. Gestern hat das Parlament einen wichtigen Fortschritt in dem Verfahren gemacht. Natürlich stehen wir hier erst am Anfang der interinstitutionellen Verhandlungen. Die Kommission ist bereit, sich konstruktiv einzubringen, damit ein Abkommen erzielt wird, das im Rat und in der Vollversammlung des Parlaments größtmögliche Unterstützung findet.

Abschließend einige Worte zum Vertrag von Lissabon. Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt, um im Vorfeld über den exakten Weg zu urteilen. Aber es ist der richtige Zeitpunkt, um sich in Erinnerung zu rufen, dass die letzten Wochen und Monate erneut gezeigt haben, wie sehr Europa den Vertrag von Lissabon braucht. Seien wir ehrlich: Können wir in Zukunft Krisen wie die zwischen Russland und Georgien bewältigen, wenn der Vorsitz des Rates alle sechs Monate wechselt? Es ist offensichtlich, dass wir mehr Stabilität brauchen. Es ist offensichtlich, dass wir mehr Kohärenz brauchen. Es ist offensichtlich, dass wir in Europa effizientere Entscheidungsfindungsprozesse brauchen. Wir brauchen ein effektiveres Europa, ein demokratischeres Europa, ein Europa mit einer klaren Stimme auf der internationalen Bühne. Deshalb denke ich, wir sollten unsere Verpflichtung, den Vertrag von Lissabon zu ratifizieren, einhalten.

Dies sind keine gewöhnlichen Zeiten. Dies sind beispiellose Zeiten, in denen wir alle gebraucht werden – Kommission, Rat und Parlament – um die Lage in den Griff zu bekommen. Gemeinsam müssen wir an einer europäischen Antwort auf die Finanzkrise arbeiten. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

(Beifall)

Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin,

Herr amtierender Ratsvorsitzender, Herr Präsident der Kommission, meine Damen und Herren! Die Finanzkrise, die unsere Wirtschaften so plötzlich getroffen hat, ist sehr Besorgnis erregend. Sie ist Besorgnis erregend für unsere Wirtschaften, Besorgnis erregend für unsere Arbeitsplätze und vor allem Besorgnis erregend für die Millionen Menschen: Nachdem sie hart gearbeitet und gespart haben, um ihre Rente zu sichern und ihren Kindern ein kleines Erbe hinterlassen zu können, müssen diese nun feststellen, dass die Früchte ihrer Arbeit plötzlich weggeschmolzen sind oder sich einfach in Luft aufgelöst haben. Der Schwarze Montag, der diese Woche alle Börsen der Welt erschüttert hat, zeigt erneut, dass die Märkte jegliche Bodenhaftung verlieren können und das Finanzsystem schwer kontrollierbar geworden ist.

Für diese Krise gibt es viele Gründe. Die Europäische Kommission besteht zu Recht darauf, dass ein Großteil der Verantwortung bei den Behörden der USA liegt. Wir müssen von ihnen eine Erklärung fordern. Die Kommission hat Recht. Aber auch Europa muss handeln, um die Krise zu bewältigen und seine Lehren daraus zu ziehen.

In dieser schwierigen Zeit ist der erste Reflex der Mitgliedstaaten, an sich selbst zu denken. Als europäische Politiker muss unsere oberste Priorität jedoch darin bestehen, mit vereinten Kräften zu verhindern, dass sich die Finanzkrise zu stark auf die Realwirtschaft auswirkt. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, dass sich die Krise zu stark und zu lange auf die Finanzen von Unternehmen, insbesondere von KMU, auswirkt. Herr Präsident der Kommission, Herr amtierender Ratsvorsitzender, ich fürchte, dass kleine und mittlere Unternehmen in dieser Krise einfach untergehen könnten – und niemanden kümmert es. Wir brauchen einen Unterstützungsplan für KMU.

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Mitbürger weiterhin Vertrauen in das Bankensystem haben und nicht dieser Panikwelle nachgeben, was nur noch schneller in eine Abwärtsspirale führen würde. Daher rufe ich die Mitgliedstaaten auf, koordiniert und entschlossen zu handeln, damit sich die Krise nicht auf Renten, Arbeitsplätze und das Wachstum in Europa auswirkt.

Wie der Ratsvorsitz – dem wir zu seinem entschlossenen Handeln gratulieren – glaubt auch unsere Fraktion, dass ein einseitiger Ansatz keinen Ausweg aus dieser globalen Krise bietet. Die Finanzmarktaufsicht

funktioniert offensichtlich nicht. Daher müssen wir ein europäisches Kontrollsystem einrichten. Wieder einmal muss Europa dem Rest der Welt mit gutem Beispiel vorangehen. Die derzeit fehlende Aufsicht stellt ein extrem schwerwiegendes Problem dar, und wir können die Unfähigkeit der Ratingagenturen nicht länger hinnehmen, im allgemeinen Interesse zu handeln und die tatsächliche Solvenz der wichtigsten Akteure an den globalen Finanzmärkten zu veröffentlichen.

Weiterhin ist meine Fraktion der Ansicht, dass es in diesen Zeiten der Unsicherheit für Millionen Mitbürger absolut inakzeptabel ist, dass Vorstände, die ihre Institute in den Bankrott geführt haben, nicht die Konsequenzen tragen sollen. Auch hier müssen die Menschen ihre Verantwortung übernehmen.

Ich möchte einfach wiederholen, was Herr Jouyet sagte: Es ist an der Zeit zu handeln. Wir brauchen konzertierte Aktionen; wir brauchen den Mut und die Solidarität aller 27 Mitgliedstaaten, um das Vertrauen in unsere Wirtschaft wieder aufzubauen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Europäische Rat wird auch über den Vertrag von Lissabon sprechen, und ich möchte alle Mitgliedstaaten aufrufen, diesen so schnell wie möglich zu ratifizieren, sofern dies noch nicht geschehen ist, sodass alle Länder eine endgültige Entscheidung in dieser Frage äußern können. Ich weiß, dass einige hier im Saal den Wert dieses Vertrags nicht erkennen können, aber ich bin anderer Meinung.

Wir verstehen die Lage von Irland, und wir verstehen, dass die Regierung Zeit braucht, um angesichts des Referendums zu reagieren – das respektieren wir. Doch auch wenn die Europäische Union bereit ist, Geduld und Verständnis zu zeigen, ist der jetzige Zustand mittel- und langfristig unhaltbar. Ich rufe den Europäischen Rat daher auf, nach Prüfung der Lage im Oktober den erforderlichen politischen Willen zu zeigen, um im Dezember einen Fahrplan wie denjenigen anzunehmen, den Sie zusammen mit einem endgültigen Zeitplan vorgeschlagen haben.

Ich rufe den Europäischen Rat außerdem auf, die Verantwortung für seine Entscheidungen zu übernehmen: Entweder tritt endlich der Vertrag von Lissabon in Kraft und gilt dann für alle, oder es gilt der Vertrag von Nizza, und zwar für alle Organe. Natürlich wird das Europäische Parlament dann über weniger Sitze und weniger Macht verfügen als mit dem Vertrag von Lissabon, aber die Europäische Kommission wird auch weniger Kommissare haben als Mitgliedstaaten. Derzeit gilt der Vertrag von Nizza. Das ist auch Realität. Alle politischen Entscheidungen haben ihren Preis, und wenn Europa glaubwürdig sein möchte, muss es die Verantwortung für seine politischen Entscheidungen übernehmen, ob sie nun die Finanzkrise oder seine Organe betreffen.

Ich möchte noch hinzufügen, Frau Präsidentin, Herr Präsident der Kommission und Herr amtierender Ratsvorsitzender, dass wir im Hinblick auf das Klima- und Energiepaket, das uns in diesen schwierigen Zeiten vorliegt, vorsichtig vorgehen müssen: Wir müssen die allgemeine Richtung beibehalten, aber die Unternehmen nicht verschrecken, sodass weiterhin investiert wird.

Denen, die hier nicht meiner Meinung sind, möchte ich nur sagen, dass ich eine sehr schwere Krise gemanagt habe: Die Rinderseuche. Eineinhalb Jahre lang herrschte Unsicherheit; wir müssen beruhigen, die Lage akzeptieren und mit dem System fortfahren, für die Umwelt, für unseren Planeten, aber wir müssen auch die finanziellen Gegebenheiten akzeptieren. Wenn wir noch ein Jahr brauchen, dann brauchen wir eben noch ein Jahr, um schließlich an unser Ziel zu gelangen, um den Planeten zu retten und unseren Kindern und Enkeln eine Zukunft zu bieten.

Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion. – (DE) Frau Präsidentin! Ich beginne auch mit dem Referendum in Irland bzw. mit dem Vertrag von Lissabon. Sie haben Recht, Herr Kommissionspräsident, wir brauchen ihn mehr denn je. Deshalb bin ich auch der Meinung, dass wir eine stabile Grundlage brauchen, um ihn in Kraft zu setzen. Dazu gehört, dass wir die Iren und die Wähler in Irland dafür gewinnen, für diesen Vertrag zu stimmen.

Wenn die irische Regierung dies nicht vor der Europawahl bewerkstelligen kann, dann werden wir die nächste Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und der Kommission auf der Grundlage des Nizza-Vertrags bestimmen. Danach wird es weitergehen, denn wir brauchen diese Reformen. Wir brauchen sie für die Erweiterung, wir brauchen sie für die Bewältigung von Krisen, wie wir sie zurzeit erneut erleben, und wir haben in der Zwischenzeit bis zu einem solchen neuen Referendum in Irland ausreichend Zeit, um genau herauszufinden, aus welchen Quellen – der CIA, dem militärisch-industriellen Komplex der USA oder woher auch immer – die Anti-Lissabon-Kampagne finanziert wird.

(Zwischenrufe)

Sie hören, die Leute, die ich angesprochen habe, melden sich schon zu Wort. Wir wissen, woher sie ihr Geld kriegen. Wir werden noch viel intensiver einsteigen, verlassen Sie sich darauf!

Die Krise, in der wir uns befinden, haben Sie richtig beschrieben, Herr Kommissionspräsident Barroso, aber man muss schon ein paar zusätzliche Bemerkungen machen zu dem, was Sie gesagt haben. Seien Sie mir nicht böse, aber ich muss Ihnen sagen, manches in Ihrer Rede war gut, aber eines hat mich erschreckt: Das ist die Zusammensetzung Ihrer Steering Group zur Bewältigung der Krise. Dass Sie da drin sind, versteht sich von selbst, und dass ein so qualifizierter Kommissar wie Joaquín Almunia dabei ist, ist auch klar. Aber jetzt haben Sie uns Herrn McCreevy genannt als einen, den Sie zur Bewältigung dieser Krise in die Steering Group setzen wollen. Wenn es in diesem Hause und in Ihrer Kommission einen Apologeten der irreführenden Marktradikalität gibt, dann ist es Herr McCreevy.

(Beifall)

Sie können also beim besten Willen nicht die Leute, die das Feuer gelegt haben, in die Feuerwehr berufen. Das geht beim besten Willen nicht! Was Neelie Kroes anbelangt, so reden Sie davon, dass wir in Europa 8 000 Banken haben. Fragen Sie doch einmal Frau Kroes, was sie von dem öffentlichen Bankensystem in der Europäischen Union hält. In meinem Land gibt es öffentliche Banken, die weniger Staatsgarantien haben als das, was die Privatbanken von den Staaten gerade garantiert bekommen. Sparkassen will Ihre Frau Kroes – übrigens mit Hilfe der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – in meinem Land gerade abschaffen! Den Bock zum Gärtner zu machen, ist nicht die Lösung dieser Krise!

Jahrelang haben wir hier das neoliberale Dogma „Der Markt richtet es schon“ gehört. Jahrelang haben wir hier gehört, dass die Effekte, die durch den Markt generiert werden, nach unten weitersickern. Alle würden am Ende davon profitieren. Herausgekommen ist dabei, dass die, die angeblich davon profitieren sollten, nämlich die Steuerzahler, jetzt die Zeche zahlen müssen. Das muss in einer solchen Krise auch gesagt werden.

Das Haus brennt! Deshalb muss auch gelöscht werden. Deshalb sind die Maßnahmen – Sie haben Recht, sie müssen in Europa koordiniert erfolgen – die richtigen, weil wir Vertrauen schaffen und Vertrauen zurückgewinnen müssen, weil wir die Angst besiegen müssen, weil genau diese Angst zur „self-fulfilling prophecy“ führt und den Zusammenbruch noch beschleunigt, den wir abwenden wollen. Deshalb sind diese Maßnahmen richtig. Wir unterstützen sie auch. Aber eines muss hinzugefügt werden: Das Haus, das jetzt abgebrannt ist, kann nicht mehr in dieser Form aufgebaut werden. Es wird ein anderes Haus gebaut werden müssen. Eines auf sichererem Fundament und eines mit klaren Regeln!

Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Dennis Snower – kein Mitglied der radikalsozialistischen Fraktion –, hat in einem Interview einen richtigen Satz gesagt: „Auf den Finanzmärkten wurde einfach nicht ausreichend und nicht richtig reguliert. Daher funktioniert das System nicht.“ Ja, der Mann hat Recht! Nur, diejenigen, die jahrelang gefordert haben: „Lassen Sie uns regulieren“, haben sich jahrelang von Ihnen – gerade von der rechten Seite dieses Hauses – anhören müssen, wir stünden für das 19. Jahrhundert. „The voice of the past“, hat der Kollege Watson zu meinen Forderungen in einer der letzten Debatten hier gesagt, als ich Regulierung gefordert habe, als ich Transparenz gefordert habe, als ich über Rating-Agenturen und Regeln dafür geredet habe. „The voice of the past“ meldet sich jetzt zu Wort. „The rules of the past are the necessity for the future.“ Das ist die eindeutige Antwort, die wir diesem neoliberalen Mainstream, der klassisch gescheitert ist, entgegensetzen müssen.

(Beifall)

Die Schwierigkeiten, die wir jetzt haben, werden wir nicht so einfach überwinden können. Das wird eine lange Zeit dauern. In dieser langen Zeit müssen wir vor allen Dingen eines vermeiden: dass sich zukünftig wiederholen kann, was zu den jetzigen krisenhaften Entwicklungen geführt hat. Deshalb müssen wir bei den Regeln konkret darüber nachdenken, dass ganz bestimmte Formen der Spekulation gesetzlich verboten werden.

Mir kann niemand sagen, inwiefern es moralisch gerechtfertigt ist, dass an internationalen Finanzplätzen auf Nahrungsmittelknappheit gesetzt wird, damit Lebensmittelpreise steigen, weil das Investieren in die Anlagen von Lebensmittelkonzernen hohe Renditen bringt. Lebensmittelverknappung führt zu Hunger. Dann ist aber der Hunger der einen der Profit der anderen. Das ist ein perverses System! Gegen solche Dinge muss man gesetzlich vorgehen! Das könnte zum Beispiel, Herr Kommissionspräsident, ein Thema sein für die High Level Group zur Architektur der Finanzmärkte, die Sie einberufen haben.

Dazu möchte ich Sie zum Abschluss beglückwünschen. Das ist eine gute Entscheidung. Ich will Ihnen aber auch sagen, dass das Parlament Sie vor drei Jahren im Bericht Muscat aufgefordert hat, dies zu tun. Das haben

Sie drei Jahre lang ignoriert. Sie kommen spät, aber immerhin kommen Sie mit dem Vorschlag – dafür vielen Dank!

Graham Watson, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte dem amtierenden Ratsvorsitzenden Folgendes sagen: Bei der Tagung des Europäischen Rates nächste Woche müssen Sie die Diskussionen zum Vertrag von Lissabon vorantreiben. Sie müssen konstruktiv sein, gleichzeitig aber auf die Länder Rücksicht nehmen, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben. Sie müssen den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl annehmen – wenngleich wir immer noch nach Methoden suchen müssen, um qualifizierte Neuankömmlinge zu finden und die Zuwanderung zu managen – und Sie sollten die Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel besprechen.

Niemand jedoch kann das dringlichste Thema ignorieren, mit dem sich der Rat befassen muss. Über die globalen Finanzmärkte fegt ein Sturm hinweg, dessen Auswirkungen in ganz Europa spürbar sind – Arbeitsplatzverluste, weggeschmolzene Renten und bedrohte Spareinlagen. Unsere Bürger machen sich Sorgen. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind möglicherweise die größten seit Generationen, und sie breiten sich mit Lichtgeschwindigkeit aus. In Momenten wie diesen definiert sich, was unsere Union ausmacht. Wir brauchen eine kollektive Antwort. Wir können nicht billigen, dass sich die Mitgliedstaaten gegenseitig mit unilateralen Entscheidungen überraschen, die dann multilaterale Auswirkungen haben. Europa braucht eine koordinierte und konsistente Politik, um die Flut an finanziellen Verlusten einzudämmen, für Transparenz und bewährte Verfahren zu sorgen und künftige Probleme zu verhindern.

Einige denken, sie könnten nun auf dem Grab des Kapitalismus tanzen – aber geschlossene Märkte und Planwirtschaften sind keine Lösung. Diese haben die Bürger Europas stets nur übervorteilt. Wenn Sie dort Ihr Haus bauen, Herr Schulz, dann wird es lediglich eine Strohütte werden. Was wir derzeit erleben, ist nicht das Versagen der Marktwirtschaft. Es sind vielmehr die Exzesse entfesselter, ineffektiv regulierter Märkte. Die Finanzmärkte haben derzeit Adam Smith weniger zu verdanken als Cincinnati Kid. Die Gier einzelner Banker, Händler und Leerverkäufer ist sicherlich schuld, aber dasselbe gilt für das Versagen der Regierungen, transparent und ehrlich zu handeln.

Die Liberaldemokraten warnen schon lange vor den Risiken, die den Rat überrascht und die Kommission auf dem falschen Fuß erwischt haben. Im vergangenen Mai unterzeichnete mein Freund Otto Graf Lambsdorff gemeinsam mit Jacques Delors und anderen einen Brief an den slowenischen Ratsvorsitz. Darin wurde betont, dass die jüngsten Praktiken im Bankensektor ein enormes Risiko für einen wirtschaftlichen Zusammenbruchs bergen. In diesem Brief hieß es: „Ein vernünftiger Kapitalismus benötigt eine effektive öffentliche Ordnung. Das Profitstreben ist die Essenz der Marktwirtschaft, aber wenn alles zum Verkauf steht, schmilzt der soziale Zusammenhalt und das System bricht zusammen.“ Europa schenkte diesen Bedenken viel zu spät Beachtung. Nun muss es tun, was in seiner Macht steht, um das System wieder in Gang zu bringen.

Die Liberalen und die Demokraten hoffen, dass die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates die Grundlage für ein Übereinkommen im Europäischen Rat bilden werden. Sie kurieren die Probleme nicht über Nacht, aber sie werden dazu beitragen, die zu Grunde liegende Krankheit zu heilen. Es ist richtig, die Einlagensicherung in der ganzen Union auf mindestens 50 000 Euro zu erhöhen. Die Spareinlagen von Familien sind dann sicher, und wir beugen der Kapitalflucht vor. Wir sind auch gespannt auf den Vorschlag der Kommission zur Förderung der Konvergenz der Einlagensicherungssysteme. Gleichmaßen unterstützen wir die schnelle Annahme Ihrer Ideen zur Verbesserung der Eigenmittelunterlegung. Bei den Rating-Agenturen sollten Sie darauf achten, von wem sie bezahlt und wie sie überwacht werden.

Aber wir müssen auch die Verbindungen zwischen den nationalen Finanzaufsichten stärken. Die Vertreter der Zentralbanken der Eurozone sitzen gemeinsam in EZB-Rat. In ähnlicher Weise brauchen wir eine paneuropäische Aufsichtsbehörde für Finanzdienstleistungen, um für Ordnung und Transparenz zwischen den Finanzinstituten zu sorgen. Der Europäische Rat sollte sich erkundigen, ob der Haushalt der Europäischen Union eingesetzt werden könnte, um es der Europäischen Investitionsbank und dem EIF zu ermöglichen, kleinen Unternehmen Kreditbürgschaften zu geben. Schließlich stellen sie die Arbeitsplätze zur Verfügung, auf die sich die Europäer verlassen. Diese Menschen sind es, die nun rasche und spezifische Maßnahmen benötigen, für die alle Parteien und alle Mitgliedstaaten zusammenarbeiten müssen, die gemeinsame Lösungen für eine gemeinsame Herausforderung erwarten.

Pierre Jonckheer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Ratsvorsitzender, Herr Präsident der Kommission, Herr Almunia! Die Fraktion der Europäischen Grünen – die Fraktion, die heute Nachmittag vertreten soll – hat den Beschlüssen des gestrigen ECOFIN-Rates zugestimmt. Ich denke, das Einzige, was uns Sorgen machen sollte und was Ihnen Sorgen bereitet, ist die heutige Reaktion der Märkte:

Sie scheinen nicht vollkommen davon überzeugt zu sein, dass diese Vorschläge richtig sind. Ich hoffe, die Märkte werden sich wieder zusammennehmen und die Europäischen Behörden werden weiterhin in diesem Sinne handeln.

Ich möchte Ihnen drei Kommentare oder drei Botschaften übermitteln. Die erste Botschaft betrifft Europa selbst. Das Parlament teilweise gespalten. Viele wollten herausstreichen, dass Europa am Management der Banken- und Finanzkrise nicht beteiligt war. Wir, die Europäischen Grünen, möchten betonen, dass die Bankenkrise insbesondere zeigt, wie ungeeignet die Europäischen Regelungen sind. In diesem Bereich wie auch in vielen anderen brauchen wir mehr Europa, nicht weniger.

Die zweite Botschaft betrifft die Verantwortung der Beteiligten. Ich habe gehört und ich verstehe, dass insbesondere Herr Barroso glaubt, dass es an der Zeit ist zu handeln – sicher, aber ich denke auch, es ist Zeit zu prüfen, wo ein Teil der Verantwortung liegt. Es wäre viel zu einfach für mich, auf den Rat zu zeigen, auf die Regierungen, aus denen der Rat besteht, oder auf die Kommission, da ja einige Kommissare geglaubt haben, eine bessere Rechtsetzung bedeute Selbstregulierung, nicht Rechtsetzung. Ich möchte Ihnen ein konkretes Beispiel nennen. Betrachten wir einmal die Richtlinie zu den Einlagensicherungssystemen: Im November 2006 legte die Kommission einen Bericht vor, der besagte, dass in diesem Bereich keine weitere Gesetzgebung notwendig sei. Ich bin nicht sicher, ob Sie heute noch der gleichen Meinung wären.

Aber eigentlich wende ich mich an das Parlament. Vor einer Woche haben wir in diesem Parlament über einen Bericht von Herrn Rasmussen abgestimmt. Die erste Version war ausgezeichnet und wurde von uns unterstützt. Das Parlament musste die Stimmenmehrheit sicherstellen, indem bei den Anforderungen des Berichterstatters selbst Abstriche gemacht wurden.

Heute erleben wir das Gleiche mit dem Lamfalussy-Bericht zur Struktur der Aufsicht über die Finanzmärkte. Auch hier muss jeder die Schuld bei sich selbst suchen. Ich glaube, die PPE-Fraktion und die Fraktion der Liberalen, Herr Watson, tragen eine besondere Verantwortung für die Verwässerung des Berichts, über den wir morgen abstimmen werden.

Schließlich möchte ich ein paar Worte zu der Krise sagen. Ich wende mich hiermit an Sie, Herr Barroso, da Sie derjenige sind, der noch eine Reflexionsgruppe einrichtet (zwar gibt es bereits viele davon, aber vielleicht ist eine weitere Gruppe ja zu begrüßen), und ich beziehe mich auf den Zusammenhang zwischen der Finanzkrise und der Umweltkrise. Die Finanzkrise führt nicht dazu, wie Sie selbst gesagt haben, dass sich die Umweltkrise in Luft auflöst. Von diesem Standpunkt aus denke ich, dass die Bankenkrise mittelfristig zeigt, dass es ein echtes Problem mit der Verteilung der Einsparungen in der Europäischen Union gibt. Was ich gerne – was die Europäischen Grünen gerne auf der Tagesordnung dieser Gruppe sehen würden – sind Überlegungen zu den Instrumenten, die der Europäischen Union zur Verfügung stehen. Ich denke insbesondere an die Europäische Investitionsbank, die langfristige Finanzierungen bereitstellen sollte, sodass das Energie- und Klimapaket und die entsprechenden Investitionen effektiv garantiert werden. Ich glaube, das ist von grundlegender Bedeutung.

Brian Crowley, *im Namen der UEN-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich dem Rat mein Lob aussprechen und ihm zu seinen Anstrengungen insbesondere in Hinblick auf Russland und die Situation in Georgien gratulieren. Es war viel Stärke, Mut und großes diplomatisches Geschick erforderlich, um eine friedliche Lösung für die Schwierigkeiten zu finden. Diese Lösung zeigte – wenn jemand noch weitere Beweise gebraucht hätte –, dass wir gemeinsam und mit einer starken Führung allein durch unser Vorbild und unsere Taktik weit mehr erreichen können als mit einfachen militärischen Mitteln oder durch wirtschaftlichen Reichtum.

Zweitens halte ich es für wichtig, dass die Einrichtung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft auf der Tagesordnung der kommenden Ratssitzung steht. Zu keinem Zeitpunkt unserer Geschichte war es notwendiger, unsere Partner auf Ebene des Mittelmeerraums zusammenzubringen, um sicherzustellen, dass wir nicht nur wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch eine friedliche Koexistenz der Staaten erreichen können. Insbesondere sollten wir dem Beispiel der ägyptischen Regierung folgen, die laufend Friedensverhandlungen im Hinblick auf den Sudan, den Tschad und andere Regionen führt.

Ich möchte noch zwei weitere Punkte ansprechen. Es wäre nicht richtig, wenn ich die Situation unerwähnt lassen würde, die sich im Hinblick auf Irland und den Vertrag von Lissabon ergeben hat. Die Mitgliedstaaten haben Irland bereits eine Bedenkzeit gewährt, und dafür sind wir dankbar, aber diese Bedenkzeit unterscheidet sich nicht von der Zeit, die Frankreich und den Niederlande nach Ablehnung des Verfassungsvertrags eingeräumt wurde. Es braucht Zeit, um Vorschläge und Ideen zu unterbreiten, wie sich diese Schwierigkeiten aus dem Weg räumen lassen. Wir hier im Parlament müssen sicherstellen, dass wir nicht versuchen, hinsichtlich

der Ratifizierung des Vertrags einem Land die Pistole an den Kopf zu setzen – vor allem weil zur Ratifizierung dieses Vertrags eine demokratische Abstimmung der Bürger erforderlich ist.

Zweitens: In Bezug auf die derzeitige Finanzkrise beschuldige ich weder eine bestimmte Person noch zeige ich mit dem Finger auf jemanden. Ich gratuliere dem Rat dazu, dass er es geschafft hat, entschlossen Maßnahmen zu ergreifen. Ich gratuliere der Kommission wieder einmal dazu, dass sie gesagt hat, was gesagt werden musste, bevor der Rat Maßnahmen ergriffen hat, und dass sie auf dem Markt für Glaubwürdigkeit gesorgt hat, indem sie zum Ausdruck gebracht hat, dass wir fähig, imstande und bereit sind, zu handeln – und zwar entweder durch die EZB, den ECOFIN, durch einzelne Mitgliedstaaten oder auf andere Art und Weise.

Lassen Sie uns aber nicht den Fehler begehen zu sagen, dass alles, was sich in den vergangenen zwei Wochen ereignet hat, falsch war und alles, was in Zukunft geschehen wird, richtig sein wird. Die Erfahrung muss uns lehren, dass es schon immer Veränderungen gegeben hat, seit wir auf dieser Welt sind. Und diese Veränderungen führen dazu, dass Menschen in Bedrängnis geraten.

An erster Stelle müssen wir gewährleisten, dass der normale Bürger geschützt wird. Die Banken sind gerettet worden, und ihnen wurden Garantien gewährt. Diese Garantie ist mit der Verpflichtung verbunden, Unternehmen und Privatpersonen wieder Kredite zu geben, damit sich die Wirtschaft erholen kann. Hier geht es nicht nur darum, die Gehälter von Führungskräften zu senken, sondern es soll sichergestellt werden, dass wir wieder an den Punkt des Wirtschaftszyklus gelangen, an dem wir uns befinden sollten. Die Einlagensicherung ist dabei nur ein geringfügiger Aspekt.

Francis Wurtz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident! Seit einigen Wochen erleben wir globale Panik und untragbare Verluste vor einem Schwindel erregenden Hintergrund, bei dem Milliarden von Euro und Dollar außer Kontrolle geraten.

All das ist durch ein System hervorgerufen worden, in dessen Namen führende Politiker Europas seit Jahren eine Mäßigung der Gehälter und Vorsicht bei Sozialausgaben empfohlen und zunehmende Ungleichheit zugelassen haben. Dieselben führenden Politiker eilen nun den Banken zur Rettung, um sie zu sanieren, bevor sie sie wieder dem privaten Sektor übergeben. Gleichzeitig kündigen sie für das gemeine Volk eine lange Rezession und Opfer an.

Viele Menschen haben diese Ereignisse mit großem Erstaunen beobachtet und ziehen nun zwangsläufig eine Lehre daraus – und zwar nicht über Ausschweifungen, Herr Watson, sondern über das Wesen des Kapitalismus in all seiner Ungerechtigkeit und Brutalität, ganz gleich, welche phänomenalen Transformationsprozesse er in den letzten Jahrzehnten auch durchlaufen hat. Ich denke, dass die führenden Politiker Europas den Bürgern eine Erklärung schuldig sind. Denken Sie lieber an Ihre Verantwortung anstatt das allgemeine Wahlrecht in Irland oder in anderen Ländern infrage zu stellen.

Heute möchte ich lediglich drei direkte, praktische Vorschläge für die dringendsten Fragen machen und den Weg für eine echte Veränderung der politischen Ausrichtung bereiten. Zuerst denke ich, dass wir nicht knausern sollten, wenn es darum geht, Menschen mit geringen und mittleren Sparguthaben zu beruhigen, die sich ganz zu Recht um ihren bescheidenen Besitz Sorgen machen. Die diesbezügliche Ankündigung erfolgte meiner Meinung nach zu spät, sie war zögerlich und unpräzise. Am 15. Oktober muss der ganze Europäische Rat formal eine absolute Garantie für Spareinlagen übernehmen, die auf dem Gebiet der Europäischen Union angelegt sind.

Zweitens: Schon ein rudimentäres moralisches Bewusstsein und das geringste Effektivitätsdenken sollten verhindern, dass die Zauberlehrlinge jetzt oder in Zukunft von den staatlichen Interventionen profitieren, die durch den Kollaps, der durch ihre irrationale Verschwendung ausgelöst wurde, erforderlich geworden sind. Aus diesem Grund sollte jede Regierung durch die dauerhafte Verstaatlichung gesunder Vermögenswerte einen Ausgleich für die Unterstützung schaffen, die sie gefährdeten Finanzinstitutionen hat zukommen lassen, oder dazu zumindest in der Lage sein. Dies würde in Zukunft einen öffentlichen Finanzsektor schaffen, mit dem ausschließlich sozial nützliche Investitionen finanziert werden, die insbesondere zur Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.

Drittens, und dies ist ein eher allgemeiner Aspekt, muss die Realwirtschaft durch eine ehrgeizige neue Kreditpolitik unterstützt werden. Dies betrifft die EIB ebenso wie die EZB. Zunächst sollten der EIB die Verantwortung und entsprechenden Ressourcen übertragen werden, damit sie der Aufgabe nachkommen kann, KMU Zugang zu Krediten zu garantieren, die sie zur Entwicklung der Produktion benötigen, sofern echte, angemessen bezahlte Stellen geschaffen und die Rechte der Mitarbeiter geachtet werden. In dieser

Hinsicht ist die Entscheidung richtig, KMU mit 30 Milliarden Euro innerhalb von drei Jahren zu unterstützen, ich denke aber, dass der Betrag zu gering und der zeitliche Horizont zu lang ist. Allein in Frankreich benötigen KMU 60 Milliarden Euro pro Jahr, und die EU setzt sich aus 27 Ländern zusammen. Außerdem sind sie in vielen Fällen darauf angewiesen, jetzt Hilfen zu erhalten. Später ist es vielleicht zu spät.

Zur EZB: Wann wenn nicht jetzt sollten wir sie auffordern, ihre Rolle an die wesentlichen Bedürfnisse der Wirtschaft und der Unternehmen anzupassen, indem Gelder anstatt in die Finanzmärkte in die Realwirtschaft gepumpt werden. Sie verfügt hierfür über ein Instrument, und wir verstehen nicht, weshalb sie so eisern daran festhält, dies nicht einzusetzen. Bei diesem Instrument handelt es sich um die selektive Kreditvergabe, die sehr kostspielig ist, wenn sie für Finanztransaktionen genutzt wird. Werden dadurch jedoch Stellen, Schulungsmaßnahmen und andere lohnenswerte Investitionen gefördert, ist sie äußerst erschwänglich.

Ich weiß, dass einige dieser Vorschläge nicht sonderlich orthodox sind. Na und? Anstatt in einer zusammenstürzenden EU orthodoxe Strategien zu verfolgen, ist es mir lieber, wenn reaktive, kreative Ideen umgesetzt werden, durch die sich Europa erneuern lässt und die Europäer ein würdevolles Leben führen können.

VORSITZ: MARTINE ROURE

Vizepräsidentin

Nigel Farage, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Ist dies nicht eine lustige alte Europäische Union? Am letzten Samstagnachmittag standen die führenden Politiker Europas nach einem tollen Mittagessen im Elysée-Palast auf den Stufen und sprachen mit einem recht schwachen Lächeln von Solidarität. Ihr Lächeln war natürlich deshalb schwach, weil sich der Rettungsplan von Präsident Sarkozy im US-amerikanischen Stil bereits in Staub aufgelöst hatte. Dennoch war „Vereint stehen wir“ das Motto. Trotzdem entschied die deutsche Kanzlerin auf fast komisch-heuchlerische Weise, dass die deutschen Interessen Vorrang haben vor den europäischen Interessen und handelte entsprechend. Vielleicht zum ersten Mal seit Jahren erhielt sie von ihrer Wählerschaft lauten Applaus.

Natürlich waren es die Iren, die diesen Trend, den eigenen Weg zu gehen, eine Woche zuvor eingeleitet hatten, und meine Bewunderung für Irland nimmt jeden Tag zu. Letzte Woche wird meiner Ansicht nach aber zum Wendepunkt für das ganze europäische Projekt. Wie Sie sehen, kann man es nur verhindern, dass Länder in eigenem Interesse handeln, indem man diese Möglichkeit unterbindet, indem man also in Frankfurt ein Finanzministerium schafft, das über Steuern und Staatsausgaben entscheidet. In der Tat habe ich heute Nachmittag gehört, dass dies von einigen Extremisten der EU wirklich gefordert wurde. Dennoch ist dies nicht möglich, weil diese Idee keine öffentliche Unterstützung finden würde. Dieser Vorschlag wäre sogar noch unbeliebter als der verhasste Vertrag von Lissabon.

Nein, es ist wahrscheinlicher, dass die Ereignisse der letzten Woche den Anfang vom Ende darstellen. Auf den Märkten zeigt sich dies bereits. Italienische Staatsanleihen erzielen jetzt 1 % mehr als in Deutschland oder Frankreich ausgegebene Staatsanleihen. Die Märkte sagen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion keinen Bestand haben wird. Und das wundert mich nicht, weil sie noch nie eine optimale Währungszone gewesen ist. Ein Zinssatz war noch nie genug für all diese unterschiedlichen Länder, und auch die öffentliche Unterstützung war noch nie stark genug.

Aber man muss sich für eine der beiden Varianten entscheiden. Entweder haben wir einen kompletten EU-Staat, der alles kontrolliert, oder wir lösen das Ganze auf und kehren zurück zur nationalstaatlichen Kontrolle. Die Kreditklemme betrifft uns alle und zieht uns alle in Mitleidenschaft, aber ich kann am Ende des Tunnels etwas Licht sehen. Ich sehe eine Dividende: Möglicherweise ist dies der Anfang vom Ende dieses ganzen verrückten und unerwünschten Projekts.

Jana Bobošíková (NI). – (CS) Meine Damen und Herren! die Vertreter der Kommission und der Mitgliedstaaten der Union sollten nächste Woche zwei Versuchen widerstehen. Erstens sollten sie akzeptieren, dass der Vertrag von Lissabon erledigt ist und dass jeglicher Versuch, die irischen Bürger zu einer Meinungsänderung zu bewegen, inakzeptabel ist. Außerdem sollen sie den Ratifizierungsprozess einstellen. Zweitens sollten alle führenden Politiker anerkennen, dass es nichts umsonst gibt. Genau jetzt sollten sie aufhören, wie ein Messias zu handeln, der die Wirtschaft der Union rettet und dabei mit der Marktfreiheit und dem Geld der Steuerzahler Roulette spielt. Die Anteilseigner und Bankmanager sollten den Preis für das Missmanagement der Banker zahlen.

Meine Damen und Herren, im Moment bieten alle Politiker Garantien für die Rettung verantwortungsloser Banker an. Damit fördern sie den so genannten Moral Hazard. Durch das Angebot von Staatsgarantien erteilen sie den Steuerzahlern und den viel gepriesenen kleinen und mittleren Unternehmen eine schallende Ohrfeige. Wichtigen Investoren geben sie nur ein Zeichen: Sie haben ein Recht darauf, riesige Gewinne zu erwarten. Dabei müssen Sie kein Risiko und insbesondere keine Verantwortung übernehmen. Für diese Unterstützung erwarten die Politiker jedoch, dass ein hoher Preis gezahlt wird, und zwar in Form einer Marktregulierung. Dadurch wird sich die Krise nicht vermeiden lassen, man wird sie lediglich hinausschieben. Darüber hinaus werden wir durch die Abschaffung der Regeln des fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs einen Dschungel schaffen.

Meine Damen und Herren, uns stehen eine Rezession und zunehmende Arbeitslosigkeit bevor. Gleichzeitig muss sich die politische Elite einem schwierigen Test unterziehen: Soll man dem Reiz des Populismus, der stets einfache Lösungen bietet, verfallen? In den 1930er Jahren hielt Europa dem Sturm nicht stand und erlitt großen Schaden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dem Sturm diesmal standhalten werden.

Jean-Pierre Jouyet, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz fassen. Nachdem ich mir Ihre Beiträge angehört habe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich aus dem ersten Teil der französischen Präsidentschaft eines gelernt habe: Eine Krise führt nicht automatisch dazu, dass sich andere Krisen in Wohlgefallen auflösen.

Durch die Finanzkrise verschwindet nicht die Außenbeziehungskrise mit Russland, Georgien und anderen Teilen der Welt. Durch die Finanz- und Außenbeziehungskrisen verschwinden nicht die Lebensmittel- und Umweltkrisen. All diesen Herausforderungen müssen wir uns selbst dann stellen, wenn wir uns anpassen müssen, um unsere Prioritäten zu wahren.

Es gibt drei Arten von Prioritäten. Sie haben im Rahmen Ihrer Beiträge auf die erste Priorität hingewiesen. Dabei ging es darum, wieder Vertrauen zu schaffen – wie es der Präsident der Kommission ausdrückte –, damit sich unsere Mitbürger im Hinblick auf Europa besser geschützt fühlen und verhindert wird, dass sich eine Kluft zwischen der Europäischen Union – also der Idee, die wir alle von Europa haben – und den Mitbürgern auftut.

Bei der zweiten Priorität geht es darum, unser institutionelles System so anzupassen, dass ein Europa entsteht, das sich stärker beteiligt, das besser organisiert und besser und schneller in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen – denn wir wissen, dass man sich keiner dieser Herausforderungen im Alleingang oder auf nationaler Ebene stellen kann.

Die dritte Priorität ist es, auf ein Entwicklungsmodell hinzuarbeiten, das nachhaltiger und langfristiger angelegt ist und auf die faire Verwaltung von Ressourcen abzielt, wobei aber gleichzeitig die plötzliche Konjunkturabschwächung berücksichtigt wird, die uns – wie wir alle wissen – bevorsteht.

Ich unterstütze die Worte des Präsidenten der Europäischen Kommission vollkommen. Wir müssen fair handeln, wir müssen die verlorene Zeit aufholen und bestimmte Dogmen überdenken. Ich denke, dass der Kommissionspräsident dies verstanden hat, und seine Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Wir müssen eindeutig für mehr Integration und bessere Finanzaufsicht auf europäischer Ebene sorgen.

Ich werde nicht mehr auf die verschiedenen angeführten Maßnahmen eingehen, aber offensichtlich müssen der Rat und die Mitgliedstaaten ihre Verantwortung übernehmen, und auch dieses Parlament muss im Hinblick auf die dringend benötigten eingereichten Vorschläge Verantwortung übernehmen. Hier geht es um Normen, Rating-Agenturen, Eigenkapitaldecken sowie Gehälter von Vorstandsvorsitzenden und anderen Mitarbeitern des Bankensektors (auch die Gehälter für Händler, über die nur selten gesprochen wird, stellen meiner Meinung nach ein großes Problem dar). Aus dieser Sicht glaube ich, dass die Einrichtung einer hochrangigen Gruppe eine hervorragende Initiative ist. Ich möchte im Namen der Präsidentschaft lediglich sagen, dass es mir lieber wäre, wenn sie sich aus unterschiedlicheren Mitgliedern zusammensetzen würde, ohne an Wirksamkeit zu verlieren. Wie der Kommissionspräsident bereits gesagt hat, sollte die Liquiditätskrise von heute nicht zur Glaubwürdigkeitskrise von morgen werden.

Joseph Daul hat auf ausgezeichnete Weise darauf hingewiesen, welche Änderungen hinsichtlich der verbleibenden Ziele vollzogen werden sollten, vor allem im Hinblick auf das Energie- und Klimapaket. Wie er erwähnt hat, ist es zudem von großer Bedeutung, dass wir eine Dimension haben, durch die KMU unterstützt werden, und dass die Europäische Investitionsbank wirklich entschieden handelt. Daher ist das vereinbarte Finanzpaket wichtig, und es muss im Hinblick auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen wirklich schnell umgesetzt werden.

Ich stimme Martin Schulz zu. Wir brauchen eine stärkere Koordination. Wir brauchen einen Aktionsplan. Außerdem brauchen wir einen Aktionsplan, durch den Unternehmen unterstützt werden. Das hat Martin Schulz gesagt, und ich bin mit ihm in jeglicher Hinsicht einer Meinung. Er weiß, dass wir ihn hier unterstützen werden. Da er mit Peer Steinbrück bereits ein gutes Verhältnis hat, denke ich, dass er ihn ebenfalls wird überzeugen können.

Hinsichtlich des Beitrags von Graham Watson stimme ich ihm zu, dass wir nicht mehr Regulierung benötigen, sondern eine besser angepasste Regulierung. Genau das ist wichtig. Wir sind auch keine Dogmatiker, was die Regulierung angeht. Wie viele von Ihnen gesagt haben, ist es klar, dass wir in den erwähnten Bereichen Regulierung benötigen, um das Vertrauen wiederherzustellen. Dabei sollte es sich um besser angepasste, reaktivere Regulierung handeln. In dieser Hinsicht hängt es wiederum davon ab, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden.

Letztendlich müssen wir gewährleisten, und dies hat Francis Wurtz bereits erwähnt, dass die Europäische Investitionsbank in dem derzeitigen Kontext eine aktive Rolle übernehmen muss. Der Europäische Rat wird ebenfalls darüber sprechen, und wir müssen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit wir über einen institutionellen Rahmen verfügen, der für Finanzkonzerne geeignet ist, die zunehmend grenzüberschreitend tätig sind. Genau hier tut sich in dieser Krise eine Kluft auf: Unsere Organisation ist in der Tat weiterhin national, wohingegen die Herausforderungen transeuropäischer Natur sind. Gemeinsam müssen wir Maßnahmen finden, durch die wir die Methode der Regulierung ändern können, anstatt eine Überregulierung zu schaffen. Zudem müssen wir gewährleisten, dass Europa geschlossen auftritt und sich bei den anstehenden internationalen Sitzungen Gehör verschafft, damit wir nicht – wie in der Vergangenheit – die Folgen der Regeln und des Durcheinanders anderer tragen müssen, sondern uns auf eine stabilere internationale Ordnung hinbewegen können, welche die Herausforderungen, vor denen wir weltweit stehen, stärker berücksichtigt.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin! ich möchte lediglich zwei oder drei Aspekte betonen, die in dieser Phase der Aussprache wichtig zu sein scheinen. Insgesamt habe ich festgestellt, dass in Bezug auf die allgemeinen Linien, die wir verfolgen sollten, dennoch Konsens herrscht.

Wir müssen verstehen, dass wir uns in einer äußerst ungewöhnlichen Situation befinden und innerhalb eines überwiegend nationalen Rahmens agieren, mit dem wir auf eine transnationale Krise reagieren wollen. Tatsache ist, dass es sich bei den Aufsichtsbehörden um nationale Behörden handelt. Weder die Kommission noch die Europäische Zentralbank sind dazu befugt, die Finanzaufsicht auszuüben.

Hinsichtlich der Befugnisse der Kommission und vor allem in Bezug auf staatliche Beihilfen haben wir einiges an Arbeit geleistet, und ich kann Ihnen versichern, dass unsere Dienststellen und die Regierungen, die schon früh an einem Kontakt zu uns interessiert waren, hervorragend zusammenarbeiten. Auch kann ich Ihnen mitteilen, dass die Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank sehr gut läuft, und wieder einmal wurde ich Zeuge der außergewöhnlichen Bemühungen, die die französische Präsidentschaft an den Tag legen musste, um einen europäischen Ansatz zu erzielen. Dabei war die schwierige Lage durch die fragmentierten Aufsichtssysteme geprägt, obwohl dennoch eine europäische Dimension erkennbar ist. In diesem Zusammenhang würde ich die heute in Zusammenarbeit mit anderen Zentralbanken getroffene Entscheidung der Europäischen Zentralbank begrüßen, die Zinsen zu senken.

Aus den Punkten, auf die Sie in Ihren Beiträgen hingewiesen haben, möchte ich lediglich zwei Aspekte herausgreifen. Bei einem Punkt, den Joseph Daul erwähnt hat, geht es um das Thema Realwirtschaft und KMU. Es ist jetzt gewiss und gilt als anerkannte Tatsache, dass sich die Krise bereits auf die Realwirtschaft auswirkt und dass uns schwierigere Zeiten bevorstehen. Ich denke, dass wir uns im Rahmen all der Reformen, die in Europa durchgeführt werden, auf gezielte Maßnahmen einigen sollten, um uns an einen aus Wettbewerbssicht wesentlich komplexeren Kontext anzupassen und Wege zu finden, die KMU konkret zu unterstützen. Genau aus diesem Grund wurde die Europäische Investitionsbank im Rahmen dieser Initiativen aufgefordert, Maßnahmen für KMU zu ergreifen. Diese ganze Dimension, also die Dimension der Realwirtschaft, muss während der kommenden Monate genau beobachtet werden.

Martin Schulz hat auch noch auf das Problem derjenigen hingewiesen, die außerhalb Europas leben, das Problem der ärmsten Menschen. Es ist wohl auch meine Aufgabe, Ihre Aufmerksamkeit auf ein wichtiges Problem zu lenken, das in diesem Zusammenhang auftritt. Wir sprechen derzeit von einer „finanziellen Rettung“, aber die „menschliche Rettung“ darf nicht in Vergessenheit geraten. Dies Jahr werden laut Weltbank 75 Millionen Menschen mehr an Hunger sterben als bisher. Für nächstes Jahr geht man von einer Zunahme um 100 Millionen Menschen aus.

Natürlich haben wir in Europa jetzt zusätzliche Probleme, doch wir dürfen dabei nicht die Probleme in den Entwicklungsländern vergessen. Wir dürfen die Tragödie, die sich in Afrika abspielt, nicht außer Acht lassen. Wir müssen uns bemühen, positiv auf die Anfrage zu reagieren, die der UN-Generalsekretär und der Präsident der Weltbank unlängst an uns gerichtet haben. In ihrem Schreiben an alle Staats- und Regierungschefs sowie, soweit ich mich erinnern kann, an den Präsidenten des Europäischen Parlaments baten sie darum, dass die europäischen Institutionen, also das Parlament und der Rat, die Initiative der Kommission genehmigen, mit der ein Notfallplan für die Unterstützung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern umgesetzt werden soll.

Wie Jean-Pierre Jouyet bereits zu Recht gesagt hat, dürfen wir nicht vergessen, dass all diese Krisen miteinander verknüpft sind: die Finanzkrise, die weltweite Ernährungskrise, die Energiekrise und wichtige Aspekte im Hinblick auf die geopolitische Krise. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich Europa an einem konstruktiven Ansatz beteiligen würde, denn dies wäre nicht nur für uns Europäer von Vorteil, sondern auch für die restliche Welt.

Wenn wir versuchen, in der Marktwirtschaft gerechtere Grundsätze und Regeln anzuwenden, leisten wir einen Beitrag zu einer neuen, gerechten Ordnung der Globalisierung. Das erreichen wir jedoch nicht, indem wir uns abgrenzen oder das Konzept der Marktwirtschaft infrage stellen. Wie bereits gesagt wurde, ist das derzeitige Problem auch ein Problem der Unfähigkeit, und zwar nicht so sehr im Hinblick auf den Markt – obwohl sich viele Marktteilnehmer inakzeptabel verhalten –, sondern vielmehr in Bezug auf bestimmte Politiker und öffentliche Behörden, die aus regulatorischer Sicht keine geeigneten Lösungen für die Marktsituation gefunden haben.

Abschließend kann ich Ihnen sagen, dass ich bei unseren täglichen Gesprächen mit den Regierungen feststelle, dass die Notwendigkeit dieser europäischen Dimension erkannt wird. Wie Sie zweifelsohne wissen, waren beispielsweise Europa oder gar die Eurozone für die internationalen Finanzbehörden bisher nicht wirklich existent. Erst vor wenigen Monaten und nach jahrelangem Bemühen erhielt die Europäische Kommission endlich Anrecht auf einen Sitz im Finanzstabilitätsforum.

Man kann die Tatsache nicht leugnen, dass die externe Vertretung der EU in internationalen Finanzorganen trotz des Stabilitäts- und Wachstumspakts und trotz einer Europäischen Zentralbank der tatsächlichen Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion und des Projekts der Europäischen Union bei Weitem nicht gerecht wird. Ich erkenne daher selbst mitten in der Krise Chancen. Wenn wir klug handeln und verstehen, was wir tun können und müssen, dann sehe ich eine Möglichkeit, unsere Idee eines Europas, das im Dienste unserer Bürger steht, weiterzuentwickeln.

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Unter der derzeitigen Finanzkrise leiden nicht nur Banken und Investoren. Auch Hersteller, Einzelhändler, Importeure und Exporteure finden es schwieriger, das erforderliche Betriebskapital aufzubringen, und es besteht eine reale Gefahr, dass der bereits stark nachlassende Handel noch mehr an Dynamik verliert. Es liegt uns daher besonders am Herzen, den freien Warenverkehr aufrechtzuerhalten, und zwar nicht nur innerhalb Europas, sondern auch zwischen Europa und den Entwicklungsländern, wie Präsident Barroso gerade betont hat.

Deswegen – und dies ist der erste der beiden zusammenhängenden Punkte – ist es zu diesem Zeitpunkt so wichtig, schnell einen neuen Handelskommissar zu ernennen. Meine Kollegen hier in diesem Parlament werden sich daran erinnern, dass Peter Mandelson bei seiner Ernennung von den meisten Parteien und Delegationen unterstützt wurde. Selbst die britischen Konservativen standen hinter ihm. Ich hoffe, dass dies auch noch bei seiner Nachfolgerin der Fall sein wird, aber ich möchte dem Parlament auch sagen, dass einige Kollegen aus unterschiedlichen Delegationen bereits echte Bedenken darüber zum Ausdruck gebracht haben, dass sie in dem wichtigen Handelsressort offenbar nicht über hinreichend Erfahrung verfügt.

Ich würde daher empfehlen, dass die Anhörung in ihrem und auch in unserem Interesse wenn möglich vom 10. November auf ein früheres Datum vorzulegen. Ein Monat ist eine lange Wartezeit, und bis dahin können weitere Zweifel auftauchen. Es gibt aber auch noch einen anderen Grund: Ich habe gerade eine E-Mail erhalten, aus der hervorgeht, dass der Transatlantische Wirtschaftsrat, der für den 16. Oktober anberaumt war, verschoben werden musste, weil der bisherige Kommissar bis dahin bereits aus dem Amt ausgeschieden sein wird, der neue Kommissar aber noch im Amt bestätigt werden muss. Wir sollten die Dinge daher ins Rollen bringen. Dies wäre in unser aller Interesse.

Bei meinem zweiten Punkt geht es um KMU, und dieses Thema wurde bereits mit Leidenschaft von meinem guten Freund und Kollegen Joseph Daul aufgegriffen. Könnte der Rat bitte nicht nur von den Rahmenbedingungen sprechen, sondern auch Details erwähnen? Neulich ist mir aufgefallen, dass die Konsultation für die Zahlungsverzugsrichtlinie bis Ende August abgeschlossen sein muss. Dieser zeitliche

Rahmen ist meiner Ansicht nach ungünstig. Ganz gleich, was Unternehmen bis Ende August gesagt haben, wären ihre Aussagen jetzt wohl deutlicher. Ich möchte darum bitten, dass dieser Konsultationszeitraum lediglich um ein paar Monate verlängert wird, weil ich der Meinung bin, dass wir auch das neue Argument des Mangels an Betriebskapital berücksichtigen sollten. Ich bin nicht davon überzeugt, dass sich das Problem durch eine Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie lösen lässt, aber ich glaube, dass uns eine solche Analyse helfen würde, das Problem zu verstehen.

Pervenche Berès (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr amtierender Ratspräsident! Es ist sehr schade, dass die für den ECOFIN-Rat zuständige Ministerin nicht anwesend ist. Sie ist die Präsidentin dieses Rates, und sie fordert eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Ich denke, dass es angemessen gewesen wäre, wenn sie heute hier gewesen wäre.

Herr Präsident der Kommission, ich habe Ihnen zugehört und möchte mich nicht denjenigen anschließen, die sagen, dass dies nur Worte sind, aber gleichzeitig frage ich mich, wann Sie in diesen Bereichen seit Beginn der Krise wirklich gehandelt haben? Sie haben hier von Zeit zu Zeit Vorschläge eingereicht, wenn Sie den Eindruck hatten, dass es mit den Mitgliedstaaten, vor allem den Größten (und dabei denke ich an Frankreich und Deutschland im Zusammenhang mit Staatsfonds), Probleme geben könnte. Dabei haben Sie einen Vorschlag eingereicht, der in Ihrem eigenen Kabinett ausgearbeitet worden war, ohne dass man den zuständigen Kommissar, Charlie McCreevy, daran beteiligt hätte.

Seither habe ich jedoch nicht gerade den Eindruck, dass Sie sonderlich aktiv gewesen sind. Nun, ich wollte Sie eigentlich etwas fragen: Wo haben Sie heute den Kommissar versteckt, der für den Zustand der Finanzmärkte zuständig ist? Ich frage mich, weshalb er Ihnen nicht zur Seite steht. Zwar freut es mich, dass sich Ihr Freund Joaquin Almunia an Ihrer Seite befindet, aber dennoch finde ich es etwas befremdlich, dass der zuständige Kommissar nicht anwesend ist.

In Bezug auf den zuständigen Kommissar möchte ich fragen, was er im Juli 2007 unternommen hat, als all seine Dienststellen mobilisiert wurden, um uns darüber zu informieren, dass die Lage für europäische Banken und die Folgen dieser Krise für die europäische Wirtschaft dramatisch sein würden? Ihre Dienststellen wurden informiert. Herr Barroso, dies war der Zeitpunkt, an dem Vorschläge hätten unterbreitet werden sollen, um europäische Sparer hinsichtlich der Einlagensicherung zu beruhigen und ihnen zu vermitteln, wie wir diese schwierigen Situationen in den Griff bekommen wollen. Wo war Ihr Kommissar da?

Sie freuen sich darüber, dass die Kommission – hören Sie mir hier bitte zu, Herr Barroso – eingeladen wurde, sich am Finanzstabilitätsforum zu beteiligen. Wussten Sie, dass Ihr Kommissar, Charlie McCreevy, am letzten Montag nicht am Forum teilnahm, weil er gerade in Dublin war? Und was sagte er, als sich sein Land entschied, in Sachen Einlagensicherung in dem Sektor, für den er in der Kommission zuständig ist, im Alleingang zu handeln?

Sie sagen uns, dass im Europäischen Rat Widerstand herrscht, aber müssen Sie wirklich auf Anweisungen der Finanzminister warten, um ein Einlagensicherungssystem einzurichten oder um zu prüfen, wie Rechnungslegungsgrundsätze auf europäischer Ebene angewandt werden?

Herr Barroso, Ihre politische Verantwortung gebietet es Ihnen, heute Mut, Führungsstärke und Initiative zu zeigen. Bisher habe ich davon jedoch noch nichts bemerkt.

Wolf Klinz (ALDE). – (DE) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse überschlagen sich, die Märkte befinden sich im freien Fall. Man weiß nicht, ist es wegen des Vertrauensverlustes, der überall eingetreten ist, oder sind schon Spekulanten am Werke, die versuchen auszuloten, ob und wie weit sie die Märkte noch in die Knie zwingen können.

Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa hat schon im Februar dieses Jahres in einem ganztägigen Workshop versucht, die Ursachen für die Krise zu identifizieren und konkrete Maßnahmen festzulegen, die wir ergreifen sollten, um eine Wiederholung dieser Krise in Zukunft zu vermeiden.

Schuldzuweisungen an Einzelmarktakteure bringen nicht viel. Im Grunde müssen wir feststellen, dass wir alle versagt haben: die Investmentbanken, in denen Produkte entwickelt wurden, die zum Schluss wegen ihrer Komplexität keiner mehr verstanden hat, die Hypothekenbanken, die auf eine Bonitätsprüfung verzichtet haben, die Bewertungsagenturen, die sich großzügig über Interessenkonflikte hinweggesetzt haben, und die Aufsichtsorgane, die weder miteinander, noch mit den jeweiligen Zentralbanken intensiv genug zusammengearbeitet haben und sich auch nicht die Mühe gemacht haben, wirkliche Transparenz von Zweckgesellschaften zu erreichen, die auf keiner Bilanz einzeln ausgewiesen werden.

Zu lange ist nichts passiert! Die Kommission, die wir schon vor Jahren gebeten haben, in die Bewertungsagenturen hineinzuschauen und uns Klarheit über deren Aktivitäten zu verschaffen und auch die Transparenz in anderen Bereichen zu verbessern, hat viel zu lange mit Maßnahmen gewartet. Jetzt werden praktisch jeden Tag Maßnahmen ergriffen, die man sich vor ein paar Monaten noch gar nicht hätte vorstellen können: Am Samstag die G7, am Montag die 27 Mitgliedstaaten, am Dienstag die Finanzminister, heute die Maßnahmen der britischen Regierung und gleichzeitig eine koordinierte Aktion der Zentralbanken und eine Zinssenkung! Gut, ich hoffe, diese Maßnahmen helfen, aber sie könnten von den Märkten auch missverstanden und als Ausdruck einer um sich greifenden Panik gesehen werden, und das müssen wir sicherlich vermeiden.

Das Haus hat 27 Zimmer, das Feuer schlägt zum Dach hinaus, aber was machen die 27 Zimmerbewohner? Sie versuchen jeder einzeln, seinen Zimmerbrand zu löschen, statt zusammenzuhelfen.

Hélène Flautre (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin! Durch diese Finanzkrise wird der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl in den Hintergrund gedrängt. Vielleicht ist dies gar nicht so schlecht. Möglicherweise ist das genau der Ort, an dem er schon immer hätte sein sollen. Wir haben uns ehrlich gesagt gefragt, inwiefern sich dieser Pakt zu Einwanderung und Asyl von den Strategien unterscheidet, die seit Jahren von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten verfolgt werden.

So ist es doch! Was wird sich durch diesen neuen Pakt für Migranten ändern, die Opfer von polizeilicher Gewalt, Menschenhandel oder absurder Bürokratie werden? Unterstützt er ihre Menschenwürde oder ihre Rechte? Unterstützt er das internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen? Nein!

Was wird sich für die Opfer von Armut, Krieg, Naturkatastrophen und der zunehmenden Einschränkung des Asylrechts ändern? Werden sich die Menschen langsam fragen, wie lächerlich es doch ist, dass man in dem Land Asyl beantragen muss, in dem man zuerst Zuflucht gesucht hat? Werden die im Sammelverfahren durchgeführten Untersuchungen eingestellt und die unzuverlässigen – wenn wir sie einmal so nennen wollen – Listen sicherer Länder abgeschafft? Wird dies für Migranten, die einer rechtmäßigen Beschäftigung nachgehen und ein echter Bestandteil unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sind, bedeuten, dass sie offiziell anerkannt werden? Nein!

Und wie steht es um Migranten, einschließlich Minderjährigen, die inhaftiert oder ausgewiesen werden, selbst in Länder, in denen sie misshandelt werden, keine Familienangehörigen haben oder deren Sprache sie nicht sprechen? Wird sich für sie etwas ändern? Werden wir auf Rückübernahmeabkommen und Durchreiseabkommen mit Ländern verzichten, in denen Menschenrechtsverletzungen stattfinden? Nein!

Man merkt, dass Menschen auf der ganzen Welt die Asyl- und Einwanderungspolitik auspfeifen. Man kann an keiner internationalen Konferenz mehr teilnehmen, ohne von massiven Verstößen gegen die Rechte von Migranten zu hören, die auf die europäische Asyl- und Einwanderungspolitik zurückzuführen sind. Ich denke, dass sich dies ändern muss. Wir brauchen eine Politik, die auf Pragmatismus basiert und nicht auf Heuchelei, dem Markenzeichen des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl.

Cristiana Muscardini (UEN). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stimmen voll und ganz dem zu, was Präsident Sarkozy in Evian gesagt hat: Das systemische Risiko lässt sich lediglich durch das koordinierte Handeln der Zentralbanken und Regierungen eindämmen.

Trotz der interessanten Aussprache, die heute geführt worden ist, haben wir immer noch ernste Zweifel, weshalb die Europäische Zentralbank die Zinssätze angesichts der Ereignisse auf dem US-Markt, auf den globalen Märkten und auf den Finanzmärkten, besonders in einigen EU-Ländern, nicht früher gesenkt hat.

Wir stellen diesen Punkt infrage, weil zum Thema der Derivate nicht klar Stellung bezogen wurde, obwohl wir wissen, dass diese Produkte dafür verantwortlich sind, dass große öffentliche Institutionen und Behörden in Italien und Europa massive Schulden angehäuft haben.

Wir stellen diesen Punkt infrage, weil die anhaltende Konsolidierungspolitik der Banken oftmals dazu geführt hat, dass Idole auf tönernen Füßen geschaffen wurden, ohne das tatsächliche System in unseren Ländern zu berücksichtigen, und weil Verbraucherkredite nicht kontrolliert worden sind, sodass sowohl von Privatpersonen als auch – aufgrund des Dominoeffekts – Banken riesige Schuldenberge angehäuft haben.

Kurz gesagt: Wir fordern Europa auf, heute Mut zu zeigen und den Stabilitätspakt, der inzwischen ins letzte Jahrhundert gehört, zu überarbeiten. Die Anzahl neuer Krisen nimmt exponentiell zu, daher brauchen wir schnelle und zielsichere Entscheidungen. Da wir bereits über kleine und mittlere Unternehmen gesprochen

haben, muss der Rat auch deutlich sagen, dass die Kommission dazu verpflichtet ist, die Treibstoffkosten weiter zu senken.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Frau Präsidentin! Etwas Bescheidenheit schadet nie, auch nicht unter Politikern. Lassen Sie uns dies von Anfang an klarstellen: Im Rahmen der weltweiten Finanzkrise sind die Institutionen der Europäischen Union kaum mehr als völlig machtlose Zuschauer und im Europäische Parlament wird fast nur geredet, ohne dass man die Dinge dadurch ändern kann.

Ich möchte daher gleich zu Beginn einige andere Aspekte zur Sprache bringen, für die wir Verantwortung tragen. Ursprünglich sollte der Gipfel von der irischen Frage und dem sterbenden Vertrag von Lissabon bestimmt werden. Die jüngsten Aussagen führender Eurokraten lösen in mir jedoch ein starkes Gefühl eines *Déjà vu* aus. Ein Beispiel ist Kommissarin Wallström, die erst diese Woche gesagt hat, dass das irische Referendum eigentlich sehr wenig mit dem Vertrag an sich zu tun hat, sondern mehr mit ethischen Fragen und Besteuerung. Dies läuft darauf hinaus, dass man in der Kommission der Meinung ist, das irische „Nein“ sei eigentlich ein „Ja“. Ich habe deshalb ein *Déjà-vu-Erlebnis*, weil Mitglieder europäischer Einrichtungen nach den französischen und niederländischen Referenden genau dasselbe gesagt haben. Die Menschen sagen „Nein“, aber die Eurokraten hören „Ja“.

Eine solche Missachtung der Basisdemokratie ist offensichtlich ein strukturelles Merkmal von Europa. Eine gewisse politisch autistische Elite Europas, die abgeschirmt von den Menschen lebt, trifft Entscheidungen einfach im Alleingang und schaut dann völlig machtlos zu, wenn – wie in diesem Fall – echte Katastrophen eintreten.

Noch ein weiteres Beispiel. Aus jüngsten Umfragen geht hervor, dass die Opposition gegen den Beitritt der Türkei unter den Bürgern unserer Länder stärker ist denn je – und was tun wir? Wir erhöhen das Tempo der Beitrittsverhandlungen. Das Europa, das wir zurzeit erleben, ist genau das Gegenteil dessen, was man sich unter Demokratie vorstellt. Zudem können wir das Misstrauensproblem der Bürger nicht lösen, indem wir so tun, als ob wir einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, etwas gegen die Finanzkrise zu tun.

Jacek Saryusz-Wolski (PPE-DE). – (FR) Frau Präsidentin, sehr geehrte Minister, Herr Kommissar! Ich habe für die Kommission und den Rat folgende Botschaft: Lassen Sie uns inmitten dieser Finanzkrise nicht die Anschlussmaßnahmen der außerordentlichen Sitzung des Rates vom 1. September und vor allem nicht die Georgien- und Belarusfrage vergessen.

Georgien hat den Krieg verloren, sollte aber den Frieden gewinnen, und wir müssen unser Bestes geben, um dies zu ermöglichen. Zwei Dinge sind dazu wichtig: Wir müssen Georgien durch umfangreiche Finanzhilfen für den Wiederaufbau und durch Hilfe bei der Konsolidierung demokratischer Reformen unterstützen.

Die Europäische Union war bei der Kaukasus-Krise schneller und effizienter als unsere amerikanischen Freunde, und unsere Reaktion war kohärent und basierte auf einem gemeinsamen Ansatz. Dafür muss man der französischen Präsidentschaft danken und ihr gratulieren.

Wir müssen die Auswirkungen der Georgien-Krise auf die ganze Region und auf die Europäische Union selbst berücksichtigen. Es ist wichtiger denn je, dass wir Beziehungen zu unseren östlichen Nachbar aufbauen, und zwar durch eine Östliche Partnerschaft auf höherer Ebene. Wir sind ebenso auf ein starkes demokratisches Georgien angewiesen wie Georgien auf uns. Zudem besteht ein gemeinsames europäisches Interesse, und damit meine ich die Energieversorgungssicherheit und die Verfügbarkeit eines kaukasischen Korridors als alternative Transportroute für Öl und Gas. Wir erwarten von der Kommission und vom Rat, dass sie sich für den Schutz vorhandener Pipelines einsetzen und weiter an der mangelnden gemeinsamen Energieaußenpolitik arbeiten, die wir dringend benötigen.

Jetzt zu Belarus: Die dortige Lage verbessert sich leicht, und man kann die ersten Anzeichen einer Liberalisierung erkennen. Die Wahlen waren nicht demokratisch. Wir müssen der Ausgrenzung von Belarus mit einer neuen Politik ein Ende setzen. Die Öffnung soll jedoch gemäßigt vollzogen werden, wobei strenge Bedingungen gelten und ein stufenweiser Ansatz des Gebens und Nehmens verfolgt wird. Hierzu zählen folgende Elemente: selektive Anwendung der europäischen Nachbarschaftspolitik und Menschenrechtsinstrumente, selektive Aussetzung von Visasanktionen für Amtsträger, Senkung der für Einreisevisa für belarussische Bürger anfallenden Gebühren um 50 %, erneute Aufnahme des politischen Dialogs, Unterstützung im Hinblick auf eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Schutz von Zivilgesellschaft, NRO, nationalen Minderheiten und der freien Presse, wobei all dies in enger Zusammenarbeit mit denjenigen erfolgen soll, die die demokratische Position von Belarus vertreten.

Enrique Barón Crespo (PSE). – (ES) Frau Präsidentin, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die Botschaft für die bevorstehende Sitzung des Europäischen Rates lautet, dass wir das Vertrauen der europäischen Bürger in unser Projekt wiederherstellen und festigen müssen.

Der Grund ist, dass wir uns entschieden haben, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, die zwar im Aufbau, aber noch nicht fertig ist. Eine Woche lang liefen wir Gefahr, in Panik zu geraten oder Opfer einer Massenflucht zu werden, weil die US-amerikanische Epidemie auf uns übergegriffen hatte, aber ich denke, das ist vorbei. Im Laufe der Zeit hat sich gezeigt, dass die europäischen Institutionen funktionieren, besonders im Falle der gestrigen ECOFIN-Sitzung, aber auch durch die heutige koordinierte Zinssenkung.

Wir müssen in der Lage sein, unser Produktionssystem zu unterstützen. In diesem Zusammenhang möchte ich neben den Gemeinschaftsinitiativen beispielsweise den Fall meines Landes erwähnen, wo man sich gestern entschied, einen Fonds in Höhe von 30 Milliarden Euro einzurichten, weil wir unseren Unternehmen helfen müssen.

Der zweite Bereich, in dem mehr Vertrauen geschaffen werden muss, ist die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Ich hatte auch Gelegenheit, mit Minister Martin ein Gespräch zu führen. Er hat die Situation genau diagnostiziert, aber eine Diagnose ohne Rezept für Medikamente genügt nicht. Daher müssen sich unsere irischen Freunde, nachdem sie die Angelegenheit überdacht haben, auch dessen bewusst sein, dass dies keine neutrale Übung ist. Anders gesagt: In einer Union, die auf Solidarität basiert, kommt es uns teuer zu stehen, wenn der Vertrag von Lissabon nicht vor den Wahlen angenommen wird.

Der einzig positive Aspekt der Nichtratifizierung besteht vielleicht darin, dass die europäischen Wahlen so in das Zentrum des Interesses gerückt werden. Wir müssen uns jedoch intensiv dafür einsetzen, dass der Vertrag von Lissabon noch vor den bevorstehenden Europawahlen in Kraft tritt, damit die Union gestärkt wird und ein höheres Maß an Kohäsion aufweist.

Sophia in 't Veld (ALDE). – (NL) Frau Präsidentin! Die Bürger erwarten von Europa zurzeit, dass es Schutz und Stabilität bietet und geschlossen auftritt. Ein starkes Europa ist jetzt wichtiger denn je. Man ist sich allgemein darüber einig, dass staatliche Eingriffe erforderlich waren, und es ist gut, dass schnell gehandelt wurde. Dies war unvermeidbar.

Dennoch kam es zu einigen Entwicklungen, die ich Besorgnis erregend finde, und hinter einigen der ergriffenen Maßnahmen verspüre ich auch ein gewisses Maß an Ideologie. Hier in diesem Haus haben bereits einige den Tod des Kapitalismus gefeiert. Es muss jedoch ehrlich gesagt werden, dass Politiker keine Banker sind. Sofortmaßnahmen sind eine Sache, aber ich habe auch bemerkt, dass einige Aktivitäten auf eine ganz gewöhnliche Verstaatlichung der Banken hinauslaufen. Es gibt ehrlich gesagt einige Banker, denen man auf keinen Fall mehr trauen kann und denen wir unsere Ersparnisse nicht mehr anvertrauen können. Fragen Sie sich jedoch auch, ob Sie Ihre Ersparnisse Politikern anvertrauen würden, die als Banker fungieren. Würden Sie sie beispielsweise Martin Schulz anvertrauen? Ich nicht.

Man sollte die Krisis nicht nutzen, um Regeln zu umgehen, zu verwässern oder gar abzuschaffen. Ich finde die Forderung, die Wettbewerbspolitik oder den Stabilitäts- und Wachstumspakt flexibel anzuwenden, äußerst bedenklich. Gerade mit diesen Regeln ist Europa widerstandsfähig geworden.

Ich habe eine spezielle Frage an die Kommission und stelle nebenbei fest, dass José Manuel Barroso die Aussprache wohl nicht spannend genug findet, um bis zum Ende zu bleiben. Heute Nachmittag hat der niederländische Finanzminister im Rahmen einer Aussprache im Unterhaus des niederländischen Parlaments geäußert, dass der Erwerb von Fortis und ABN-AMRO – nicht nur der Bank, sondern auch der Teile, die keine systemische Relevanz haben, wie das Versicherungsgeschäft – nicht als staatliche Beihilfe deklariert worden war. Ich würde daher gern wissen, wie die Kommission mit solchen Fällen in Zukunft umgehen möchte. Schließlich hat Kommissarin Neelie Kroes am letzten Montag erklärt, dass die Wettbewerbsregeln und der Stabilitäts- und Wachstumspakt nach wie vor vollumfänglich gültig sind, und hierbei stimme ich ihr vollkommen zu. Wie gehen wir also mit solchen Fällen um? Was passiert, wenn später festgestellt wird, dass gegen die Regeln für staatliche Beihilfe verstoßen worden ist?

Ryszard Czarnecki (UEN). – (PL) Frau Präsidentin! Die größte Herausforderung, vor der Europa heute steht, ist definitiv die Wirtschaftskrise. Trotz der jüngsten Zusicherungen deutscher Politiker und Amtsträger der Europäischen Kommission zeigt diese Krise mittlerweile erste ernste Auswirkungen auf Europa. Die Frage ist nicht, ob sie uns erreichen wird, sondern wann. Am letzten Samstag haben es die selbst ernannten

führenden Politiker einiger der größten Länder der Europäischen Union nicht geschafft, sich hier auf eine gemeinsame Taktik zu einigen.

Darüber hinaus kann man beispielsweise aus den Einlagensicherungen, die Staaten wie Griechenland, Irland und Deutschland im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedstaaten angekündigt haben, schließen, dass für dieses Problem offensichtlich keine gemeinsame Taktik besteht. Wenn hierfür auf dem bevorstehenden EU-Gipfel keine gemeinsame Strategie ausgearbeitet wird, wird dies für die Bürger der EU-Mitgliedstaaten ein äußerst schlechtes Zeichen sein: Gerade in Krisenzeiten wollen die EU-Bürger spüren, dass sie von der EU notfalls unterstützt werden, dass sie nicht nur in guten Zeiten da ist, sondern auch, wenn es Probleme gibt.

Werner Langen (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin! Leider ist der Kommissionspräsident nicht mehr da. Er hat gesagt – ich habe es mitgeschrieben: „Wir haben noch nicht die Regeln, die eine europäische Antwort erlauben.“ Da hat er wirklich Recht. Frau Bérès hat gesagt, warum er Recht hat: weil der zuständige Kommissar McCreevy seit vier Jahren den toten Mann spielt! Er hat die Vorschläge aus dem Parlament in mindestens zehn unterschiedlichen Berichten immer ignoriert. Das ist die Realität, kein Neoliberalismus, sondern die Fernsteuerung aus Dublin und London durch den Kommissar, der für die Finanzmärkte verantwortlich ist. Wenn der Kommissionspräsident Mut hätte, würde er ihm die Kompetenz entziehen und sie zu Herrn Almunia geben, da wäre sie richtig aufgehoben! Aber diesen Mut hat er nicht, sondern hier werden Reden gehalten, als ob jetzt die Stunde null anfinke. Ich kann mich über dieses Vorgehen des Kommissionspräsidenten wirklich nur wundern. Er wird sich so einfach nicht aus der Mitverantwortung herausreden können!

Ich sage das deshalb so deutlich, weil wir hier nicht ruhig abwarten können. Wir müssen schnell handeln. Die Notenbanken haben gehandelt, die Finanzminister haben gehandelt. Das alles ist jetzt notwendig, weil die Krise nun genau die Ausmaße erreicht hat, die wir seit Jahren befürchtet haben.

Wo ist Frau Kroes? Die eiert mit ihren Wettbewerbsregeln hier herum und gefährdet auch noch die Sicherheit im Stabilitätsbereich der Banken, die noch funktionieren! Sie setzt Fristen, anstatt etwa darüber nachzudenken, ob Irland 200 % seines Inlandsprodukts für Garantien einsetzen kann, die nur für irische Staatsbürger und künftige Kredite gelten. Wer hat hier dazu auch nur ein Wort gesagt?

Wenn die Kommission nicht den Mut hat, auch gegen den Willen der Mitgliedstaaten Vorschläge hinsichtlich einer europäischen Aufsichtsbehörde zu machen, dann wird alles hier verpuffen. Nachher dann einen europäischen Solidaritätsfonds zu gründen, ohne dass man die Regeln vereinheitlicht hat, das ist Sozialismus pur!

Jo Leinen (PSE). – (DE) Frau Präsidentin! Wenn ich Herrn Langen höre, könnte ich fast von einer großen Koalition sprechen, weil ich dem, was er gesagt hat, zustimme.

Krise in Georgien, Finanzkrise, Krise der Energiepreise – alles schreit nach einem starken Europa. Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses freut es mich daher, dass sich bis auf die Europagegner alle hier für eine schnelle Ratifizierung des Reformvertrags ausgesprochen haben, und ich danke der französischen Präsidentschaft, dass sie in dieser Sache hartnäckig geblieben ist. Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, und ich erwarte mir vom Gipfel nächste Woche ein klares Signal und auch einen Zeitplan, wie die Ratifizierung zu Ende gebracht wird.

Schweden und die Tschechische Republik sollen den Vertrag bis Ende dieses Jahres ratifizieren, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Ratifizierung auch in Irland noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament möglich ist. Der irische Außenminister Micheál Martin hat am Montag in meinem Ausschuss gesagt, dass in Irland ein Bewusstseinswandel im Gange sei und man den Wert der EU erkenne. Und sechs Monate sind in der Politik eine Ewigkeit!

Mein zweites Thema: Wir müssen den Bürgern auch erklären, warum wir die EU brauchen. Es freut mich, dass wir beim Gipfel eine gemeinsame politische Erklärung über die Kommunikationsstrategie der EU verabschieden. Ich danke hier der französischen Präsidentschaft, der es gelungen ist, alle drei Institutionen zusammenzubringen. Das muss jetzt für das Referendum in Irland wie auch für die Europawahlen in Angriff genommen werden. Die EU ist nicht die Ursache vieler Probleme, sondern die Lösung für viele Probleme. Das muss man draußen deutlich machen!

Mario Borghesio (UEN). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Europa hat die Menschen nicht vor Finanzspekulation bewahrt. Sogar die *New York Times* druckte die prophetischen Worte von Ezra Pound: „Mit Usura hat niemand ein Haus aus gutem Stein“. Heute wollen die US-Notenbank und das

US-Finanzministerium die Risse mit Tapete abdecken, indem sie die Zinssätze senken. Genau diese Lösung – der leichte Zugang zu Krediten – war die eigentliche Ursache für die Spekulationsblase.

1933 legte eine Gruppe von Wirtschaftsexperten in Chicago einen Plan vor: Er sah vor, erneut ein exklusives Staatsmonopol für die Ausgabe von Zahlungsmitteln einzurichten, den Banken das Drucken von Falschgeld zu untersagen und die Banken dazu zu verpflichten, eine 100-prozentige Reserve vorzuweisen. Dadurch wurde der fraktionelle Kreditbetrug unterbunden und man setzte den Finanzspielen, unter denen die einfachen Leute, die Sparer und die Realwirtschaft litten, ein Ende.

Der Nobelpreisträger Maurice Allais hat sich stets offen gegen innovative Finanzierungsprodukte, Verbriefung, Derivate und Hedge-Fonds ausgesprochen, die unter den Finanzgnomen in einem bestimmten Bereich des europäischen Finanzsektors so beliebt waren. Zu Recht fordert er – und auch wir tun dies seit einiger Zeit –, dass Derivate für illegal erklärt werden. Lassen Sie uns den Chicago-Plan und den Allais-Plan annehmen: Die Geldschöpfung ist ausschließlich den Regierungen vorbehalten.

Schluss mit einem Europa, das nicht weiß, was zu tun ist. Selbst der Papst hat gewarnt, dass Reichtum keine Bedeutung hat.

Tunne Kelam (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Der Rat muss auch aus der Invasion Georgiens Schlussfolgerungen ziehen. Damit es nicht noch einmal zu solch einem Angriff kommt, muss die EU sicherstellen, dass das Recht des Stärkeren für den Angreifer keinerlei Vorteil bietet. Durch die Invasion eines souveränen Staats hat Russland als Mitglied des Sicherheitsrats nicht nur das regionale, sondern auch das internationale Sicherheits- und Stabilitätsparadigma erschüttert. Werden keine Grenzen gesetzt, könnte es in Zukunft in der Ukraine, in der Republik Moldau oder in anderen Ländern zu weiteren Machtdemonstrationen kommen.

Wir sind heute auf eine effizientere Östliche Partnerschaft und auf ein starkes, demokratisches Georgien angewiesen. Schon bevor Russland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, hatten einige hochrangige sozialistische Vertreter bei einem Besuch in Moskau leider bereits erklärt, dass die EU und Russland stärker denn je aufeinander angewiesen sind und dass sie sich gemeinsam darum bemühen müssen, die potenzielle Sicherheitslücke zu füllen, die sich durch den Bedeutungsverlust der USA ergibt. Es scheint eine gefährliche Verwirrung darüber zu herrschen, wer unsere echten Verbündeten sind und wer ein echtes Interesse daran hat, Europa zu schwächen und zu teilen.

Letztendlich muss die EU darauf reagieren, dass mehr und mehr russische Pässe im Ausland vergeben werden. Dies bedeutet, dass künstlich immer neue russische Staatsbürger geschaffen werden, die gemäß der Medwedew-Doktrin verteidigt werden müssen. Dadurch entsteht international neuer Nährboden für Krisen. Wir sollten daher Visumsanträge dieser neuen Bürger und vor allem der führenden Persönlichkeiten dieser neuen russischen Schutzgebiete ablehnen. Schließlich sollten wir für Georgier und Ukrainer schnell einfachere Visumsbedingungen einführen als diejenigen, die derzeit für russische Staatsbürger gelten.

Proinsias De Rossa (PSE). - Frau Präsidentin! Meiner Meinung nach muss die irische Regierung versuchen, die Straßensperre auf dem Weg nach Lissabon aus dem Weg zu räumen. Dabei sollte Irland weiterhin ein Vollmitglied bleiben und nicht zu einem teilweise losgelösten Mitglied werden, was mit den Opt-outs der Fall wäre.

Wir brauchen Lissabon jetzt mehr denn je, um Europa weltweit zu stärken und wirksam auf die Bedenken der Bürger einzugehen. Die Finanzkrise kommt einem erneuten Zusammenbruch des Marktes gleich. Dies hat sich wiederholt, weil die meisten Regierungen dem Märchen Glauben geschenkt haben, dass sich globale Märkte selbst regulieren können. Sie haben es versäumt, den Markt demokratischen Kontrollen zu unterziehen.

Der Euro ist ein Beispiel dafür, was Europa erreichen kann, wenn man die Souveränität wirklich teilt. Hätte sich Irland entschieden, am irischen Pfund festzuhalten, wäre das Land inzwischen sicherlich schon spurlos verschwunden.

Präsident Barroso hat zugegeben, dass sich die Mitgliedstaaten beim Ausarbeiten einer koordinierten Reaktion auf die Krise wenig kooperativ gezeigt haben. Über den anhaltenden Widerstand, den Kommissar McCreevy gegen eine Neuregulierung zeigt, schweigt er jedoch. Kommissar McCreevy ist nicht imstande, seine neoliberale Ideologie aufzugeben. Daher bin ich sehr besorgt, dass er Mitglied des dreiköpfigen Gremiums ist, das Präsident Barroso gerade ins Leben ruft.

Könnte ich bitte noch einen letzten Punkt ansprechen? Ich schlage vor, die heute von Nigel Farage hier im Parlament gehaltene Rede auf meiner Website zu veröffentlichen, weil ich glaube, dass die Wahrscheinlichkeit

für ein „Ja“ der Iren für die Europäische Union steigt, wenn sie mehr darüber wissen, was er über Irland und Europa zu sagen hat.

Cornelis Visser (PPE-DE). – (NL) Frau Präsidentin! Es stellt sich die Frage, ob diese Finanzkrise zu einer weiteren europäischen Integration beiträgt oder eher das Gegenteil der Fall ist. Meiner Auffassung nach kann eine Krise dieser Größenordnung nur auf europäischer Ebene bekämpft werden, und dies muss zu einer weiteren europäischen Integration führen. Hierzu sind wir jedoch auf Führungsstärke angewiesen, und das gilt nicht nur für die Mitgliedstaaten, sondern vor allem für die Kommission. Bisher haben hauptsächlich die Mitgliedstaaten auf die Finanzkrise reagiert, was ich beispielsweise bei den Maßnahmen im Zusammenhang mit der Fortis-Krise begrüße. Die Kommission hat sich jedoch zurückgehalten.

Ich denke, dass die Finanzkrise auf die schnelle Innovation zurückzuführen ist, die der Finanzsektor in den letzten Jahren erlebt hat. Bankprodukte wurden so verpackt, dass schnelle Gewinne möglich sind. Dies birgt aber auch große Risiken. Diese Risiken waren allerdings nicht transparent, und in einigen Fällen ist dies auch jetzt noch so. Für Fachleute ist es schrecklich kompliziert, eine angemessene Bewertung vorzunehmen, um so den Wert dieser neuen Finanzprodukte beurteilen zu können.

Aus diesem Grund muss die Kommission jetzt Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz von Finanzprodukten und zur Verbesserung der Bankenkontrolle vorschlagen. Auch muss sie Maßnahmen zur Verbesserung der Aufsicht vorlegen und Vorschläge unterbreiten, durch die die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken selbst und anderen Aufsichtsgremien intensiviert wird. Das Parlament wird diese Meinung in dem Bericht über die Lamfalussy-Folgemaßnahmen und die zukünftige Aufsichtsstruktur im Finanzsektor, den wir im Anschluss besprechen werden, zum Ausdruck bringen.

Nebenbei bemerkt bedauere ich es sehr, dass sich die SPE-Fraktion im parlamentarischen Ausschuss bei einem derart wichtigen Bericht enthalten hat. Ich frage mich, ob sie morgen ebenso handeln wird. Die Krise zeigt, wie wichtig Europa ist. Wenn die europäischen Behörden in diesem Zusammenhang im Alleingang handeln, kann dies zu staatlichen Beihilfen, aber auch zu einer Diskriminierung von ausländischen Sparern, Kunden und Investoren führen. Nur Europa kann im Hinblick auf die Krise einen abgerundeten Ansatz bieten, und daher muss die Kommission gleich heute in Führung gehen.

Józef Pinior (PSE). – (PL) Frau Präsidentin! So wie die Situation im Kaukasus diesen Sommer für die Europäische Union eine neue geopolitische Herausforderung darstellte, so ist die Finanzkrise auf den weltweiten Finanzmärkten eine Herausforderung für die globale Wirtschaft, der sich die Europäische Union stellen muss. Es herrscht Konsens, dass wir jetzt in Europa eine koordinierte Antwort auf diese Herausforderungen ausarbeiten müssen. Wie können wir das schaffen, wenn der Vertrag von Lissabon nicht ratifiziert wird? Wohl gar nicht. Deshalb ist die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ausschlaggebend. Für die Europäische Union geht es um „sein oder nicht sein“, um eine ernst zu nehmende Reaktion der Europäischen Union in der derzeitigen Weltordnung. Präsident Barroso meinte, dass die EU-Institutionen und auch die Europäische Kommission in der globalen Finanzarchitektur nicht hinreichend vertreten sind. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass der Vertrag von Lissabon in den Ländern so bald wie möglich ratifiziert werden muss, wo dies noch nicht geschehen ist.

Was ich heute auch noch sagen möchte: Der Markt ist in Ordnung, solange er reguliert wird. Eine kapitalistische Wirtschaft, bei der der menschliche Faktor berücksichtigt wird. Hier geht es um eine grundlegende Frage. Das war zumindest die Antwort Europas auf die Krise des frühen 20. Jahrhunderts. Genau aus diesem Grund hat Europa seine Stärke entwickelt.

Ein letzter Punkt: Wir müssen die Werftindustrie Polens retten. Und hierbei wende ich mich an die Europäische Kommission. Was machen wir angesichts der aktuellen Krise mit weiteren 100 000 Arbeitslosen?

Jerzy Buzek (PPE-DE). – (PL) Frau Präsidentin! Derzeit ist es am wichtigsten, dass wir die Finanzkrise in den Griff bekommen. Die größte Bedrohung, die diese Finanzkrise für uns darstellt, ist jedoch eine Konjunkturabschwächung. Wir können uns nicht nur um die Finanzen kümmern, denn letztendlich kommt es immer auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, auf Wachstum und Arbeitsplätze an. Entscheiden wir uns im Rahmen des Klima- und Energiepakets für die falschen legislativen Lösungen, könnte dies die Prognosen für das Ende der Finanzkrise verschlechtern. Wir möchten bei unseren Maßnahmen ein Grundprinzip einhalten, und zwar die Treibhausgase bis 2020 um 20 % zu reduzieren. Der amtierende Präsident des Rates sprach von Flexibilität im Hinblick auf das Klima- und Energiepaket und von einem Gleichgewicht, das bei der Annahme gewahrt werden muss. Was bedeutet das? Es sollte bedeuten, dass man in der Lage sein muss, das Paket und vor allem das Emissionshandelssystem an die aktuelle Lage anzupassen,

denn diese stellt sich heute völlig anders dar als vor einem Jahr, vor sechs Monaten oder sogar erst vor zwei Monaten.

Das Ziel, also die Senkung der Emissionen, kann auf unterschiedliche Weise erreicht werden. Wir kennen die Ergebnisse, die bei der gestrigen Abstimmung über diese Richtlinie über den Emissionshandel im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments erzielt wurden, und wir haben sie zur Kenntnis genommen. Vor uns liegt ein äußerst schwieriger Trilog, da in diesem Fall eine Verordnung mit zahlreichen Vorbehalten angenommen wird.

Im Parlament hatten wir nicht genug Zeit, um alle Probleme in Verbindung mit der Richtlinie über den Emissionshandel zu besprechen. Aus diesem Grund bitte ich die französische Präsidentschaft und die Europäische Kommission, auch die Schlussfolgerungen und Änderungsanträge der Minderheiten zu berücksichtigen, auch wenn einige dieser Änderungsanträge bei der Mehrheitsentscheidung in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments nicht erfolgreich waren. Wenn wir an einer guten Lösung interessiert sind, müssen wir uns heute vom gesunden Menschenverstand leiten lassen und berücksichtigen, dass sich die Lage ständig ändert und sich die Wirtschaftsprognosen laufend verdüstern.

Othmar Karas (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich muss zunächst sagen, dass ich eigentlich sehr traurig darüber bin, dass wir immer eine Krise benötigen, um die richtige europäische Entschlossenheit, die richtige Wortwahl, die richtige Dynamik für Gemeinsamkeit, für europäische Antworten zu finden. Das europäische Handeln und die europäischen Regeln sind ein wesentlicher Bestandteil der Lösung. Sie sind nicht nur eine Antwort auf Krisen, sondern sie sind auch notwendig, um in unserer globalen Welt Krisen zu verhindern.

Wir benötigen kurzfristige und langfristige Maßnahmen. Die Krisen zeigen uns, wie abhängig wir voneinander sind, wie global, wie vernetzt die Finanzwirtschaft heutzutage ist. Ich habe hier ein Paket von Forderungen des Europäischen Parlaments seit 2002, von denen nur ein Bruchteil durch die Kommission beantwortet ist und von denen ein Großteil von den Mitgliedstaaten behindert und dadurch verhindert wird, dass wir zu europäischen Lösungen kommen.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen Legislativvorschläge in den Bereichen europäische Aufsicht, Eigenkapital an Forderungen, Rating-Agenturen, Kreditvergabe, Krisenbewältigungsmodelle, Mindeststandards für alle Formen von Investitionen.

Im selben Atemzug betone ich: Wir dürfen die Finanzmarktkrise nicht missbrauchen, um unverhältnismäßige Regulierungen zu schaffen. Es geht nicht darum, den Markt zu verteufeln und die Verstaatlichung zu fordern, sondern es geht darum, so viel Markt wie möglich herzustellen und so viel Regulierung vorzusehen, wie wir in der globalen Welt benötigen. Jeder benötigt Regulierung – wir dürfen niemanden außen vor lassen –, aber risikoabhängige Regulierung, produktabhängige Regulierung – darum bitte ich, und ich hoffe, dass der Rat dies umsetzt.

Colm Burke (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates, das nächste Woche stattfindet, wird uns An Taoiseach Brian Cowan in Bezug auf den Stillstand, der sich in Irland derzeit in Bezug auf den Vertrag von Lissabon zeigt, nichts Neues berichten. Stattdessen wird sein Beitrag dem seines Kollegen Minister Micheál Martin ähneln, bei dem am Montag im Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments lediglich eine Ergebnisanalyse vorgestellt wurde. Vor dem für Dezember anberaumten Gipfeltreffen des Rates wird man keine konkreten Vorschläge unterbreiten, aber auf diesem Gipfel erwartet man einen klaren Fahrplan.

Um die Ausarbeitung dieses Fahrplans zu beschleunigen, möchte ich meine Ideen vorstellen, wie man jetzt vorgehen sollte. An erster Stelle sollte meiner Ansicht nach frühestens nach 12 Monaten ein zweites Referendum angesetzt werden, damit die irischen Wähler angemessen konsultiert werden können. Ein zweites Referendum sollte für den Herbst nächsten Jahres, vielleicht für Oktober, angesetzt werden. Dies bedeutet, dass die parlamentarischen Wahlen im Rahmen des Vertrags von Nizza abgehalten werden müssen, aber dies ist meiner Ansicht nach das geringere Übel.

In Bezug auf die Form dieses zweiten Referendums würde ich eine erweiterte Volksabstimmung zum Vertrag von Lissabon in Irland vorschlagen. Dabei würden wir einerseits ein Verfassungsreferendum über die Annahme oder Ablehnung des Vertrags von Lissabon und am selben Tag zudem eine Abstimmung im Rahmen von konsultativen Referenden über wichtige Opt-in- und Opt-out-Themen wie die EU-Charta der Grundrechte und die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik abhalten.

Sollten sich die irischen Wähler bei der erweiterten Volksabstimmung dafür entscheiden, dass für einen dieser beiden Bereiche eine Opt-out-Klausel gelten soll, dann könnte sich die irische Regierung im Europäischen Rat um ein separates Abkommen bemühen, das von allen 27 Mitgliedstaaten unterzeichnet werden müsste. Dieser Schritt wäre mit dem Präzedenzfall der Vereinbarung von Edinburgh vergleichbar. Eine entsprechende Bitte wurde im Dezember 1992 bei der Tagung des Rates von den Dänen vorgebracht, und Dänemark wurden damit in Bezug auf den Vertrag von Maastricht vier Ausnahmen gewährt. So konnte das Land den Vertrag in seiner Gesamtheit ratifizieren.

Mit diesem Plan bräuchten jene Mitgliedstaaten, die den Vertrag von Lissabon bereits ratifiziert haben, dies nicht ein zweites Mal zu tun. Durch diese erweiterte Volksabstimmung könnte die irische Wählerschaft zudem den Umfang der Rolle bestimmen, die das Land innerhalb der Europäischen Union übernehmen soll.

VORSITZ: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS

Vizepräsident

Gunnar Hökmark (PPE-DE). - Herr Präsident! Ich möchte zu Beginn drei Punkte erwähnen. In Bezug auf Russland müssen wir eine Strategie verfolgen, die gleichzeitig von Offenheit und Bestimmtheit geprägt ist. Niemals dürfen wir russische Ansprüche auf andere Länder akzeptieren, ganz gleich, ob sich diese in der Nachbarschaft Russlands oder weiter entfernt befinden. Dies wird in den nächsten Jahren von großer Bedeutung sein.

Zweitens: Das Ziel der Haushaltsüberprüfung muss es sein, die europäische Landwirtschaft offener zu gestalten und zu deregulieren. Dadurch sollen die Landwirte in Europa und in anderen Teilen der Welt trotz geringerer Subventionen mehr Möglichkeiten erhalten, sodass ein globaler, funktionierender Agrarmarkt entsteht, der dem neuen Nahrungsmittelbedarf weltweit gerecht wird.

Drittens: Trotz der Finanzkrise müssen wir jetzt Maßnahmen zum Kampf gegen den Klimawandel ergreifen, um einen langfristigen Prozess nutzen zu können. So können wir den Klimawandel bekämpfen und sind auf die Veränderungen vorbereitet, die damit einhergehen.

In Bezug auf die Finanzkrise, über die wir heute gesprochen haben, haben viele der Redner vergessen, dass wir nun am Ende eines langen Prozesses angelangt sind, der in der Geschichte der Menschheit einmalig ist: der Prozess des weltweiten Wachstums, der uns ein noch nie dagewesenes Maß an Wohlstand beschert hat. Diese Phase geht jetzt zu Ende. Martin Schulz hat sich dazu heute nicht geäußert. Natürlich haben wir einige Probleme, aber diese betreffen nicht nur den Markt. Niemand kann sagen, dass die Subprime-Darlehen in den USA auf Marktkräfte zurückzuführen sind. Sie sind das Ergebnis entschiedener politischer Interventionen.

Jetzt ist es wichtig, dass wir Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Aufsicht der modernen Märkte gewährleisten. Dabei handelt es sich sowohl um europäische als auch globale Märkte, und wir müssen dafür sorgen, dass wir der Realität der Finanzmärkte gerecht werden. Gelingt uns dies, können wir auch im Hinblick auf die Entwicklung einer Realwirtschaft konstruktiv handeln.

Piia-Noora Kauppi (PPE-DE). - (FI) Herr Präsident! Für die Welt von heute ist es typisch, dass sich Instabilität wie ein Flächenbrand ausbreitet. Dies gilt besonders für die Finanzmärkte, die inzwischen zu den globalsten Wirtschaftszweigen zählen. Verantwortungslosigkeit, Übereifer und ein Mangel an Regulierung auf einer Seite der Welt können sich überall auf die Geldbeutel normaler Konsumenten auswirken. Auch ich begrüße die Initiative der Kommission, eine ständige Arbeitsgruppe einzurichten, in der man sich kommissionsintern mit der Finanzkrise beschäftigt. Wie schon der Kommissionspräsident, José Manuel Barroso, gesagt hat, können und sollten wir mehr tun.

Ich denke jedoch, dass der Kommission in diesem Fall zu viel Verantwortung auferlegt worden ist. Die Zuständigkeiten müssen klar voneinander getrennt werden. Die Aufgabe der Europäischen Zentralbank ist es, zu gewährleisten, dass Preise und Geldwert stabil bleiben. Die EZB hat wirksame Maßnahmen zur Abmilderung der Krise ergriffen. Die aktuellen koordinierten Zinssenkungen sind ein guter Beweis dafür. Andererseits sind die Institutionen der Gemeinschaft, also die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, dafür zuständig, dass der Binnenmarkt auch in Zukunft durch Offenheit gekennzeichnet ist und entsprechende Rechtsvorschriften vorhanden sind. Marktteilnehmer müssen die Gesetze befolgen, ihre Risiken unter Kontrolle halten und Haushalte, die ihnen gegenüber Verbindlichkeiten haben, auffordern, angemessene Lösungen zu finden. Finanzkonzerne müssen sich nicht nur um ihre eigenen Geschäfte kümmern, sondern auch eine soziale Verantwortung im weiteren Sinne übernehmen. Die wichtigste Verantwortung tragen allerdings die Finanzminister, weil sich die meisten Wachstumsinstrumente und

Lösungen für die Krisis in deren Werkzeugkasten befinden. Sie sind weder bei der EZB noch bei den europäischen Gesetzgebern oder den Marktteilnehmern zu suchen.

Die Finanzminister haben die Initiative ergriffen. Im Oktober 2007 haben sie klarere Regeln zur Vermeidung von Krisen auf den Finanzmärkten eingeführt. Bedenkt man, wie viel Zeit diese Aufgabe in Anspruch nehmen wird, ist die gestrige ECOFIN-Liste mit 13 Punkten ziemlich erbärmlich. Ich bin nicht gegen die Vorschläge, denke jedoch, dass das Aktionsprogramm nicht angemessen ist. Es genügt nicht, einfach irgendetwas zu tun. Wir müssen auch das richtige tun. Noch wichtiger ist es, zu wissen, wie man nichts tut, wenn sich Rechtsvorschriften nicht zur Lösung der Probleme eignen. Für populistischen Druck sollten wir keinen Raum lassen.

Zsolt László Becsey (PPE-DE). - (HU) Herr Präsident! Ich danke Ihnen. Außerdem möchte ich die Dolmetscher um Entschuldigung bitten, dass ich frei rede. Die Schlüsselwörter sind hier Solidarität, Aufsicht und Sicherheit. Wir beteuern ständig, dass der Solidarität in der derzeitigen Finanzkrise eine besondere Bedeutung zukommt. Dies gilt insbesondere für Länder wie meins, in denen es vor Bankfilialen, Tochterfirmen und Zweigstellen nur so wimmelt. Daher kommt es darauf an, wie die Hauptniederlassungen in ihrer Schlüsselrolle und die Aufsichtsorgane auf das Problem reagieren, vor dem wir stehen.

Zum Thema Solidarität kann ich sagen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik fünf Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgestellt wurde. Nun, fast fünf Jahre nach der Erweiterung, ist es auch an der Zeit für eine Gemeinsame Energiepolitik. Ich freue mich darüber, dass der Minister dies für eine gute Idee hält, sie muss aber noch verwirklicht werden. Darüber hinaus kann ich aber auch sagen, dass es bei diesem Einlagengeschäft um Solidarität geht. Dies ist durchaus möglich. Wir befinden uns jetzt in einer Zeit, da wir in den Ländern Mitteleuropas ein positives Bild der Europäischen Union vermitteln können, indem wir nicht im Alleingang handeln, sondern gemeinsam erklären, dass wir im Krisenfall tatsächlich für die Einlagen der ganzen Bevölkerung eine Garantie geben werden. Für eine Dauer von bis zu sechs Monaten oder für ein Jahr. Wir haben die Entscheidungsmacht, und je früher wir uns entscheiden, desto besser: Hier geht es um Menschen, die in prekären Umständen leben und die wir so schnell wie möglich retten müssen. Ich glaube nicht, dass dies so langwierige Probleme verursachen wird.

Die zweite Frage ist die der Solidarität und unserer Hilflosigkeit. Hier geht es in der Tat um Aufsichtsbehörden, und dies wird unser nächster Punkt sein. Nach meinem Verständnis wollen wir Kammern oder Kollege einrichten, und ich halte es für wichtig, auf eine Art zentralisierte Aufsicht hinzuarbeiten, so wie wir auch einige wichtige Bereiche der Wettbewerbspolitik an das entsprechende EU-Organ oder die EZB, die Europäische Zentralbank, übertragen. Es ist jedoch schwer zu verstehen, wie wir in einem Kollegialsystem gegenseitiges Vertrauen aufbauen wollen. Ich danke Ihnen.

John Purvis (PPE-DE). - Herr Präsident! Ich würde zu Ihnen und auch zu Jean-Pierre Jouyet und Joaquín Almunia sagen, dass es absolut unerlässlich ist, die Interbankengeschäfte neu zu beleben. Dies ist nur dann wirklich möglich, wenn für große Interbankeneinlagen staatliche Garantien gegeben werden, wie dies Irland und Dänemark auf ihren nationalen Märkten getan haben.

Die Eventualverbindlichkeiten sind zugegebenermaßen enorm. Wenn die Interbankengeschäfte allerdings wieder anlaufen, stellen die Banken das Horten ein und beginnen wieder, Kredite an Unternehmen, Privatpersonen und Immobilienbesitzer zu vergeben, wodurch die Interbankzinssätze auf das normale Niveau zurückkehren werden. Auf diese Garantien wird man daher definitiv nicht zurückgreifen müssen.

Ich stimme Jean-Pierre Jouyet dahingehend zu, dass dies auf weltweiter Ebene erfolgen muss. Er wies auch darauf hin, dass der IWF diese Maßnahme koordinieren muss. Nur wenn wir weltweit einen so mutigen Schritt ergreifen, können wir das Feuer löschen und langsam wieder Vertrauen herstellen.

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). - (HU) Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, und da stimme ich der französischen Präsidentschaft zu, eine Lösung für Irland und die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon zu finden. Hinsichtlich der finanziellen Turbulenzen möchte ich das Parlament daran erinnern, dass der ungarische Premierminister Ferenc Gyurcsány im Februar 2008 angesichts der Krise auf den internationalen Finanzmärkten eine einheitliche europäische Aufsichtsbehörde und einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für die Aufsicht vorschlug. Leider kam hierfür im Rahmen der März-Sitzung des Rates kein Mehrheitsbeschluss zustande. Ich bin der Meinung, dass man diesen Vorschlag bei der nächsten Sitzung noch einmal untersuchen sollte. Der ungarische Premierminister wird diesen Vorschlag erneut unterbreiten, denn ohne eine europäische Finanzaufsichtsbehörde werden die globalen Probleme wieder und wieder auftreten. Ich möchte die französische Präsidentschaft und die anderen Mitgliedstaaten bitten, diesen Vorschlag zu unterstützen. Schließlich ist es in unser aller Interesse, dass für dieses Problem eine Lösung gefunden wird.

Marios Matsakis (ALDE). - Herr Präsident! Die Bonzen des amerikanischen Bankensektors und die Bonzen Europas haben in den vergangenen Jahren auf Kosten der normalen Bürger eine Orgie des Betrugs, der Veruntreuung und der Korruption gefeiert. Diejenigen, deren Aufgabe es ist, die Bürger zu schützen, also beispielsweise die Zentralbanken, die Finanzminister und die EU-Kommissare, haben im Prinzip nichts getan, um dies zu verhindern.

Nach ihrer Verschwörung des Schweigens, der Nachlässigkeit und der Vertuschung haben diese Institutionen jetzt auch noch den Nerv, Steuergelder so zu verwenden, dass diese Bonzen noch reicher werden. Dies ist unerhört, skandalös und blamabel. Von Gerechtigkeit kann man hier nicht sprechen. Man sollte das Vermögen derjenigen konfiszieren, die für die derzeitige weltweite wirtschaftliche Katastrophe verantwortlich sind, und auch derjenigen, die deren Machenschaften vertuscht haben. Zudem gehören diese Menschen hinter Gitter. Das wäre echte Gerechtigkeit, und für diese Art von Gerechtigkeit sollte die EU stehen. So denken die EU-Bürger.

Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE). - (FR) Herr Präsident! Zuerst möchte ich dem Rat eine Frage stellen. Wie steht es um die hochrangige Konferenz zu Georgien, die von der französischen Präsidentschaft vorgeschlagen wurde, und wie plant die derzeitige EU-Präsidentschaft, die territoriale Integrität Georgiens zu verteidigen, wenn zwei separatistische Regionen, Abchasien und Südossetien, von einem anderen Land anerkannt werden? Es ist schade, dass José Manuel Barroso nicht hier ist, weil seine Rede nicht überzeugend war. Möglicherweise liegt dies daran, dass er von seinen eigenen Vorschlägen auch nicht überzeugt ist. Ich denke, die finanzielle und wirtschaftliche Lage ist weitaus schlimmer als er sie beschrieben hat. Selbst jetzt noch kann jeder im Internet mitverfolgen, wie die Börsen einbrechen – trotz aller Interventionen. Ich betrachte dies als echten Zusammenbruch des aktuellen Systems, das völlig veraltet ist. Das Ergebnis: Unternehmen gehen in Konkurs, die Natur wird ausgebeutet und von Treibhausgasemissionen erstickt, der Süden und unsere Städte sind unterentwickelt.

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Konrad Szymański (UEN). - (PL) Herr Präsident! In der heutigen Krise geht es um staatliche Beihilfen für bedrohte Wirtschaftssektoren. Die deutsche Hypo wird durch Subventionen in Höhe von 50 Milliarden Euro gerettet, für das britische Unternehmen Bradford & Bingley werden weitere 35 Milliarden Euro ausgegeben, die Fortis-Rettung beläuft sich auf 11 Milliarden Euro. Die Europäische Zentralbank hat zwischenzeitlich weitere 120 Milliarden Euro in Bankeinlagen gepumpt, damit die Liquidität aufrechterhalten wird.

Zwischenzeitlich löst Kommissarin Neelie Kroes in Polen durch die Rückzahlung etwa einer halben Milliarde Euro – in Worten: einer halben Milliarde Euro – an staatlichen Beihilfen für drei polnische Werften eine politische Krise aus. Ich würde gern wissen, wie die Europäische Kommission Polen erklären möchte, dass man im alten Europa hunderte Milliarden Euro in Banken steckt, dabei aber nicht eine halbe Milliarde Euro für drei Werften übrig hat, die durch das Vorgehen der Kommission in Konkurs gehen könnten. Ich schlage vor, dass wir uns das vor Augen halten, wenn bei der nächsten Ratssitzung Entscheidungen über weitere Finanzspritzen für den Finanzsektor anstehen.

Ioannis Varvitsiotis (PPE-DE). - (EL) Herr Präsident! Ein französischer Premierminister, Édouard Balladur, gab eine Erklärung ab, aus der hervorging, dass die völlige Freiheit des Marktes dem Gesetz des Dschungels gleichkommt. Er fügte hinzu, dass es unsere Gesellschaft, Demokratie und Institutionen nicht zulassen können, dass der Dschungel Einzug hält. Dennoch befinden wir uns jetzt in einem Dschungel und müssen für die völlige Marktfreiheit zahlen, die in den Vereinigten Staaten herrschte.

Wenn man bedenkt, dass die US-amerikanischen Banken für jeden tatsächlich investierten Dollar 32 US-Dollar verliehen, europäische Banken aber nur dürftige 12 US-Dollar, dann versteht man, welche Verantwortungslosigkeit den US-amerikanischen Bankenmarkt bestimmte. Ich fürchte nun, dass der weltweiten Krise weder durch die Maßnahmen von Henry Paulson noch durch die Schritte der US-Regierung ein Ende gesetzt werden kann. Im Hinblick auf die Zukunft denke ich, dass ab sofort strengere Regeln gelten müssen.

Victor Boştinaru (PSE). - (RO) Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar Almunia, verehrte Kollegen! In den letzten Jahren haben wichtige Politiker, vor allem aus dem sozialistischen Lager, über die Notwendigkeit gesprochen, das weltweite Finanzsystem zu reformieren, also eine Art Post-Bretton-Woods-Abkommen einzugehen, sodass man den Herausforderungen der Globalisierung gewachsen ist. Leider ist nichts geschehen.

Deshalb begrüße ich die jüngsten Interventionen seitens Präsident Sarkozy, der französischen Präsidentschaft und anderer politischer Führer Europas, die auf die Notwendigkeit einer solchen Reform hingewiesen haben. Ich habe mich heute über die Worte des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, gefreut, der sagte, man müsse über die Finanzkrise und über Europa hinausblicken.

Herr Barroso, ich schlage daher vor, dass die Europäische Union und die Europäische Kommission eine explizite Verpflichtung eingehen, zusammen mit anderen wichtigen Akteuren wie den Vereinigten Staaten, China oder Japan das weltweite Finanzsystem zu reformieren und so der Menschheit die Instrumente zur Verfügung zu stellen, um die finanziellen Aspekte der Globalisierung zu regeln.

Jean-Pierre Jouyet, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Herr Präsident, verehrte Kommissare, meine Damen und Herren! Da ich bereits gesprochen habe, werde ich mich kurz fassen.

Im Hinblick auf den Umgang mit der Finanzkrise bedauere ich es sehr, dass Pervenche Berès meine Anwesenheit nicht genügt, aber ich freue mich, dass sie damit zufrieden ist, dass Joaquín Almunia hier ist. Aber Spaß beiseite: Die Reden von Pervenche Berès, Othmar Karas und vor allem Piia-Noora Kauppi zeigen, dass wir – wie bereits gesagt wurde – die effektive Annahme der von der Kommission unterbreiteten Vorschläge sicherstellen müssen, die alle Aspekte der Aufsicht, Regulierung und Änderung der Rechnungslegungsvorschriften abdecken.

Dabei geht es um eine Anpassung bereits vorhandener Regelungen, eine Anpassung der Regeln, die angesichts der derzeitigen Lage erforderlich sind. Es geht jedoch nicht um Überregulierung. Wie bereits gesagt, muss Europa in diesem Bereich aktiver werden, und wir müssen unsere Regelungen an die gegenseitige Abhängigkeit der Finanzinstitutionen und die gegenseitige Abhängigkeit unserer Regeln für die Finanzierung der Wirtschaft anpassen. Wir müssen hier schnell handeln und so dynamisch vorgehen wie vor einigen Jahren – und darüber werden Sie noch sprechen –, um die Organisation fertig zu stellen, die im Rahmen der von Alexandre Lamfalussy geleisteten Arbeit erstellt wurde.

Es ist auch wichtig, dass die Kommission über Kompetenzen verfügt, also in dieser Hinsicht eine Rolle übernimmt, und die Kommission besteht zu Recht auf diesen Punkt. Wir müssen hier logisch handeln. Wenn wir an einer stärkeren Integration interessiert sind und die Lösungen umsetzen wollen, die bei anderen funktionieren, dann müssen wir eine Organisation schaffen, die unseren finanziellen Herausforderungen gewachsen ist, und wir müssen schnell handeln. Die französische Präsidentschaft wird wie gesagt alles in ihrer Macht stehende tun und sämtliche Energie darauf verwenden, hier für mehr Koordination und für eine Anpassung der Regeln zu sorgen.

Wir sind in dieser Hinsicht eindeutig auf die bereits vorhandene Zusammenarbeit der Europäischen Zentralbank, der europäischen Finanzminister und der Kommission angewiesen. Dies ist wichtiger denn je. Wir müssen konkrete Lösungen finden und auch die Folgen vorhersehen, die diese Krise für die Finanzierung der Wirtschaft und die Wirtschaft selbst haben wird. Die ersten Anzeichen lassen sich bereits erkennen. Auch in dieser Hinsicht – und dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Vertrauensbildung – müssen wir entscheidende, wegweisende Maßnahmen ergreifen, vor allem für KMU.

In Bezug auf Außenbeziehungen, von denen Jacek Saryusz-Wolski und Marie Anne Isler Béguin einige Aspekte angesprochen haben, möchte ich Herrn Saryusz-Wolski mitteilen, dass der Europäische Rat, wie bereits erwähnt, hauptsächlich genaue Strategien festlegen und Ratschläge für Energiesicherheit und Solidarität gibt. Eine Krise soll keine andere Krise verdecken. Vor drei Monaten herrschte eine Energiekrise, und sie ist bis heute nicht überwunden. Länder waren hinsichtlich ihrer Energieversorgung von anderen Ländern abhängig, und dies ist auch jetzt noch der Fall. Wir brauchen eine europäische Energiepolitik mit Substanz, und auch in dieser Hinsicht sind wir in Rückstand geraten und müssen schnell handeln.

In Bezug auf Belarus möchte ich – und darüber werden wir bald detaillierter sprechen – Herrn Saryusz-Wolski mitteilen, dass im Rat für allgemeine Angelegenheiten ein Troika-Treffen stattfinden wird und wir uns dann mit den Behörden in Belarus treffen werden. Wie Sie wissen, und Herr Saryusz-Wolski hat dies ebenfalls betont, haben wir unsere Bedenken über den Wahlprozess zum Ausdruck gebracht, mit dem wir nicht zufrieden sind. Wir werden hier offen sein, gleichzeitig zieht es der Rat jedoch in Erwägung, bestimmte Sanktionen möglicherweise zu lockern, vor allem die Visumsbeschränkungen, die für einige Amtsträger aus Belarus gelten, die von diesen Sanktionen betroffen sind. Der Rat überdenkt diese Entwicklungen noch.

Mir gefiel der Ausdruck, den Sie, Herr Präsident, für den Konflikt zwischen Russland und Georgien verwendet haben. Wir müssen den Frieden wiederherstellen und dafür sorgen, dass auch in Georgien Frieden herrscht. Hiermit kann ich Frau Isler Béguin antworten. Wir werden am Abend des 14. Oktobers und am 15. Oktober

eine hochrangige Konferenz abhalten. Am 14. Oktober findet ein Treffen zwischen den Außenministern und Bernard Kouchner statt, und am 15. Oktober treffen sich hochrangige Beamte und Spitzenpolitiker, um für die Situation in Abchasien und Südossetien eine angemessene Lösung zu finden. Frau Isler Béguin muss ich sagen, obwohl sie sich dessen sehr wohl bewusst ist, dass die Anerkennung weiterhin eine extreme Ausnahme ist, was positiv bewertet werden muss, da dieser inakzeptable Akt von der Europäischen Union und von der Präsidentschaft scharf verurteilt wurde.

In Bezug auf den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl möchte ich Hélène Flautre antworten, obwohl ich keine Zweifel daran habe, dass Frau Isler Béguin ihr mitteilen wird, was ich gesagt habe. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Unterschied zu diesem Pakt in einer stärkeren Koordination – oder, wenn Sie so wollen, Harmonisierung – besteht, vor allem in Bezug auf Asylanträge und Anträge von Migranten. In der Tat wird in dem Pakt der Status von Migranten geklärt, was für diese einen Fortschritt darstellt. Uns wäre an sich eine pragmatischere Vision lieber, ein stärker ausgewogener Ansatz, der im Kontext der Ausweitung des Schengen-Abkommens ausgelegt werden kann. Die demografische Krise bzw. die demografische Herausforderungen ist ebenfalls eine Aufgabe, der wir uns im Rahmen der französischen Präsidentschaft stellen müssen.

Diese Krisen hängen letztendlich voneinander ab, und dieser Punkt ist ausschlaggebend, weil alles darauf hinausläuft. Diese Krisen sind miteinander verknüpft. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die offensichtlichste. Vor drei Monaten konnte man dies jedoch über die Energiekrise sagen. Auf alle Fälle erleben wir immer noch eine Lebensmittelkrise und eine Außenwirtschaftskrise. Ich sage nochmals: Um auf diese Krisen, diese Herausforderungen, eingehen zu können, benötigen wir mehr Europa, mehr Koordination, eine bessere Entscheidungsfähigkeit, mehr Transparenz und schnellere Reaktionen. Die Antwort darauf lautet „mehr Institution“, und dies lässt sich durch den Vertrag von Lissabon gewährleisten. Wir müssen dafür sorgen, dass der Vertrag bald in Kraft tritt. Wir müssen zusammen mit unseren irischen Freunden eine Lösung finden. Wir werden unser Bestes geben, damit wir bis Jahresende für dieses institutionelle Problem eine politische Lösung haben. Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen und über die wir den ganzen Nachmittag gesprochen haben, muss dieses Problem dringend beseitigt werden.

Joaquín Almunia, Kommission. – (ES) Herr Präsident, Herr Minister, meine Damen und Herren! Ich werde mit dem Ende des Beitrags von Jean-Pierre Jouyet beginnen. Wie Präsident Barroso in seiner Eröffnungsrede gesagt hat, ist das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon entscheidend, wenn wir bei der europäischen Integration Fortschritte erzielen wollen – besonders in Zeiten wie diesen. Einige von Ihnen haben Aspekte des außenpolitischen Handelns und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf Georgien erwähnt. Durch den Vertrag von Lissabon werden wir die Effektivität und Intensität unserer Maßnahmen in Angelegenheiten, die für unsere eigene Sicherheit so wichtig sind, steigern und unsere Werte außerhalb unserer Grenzen verteidigen können, wie es in Georgien und anderen Ländern der Fall war.

Einige von Ihnen haben zu Recht auf die Bedeutung der Aussprachen über Energie und Klimawandel hingewiesen, die man im Europäischen Rat führen wird. Die französische Präsidentschaft unterstützt die ehrgeizigen Vorschläge der Kommission, die hoffentlich angenommen und umgesetzt werden. Durch den Vertrag von Lissabon werden die europäischen Institutionen, nicht nur die Kommission, mehr Befugnisse erlangen, um diese enorm wichtige Herausforderung anzugehen.

Einige von Ihnen haben zu Recht die Einwanderung bzw. den Einwanderungspakt erwähnt; eine lobenswerte Initiative der französischen Präsidentschaft und einiger Mitgliedstaaten. Die Kommission hat in letzter Zeit ebenfalls Vorschläge in Bezug auf die Einwanderung vorgelegt, die besprochen und angenommen worden sind oder derzeit noch besprochen werden und das Annahmeverfahren des Parlaments und des Rates durchlaufen. Ich möchte noch einmal betonen, dass die Europäische Union durch den Vertrag von Lissabon in der Lage sein wird, Fortschritte im Hinblick auf eine gemeinsame Immigrationspolitik zu erzielen, die für uns so wichtig ist.

Bei den meisten Beiträgen standen verständlicherweise wirtschaftliche und finanzielle Aspekte im Mittelpunkt, die uns derzeit am meisten Sorge bereiten.

Ich stimme Ihnen, der Präsidentschaft und natürlich den Aussagen, die der Präsident der Kommission in seiner Eröffnungsrede gemacht hat, zu: Wir alle, die wir in Europa Verantwortung tragen, müssen stärker zusammenarbeiten. Zweifelsohne haben die Kommission, der Rat, das Parlament, die Mitgliedstaaten, die Aufsichtsbehörden und die Zentralbanken ihre Verantwortungsbereiche.

Wir müssen koordiniert und entsprechend unserem jeweiligen Verantwortungsbereich vorgehen. Nach Beginn der Krise hat die Kommission ein Jahr lang Initiativen ausgearbeitet, um die Zukunft unseres

Finanzsystems mithilfe einer mittelfristigen Vision zu sichern. Diese wurden vor einem Jahr von Rat und Kommission bei der informellen Tagung des Rates in Porto und der ECOFIN-Sitzung im Oktober letzten Jahres besprochen und angenommen.

Die Kommission beteiligt sich jedoch auch aktiv an den kurzfristigen, dringenden und entscheidenden Maßnahmen, die Teil der gestern im ECOFIN-Rat ausgearbeiteten Schlussfolgerungen sind. Hierzu zählt eine Verpflichtung, die Einlagensicherungssysteme zu verbessern – diese sind massiv betroffen, und zwar nicht durch die Unsicherheit der Einlagen in Finanzinstituten, sondern durch gewisse unilaterale Initiativen, die sich negativ auf andere Länder auswirken.

Die Kommission zeigt Kooperation und bemüht sich, die gestern in den ECOFIN-Schlussfolgerungen festgelegten Prinzipien auszuarbeiten und anzuwenden. Diese Prinzipien sind entscheidend für die Art und Weise, wie schwierige Situationen in den einzelnen Finanzinstitutionen gehandhabt werden sollten: durch Rekapitalisierung und in einigen Fällen durch andere Instrumente.

Wie Präsident Barroso bereits gesagt hat, bemüht sich die Kommission darum, im Hinblick auf die offensichtlich notwendige Aufsicht auf europäischer, grenzüberschreitender Ebene schneller Fortschritte zu erzielen, als dies bisher der Fall war. Wir alle haben in den letzten Tagen erfahren, dass diese Mechanismen nötig sind.

Die Kommission ist, wie auch der Rat und das Parlament, mit der Geschwindigkeit, mit der Europäische Zentralbank und andere Zentralbanken heute an den Tag gelegt haben, zufrieden. Dabei wurde eine koordinierte Senkung der Zinssätze beschlossen, was den Druck etwas aus dem Markt herausnehmen sollte.

Ich vertrete dieselbe Meinung wie John Purvis: Wir müssen innerhalb unseres jeweiligen Verantwortungsbereichs Maßnahmen ergreifen, um die Erholung des Interbankengeschäfts zu fördern. Das ist wesentlich. Wir können für das Funktionieren des Finanzsystems künftig nicht ausschließlich auf die Zentralbanken als Liquiditätsquelle setzen, und natürlich betonte die Kommission – und hierbei beziehe ich mich vor allem auf die Rede von Sophie in't Veld – am Samstag in Paris vor den Staats- und Regierungschefs, dass der Vertrag im Hinblick auf die Regulierung staatlicher Beihilfen genügend Klauseln und Verordnungen enthält, um hinsichtlich der Einhaltung von Wettbewerbsregeln und der Regeln für staatliche Beihilfen in einer Situation wie dieser flexibel zu handeln. Dies wurde gestern im Rahmen der ECOFIN-Sitzung wiederholt.

Wie sie gestern im ECOFIN-Rat angekündigt hat, wird meine Kollegin Kommissarin Neelie Kroes heute oder morgen Richtlinien dafür veröffentlichen, wie die im Vertrag enthaltenen Ermessensspielräume in diesem Punkt nach Meinung der Kommission genutzt werden können, ohne dass es dabei zu Diskriminierung zwischen unterschiedlichen Lösungen und unterschiedlichen Arten der Hilfe kommt.

Auch auf die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird sie eingehen, und einige von Ihnen haben dies bereits erwähnt. Wir haben diesen im Jahr 2005 überarbeitet, und seither herrschte, und ich glaube, dass ich dies hier auch schon in einer anderen Aussprache erwähnt habe, vollkommener Konsens über die Umsetzung des überarbeiteten Pakts, also 100 %. Wie bei der Sitzung am Samstag in Paris, wurde gestern im ECOFIN-Rat erneut einstimmig bestätigt, dass der derzeitige Pakt in seiner überarbeiteten Fassung von 2005 – und an der Aussprache und dem Konsens war auch das Parlament beteiligt – genügend Handlungsspielraum für Situationen bietet, wie sie sich langsam abzeichnen und leider auch in Zukunft eintreten werden. Die Zunahme der Haushaltsdefizite ist dafür nur ein Beispiel. Dies kann im Rahmen der bestehenden Regeln erfolgen, sie müssen also nicht beiseite gelassen werden.

Dies war am Samstag in Paris klar, es war gestern auf der ECOFIN-Sitzung klar, und es ist uns heute im Rahmen dieser Aussprache klar. Und ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission dafür sorgen wird, dass dies auch in Zukunft klar sein wird, auch wenn wir im Hinblick auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft vor einer äußerst schwierigen Lage stehen.

Morgen reisen wir nach Washington, um an Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds teilzunehmen. Die Prognosen des IWF sind erneut nach unten korrigiert worden. Unsere Prognosen werden in einigen Wochen ebenfalls nach unten korrigiert werden. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Übung im Aufstellen wirtschaftlicher Prognosen, eine theoretische Übung. Es bedeutet leider weniger Wachstum, weniger Arbeitsplätze, mehr Druck auf dem Arbeitsmarkt und – zusammen mit dem Inflationsdruck, der in den letzten beiden Monaten zwar etwas nachgelassen hat, aber immer noch besteht – geringere Kaufkraft und Schwierigkeiten für die Bürger.

Dies sollte uns aber nicht dazu veranlassen, mittelfristige Prognosen zu vergessen. Wir sollten dadurch nicht vergessen, was wir aus früheren Krisen gelernt haben. Ich denke, in diesem Sinne stärken und unterstützen

die meisten Reden, die ich heute Nachmittag gehört habe, den gestern im Rahmen der ECOFIN-Sitzung in Luxemburg erzielten Konsens, den ich übrigens als äußerst positiv einstufe, und sie stimmen mit ihm überein.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt während der nächsten Tagung.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Jean-Pierre Audy (PPE-DE), schriftlich. – (FR) Zuerst möchte ich dem amtierenden Präsidenten des Rates, Nicolas Sarkozy, zu seinen pragmatischen und wirksamen Maßnahmen und zu der hervorragenden Arbeit der französischen Präsidentschaft, über die uns heute mein Freund Jean-Pierre Jouyet informiert hat, gratulieren. Die Europäische Union wurde ins Leben gerufen, als man unter den Folgen des Krieges litt.

Sie scheint dazu bestimmt zu sein, auch weiterhin von Leid und Krisen begleitet zu werden. Diese Krisen – die Kaukasus-Krise in Georgien, die Finanzkrise und das Versagen der WTO – zeigen, wie sehr wir auf die neuen Institutionen angewiesen sind, die durch den Vertrag von Lissabon möglich wären, und vor allem auf eine ständige Präsidentschaft der EU.

Angeichts der Finanzkrise hat die EZB gerade entschieden, die Zinsen zu senken, und ich begrüße diese Entscheidung. Sie ist endlich aus ihrer Gleichgültigkeit aufgewacht und sollte aus dem Versagen ihrer Geldpolitik lernen, da nichts schlimmer wäre, als die Zinsen erneut anzuheben, sobald die Wirtschaft wieder wächst. Die Kommission muss die Angelegenheit basierend auf Artikel 105(6) des EG-Vertrags dringend an den Rat weiterleiten, damit er der EZB ein politisches Mandat für die vernünftige Aufsicht der Kreditinstitute übertragen kann, die darauf abzielt, eine europäische Bankenregulierung einzurichten.

Sebastian Valentin Bodu (PPE-DE), schriftlich. – Am 24. September fragte ich in einer schriftlichen Erklärung, ob Europa auf die Schockwelle vorbereitet ist, die durch die untrennbare Verknüpfung mit dem US-Markt ausgelöst wurde, und ob die 36,3 Milliarden Euro, die von der EZB und der Bank of England in den Markt gepumpt wurden, ausreichend sind, um die Gefahr abzuwenden. Einige Tage später wurden auch die Fortis Bank und die Dexia Bank in den Strudel der Finanzkrise gerissen. Darüber hinaus erreichte das Bankensystem Islands die Talsohle (was in der Übernahme der Glitnir Bank durch die Regierung gipfelte), und die Regierung des Vereinigten Königreichs kündigte an, weitere 200 Milliarden Pfund Sterling in die Wirtschaft zu pumpen.

Die bisherigen Ereignisse beantworten meine Frage, die eigentlich rhetorischer Natur war. Und was wird als Nächstes passieren? Wir wissen inzwischen, welche Finanzinstitutionen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Großen. Wir wissen jedoch noch nicht, wer sonst noch in Mitleidenschaft gezogen wurde, den Müll aber noch unter Verschluss hält. Wie steht es um die Dutzenden von regionalen US-Banken, die Immobilieneigentümer mit günstigen Krediten versorgt haben? Und wie steht es um die europäischen Banken, die es nicht lassen konnten, in alle möglichen exotischen US-Finanzinstrumente zu investieren, die sich in diesem Jahrzehnt auf den Markt gedrängt haben?

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Obwohl mit recht bewegten Worten über die Finanzkrise und damit in Verbindung stehende Krisen gesprochen wurde, sind immer noch keine grundlegenden Maßnahmen ergriffen worden, mit denen man diese Krisen wirksam bekämpfen kann. Selbst wenn einige Ad-hoc-Maßnahmen angenommen werden, die noch vor wenigen Monaten abgelehnt wurden, verteidigt man stets die Großunternehmen und berücksichtigt kaum die Interessen der Arbeiter und der Ärmsten. Ein Beispiel dafür ist die Verstaatlichung von Banken, die durch das Missmanagement ihrer Verwalter und Hauptaktionäre insolvent geworden sind. Sie strichen beträchtliche Gewinne ein, überließen es aber dann dem Volk, die Zeche zu zahlen. Sie beseitigen nicht die Ursache des Problems. Sie schaffen nicht die Steuerparadiese ab. Sie tun nichts gegen die falsche Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Sie beseitigen nicht den Stabilitätspakt. Sie schaffen keinen Pakt für Solidarität und sozialen Fortschritt.

Die EZB hat ihren eigenen Leitzins zu spät gesenkt. Dies war kurzsichtig und ist die schwächeren Volkswirtschaften und die Schuldner der Banken bereits teuer zu stehen gekommen.

Die anstehenden Themen sind daher von großer Bedeutung. Sie stellen die neoliberale Politik infrage, bei der der freie Wettbewerb oberste Priorität hatte, sodass die Arbeitnehmer zunehmend ausgebeutet werden und für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen immer mehr Probleme entstehen. Beim nächsten Rat muss ein klarer Bruch dieser neoliberalen Politik erfolgen.

Petru Filip (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Abgesehen vom transnationalen Charakter der derzeitigen weltweiten Finanzkrise birgt sie die Gefahr, sehr schnell große Panik zu verbreiten, und zwar nicht nur im Finanz-, Banken- und Wirtschaftssektor, sondern auch unter den ganz normalen Bürgern Europas. Ich glaube, die Gefahr einer Panik unter den europäischen Bürgern ist noch wesentlich schwerer einzuschätzen als die wirtschaftlichen Auswirkungen, die finanziell und ökonomisch unter Kontrolle gehalten werden müssen. Zudem würde es auch wesentlich länger dauern, bis das Vertrauen wiederhergestellt ist.

Daher möchte ich öffentlich an Sie in Ihrer Funktion als Präsidenten appellieren: Gleich, welche Schritte Sie ergreifen, um die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise direkt, sofort und effizient zu lösen – sorgen Sie dafür, dass diese Schritte für die europäische Öffentlichkeit transparent sind, damit die Bürger das Gefühl haben, von der Europäischen Union geschützt zu werden, denn die Union sollte ja gerade einen schützenden Rahmen für schwere Notfälle bieten.

Sollte es uns nicht gelingen, jetzt das Vertrauen und die Solidarität in Europa zu stärken, laufen wir Gefahr, all das, was wir im Laufe der vergangenen 50 Jahre unter großen Anstrengungen erreichen konnten, zu zerstören.

Filip Kaczmarek (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Wir sollten nicht darauf zählen, dass die Probleme der Finanzmärkte durch eine einzige Sitzung des Europäischen Rates gelöst werden. Der Rat sollte stattdessen lieber nach Wegen suchen, die europäischen Bankensysteme sicherer zu gestalten. Die derzeitige Beteiligung der nationalen Regierungen ist zweifelsohne erforderlich, aber sie wird sicherlich kein Ersatz für gemeinsame Maßnahmen auf EU-Ebene darstellen.

Zurzeit ist es besonders wichtig, dass Versprechen und Schutz der Bürger nicht dem extremen Zynismus gewisser Politiker zum Opfer fallen. Dieser Zynismus basiert auf einer pessimistischen Einstellung, wobei andere Politiker gleichzeitig aufgefordert werden, etwas zu unternehmen. Gehen die düsteren Prophezeiungen dann in Erfüllung, sagen die Zyniker: Haben wir das nicht gleich gesagt? Tritt das Worst-Case-Szenario nicht ein, sagen die Pseudoretter: Wir wollten ja nur vorsichtig sein, in solchen Situationen rechnet man besser mit dem Schlimmsten.

Die Zyniker reiben sich jetzt voller Entzücken die Hände, weil sie einen Trick gefunden haben, bei dem sie nicht verlieren können. Dieses Entzücken ist ein Beweis für eine extreme Verantwortungslosigkeit und die Verleugnung der Grundwerte demokratischer Politik, nämlich der vorausschauenden Sorgfalt für das Gemeinwohl. Vielleicht ist genau dieser Zynismus sogar die größte Gefahr für die Geldbeutel der Europäer. Es ist auch interessant, dass diese vorgetäuschte Sorge um die Zukunft der Bürger von denjenigen zum Ausdruck gebracht wird, die den neuen Europavertrag blockieren wollen und gegen das Konzept einer gemeinsamen Währung sind. Ich hoffe, dass an der Ratssitzung keine falschen Propheten teilnehmen werden. Vielen Dank.

Mairead McGuinness (PPE-DE), schriftlich. – Die globale Finanzkrise wird zu Recht ganz oben auf der Agenda der Oktobersitzung stehen. Die Krise ist hausgemacht und hat sich aus den USA auf die EU und noch weiter ausgebreitet. Der Zusammenbruch des Banken- und Finanzsektors ist ebenso schockierend wie real.

Man ist fassungslos, dass das Udenkbare, nämlich der Zusammenbruch des Bankensystems, jetzt eingetreten ist. Der Niedergang einzelner Banken und die dramatische Intervention von Regierungen zur Stützung der fragilen Finanzsektoren hat dazu geführt, dass die Bevölkerung sehr misstrauisch ist, was die Fähigkeit der Politiker anbelangt, sie vor solchen Eventualitäten zu bewahren.

Banken wollen keine Regulierung, und es steht jetzt fest, dass die Regulierung nicht nur zu schwach und zu ineffektiv war, um die Bankkunden zu schützen, sondern nicht einmal die Institutionen selbst schützen konnte.

Als den Banken jedoch das Wasser bis zum Hals stand, wandten sie sich an die Politiker, um von ihnen gerettet zu werden. Es liegt jetzt also an uns, den Moment zu nutzen, um die Macht wieder dorthin zu verlagern, wo sie hingehört: in das politische System und nicht auf die Finanzmärkte.

Esko Seppänen (GUE/NGL), schriftlich. – (FI) Die Vereinigten Staaten von Amerika sind schwer an Geldwahn erkrankt. Die Symptome sind der Zusammenbruch von Banken, die Sozialisierung von Banken und Versicherungsgesellschaften und eine Ramschbank, die für die Sozialisierung von Schulden und als Müllkippe für den Abfall der Banken genutzt wird. Durch die Krise wird deutlich, dass das Kapital den Staat für andere Zwecke braucht, als in entlegenen Ländern in den Krieg zu ziehen. In Amerika sind dies der Irak und

Afghanistan. Das Positive an der Krise, die durch billiges „Spielgeld“ ausgelöst wurde: Die Vereinigten Staaten können sich jetzt keine neuen Kriege mehr leisten.

Es sieht nicht gut aus, wenn eine Supermacht perplex ist, weil andere die Achtung vor ihr verlieren. So war es aber in den Vereinigten Staaten: Viele sind der Meinung, dass das Land als Supermacht dasselbe Schicksal erlitten hat wie die Sowjetunion.

Sämtliche politische und wirtschaftliche Ressourcen Amerikas werden gebraucht, um das Feuer in der Bank zu löschen, das mit billigem Geld, Schulden und Spekulation entfacht wurde. Dies ist aber nicht mehr ausschließlich Sache der Wirtschaft: Der Riese, der auf einem Stapel Wertpapieren stand, musste zusehen, wie er an Autorität verlor. Das stolze Amerika, der Gewinner eines ideologischen Kampfes, ist in der Rolle des Siegers nicht mehr glaubwürdig.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Erklärungen des Rates und der Kommission sowie die Standpunkte, die von den politischen Vertretern des Kapitals im Rahmen der Aussprachen im Vorfeld des Gipfeltreffens des EU-Rates angenommen wurden, weisen auf eine zunehmende volksfeindliche Politik im Umgang mit der kapitalistischen Wirtschaftskrise hin. Die Krise weitet sich unaufhaltsam auf die EU-Mitgliedstaaten und die Industrieländer im Allgemeinen aus, wodurch die reaktionäre Natur der EU noch offensichtlicher wird.

Diese Erklärungen, die von ECOFIN und den bürgerlichen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten angekündigten staatsmonopolistischen Interventionen sowie die Rettung der hochverschuldeten Banken und anderer monopolistischer Konzerne durch öffentliche Gelder sind Maßnahmen, mit denen das EU-Kapital dabei unterstützt werden soll, die wirtschaftliche und politische Dominanz von Monopolen zu fördern. Dies beweist, dass der Kapitalismus keine Antworten hat, wenn es um die Interessen des Volkes geht.

Angesichts des Risikos einer Krise verschärfen die EU und die bürgerlichen Regierungen der Mitgliedstaaten ihren Angriff auf die Arbeiterklasse und die Massen.

Die Bürger Europas können vom Gipfeltreffen der EU nichts erwarten. Der einzig gangbare Weg für die Arbeiter besteht darin, sich der volksfeindlichen Politik der EU und der bürgerlichen Regierungen der Mitgliedstaaten zu widersetzen und sich von ihr loszusagen.

15. Lamfalussy-Folgemaßnahmen: Künftige Aufsichtsstruktur (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0359/2008) von Ieke van den Burg und Daniel Dăianu im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über die Lamfalussy-Folgemaßnahmen: Künftige Aufsichtsstruktur [2008/2148(INI)].

Ieke van den Burg, Berichterstatterin. – Herr Präsident! Ich beschäftige mich seit 2002 mit dem Thema Stabilität und Überwachung der Finanzmärkte. Schon damals forderte ich in einem Bericht an das Parlament, bei dem es um vernünftige Aufsichtsmaßnahmen ging, ein starkes europäisches Überwachungssystem, das mit dem europäischen System der Zentralbanken vergleichbar ist.

Gott sei Dank haben wir in diesen turbulenten Zeiten den Euro und die EZB, aber es ist umso peinlicher, dass es keine solide Aufsichtsarchitektur gibt. Damals konnte ich für eine revolutionäre Reform keine parlamentarische Mehrheit erzielen; alle sprachen von Entwicklung. Dennoch sagten mir im Laufe der Jahre einige Aufseher und andere hochrangige Vertreter von Industrie und Aufsichtsbehörden Folgendes: „Zwar können wir dies nicht offen sagen, aber Sie haben Recht, es muss mehr passieren. Eine echte Krisensituation wird zeigen, dass dies nicht genügt.“

Wir mussten also auf eine Krise warten, damit ein Gefühl der Dringlichkeit entsteht. Natürlich wäre es mir lieber gewesen, wenn es nicht zu einer solchen Krise gekommen wäre und wir besser vorbereitet gewesen wären. Aber die Krise ist nun einmal da, und ich würde auch sagen, dass der Tsunami, den Charly McCreevy noch vor einigen Wochen, als wir die Rasmussen- und Lehne-Berichte besprachen, nicht erkennen wollte, mit unvergleichbarer Gewalt über uns hereinbricht.

Ich würde jetzt erwarten, dass uns dies Dynamik verleiht, ich bin jedoch enttäuscht und beschämt, dass wir in der Europäischen Union zu wenig tun und zu langsam handeln. Die ganze Welt sieht zu, aber wir schaffen es nicht, uns auf einen gemeinsamen Ansatz zu verständigen. Selbst Wirtschaftswissenschaftler und Berichterstatter, die diese wundervollen innovativen Finanzprodukte seinerzeit begrüßten, die nicht durch eine Regulierung behindert werden sollten, sind fast alle enttäuscht, wie wenig die Spitzenpolitiker Europas

bisher zu Stande gebracht haben. Ich könnte beispielsweise auf den Leitartikel der gestrigen Ausgabe der *Financial Times* verweisen. Dort stand: „Bisher sind sich die führenden Politiker Europas nur insofern einig, als dass sie gemeinsam erklärten, dass sich jeder von ihnen um die Probleme vor der eigenen Haustür kümmern wird.“ Die *Financial Times* zog daraus auch den Schluss, dass wir einen Dirigenten brauchen und nicht nur Solisten.

Ich denke, dass man morgen im Parlament wird zeigen können, dass wir nicht nur unsere eigenen Arien von Bedauern und Wut singen und uns gegenseitig die Schuld zuweisen, sondern einen echten konstruktiven Beitrag leisten können, um die Führung zu übernehmen und sehr konkrete Vorschläge aufzugreifen, die von der Europäischen Kommission umgehend umgesetzt werden können.

Sie kommen vielen anderen Abgeordneten vielleicht recht technisch vor, aber ich kann Ihnen versichern, dass diese Vorschläge von uns im Ausschuss für Wirtschaft und Währung gut durchdacht und ausgearbeitet worden sind. Wir brauchen nur noch Ihre Führungsstärke und Ihren Mut, Herr Kommissar, damit Sie grünes Licht geben und das Verfahren einleiten. Sie sollten den Interessenvertretern aus der Finanzwelt, die Sie davon abhalten wollen, nicht zu viel Gehör schenken, und natürlich sollten Sie den Experten zuhören, doch die politische Verantwortung, diese Initiativen zu ergreifen, liegt bei Ihnen.

José Manuel Barroso hat bereits einige kurzfristige Maßnahmen erwähnt. Ich bin mit seiner Aussage über eine Gruppe der Weisen zufrieden, aber auch das haben wir bereits vor zwei Jahren im Parlament vorgeschlagen. Damals haben Sie diese Idee jedoch nicht unterstützt. Im Hinblick auf die Vorschläge für eine Eigenkapitalrichtlinie und die Maßnahmen für die Rating-Agenturen ist mir nicht ganz klar, welche Maßnahmen Sie in Bezug auf Empfehlungen für Managergehälter vorstellen werden. Ich hoffe, dass Sie sich hier nicht nur die schwachen Vorschläge des ECOFIN-Rats anhören, sondern bereit sind, etwas weiter zu gehen. Und abschließend einige Worte zur Aufsicht: Es geht nicht nur um langfristige Maßnahmen für die Gruppe der Weisen, sondern wir sollten schon jetzt etwas tun. Im Hinblick auf meine Änderungsanträge 5, 6 und 7 hoffe ich auf die Unterstützung für einen Vorschlag, durch den im Rahmen der europäischen Aufsichtsstruktur sofort ein unabhängiger Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender vorhanden wären.

Daniel Dăianu, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich werde diesen Moment nutzen, um lediglich ein paar Worte zu Themen zu sagen, die in der öffentlichen Debatte über Regulierung und Aufsicht immer wieder auftauchen.

Erstens: Freie Märkte sind nicht mit gleichzusetzen mit der Abwesenheit von Regulierung. Eine lockere Währungspolitik kann zu höherer Inflation und letztendlich zu Rezession führen, aber den Zusammenbruch eines Finanzsystems kann sie allein nicht auslösen. Dem Finanzsystem drohte der Zusammenbruch aufgrund von strukturellen Merkmalen des neuen Finanzsystems.

Diese Krise ist im Grunde darauf zurückzuführen, dass das Finanzsystem nicht angemessen reguliert war. Hypotheken sind nicht per se toxisch, aber schlecht konstruierte Wertpapiere, die auf ihnen basieren, sind sehr wohl toxisch. Durch das Bündeln von Finanzprodukten können Märkte recht undurchsichtig werden. Vergütungssysteme, durch die verantwortungsloses Verhalten gefördert wird, sind toxisch. Irreführende Modelle sind toxisch, extreme Fremdfinanzierung ist schlecht. Es wäre ein großer Fehler, wenn man diese Probleme nicht angehen würde.

Finanzinnovationen sind nicht immer harmlos. Es überrascht mich daher zu hören, dass eine neue Regulierung negativ ist, weil sie Finanzinnovationen im Keim erstickt.

Es geht nicht darum, den Sozialismus einzuführen, wenn man sich für gute Regulierung und Aufsicht einsetzt. Vielmehr geht es darum, welche Art der Marktwirtschaft wir uns wünschen. Ja, dies kann dazu führen, dass Elemente des Staatskapitalismus wieder eingeführt werden, und darüber muss man sprechen.

Es genügt nicht, sich auf Initiativen der Industrie zu verlassen, denn dabei werden häufig eigene Interessen verfolgt.

Weshalb schaffen wir es nicht, aus früheren Krisen zu lernen? Eigennützige Interessen können weit reichen und versuchen, Einfluss auf Verordnungen und Überwachung und auf das Verhalten von Menschen wie uns Einfluss zu nehmen.

Spielen Wertvorstellungen eine Rolle? Ja, ich denke schon. Das jetzige Chaos ist auch darauf zurückzuführen, dass einige dachten, Wertvorstellungen spielen in der Geschäftswelt keine Rolle. In Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sollte man verstehen, dass es systemische Risiken gibt, und auch auf die Finanzstabilität sollte man stets achten.

Belastungen und Krisen lassen sich nicht vollständig ausschließen, aber wir können den Schaden begrenzen, den sie anrichten. Wir brauchen umfassende Antworten auf Krisen und eine echte Koordinierung zwischen der EU, den USA und den wichtigsten anderen Finanzzentren. Das gilt insbesondere in schlechten Zeiten.

Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Lassen Sie mich zu Beginn auf die Situation auf den Finanzmärkten eingehen. Wir befinden uns in der schlimmsten Krise seit Menschengedenken. Was als Subprime-Krise begann, hat sich jetzt auf die ganze Wirtschaft ausgebreitet. Die Angst vor einer Finanzierungslücke verursacht unter allen Wirtschaftsakteuren einen noch größeren Vertrauensmangel. Wenn nicht bald wieder Kredite vergeben werden, steht uns eine kontinuierliche Abwärtsspirale mit offensichtlichen Folgen für die Wirtschaftstätigkeit bevor. Jetzt muss zuerst die Kreditvergabe wieder angekurbelt werden. Die derzeit von den Zentralbanken ergriffenen Maßnahmen werden entscheidend dazu beitragen, dass die Kredite wieder ins Fließen kommen.

Eine Sache, die wir in den letzten Wochen festgestellt haben: Keine Volkswirtschaft und kein Finanzmarkt ist gegen die derzeitigen Ereignisse immun.

Auf dem gestrigen ECOFIN-Treffen war die Sorge der Finanzminister deutlich zu spüren. Wir haben die Notwendigkeit erkannt, dass die Regierungen eingreifen müssen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, sei es durch Kapitalspritzen, Garantien oder andere Methoden. Es gibt hier keine Wunderwaffe. Ausschlaggebend sind wirksame und schnelle Reaktionen.

Die Kommission stellt ihrerseits unter Beweis, dass sie in der Lage ist, schnell zu handeln. Ich werde nächste Woche Änderungsanträge für das Einlagensicherungssystem vorlegen, durch die der Mindestschutz angehoben und die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Verfahren für eine schnelle Auszahlung einzuführen.

Auf der ECOFIN-Sitzung wurde gestern beschlossen, dass die Mitgliedstaaten den derzeitigen Wert mindestens auf 50 000 Euro anheben, wobei viele Länder noch weiter gehen und einen Wert von bis zu 100 000 Euro festlegen. In gewissem Maße spiegelt dies die unterschiedlich hohen durchschnittlichen Spareinlagen in den einzelnen Mitgliedstaaten wider.

Darüber hinaus setzen wir zügig Änderungen an unseren Rechnungslegungsvorschriften um, damit Banken in der EU dieselbe Flexibilität haben wie Banken in den Vereinigten Staaten. Dies bedeutet, dass einzelne Banken bei Bedarf die Option haben, Vermögenswerte aus den Handelsbüchern in die Anlagebücher zu übertragen. Dies ist eine Komitologiemassnahme, der das Parlament hoffentlich schnell zustimmen kann. In der Zwischenzeit hoffe ich, dass die nationalen Aufsichtsbehörden diese neuen Bestimmungen bereits anwenden, damit Banken – wenn sie dies wünschen – diese Neuregelung schon für die Ergebnisse des dritten Quartals nutzen können. Zudem liegt die IASB-Annahme der Erläuterung der US-Börsenaufsicht SEC vor, bei der es um die Nutzung der Rechnungslegung auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwerts geht, wenn keine aktuellen Marktinformationen verfügbar sind. Auch dies ist für Banken von großer Bedeutung und sollte bei der Berichterstattung für das dritte Quartal berücksichtigt werden.

Selbstverständlich setzen wir uns weiterhin für die schnelle Umsetzung des ECOFIN-Fahrplans ein, durch den die Fähigkeit der Europäischen Union gestärkt werden soll, künftige Finanzkrisen zu verhindern bzw. zu überwinden. Insgesamt verläuft die Umsetzung dieser Initiativen nach Plan.

In Krisenzeiten müssen Politiker Handeln, damit die Bürger Vertrauen fassen. Hier in Brüssel sehen die Dinge nicht anders aus, nur dass unser Handlungsspielraum begrenzter ist. Uns stehen die Finanzmittel nicht zur Verfügung, die zum Bekämpfen dieser Krise benötigt werden. Die Zentralbanken und Finanzminister entscheiden, ob man die Geldsäcke öffnet oder nicht. Wir müssen uns darum bemühen, einen gemeinsamen Ansatz aller Mitgliedstaaten zu maximieren. Es können Zweifel daran bestehen, dass die Mitgliedstaaten durch die Zusammenarbeit in einer wesentlich stärkeren Position sein werden, um der Abwärtsspirale, in der wir uns momentan befinden, entgegenzuwirken. Auch in Zukunft müssen wir die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, auf gemeinsame Ziele und Ansätze hinzuwirken. Sofern uns die Instrumente zur Verfügung stehen, werden wir die erforderlichen Maßnahmen schnell vorantreiben.

Nun möchte ich mich dem Bericht über die „Lamfalussy-Folgemaßnahmen und die zukünftige Aufsichtsstruktur“ zuwenden und dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung und dabei besonders Ieke van den Burg und Daniel Dăianu zu diesem anregenden und weit reichenden Bericht gratulieren. Er beleuchtet viele der Herausforderungen, vor denen wir derzeit in Zusammenhang mit der derzeitigen Finanzkrise stehen. In der jetzigen Situation sind innovative und gut durchdachte Vorschläge für eine Regulierungs- und Aufsichtsreform dringend erforderlich.

Sie haben in Ihrem Bericht eine recht anspruchsvolle Liste von Empfehlungen aufgeführt, für die gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind. Es ist ermutigend zu sehen, dass so viele der Themen, die Sie herausstellen, auch von der Kommission als Prioritäten betrachtet werden. In vielen Fällen werden im Bereich dieser Empfehlungen bereits Initiativen durchgeführt, oder sie befinden sich in Planung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige unserer wichtigsten laufenden Initiativen anführen: der Solvabilität-II-Vorschlag, die Vorschläge für die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie, die letzte Woche vom Kollegium der Kommissionsmitglieder angenommen wurden, und der Legislativvorschlag für Rating-Agenturen, der demnächst ansteht.

Sie spiegeln viele der Empfehlungen wider, die Sie in Ihrem Bericht nennen.

Der Vorschlag in Bezug auf Änderungsanträge für die Eigenkapitalrichtlinie deckt entscheidende Bereiche ab und wird den Rechtsrahmen für EU-Banken und für das Finanzsystem wesentlich stärken. Ich hoffe, dass Sie uns dabei volle Unterstützung zukommen lassen. Es ist entscheidend, dass wir bis April nächsten Jahres eine Einigung erzielen.

Wir werden bald auch einen Vorschlag für Rating-Agenturen vorlegen. Der Vorschlag zielt darauf ab, eine rechtsverbindliche Genehmigung und ein robustes System der externen Aufsicht einzuführen, wobei europäische Regulierungsbehörden die Richtlinien und Verfahren überwachen müssen, die von den Rating-Agenturen einzuhalten sind. Dem Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden wird dabei eine wichtige Koordinationsrolle zukommen.

In Bezug auf den Aufsichtsrahmen der EU beschäftigen wir uns mit einer Überarbeitung der Kommissionsentscheidungen, aufgrund der die drei Aufsichtsausschüsse eingerichtet basieren. Bis Jahresende wird man diesen Ausschüssen spezifische und praktische Aufgaben zugewiesen haben, zum Beispiel (i) Vermittlung, (ii) Ausarbeiten von Empfehlungen und Richtlinien sowie (iii) eine explizite Rolle, um die Analyse von Stabilitätsrisiken für das Finanzsystem der EU und die entsprechende Reaktionsfähigkeit zu verbessern.

Wir müssen uns daher jetzt über die langfristige Vision der europäischen Aufsicht Gedanken machen. Aktuelle Ereignisse zeigen, wo sie heute an ihre Grenzen stößt. Die Europäische Zentralbank hat vorbildlich auf die Krise reagiert. Jetzt müssen wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen, wie unsere Aufsichtsmaßnahmen für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitutionen aufgebaut sind. Wie Präsident Barroso bereits angekündigt hat, wollen wir eine hochrangige Gruppe einrichten, die die unterschiedlichen Optionen untersucht und dann Empfehlungen abgibt, wie wir verfahren sollten.

Das entspricht dem in Ihrem Bericht angeführten Vorschlag, eine hochrangige Gruppe einzurichten, die sich der europäischen Aufsichtsfragen annimmt.

Ich bin schon lange genug hier, um zu wissen, dass es nicht leicht ist, Einigkeit über die Reform der Aufsichtsmaßnahmen zu erzielen.

Wenn wir aus der jetzigen Krise aber keine Lehren ziehen, dann erweisen wir der Europäischen Union einen schlechten Dienst. Dieser Gedanke sollte uns aber nicht von der Notwendigkeit ablenken, die pragmatischen Schritte zur Intensivierung der Aufsicht zu ergreifen, die Gegenstand des Solvabilität-II-Vorschlags und der Eigenkapitalrichtlinie sind. Wir brauchen Aufsichtskollegien.

Die nächste Zeit wird nicht ganz einfach werden. Wir alle müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Wir müssen nun zeigen, dass wir gemeinsam in der Lage sind, diesen Herausforderungen zu begegnen. Ich hoffe in dieser Angelegenheit auf die intensive Unterstützung des Parlaments.

Piia-Noora Kauppi, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich glaube es war Gertrude Tumpel-Gugerell, die Mitte September in Nizza gesagt hat, dass unser größter Fehler darin besteht, die Finanzaufsichtsarchitektur nicht in den Vertrag von Maastricht aufgenommen zu haben. Diesem Thema hätten wir uns bereits im Rahmen der letzten Entscheidungen zur EWU annehmen sollen.

Ich stimme dieser Meinung vollkommen zu, und Gertrude Tumpel-Gugerell ist definitiv nicht die einzige, die dies gesagt hat. Aber wem können wir den fehlenden Fortschritt in Sachen Aufsichtsarchitektur zur Last legen? Ich glaube nicht, dass die Soldaten der Gemeinschaft dafür die Schuld tragen, und damit meine ich die Europäische Kommission, die Ergebnisse vorweisen konnte, und auch das Parlament. Wie schon Ieke van den Burg sagte, sprechen wir bereits seit dem Jahr 2000 über dieses Thema, und wir haben dem Rat schon mehrere Vorschläge unterbreitet. Er scheint jedoch extrem zurückhaltend zu sein.

Ich frage mich immer noch, wie es möglich war, das Lamfalussy-System einzuführen. Vielleicht war der entscheidende Faktor die Abmachung zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland, Paris als CESR-Standort anzubieten, doch ich habe den Eindruck, dass man im Rat absolut nicht willens war, dieses Thema voranzutreiben. Jetzt ist also der richtige Zeitpunkt. Vielleicht wird nicht genug getan oder auch zu spät gehandelt, aber zumindest passiert nun auch im Rat etwas.

Das Parlament hat einige äußerst wichtige Vorschläge unterbreitet. Hier die drei wichtigsten Punkte in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit:

Erstens: Obligatorische Kollegien für alle grenzüberschreitend tätigen Finanzinstitutionen mit rechtsverbindlichen Regeln für operatives Geschäft, Informationspolitik und Entscheidungsfindungsprozesse.

Zweitens: Besserer Rechtsstatus für Stufe-3-Ausschüsse und effektivere Arbeitsmethoden für diese Ausschüsse. Hierbei könnte die Kommission Stufe-3-Ausschüssen vielleicht etwas mehr Handlungsspielraum gewähren, damit sie in Zukunft nicht nur eine beratende Funktion haben, sondern sich auch an der Entscheidungsfindung beteiligen.

Und drittens: Stärkung der Rolle der EZB im Hinblick auf die Finanzstabilität. Die EZB sollte mehr Informationen erhalten. Sie sollte mit CESR und CEOPS verknüpft sein, und diese Institutionen sollten enger zusammenarbeiten.

Abschließend möchte ich mich über den transatlantischen Dialog äußern. Jetzt ist kein guter Zeitpunkt, die transatlantischen Finanzdienstleistungen auf Eis zu legen. Ich weiß, dass dies nicht die Schuld der Kommission ist, sondern die Dinge hauptsächlich von den Aktivitäten der USA abhängen. Ich denke jedoch, dass es in jedem Fall besser wäre, wenn Sie diese Diskussion so gut wie möglich aufrechterhalten. Es ist für die Zukunft sehr wichtig, ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Antolín Sánchez Presedo, im Namen der PSE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident! Wir können unsere Augen hiervoor nicht verschließen. Die derzeitige Krise hat gezeigt, dass auf den Finanzmärkten ein Mangel an Aufsicht und wirtschaftlicher Governance herrscht.

Die Bürger wissen ganz genau, dass es wesentlich besser ist, Risiken zu erkennen und zu vermeiden, als Abhilfe zu schaffen, wenn sie bereits Ungleichgewichte geschaffen und auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft Schaden angerichtet haben. Die Zeiten, in denen viele dieser Finanzmärkte undurchsichtig und unkontrolliert waren und leichtsinnige oder skrupellose Akteure ungehindert ihre verantwortungslosen Spiele treiben konnten, müssen ein Ende finden.

Der freie Kapitalverkehr, die Wirtschafts- und Währungsunion, die zunehmende Komplexität auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen und die Globalisierung fordern, dass wir uns nicht mehr auf einen nationalen Aufsichtsrahmen beschränken. Wir müssen eine europäische Aufsicht anstreben. Die Europäische Union muss sich bei neuen Konzepten einbringen. Hierzu zählen Makroaufsicht, Systemrisiken, globale Finanzstabilität und die Notwendigkeit, sich an der weltweiten wirtschaftlichen Governance zu beteiligen.

Wir müssen uns daher entschlossen auf eine europäische Aufsicht hinbewegen. Dies nicht zu tun wäre zu einem Zeitpunkt, an dem sich die globalen Machtverhältnisse verschieben, ein schwerer strategischer Fehler. Wir müssen die Trägheit überwinden, um im Hinblick auf *Solvabilität II* aus der Sackgasse zu kommen, und wir müssen daher Korrekturen an einem integrierten europäischen Ansatz vornehmen und diesen Ansatz auch annehmen.

Um bei der Überwindung von Differenzen zwischen Behörden oder zwischen den verschiedenen Finanzsektoren Konsistenz und Gerechtigkeit sicherzustellen, müssen wir die Politik des Alleingangs aufgeben und auf ein wirklich funktionsfähiges europäisches System hinarbeiten. Die Differenzen zwischen zwei Behörden können nicht durch eine Entscheidung überwunden werden, die nur von einer dieser Behörden getroffen wird. Man kann nicht gleichzeitig Richter und Interessenvertreter sein.

Ich stehe daher vollkommen hinter dem Bericht von Ieke van den Burg und Daniel Dänisch bin dankbar, dass meine Änderungsanträge berücksichtigt worden sind und Anregung für einige der Kompromisse waren, und ich hoffe, dass sich die ehrgeizigsten Vorschläge durchsetzen werden. Dies wird für unsere Bürger gut und für die Finanzmärkte entscheidend sein.

Wolf Klinz, im Namen der ALDE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn dieses Jahrzehnts hat Baron Lamfalussy einen Bericht vorgelegt, in dem er vorgeschlagen hat, wie die Aufsichtsbehörden in Europa besser und intensiver zusammenarbeiten könnten. Der Rat hat diese Vorschläge damals begrüßt, geschehen ist in der Praxis nichts. Wenn die Finanzkrise, die wir zurzeit durchleben, etwas Positives hat, dann vielleicht, dass das Thema der Aufsichtsverbesserung hoch oben auf der Tagesordnung steht.

Aber es ist schon überraschend, dass es eines Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung gemäß Artikel 39 bedarf, damit sich die Kommission mit diesem Thema wirklich aktiv auseinandersetzt. Feststeht, dass wir uns nur dann erfolgreich den Herausforderungen eines integrierten und wachsenden Finanzmarktes stellen können, wenn die Aufsicht zunehmende Konvergenz entwickelt und sich zunehmend integriert. Es sind inzwischen 58 von 100 Finanzkonglomeraten grenzüberschreitend tätig. Das zeigt allein schon, was es zu tun gilt!

Der Bericht der beiden Berichterstatter weist in die richtige Richtung. Piia-Noora Kauppi hat darauf hingewiesen: weitreichende Einführungen von Kollegien zur Aufsicht von grenzüberschreitend tätigen Finanzkonglomeraten, Stärkung der Stufe-3-Ausschüsse. Das ist in Ordnung, es sollte allerdings dabei berücksichtigt werden, dass die kleinen Mitgliedstaaten sehr häufig nur als Gastlandaufsicht in diesen Kollegien vertreten sind, und dass es deshalb besonders darauf ankommt, ihre Interessen angemessen zu berücksichtigen.

Kurz- und mittelfristig gibt es wahrscheinlich keine anderen Ansätze zu einer Verbesserung der Situation. Mittel- bis langfristig reicht das nicht aus. Wir müssen ein System haben, das tatsächlich die Bezeichnung einer europäischen Aufsicht verdient, und dieses System sollte sich am System der Europäischen Zentralbanken orientieren.

VORSITZ: MECHTILD ROTHE

Vizepräsidentin

Pierre Jonckheer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich habe vorhin im Namen meiner Fraktion gesagt, dass wir die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates unterstützt haben. Ich stelle fest, dass die Börsen heute erneut stark nachgegeben haben und sich die Märkte in ganz Europa in freiem Fall befinden. Diese Maßnahmen reichen daher nicht.

Was das Thema der Verantwortung anbelangt, so stimme ich Piia-Noora Kauppi dahingehend zu, dass es im Rat ziemlich massiven Widerstand gegeben hat. Klar ist aber auch, dass die Kommission – insbesondere Sie selbst – gelinde gesagt noch nie ein großer Fan von stärkerer Regulierung auf europäischer Ebene war. Ihre ganze Amtszeit ist von der Idee der Selbstregulierung der Wirtschaft geprägt gewesen. Deshalb sind wir im Hinblick auf eine europäische Gesetzgebung zu den heute besprochenen Themen deutlich in Rückstand.

In Bezug auf den Bericht, der morgen zur Abstimmung steht, wird meine Fraktion alle eingereichten Änderungsanträge unterstützen, und dies gilt vor allem für die Anträge der Berichterstatterin Ieke van den Burg. Aus unserer Sicht sollen diese unter anderem gewährleisten, dass die Verbriefung und die Mechanismen zur Verhinderung von Spekulation verbindlicheren Vorschriften unterliegen. Sie bedeuten, dass die Stufe-3-Ausschüsse des Lamfalussy-Systems fast ein Vorreiter für diese europäische Aufsicht und somit für die von uns angestrebte europäische Aufsichtsbehörde sind.

Dies ist die Richtung, die wir verfolgen möchten, und meiner Meinung nach ist die Kommission, die ein Monopol bezüglich der Gesetzgebungsinitiative hat, während dieser Wahlperiode ihrer Pflicht nicht nachgekommen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Selbstdarstellung gut und schön, aber Sie haben nicht viel Zeit, um sich einzuarbeiten.

John Purvis (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Ich schätze die Bereitschaft der Mitberichterstatter, auf einen Konsens zu diesem Bericht hinzuarbeiten. Von meiner Seite ist der Bericht noch nicht perfekt, und sie werden sich wahrscheinlich darüber freuen, dies zu hören. Er ist jedoch wesentlich angemessener als zuvor, und ich denke, dass unsere Unterstützung gerechtfertigt ist.

Ich werde zwei spezielle Punkte ansprechen. Die Verbriefung gilt als einer der Dämonen der derzeitigen Finanzkrise, und jetzt hält man es anscheinend für eine notwendige Lösung, dass die Verkäufer einen gewissen Prozentsatz ihrer Produkte behalten. Die Kommission schlägt bei ihrer Revision der Eigenmittelunterlegung 5 % vor. Wir benötigen für diese Idee zumindest eine Folgenabschätzung. Ich wage die Behauptung, dass dies lediglich die Finanzmärkte verstopfen wird; Investoren könnten sich sogar dazu verleitet fühlen, aus diesem Grund ihrer Prospektprüfung nicht nachzukommen. Wirklich wichtig ist es, dass man in der Lage

ist, Verkäufer über Neuverpackungen hinweg zurückzuverfolgen und sie für eine etwaige Falschdarstellung, Fahrlässigkeit oder Inkompetenz zur Rechenschaft zu ziehen.

Beim zweiten Punkt geht es darum, wie in den Aufsichtskollegien Streitigkeiten oder Unstimmigkeiten aus dem Weg geräumt werden. Die Berichterstatter haben ein recht komplexes und formales Berufungsverfahren mit Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und neuer Bürokratie vorgeschlagen. Solche Situationen müssen sicherlich schnell geklärt werden, und wir haben aus diesem Grund vorgeschlagen, dass sich die Parteien im Fall von Unstimmigkeiten, die nicht gütlich beigelegt werden können, auf einen Vermittler einigen, dessen Entscheidung – zumindest unserer Ansicht nach – endgültig sein sollte.

Herr Kommissar, abschließend möchte ich sagen, dass mir die Einleitung Ihres Beitrags zu der derzeitigen Krise gefallen hat. Ich bedaure, dass Sie bei der vorherigen Aussprache mit Joaquín Almunia und Jean-Pierre Jouyet nicht anwesend waren, bei der all diese Themen von den Abgeordneten dieses Parlaments – unter anderem von mir – dargelegt wurden. Vielleicht könnten Sie sich diese Reden im Detail durchlesen und auf unsere Ansichten eingehen.

Sharon Bowles (ALDE). - Frau Präsidentin! Dieser Bericht ist ehrgeizig, aber auch realistisch. In ihm werden die Ursachen der finanziellen Turbulenzen analysiert und künftige Änderungen vorgeschlagen. Wie bereits von anderen Rednern erwähnt wurde, wären viele dieser Änderungen auch ohne die jetzige Situation vorgeschlagen worden, da man bereits der Meinung war, dass bei dem Lamfalussy-Prozess mehr Fortschritt hätten erzielt werden können oder sollen.

Hierbei geht es also um die nächste Generation von Aufsicht und nicht um eine Lösung für die derzeitige Krise, obwohl wir denken, dass dies dazu beitragen wird, ähnliche Ereignisse zu verhindern, und die Mitgliedstaaten jetzt mehr Bereitschaft zeigen sollten, formale, integrierte Strukturen für die Entscheidungsfindung einzuführen.

Ich betone aber noch einmal, dass eine Regulierung intelligent ausgearbeitet sein muss. Die Lösung für unsere derzeitigen Probleme und eine ruhigere Zukunft – wenn es dann soweit ist – wird nicht die Form von regulatorischem Spam mit Tausenden von anzukreuzenden Kästchen für die Regeleinhaltung annehmen, denn dies führt – wie wir ja bereits wissen – nur dazu, dass diese Aufgabe an Sonderabteilungen delegiert wird und man sich ihrer nicht selbst annimmt.

Wir sollten klare, einfache Regeln einführen. Einige werden wohl umfangreicher sein, aber bei den Regeln darf man das große Ganze nicht aus den Augen verlieren, damit diejenigen an der Spitze eine angemessene Rechenschaftspflicht haben und über die Ereignisse informiert sind.

Und nun zu meinem letzten Punkt: Im Rahmen der Krisenlösung brauchen wir Verbesserungen im Hinblick auf die Abwicklung, allerdings gilt dies nicht nur für Krisensituationen. Wir müssen uns auch ansehen, wie grenzüberschreitende Abwicklungen in normalen Zeiten funktionieren. Auch hier werden wir vielleicht ein Gebiet betreten, auf dem sich die Mitgliedstaaten unwohl fühlen, aber das muss nun einmal sein.

Margarita Starkevičiūtė (ALDE). - Frau Präsidentin! Zunächst einmal bin ich mit denjenigen, die sagen, dass wir keine EU-weite Reaktion auf die Finanzkrise erarbeiten können, nicht einer Meinung. Wir haben auf nationaler Ebene mutige Maßnahmen ergriffen, wo dies erforderlich war. Da sich unsere nationalen Finanzmärkte voneinander unterscheiden, haben wir in anstrengenden Zeiten Handlungsspielraum, wobei Niveau und Umfang der Finanzmärkte der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. In Vilnius haben wir beispielsweise keine City, daher werden unsere Maßnahmen anders ausfallen.

Irgendwie überrascht es mich nicht, dass die Vorschläge der Kommission auf die Anforderungen grenzüberschreitend tätiger Finanzkonzerne abgestimmt sind, denn schließlich bin ich schon seit fünf Jahren Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Es überrascht mich jedoch, dass die Kommission nicht verstehen kann, dass das Modell für grenzüberschreitend tätige Konzerne in Zeiten des Konjunkturabschwungs nicht funktionieren kann. Und genau das sehen wir jetzt. Wirtschaftsführer müssen Pläne ausarbeiten, durch die sich ihr Modell durch mehr Flexibilität auf Subsidiaritätsebene modernisieren lässt, um die vielfältigen Anforderungen der Realwirtschaft der EU widerzuspiegeln. Durch das Aufsichts- und Regulierungssystem der EU muss sich die reibungslose Umstrukturierung der Finanzbranche gewährleisten lassen. Zu Beginn der Reformbemühungen muss die Frage beantwortet werden: „Welches Finanzministerium wird letztendlich die Rechnung für die Rettung begleichen?“. Diese Antwort liegt im Interesse der Stabilität der gesamten Europäischen Union.

Ich möchte jedoch meine Kollegen bitten, einen kleinen Nachbarn der Europäischen Union nicht zu vergessen, der eng mit uns verbunden ist: Island. Wir haben die Bürger dieses Landes allein gelassen.

Olle Schmidt (ALDE). - (SV) Frau Präsidentin! Europa erlebt die Finanzkrise zurzeit mit voller Wucht. Die gestern von den Finanzministern Europas im Hinblick auf eine Mindesthöhe der Einlagensicherungen getroffene Entscheidung ist ein wichtiger Schritt, und dies gilt auch für die Rettungsaktionen einzelner Banken. Die heutige koordinierte Senkung der Zinssätze durch verschiedene Zentralbanken ist erforderlich, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen. Durch diese zielorientierten Maßnahmen muss sich die Krise hier und jetzt bewältigen lassen.

Wir als Entscheidungsträger müssen auch Verantwortung dafür übernehmen, dass der Markt langfristig gesehen funktioniert. Dies bedeutet, dass wir bei der Einführung neuer Vorschriften einen methodischen und klaren Ansatz verfolgen müssen, um auch gute Wachstumsperspektiven zu schaffen. Die Bedeutung von Folgenabschätzungen ist infolge der Finanzkrise nicht geringer. Im Gegenteil: Diese Abschätzungen sind jetzt sogar noch wichtiger.

Die hier im Rahmen des Lamfalussy-Prozesses vorgelegten Vorschläge stehen für die bessere Koordination der europäischen Aufsicht und sind ein wichtiger Schritt in Richtung eines besseren europäischen Marktes. Ich möchte beiden Kollegen danken – insbesondere aber Ieke van den Burg, die seit Jahren hervorragende Arbeit leistet und äußerst beharrlich ist. Für Politiker ist das eine gute Eigenschaft!

Die Vorschläge basieren auf bereits vorhandenen Systemen, die auch verbessert und wirksamer gestaltet werden müssen, ohne dass man dadurch die Wirtschaft hemmt. Wir dürfen unsere Verantwortung, schnell zu handeln und auf die Krise zu reagieren, nicht mit einer noch größeren Verantwortung verwechseln: Unsere Regeln müssen funktionieren, und zwar nicht nur in diesen Krisenzeiten, sondern auch, damit in Europa künftig Wachstum erzielt wird.

Die Antwort liegt niemals im Protektionismus, und dies ist nicht das Ende der Weltwirtschaft.

Avril Doyle (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Ich möchte Herrn Kommissar McCreevy begrüßen. Ich habe mir die Anmerkungen vieler Kollegen zu der irischen Reaktion auf unsere Vertrauenskrise im Bankensektor und unsere Liquiditätsprobleme sowie die in der Folge von anderen Ländern ergriffenen Maßnahmen angehört, weil man ja handeln musste, nachdem man die Iren kritisiert hatte. Es ist mehr als ironisch, dass wir heute die Aufsichtsarchitektur für Finanzdienstleistungen in Europa besprechen. Ich weiß nicht, ob man dies als glücklichen Zufall bezeichnen könnte oder ob man von „zu wenig und zu spät“ sprechen kann.

Hätten sich die Dinge ganz anders entwickelt, wenn wir eine Form der Aufsichtsarchitektur gehabt hätten, vor allem im Hinblick auf Rating-Agenturen? Wenn wir uns an die Ursprünge erinnern, dann kommt es mir so vor, als ob diese wirklich die Ursache vieler Probleme sind. Sie haben es zugelassen, dass die Subprime-Krise außer Kontrolle geriet, indem sie Institutionen weiterhin gute Ratings gaben, die diese undurchsichtigen Produkte verpackt und dann verkauft haben. So entstand das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben.

Lassen Sie uns gewährleisten, dass wir angesichts der derzeitigen Krise eine gut überlegte Reaktion erarbeiten.

Harald Ettl (PSE). - (DE) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wann, wenn nicht jetzt, ist es notwendig, die europäische Aufsicht zu verbessern? Alle Vorzeichen sind klar, wir haben Handlungsbedarf, wir haben hier etwas zu tun. Die Vorkehrungen zur Überwachung der Finanzmarktstabilität sind absolut notwendig. Wir brauchen strengere Überwachungsregelungen für die makroökonomische Politik und die Finanzmarktaufsicht, speziell auch durch die Europäische Zentralbank.

Schlüsselp Parameter für das Treffen von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit in den Kollegien der Aufsichtsführung für eine grenzüberschreitende Gruppe in den europäischen Aufsichtsbehörden sind absolut notwendig. Die Größe der Mitgliedstaaten haben wir natürlich gesondert zu behandeln und zu bewerten. Ein kleineres Land darf von einem größeren nicht überfordert werden. Die Entstehung einer Struktur auf EU-Ebene, die gesetzlich gestärkt wäre, um Blockaden zu durchbrechen und Konflikte zwischen nationalen und sektoralen Aufsehern zu lösen, ist absolut notwendig. Wir müssen auf Stufe-3-Ebene alle Managementmöglichkeiten ausnützen, um hier zu einer besseren Gestaltung zu kommen.

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). - (PL) Frau Präsidentin! Die Hauptgründe für den Zusammenbruch des Finanzsektors sind die Verantwortungslosigkeit der Finanzinstitute, unangemessenes Risikomanagement, faule Kredite und eine übermäßige Verschuldung, ohne dass entsprechende Garantien vorlagen, was dann letztendlich zu einem Liquiditätsverlust geführt hat. Auch das Aufsichtssystem war insgesamt unwirksam. Es macht den Anschein, dass die derzeitigen Lösungen nicht Schritt halten können mit der Geschwindigkeit,

in der sich der globale Finanzmarkt wandelt. Wir müssen sie daher auf den aktuellsten Stand bringen, um die potenziellen Folgen erneuter Krisen in Zukunft abzuschwächen. Berücksichtigt man die derzeit schwierige Situation auf den Finanzmärkten, sollten wir der legislativen Arbeit zur Einführung zusammenhängender, wirksamer Aufsichtsmethoden absolute Priorität einräumen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass das neue europäische System mit dem amerikanischen, japanischen und chinesischen System weitestgehend kompatibel ist, da die einzelnen Finanzmärkte zunehmend integriert und voneinander abhängig sind.

Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich würde gern kurz auf einige der angesprochenen Punkte eingehen. Bei einem dieser Punkte geht es um die vorherige Aussprache, auf die John Purvis hinwies. Ich war zu dieser vorherigen Aussprache nicht eingeladen. Ich würde mir selten eine Gelegenheit entgehen lassen, mir im Europäischen Parlament das Lob meiner Fans von der Linken für den Beitrag anzuhören, den ich für die europäische Sache geleistet habe. Ich würde es mir doch niemals entgehen lassen, wenn so angesehene Menschen wie Martin Schulz und Pervenche Berès und viele andere Parlamentarier derart begeistert von mir reden. Hätte man mich also eingeladen, wäre ich auch gern gekommen.

In Bezug auf europäische Lösungen möchte ich zwei Beispiele anführen.

Mein Vorgänger ist auf Gehälter eingegangen, und zwar in Form einer Empfehlung, wobei es sich wahrscheinlich um eines der mildesten Instrumente handelt, die der EU zur Verfügung stehen. Dies war ihre einzige Chance, eine Zustimmung zu erhalten, weil die Zuständigkeit für diesen Bereich bei den Mitgliedstaaten liegt. Vor etwa eineinhalb Jahren haben wir einen Bericht erstellt, doch nur ein Mitgliedstaat hat die meisten Empfehlungen umgesetzt. Die anderen Mitgliedstaaten haben den Bericht mehr oder weniger ignoriert. Der Mitgliedstaat, in dem man ihn umgesetzt hat, ist Holland. Ehre, wem Ehre gebührt. Ich sage nicht, dass man dort alles bis aufs kleinste Detail umgesetzt hat, aber dies war der einzige Mitgliedstaat, der sich für diesen Weg entschieden hat.

Es gab also eine europäische Lösung. Zurzeit spricht man viel über Bonuskultur und Managergehälter. Wir haben versucht, eine Art europäische Lösung anzubieten, die von Frits Bolkestein eingebracht wurde. Ich denke, dass ich derjenige war, der sie aus technischer Sicht in Kraft gesetzt hat, aber Herr Bolkestein hat den Anstoß dazu gegeben. Dies haben wir getan, und das geht auch aus unserem Bericht hervor.

Nun mein zweiter Punkt: Im Hinblick auf die Aufsicht, das Hauptthema dieses Berichts, habe ich hier im Parlament und an anderer Stelle schon mehrfach über Aufsichtsmaßnahmen für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitutionen gesprochen. Ich habe im ECOFIN und auch auf Pressekonferenzen gesprochen. In dieser Sache lassen sich praktisch keine Fortschritte erzielen, weil die Mitgliedstaaten nicht an einer europäischen Lösung interessiert sind.

Ich möchte die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aber auf etwas hinweisen.

Letztes Jahr habe ich den Solvabilität-II-Vorschlag für Versicherungen eingeleitet und die Idee der Aufsichtskollegien, der Gruppenaufsicht und -unterstützung weiterentwickelt. Sowohl im Ministerrat als auch bei den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament wurde dieser stark verwässert. Wenn wir diese Richtlinie im Rahmen dieser Wahlperiode durchbringen wollen, stehen uns intensive Gespräche mit dem Ministerrat bevor, weil unsere Meinungen erheblich voneinander abweichen, und zwar nicht nur in Bezug auf diese Punkte, sondern auch in anderer Hinsicht.

Obwohl ich mein gesamtes Erwachsenenleben lang schon in der Politik bin und mich nicht mehr über gegensätzliche Einstellungen von Politikern wundere – und wenn Sie meine lange politische Karriere betrachten, fallen ihnen sicherlich auch einige auf –, finde ich eines immer noch absolut ironisch und verblüffend: Wenn es um eine europäische Lösung geht, beispielsweise die Überwachung im Zusammenhang mit Solvabilität II, dann sind diejenigen, die sich für europäische Reaktionen aussprechen – sowohl Minister als auch Abgeordnete des Europäischen Parlaments – oft auch diejenigen, die später Lobbyarbeit für die Positionen ihres eigenen Landes leisten, wenn ihnen ein bestimmtes Gesetz vorliegt.

Diejenigen unter uns, die als Katholiken erzogen wurden, kennen das Gebet vom Heiligen Augustinus, in dem es ungefähr heißt „Sorge dafür, dass ich rein werde, aber nicht gerade jetzt“. So ähnlich ist es in diesem Fall auch. Dies überrascht mich nicht, weil ich ja schon mein gesamtes Erwachsenenleben lang Politiker bin. Deshalb bin ich an diese Art der Ironie gewohnt, um es einmal höflich auszudrücken.

Wie dem auch sei, es gibt lediglich 44 oder 45 grenzüberschreitend tätige Finanzinstitutionen, und wir haben ein Aufsichtssystem, das für solche Aktivitäten völlig veraltet ist.

Abschließend möchte ich noch eine Anmerkung zu der derzeitigen Krise machen, über die ich hier und in anderen Foren, auch in Pressekonferenzen, gesprochen habe. Für all dies gibt es keine Patentlösung. Wäre dies der Fall, hätte man sie schon lange gefunden. Wir befinden uns in einer noch nie dagewesenen Situation, und sowohl auf dieser Seite des Atlantiks als auch in den Vereinigten Staaten hat man völlig neue Antworten gegeben.

Darf ich die hier anwesenden Parlamentarier vielleicht daran erinnern – und ich bin mir sicher, dass Präsident Barroso dies in seiner Rede ebenfalls getan hat –, dass wir in der Europäischen Kommission unser Bestes geben, um eine gemeinsame Reaktion der Mitgliedstaaten anzuregen und zu koordinieren. In meinen einleitenden Worten habe ich jedoch bereits erwähnt, dass diese Verantwortung bei den Mitgliedstaaten, den Zentralbankern und Ministerien der Mitgliedstaaten liegt, die gewählt wurden. Diese Menschen kontrollieren Steuergelder, und dies sind die Menschen, die handeln müssen.

Wir haben den Versuch unternommen, in einigen dieser speziellen Bereiche eine europäische Reaktion zu bewirken, und wir waren dabei auch in gewissem Maße erfolgreich. Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir die Struktur Europas im Hinterkopf behalten müssen. Wir sind kein Staatenbund wie die Vereinigten Staaten, und wir haben auch keine Zentralregierung wie die 27 Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund können wir lediglich die Befugnisse nutzen, die uns zugewiesen wurden.

Ieke van den Burg, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin! Es gibt viele Punkte, die besprochen werden müssen.

Ich möchte gerne den Herrn Kommissar in einigen Punkten zitieren und mit der Aussage beginnen, dass Politiker in Zeiten der Krise handeln sollten.

Meiner Meinung nach sollten sie schon viel früher handeln. Noch bevor der Tsunami über uns hereinbricht, sollten wir entsprechende Maßnahmen ergreifen und proaktiv handeln, um solche Ereignisse zu verhindern. Ich stimme daher denjenigen zu, die gesagt haben, dass wir zu wenig tun und zu spät handeln, wenn wir erst jetzt damit beginnen.

Bei meinem zweiten Punkt geht es um die Schritte, die im Hinblick auf die Aufsicht durchzuführen sind. Sie haben als Beispiel Solvabilität II genannt, wo Sie uns, dem Parlament, auch vorwerfen, diese Vorschläge zur Gruppenaufsicht verwässert zu haben. Ich denke nicht, dass man eine Schwächung der Struktur vorgeschlagen hat, was mein Kollege Antolín Sánchez Presedo meines Erachtens bereits erwähnt hat. Genau genommen schlägt die Kommission ein System der Gruppenaufsicht vor, in dem leitende Aufsichtsführende, bei denen es sich oft um die großen Mitgliedstaaten handelt, im Rahmen eines Kolleg-Verfahrens die Führung übernehmen.

Ich unterstütze die Idee, dass wir Kollegien einrichten und einige dieser Aufsichtsthemen auf gemeinschaftlicher Ebene und gemeinsam behandeln sollten, weil diese grenzüberschreitend tätigen Konzerne gemeinsam handeln. Es könnte jedoch ein Konflikt zwischen den Interessen dieser leitenden Aufsichtsführenden eines Mitgliedstaats und den Aufsichtsführenden desjenigen Mitgliedstaats entstehen, in dem der Konzern angesiedelt ist, wenn ein Großteil des Marktes dieses Landes von dem betreffenden Konzern dominiert wird.

In diesen Konfliktfällen ist es nicht fair, wenn man einfach sagt, dass eine Art freiwillige Vermittlung durch die Stufe-3-Ausschüsse möglich ist, worauf eine Beratung des leitenden Aufsichtsführenden folgt und dieser sich dann entweder an die Empfehlungen halten oder erklären kann, weshalb er davon abweicht.

Darüber macht man sich in den Mitgliedstaaten, in denen diese Konzerne ansässig sind, Sorgen, und deshalb reicht es nicht, dass sich ausschließlich nationale Aufsichtsführende mit diesem Thema beschäftigen. Wir brauchen einen neutralen, unparteiischen und unabhängigen Schiedsrichter auf europäischer Ebene, was ich in diesem Bericht bereits vorgeschlagen habe: Keine bürokratische Aufsichtsstruktur, nur eine Erweiterung der derzeitigen Struktur, indem wir neben den anderen Vorsitzenden dieser Stufe-3-Ausschüsse einen unabhängigen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden einsetzen, die mit diesen Stufe-3-Ausschüssen zusammenarbeiten und eventuelle Konflikte zwischen den Aufsichtsführenden verbindlich beilegen.

Dies sollte meiner Meinung nach garantieren, dass Mitgliedstaaten, in denen Konzerne ansässig sind, insbesondere kleinere Mitgliedstaaten, dieser Art der Gruppenaufsicht und diesen Mandaten für die leitenden Aufsichtsführenden zustimmen.

Diese zusätzliche Ebene, die wir zur Behebung dieses Problems und auch kurzfristig benötigen, ist Gegenstand von Änderungsantrag 7, den ich für die morgige Abstimmung eingereicht habe.

Bei einem weiteren Thema geht es um die Rolle dieser Aufsichtsausschüsse im Vergleich zur Kommission. Wie Piia-Noora Kauppi habe auch ich den Eindruck, dass es Ihnen in der Kommission lieber wäre, wenn diese Aufsichtsführenden nur als Berater fungieren würden und keine unabhängige Rolle hätten, wie dies im internationalen Kontext der Fall wäre, beispielsweise beim Normenfestsetzungsausschuss des IASB oder beim FSF.

Ich möchte Ihnen eine direkte Frage stellen. Uns wurde gesagt, dass Manuel Barroso sehr stolz sei, dass die Kommission jetzt zu diesem Finanzstabilitätsforum eingeladen wird, Sie aber trotz der Einladung letzte Woche nicht an der Sitzung teilgenommen haben. Vielleicht können Sie uns direkt sagen, ob das stimmt oder nicht.

Und eine letzte Bemerkung zu den Empfehlungen für Managergehälter: Sie haben lediglich erwähnt, dass es sich hier um ein so genanntes „Soft Law“ handle und sich ein Mitgliedstaat daran hält. Es besteht die Möglichkeit, stärkere Vorschläge zu machen, daher sind Ihre Ideen willkommen.

Daniel Dăianu, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Lassen Sie mich etwas sagen, das meiner Ansicht nach nicht richtig erklärt wurde. Bei Regulierung und Aufsicht geht es nicht um das Gebäude, sondern um den Gegenstand, also darum, was wir regulieren und beaufsichtigen wollen. Dies ist hier der springende Punkt.

Selbst wenn in Europa ein unabhängiges, EU-weites Aufsichtsorgan für die Regulierung zuständig gewesen wäre, hätten wir dennoch den Ausbruch der Krise erlebt, weil das Problem im Finanzsystem zu suchen ist und nicht unbedingt daran liegt, dass kein spezifisches Organ für Überwachung und Aufsicht vorhanden ist.

Zweitens: Uns steht eine äußerst schwere Rezession bevor. Wir müssen die Banken rekapitalisieren, und dazu werden enorme Geldsummen erforderlich sein. Die öffentlichen Haushalte werden dadurch immens unter Druck geraten, und gerade weil wir die Gesamtsituation im Auge behalten müssen, frage ich mich, was passieren wird. Ich denke, dass uns die derzeitige Krise beweist, dass der Umfang des EU-Haushalts lächerlich ist, wenn interveniert und gehandelt werden muss. Wir müssen uns daher über den EU-Haushalt Gedanken machen.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Elisa Ferreira (PSE), schriftlich. – (PT) In Ermangelung wirksamer Mechanismen auf europäischer Ebene sehen wir in verschiedenen Ländern eine Kaskade oftmals zusammenhangloser und sogar konkurrierender finanzieller Notfallmaßnahmen.

Auf europäischer Ebene wurde reagiert, also „a posteriori“ gehandelt, um noch größeren Schaden abzuwenden. Dies führte dazu, dass das Vertrauen der EU-Bürger in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Über Regulierung muss man sich in ruhigeren Zeiten Gedanken machen. Weder die Bürger noch wir, ihre gewählten Vertreter, können die Apathie verstehen, die den zahlreichen spezifischen Initiativen entgegengebracht wird, die vom Parlament vorgeschlagen werden.

Inmitten der Turbulenzen ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um darüber zu sprechen, wer verantwortlich ist.

Eines ist jedoch klar: Die Regeln des Systems müssen geändert werden.

Der Text, über den wir morgen abstimmen werden, ist für eine bessere Regulierung und Aufsicht der EU-Finanzmärkte von zentraler Bedeutung. Er ist eine proaktive Maßnahme des Parlaments und nicht nur eine reine Reaktion auf die jüngsten Ereignisse, die leider lediglich dazu geführt haben, dass die Bedeutung des Texts bestätigt wird.

Viele derjenigen, die aus politischen Gründen gegen ein Mindestmaß an Transparenz, Regulierung und Aufsicht im Hinblick auf die neuen Finanzinstrumente waren, schweigen jetzt oder ändern den Ton.

Wir hoffen, dass die Kommission letztendlich ihrer Verantwortung gerecht wird, die darin besteht, Initiativen einzuleiten, die Stabilität der Finanzinstitutionen Europas zu stärken und einen Beitrag dazu leistet, dass das Vertrauen der Bürger in gewissem Maß wiederhergestellt wird.

Cătălin-Ioan Nechifor (PSE), schriftlich. – (RO) Die Finanzkrise, die sich fast auf den ganzen Planeten erstreckt hat, sollte auf Ebene der Institutionen der Europäischen Union analysiert werden. Es kann nicht zugelassen werden, dass die Europäische Union als jüngste territoriale Organisation der Welt nicht in der Lage ist, zu einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung beizutragen. Ich bestehe daher darauf, dass gleichzeitig mit der Einsetzung der hochrangigen Arbeitsgruppe der EG Instrumente geschaffen werden, die ein schnelles Handeln ermöglichen. Wir erleben derzeit historische und beispiellose Zeiten.

Wir befinden uns am Rande eines finanziellen Zusammenbruchs, durch den eine Erreichung der Ziele der EU gefährdet ist. Dies gilt sowohl für die 27 Mitgliedstaaten als auch für andere Länder unseres Planeten. Jede Sekunde, die durch administrative und bürokratische Verfahren verloren geht, bedeutet enorme Verluste für das internationale Bankensystem und die Finanzbörsen aller Kontinente und eine Verschlechterung des Lebensstandards aller Menschen. Europa ist gezwungen, Position zu ergreifen, und im Kampf gegen die derzeitige Finanzkrise eine führende Rolle einzunehmen.

Derzeit müssen wir die Funktionsfähigkeit der europäischen Systeme und Institutionen prüfen. Dabei sind wir auf die Koordination und Kooperation seitens der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments angewiesen. Wir verfügen über die Reife und das Wissen, um in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union und der Menschheit eine gefährliche Situation zu entschärfen.

16. Begrüßung

Die Präsidentin. – Ich freue mich, Herrn Alexander Milinkiewitsch und Herrn Alexander Kozulin auf der Ehrentribüne begrüßen zu dürfen. Unsere beiden Besucher sind zwei herausragende Führungspersonlichkeiten der demokratischen Opposition in Belarus. Sie haben während der Präsidentschaftswahlen 2006 die damalige undemokratische Regierung heldenhaft herausgefordert und dabei immer wieder Mut gezeigt, und sie wurden bei ihrem unermüdlichen Einsatz für Freiheit und Demokratie massiv behindert. Für uns ist es eine große Ehre, dass Herr Milinkiewitsch, Anführer der Freiheitsbewegung und Träger des Sacharow-Preises für Gedankenfreiheit im Jahr 2006, sowie Herr Kozulin, Ehrenvorsitzender der belarussischen Sozialdemokratischen Partei Hramada und früherer politischer Gefangener, der heutigen Debatte in unserem Haus über die Lage in Belarus beiwohnen.

(Beifall)

17. Lage in Belarus (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Lage in Belarus.

Jean-Pierre Jouyet, amtierender Präsident des Rates. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich möchte auch meinen Freunden hier im Parlament und mit denen ich mich getroffen habe gratulieren. Ich weiß, dass Sie sich alle ziemlich Sorgen um Belarus machen, denn dies ging aus der im Mai von Ihnen angenommenen Entschließung und aus unserem im Ausschuss für außenpolitische Angelegenheiten am 16. September geführten Meinungsaustausch hervor, der nach dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen stattfand.

Wir erklärten damals, dass der Rat die am 28. September stattfindenden Parlamentswahlen in Belarus streng überwachen würde. Die Ergebnisse sind nicht ermutigend. Zwar konnte das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte einige positive Entwicklungen feststellen, doch der Wahlprozess entsprach nicht den von der OSZE aufgestellten Bedingungen für demokratische Wahlen. Wir stellen fest, dass kein Mitglied der Opposition einen Sitz im Parlament erhalten hat.

In der Erklärung der Präsidentschaft, die am 30. September veröffentlicht wurde, sprachen wir über unsere Bedenken im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte. Auch in Zukunft werden wir die Behörden in Belarus auffordern, in jeglicher Hinsicht mit dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte zusammenzuarbeiten, damit die internationalen Standards für Demokratie eingehalten werden.

Der Rat wird weiterhin an einer Strategie für Belarus arbeiten. Unter den Mitgliedstaaten herrscht große Einigkeit darüber, dass die Maßnahmen die von der Regierung im Sommer durchgeführten Aktionen widerspiegeln müssen. Dies gilt vor allem für die Freilassung der letzten politischen Gefangenen. Darüber hinaus müssen wir die geopolitische Situation berücksichtigen, die durch den Konflikt in Georgien entstanden ist. Wir müssen dafür sorgen, dass die jüngsten positiven Zeichen anhalten. Ein Beispiel dafür ist die nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse veranstaltete friedliche Demonstration der Opposition, bei der es nicht zu einem Eingreifen der Sicherheitskräfte kam. Auch müssen wir die Sicherheit und Bewegungsfreiheit politisch Andersdenkender garantieren.

Im Rat diskutiert man derzeit über eine mögliche Wiederaufnahme der politischen Kontakte und die mögliche Aufhebung der Visasanktionen. Natürlich geht man selektiv vor, und die Gespräche laufen noch. Der belarussische Außenminister Sergej Martynov wurde zu einer Troika eingeladen, die im Rahmen der Ratssitzung am 13. Oktober in Luxemburg stattfinden soll. Wir werden die Lage mit ihm besprechen. Dort werden wir Gelegenheit haben, unser Engagement für Fortschritte in Sachen Demokratie und Menschenrechte erneut zu bestätigen.

Meine Damen und Herren, bevor ich meine Ansprache beende, möchte ich noch einmal den Herren Protasiewicz, Milinkiewitsch und Kozulin gratulieren, die uns von der Besuchertribüne aus zuhören, und ihnen versichern, dass die Europäische Union weiterhin für eine progressive Wiederaufnahme der Kontakte zu Belarus offen ist, an einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Regierung und den Bürgern von Belarus interessiert ist und sich dazu verpflichtet, die belarussische Zivilgesellschaft auch in Zukunft zu unterstützen.

Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich spreche bei dieser Aussprache im Namen meiner Kollegin Benita Ferrero-Waldner.

Die Situation in Belarus ist im Fluss und erfordert eine wohl überlegte, strategische Antwort der Europäischen Union. Wir erleben zurzeit eine komplexe Realität.

Gleich zu Beginn möchte ich sagen, dass wir von den Parlamentswahlen am 28. September und der Art und Weise, wie diese durchgeführt wurden, enttäuscht waren. Die Wahl entsprach nicht den internationalen Normen und hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Darüber sind wir uns alle einig, und ich möchte hier nicht länger auf das Thema eingehen.

Andererseits wurde ein gewisser Fortschritt erzielt, indem vor der Wahl politische Gefangene freigelassen wurden und Belarus auch im Zusammenhang mit der Wahl mit der OSZE bzw. dem BDIMR und den Beobachtern zusammengearbeitet hat. Die Freilassung der noch inhaftierten politischen Gefangenen war nicht nur für uns ein wichtiger Schritt, sondern auch für die Opposition. Damit wurde die Angst in der Zivilgesellschaft abgebaut, weil eine politisch motivierte Haft nun nicht mehr als gegeben hingenommen wird, obwohl die Bedrohung natürlich nach wie vor besteht.

Und auch wenn die Freilassung der politischen Gefangenen damals von uns begrüßt wurde, haben wir nicht direkt mit positiven Maßnahmen geantwortet, da die Wahlen bereits vor der Tür standen. Jetzt sollten wir unsere Reaktion aber nicht mehr aufschieben. So wie es sich bei der Freilassung der politischen Gefangenen um ein klares Zeichen handelte, können auch die Zusammenarbeit der belarussischen Behörden mit den Beobachtern der OSZE und der – wenn auch begrenzte – Zugang aller Kandidaten zu den Medien nicht übersehen werden. Im Vergleich zu den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 sind dies wichtige Verbesserungen.

Wie können wir jetzt gewährleisten, dass diese Schritte beibehalten und konsolidiert werden? Wir können wir dafür sorgen, dass es in Belarus auch in Zukunft keine politischen Gefangenen geben wird? Was können wir tun, damit OSZE und BDIMR ihre Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden bis zur Veröffentlichung ihres Abschlussbericht über die Wahl in zwei Monaten und darüber hinaus im Rahmen der Folgemaßnahmen fortsetzen können? Was kann unternommen werden, damit es nicht zu einer Verschärfung der für die Medien geltenden Regeln kommt und die NRO mehr Rechtssicherheit genießen?

Ich bin hier, um mir die Meinungen des Parlaments anzuhören.

Wir sind der Auffassung, dass die richtige Antwort an Belarus darin besteht, den politischen Dialog mit den Behörden wieder aufzunehmen, ohne Umschweife, aber mit Realismus. Es ist wichtig, dass wir auf der entsprechenden Ebene Kontakte haben, damit unsere Nachricht auch wirklich ankommt.

Ich möchte hinzufügen, dass die von uns verfolgte Linie – unabhängig davon, wie unsere Reaktion im Detail aussehen wird – im Allgemeinen schrittweise und verhältnismäßig sein muss. Wir werden uns bei der Antwort

an Belarus von diesen beiden Prinzipien leiten lassen, und sie werden uns dabei unterstützen, die demokratische Entwicklung zu fördern, auf die wir alle hoffen.

In der Zwischenzeit wird die Kommission all ihre Kenntnisse einbringen, um die Kontakte zu der belarussischen Regierung in Bereichen von beiderseitigem Interesse zu intensivieren, beispielsweise Energie, Umwelt, Zölle und Transport. Diese Kontakte haben sich bereits als wertvoll erwiesen, da so Netzwerke zwischen Personen und Regierungsstellen aufgebaut werden konnten.

Gleichzeitig werden wir hartnäckig an unserer Unterstützung der Zivilgesellschaft festhalten, indem wir belarussischen NRO helfen, den Aufbau einer unabhängigen Presse und die Europäische Humanistische Universität im Exil in Vilnius fördern. Ich verspreche, dass unsere Bemühungen nicht nachlassen und wir die Kontakte zur Zivilgesellschaft intensivieren werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Belarus, ein Land im Herzen Europas, an das drei unserer Mitgliedstaaten angrenzen, eine historische Wahl treffen muss: Entweder geht man die für Demokratie und echte Unabhängigkeit erforderlichen Schritte, oder man gibt sich mit Stagnation und zunehmender Abhängigkeit von einem einzigen Land zufrieden.

Wir sind auch weiterhin daran interessiert, Belarus als gleichwertigen Partner im Rahmen unserer Europäischen Nachbarschaftspolitik und der künftigen Osteuropäischen Partnerschaft zu begrüßen. Ich bitte Sie daher um Ihre Unterstützung, damit wir den richtigen Ansatz finden, um Belarus zu diesem für die Stabilität unseres Kontinents entscheidenden Zeitpunkt zu ermutigen, echte Fortschritte im Hinblick auf Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte zu erzielen.

Charles Tannock, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wenn ein amtierender Präsident in seinem Parlament alle Sitze erhält, können wir wahrscheinlich davon ausgehen, dass etwas nicht stimmt. Nicht einmal Robert Mugabe hat in Simbabwe so abgeräumt wie Präsident Alexander Lukaschenko vergangenen Monat in Belarus.

Ich bestreite nicht, dass Lukaschenko in einem Land, von dem kaum etwas von der postsowjetischen Realität zu spüren ist, sehr beliebt ist. Sein eiserner Griff, mit dem er an der Macht festhält, hat sein Land jedoch zu einem internationalen Außenseiter gemacht.

Für die Europäische Union macht es keinen Sinn, die Existenz des letzten europäischen Diktators vor unserer eigenen Haustür zu begrüßen. Dennoch sollten wir stets versuchen, Belarus dazu anzuhalten, Dinge in Frage zu stellen, gleichzeitig aber Kontakte mit dem Land unterhalten. Die kürzliche Freilassung politischer Gefangener stellt für uns daher eine gute Möglichkeit dar. Ob dieser Schritt Lukaschenkos einem Angebot an den Westen gleichkommt, bleibt abzuwarten, doch wir sollten bereit sein, unsere eigenen Anreize auszusenden, um Belarus je nach Fall Anerkennung auszusprechen und zu belohnen.

Wir sollten die Möglichkeit nicht außer Acht lassen, dass Lukaschenko den Kreml erpresst, der bislang für sein Festhalten an der politischen Macht von solch großer Bedeutung war. Wenn dies der Fall ist, sollte die EU nicht davor zurückschrecken, sowohl zu Zuckerbrot als auch zur Peitsche zu greifen, und daher begrüße ich auch den bevorstehenden Besuch des Außenministers Sergej Martinov.

Für Belarus könnten engere Verbindungen zur Europäischen Union erhebliche Vorteile bringen, nicht zuletzt dadurch, dass die weit verbreitete Armut teilweise gelindert würde, die auf eine stagnierende Wirtschaft zurückzuführen ist. Dennoch ist Belarus auch jetzt noch kein Mitglied des Europarats. Die Ratifizierung seines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU liegt weiterhin auf Eis. Belarus ist ein Land, in dem Menschenrechte regelmäßig missachtet werden, politisch Andersdenkende nicht toleriert werden und Pressefreiheit noch ein ferner Wunschtraum ist.

Sobald wir begonnen haben, mit dem Zuckerbrot zu locken, sollten wir auch dafür sorgen, dass wir in der anderen Hand noch die Peitsche haben. Ich persönlich hoffe dennoch, dass Belarus, sofern es sich nicht wieder mit Russland zusammenschließt – was einige Kreml-Mitglieder gerne sehen würden – eines Tages seinen rechtmäßigen Platz inmitten der europäischen Familie freier Nationen einnehmen wird.

Jan Marinus Wiersma, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (NL) Frau Präsidentin! Zuerst möchte ich sagen, dass auch wir mit dem Ausgang der Wahlen in Belarus unzufrieden sind, und wir stimmen mit der Schlussfolgerung der OSZE bzw. des BDIMR überein, dass bei den Wahlen unsere europäischen Normen nicht eingehalten wurden. Aus diesem Grund gibt es absolut keinen Anlass, die Politik der EU im Hinblick auf Belarus jetzt zu ändern.

Wir sind auch der Meinung, dass man untersuchen sollte, ob ein informeller Dialog mit den belarussischen Behörden über mögliche Folgemaßnahmen eingeleitet werden kann, und dies wurde auch von der französischen Präsidentschaft vorgeschlagen. Folgemaßnahmen müssen hauptsächlich von der anderen ausgehen. Wenn Belarus bereit ist, mit der Europäischen Union in einen Dialog über die Möglichkeit einzutreten, seiner Gesellschaft und auch der Opposition mehr Freiheit und mehr Spielraum zu gewähren, dann wird sich die Europäische Union darauf einlassen können. Bis dahin bin ich jedoch nicht damit einverstanden, die bisherigen Sanktionen gegen einige führende Politiker des Landes aufzuheben, die nicht in die EU einreisen dürfen. In den vergangenen Monaten hat es einige ermutigende Zeichen gegeben, auf die bereits von meinen Kollegen hier im Parlament hingewiesen wurde. Dies gibt Anlass zu einer Prüfung, ob durch einen Dialog mit diesem Land Fortschritte erzielt werden können.

Mein zweiter Punkt: Wenn der Außenminister, Sergej Martynov, zu Gesprächen in Luxemburg eingeladen wird, schlage ich vor, dass der Rat auch die Opposition kontaktiert. Es sind zwei bedeutende Vertreter der Opposition anwesend: Alexander Kazulin und Alexander Milinkiewitsch. Weshalb hat der Rat sie nicht ebenfalls zu Gesprächen eingeladen?

Abschließend sind wir der Meinung, dass die Opposition eingebunden werden muss, wenn es mit Belarus zu einem Dialog über potenzielle Reformen kommt. Es gibt einen Präzedenzfall: Vor etwa sieben Jahren fand in Belarus eine Art informeller Dialog statt, der teilweise unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments stand. Dieser Dialog wurde als „Parlamentarische Troika für Belarus“ bezeichnet. Wenn die belarussischen Behörden dazu bereit wären, könnte man diesen Dialog durch eine Art Troika des Europäischen Parlaments, der OSZE und des Europarats wieder aufnehmen. Bei allem, was wir in Europa unternehmen und bei allen Gesprächen muss jedoch die Opposition einbezogen werden.

Janusz Onyszkiewicz, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin! Der Verlauf und das Ergebnis der Wahlen in Belarus zeigen deutlich, dass Alexander Lukaschenko zwar signalisiert, am Aufbau von Beziehungen zur Europäischen Union interessiert zu sein, dass er aber denkt, dass dieser Dialog zu seinen Bedingungen eingeleitet und geführt werden kann, ohne dass er dabei irgendwelche Zugeständnisse machen muss. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass bessere Beziehungen zur Europäischen Union nicht nur im objektiven Interesse von Belarus liegen, sondern auch im Interesse von Lukaschenko selbst. Der ständige Druck, den Russland ausübt, um die Kontrolle über Schlüsselbereiche der belarussischen Wirtschaft zu erlangen, könnte zu einer so starken Abhängigkeit von Russland führen, dass die Macht Lukaschenkos über das Land deutlich geschwächt wird. Ein möglicher Ausweg besteht darin, westliche Unternehmen an einem Privatisierungsprogramm zu beteiligen, das angesichts des Zustands der belarussischen Wirtschaft notwendig geworden ist. Nur so könnte Belarus vermeiden, von politisch kontrolliertem russischem Kapital aufgekauft zu werden.

Es muss daher ein Dialog eingeleitet werden, um in Belarus zumindest für rechtliche und politische Bedingungen zu sorgen, die Investitionen von EU-Kapital begünstigen. Dieser Dialog darf für das herrschende System allerdings keine Gelegenheit bieten, für Glaubwürdigkeit zu sorgen oder legitimiert zu werden. Er muss daher von Maßnahmen seitens Belarus begleitet werden, die deutlich machen, in welche Richtung sich das politische System verändert, und wenn es sich dabei schon nicht um starke Anzeichen handelt, dann zumindest um klar erkennliche. Zwischenzeitlich sollten alle Gespräche mit Vertretern der belarussischen Behörden – gleich, wo sie abgehalten werden – durch Gespräche ergänzt werden, die auf derselben Ebene zwischen EU-Politikern und den wichtigsten Vertretern der Opposition stattfinden.

Elisabeth Schroedter, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Ratsvertreter, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich begrüße im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz die Delegation mit den bekannten Politikern Herrn Alexander Milinkiewitsch und Herrn Alexander Kozulin, die hier im Europäischen Parlament unserer Debatte folgen und dann in ihrem Land darüber berichten können.

Es ist immer noch ein Problem, dass die Information über unsere Arbeit hier für das Land Belarus diesen Weg nehmen muss, weil es keine andere Möglichkeit gibt. Das ist ein Zeichen, dass die grundlegenden Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung in Belarus immer noch nicht gegeben sind. Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit sind grundlegende Elemente der Demokratie.

Präsident Juschtschenko hat im Sommer öffentlich versprochen, die Wahlen im Land offen, demokratisch und fair zu gestalten, und er hat dieses Versprechen gebrochen. Eine Wahlvorbereitung, die die Opposition aller Möglichkeiten beraubt, ihre Kandidaten landesweit bekannt zu machen, und die Bedingungen so verändert, dass selbst eine gut organisierte Opposition keine Chance hat, auch nur einen Kandidaten

durchzubringen, ist eben keine faire und demokratische Wahl! Deswegen ist unsere Entschließung an dieser Stelle eindeutig.

Es braucht die Voraussetzungen, um den Visa-Bann aufzuheben, und es braucht an dieser Stelle die Voraussetzungen, um ein neues Finanzinstrument auch mit Mitteln auszustatten, um die Opposition und die Bevölkerung in ihren demokratischen Bemühungen zu unterstützen.

Konrad Szymański, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin! Die Politik der schnellen Öffnung gegenüber Belarus ist schlecht ausgearbeitet und laienhaft umgesetzt worden. Die Europäischen Union und einigen Mitgliedstaaten haben Erklärungen über eine bessere Beziehung abgegeben, bevor das Lukaschenko-Regime irgendwelche dauerhaften Schritte in Richtung Freiheit unternommen hat. Wir haben dabei auf Vertrauen gesetzt. Daraus sollten wir lernen, in Zukunft präziser vorzugehen.

Natürlich können wir uns Belarus gegenüber ffnen, aber nur, wenn die Regierung in Minsk konkrete Schritte in Richtung Freiheit unternimmt: die Einleitung des politischen Dialogs über einen Fernsehkanal oder eine Zeitung, die der Opposition zur Verfügung stehen, die Unterstützung der EU für ein zumindest teilweise freies Parlament, in dem auch Vertreter der Opposition Sitze haben, die vom Volk und nicht von Lukaschenko gewählt wurden. Leistung und Gegenleistung ist die einzige Taktik, durch die wir glaubwürdig bleiben und der Demokratisierung von Belarus eine Chance geben.

Erik Meijer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (NL) Frau Präsidentin! Wenn alle Parteien die gleiche Chance haben, bei den Wahlen in Belarus Sitze zu erhalten, dann wird die Partei des amtierenden Präsidenten, Alexander Lukaschenko, wahrscheinlich die meisten Sitze erhalten. Er wird von denjenigen sehr geschtzt, die mehr Wert auf soziale Sicherheit legen als auf individuelle Freiheiten. Sie schtzen es, dass in Belarus im Vergleich zu einigen anderen früheren Sowjetrepubliken wesentlich weniger Unruhen herrschen. Andererseits ist er bei denen verhasst, die gegen seine Bemühungen um eine Vereinigung mit Russland sind. Sie fühlen sich mit ihrer eigenen belarussischen Sprache verbunden, die vor fast 90 Jahren Anlass für die Gründung des Staates war. Zahlreiche Intellektuelle, die Polen, Litauen und der Europäischen Union näher stehen, haben das Land verlassen.

Der Gewalt gegen Demonstranten, der Inhaftierung von Andersdenkenden und sämtlichen anderen Versuchen, oppositionellen Parteien den Garaus zu machen, muss ein Ende gesetzt werden. Ein Wahlrecht, durch das sich die gesamte Opposition problemlos vom Parlament ausschließen lässt, kann nicht gut sein. Wir sollten nicht die Konfrontation mit diesem Land suchen, sondern alles tun, um es in seinem Demokratisierungsprozess zu unterstützen.

Im Vergleich zu den letzten Jahren hat sich die Situation in Belarus etwas verbessert. Politische Gefangene wurden freigelassen, und die Regierung ist an Kontakten zu der Europäischen Union interessiert. Die Regierung hat zudem angekündigt, dass die Parlamentswahlen diesmal fair ablaufen würden – allerdings haben die folgenden Ereignisse dies keinesfalls bestätigt. In Belarus verhängt man noch immer die Todesstrafe, und die Medien sind, anders als gesetzlich vorgesehen, nicht unabhängig. In nächster Zeit muss die Bewegungsfreiheit zwischen der EU und Belarus gefördert werden. Zudem gilt es, sowohl mit der Regierung als auch mit den Organisationen, die nicht von der Regierung kontrolliert werden, ein Dialog zu führen.

Bastiaan Belder, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (NL) Frau Präsidentin! Viele Belarussen hoffen darauf auf eine Verbesserung der Beziehung zu der Europäischen Union, sodass in dem Land eine positive Reformdynamik ausgelöst wird. Ich unterstütze diesen Wunsch von ganzem Herzen. Aus diesem Grund sollten sich alle europäischen Institutionen auch dafür einsetzen, den Kontakt zu Minsk unter Einhaltung strenger Bedingungen (siehe Ziffer 10 der Entschließung) stufenweise auszubauen, ohne dadurch selbst an politischer Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Ich halte es für einen wichtigen konkreten Schritt in diese Richtung, die Gebühren, die Belarussen für die Ausstellung eines EU-Visums entrichten müssen, anzupassen, also zu senken (siehe Ziffer 13 unserer Entschließung): Ukrainer zahlen derzeit 60 Euro, Russen 35 Euro. Ich würde gerne hören, was der Rat und die Kommission von diesem Vorschlag halten.

An der Entschließung, die ich abgesehen davon unterstützen möchte, fand ich die Ziffern 7 und 8 seltsam. Unter diesen Ziffern fordern wir wirklich demokratische Wahlen und auch die Einhaltung der Menschenrechte, aber wir wenden uns dabei ausschließlich an die belarussische Regierung. Wir sollten uns aber auch an das Parlament wenden, da dies naturgemäß unser Gesprächspartner ist.

Jacek Protasiewicz (PPE-DE). – (PL) Frau Präsidentin! Über die Wahlen in Belarus wurde bereits von der OSZE-Mission berichtet. Sie waren weder transparent noch ehrlich oder demokratisch. Allerdings stimmt es, dass politische Gefangene – zumindest die wichtigsten – freigelassen wurden. Dennoch wurden die Gründe für ihre Inhaftierung nicht abgeschafft. Wir können uns nicht 100-prozentig gewiss sein, dass sie – also diejenigen, die vorläufig freigelassen wurden – oder andere Menschen nicht in Belarus inhaftiert werden. Wir müssen gewährleisten, dass nicht nur die Auswirkungen, sondern auch die Ursachen beseitigt werden. Man sollte sich bei dieser Aussprache auch ins Gedächtnis rufen, dass in Belarus 14 weitere Menschen entweder unter Hausarrest stehen oder zu Zwangsarbeit verurteilt wurden, weil sie Aktivitäten zur Unterstützung von Menschenrechten und Freiheit durchgeführt haben.

Unsere Erklärung ist äußerst ausgewogen. Einerseits bringt man die Zufriedenheit mit der Freilassung der Gefangenen zum Ausdruck, andererseits zeigt man sich mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Wahlen unzufrieden. Zwischenzeitlich erklärt sich das Parlament unter Ziffer 12 damit einverstanden, bei künftigen Verhandlungen mit Belarus eine schrittweise Politik zu verfolgen und einer teilweisen Aussetzung der Sanktionen für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten zuzustimmen, sofern wesentliche Veränderungen erfolgen, was die Lage insbesondere für die Medien in Belarus verbessern würde. Dies ist ein guter Schritt, und ich bin ein klarer Verfechter dieser Idee. Gleichzeitig möchte ich aber an die französische Präsidentschaft und die tschechische Präsidentschaft appellieren, die in der ersten Jahreshälfte des nächsten Jahres den Vorsitz übernehmen wird, dafür zu sorgen, dass man bei offiziellen Treffen mit Vertretern der belarussischen Behörden auch immer Zeit für Gespräche mit Vertretern der Opposition findet. Auch müssen wir gewillt sein, die Visakosten für Belarussen zu senken, weil wir diese Nation sonst nicht näher an Europa anbinden können.

Als Pole möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, dass sich das Parlament entschieden hat anzuerkennen, dass die Aktivitäten der polnischen Minderheit in Belarus Einschränkungen seitens der belarussischen Behörden unterliegen und es eine rechtmäßig gewählte Behörde unter der Leitung von Angelika Borys für die Vertretung der Polen gibt.

Justas Vincas Paleckis (PSE). - Frau Präsidentin! Aus der Entschließung über die Situation in Belarus geht hervor, was man in Brüssel und Minsk unternehmen könnte, damit die Dynamik zur Verbesserung ihrer Beziehung nicht verloren geht.

Ich unterstütze den Ansatz, der von Jan Marinus Wiersma verfolgt wird, die auch die Haltung der belarussischen Opposition von Alexander V. Kazulin und Alexander Milinkiewitsch widerspiegelt. Die Politik der EU, Belarus und die Bürger des Landes für die Handlungen ihrer Regierung zu bestrafen, hat nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt. Wir müssen Türen und Tore für persönliche Kontakte öffnen, und die Hindernisse bei der Visavergabe abbauen, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen.

Sofern man in Minsk wirklich an einer besseren Zusammenarbeit mit der EU interessiert ist, sollte dies im Hinblick auf gegenseitige Diskussionen nicht nur extern, sondern auch im eigenen Land günstigere Bedingungen schaffen. Zu Beginn könnten Gespräche über politische, wirtschaftliche, soziale und menschenrechtliche Themen geführt werden, an denen sich alle politischen Parteien, die oppositionelle Kräfte, NRO und Gewerkschaften beteiligen.

Jeanine Hennis-Plasschaert (ALDE). – (NL) Frau Präsidentin, Herr amtierender Präsident des Rates! Noch vor einigen Wochen hielten Sie es für verfrüht, den belarussischen Außenminister, Sergej Martynov, nach Paris einzuladen. Jetzt glauben Sie offenbar, dass der Zeitpunkt passt. Ehrlich gesagt verstehe ich selbst nach Ihrer Erklärung noch nicht, worauf dieser Richtungswechsel zurückzuführen ist. Schließlich – und darauf haben bereits alle Redner hingewiesen – wurden bei den Wahlen am 28. September die Normen, mit denen wir alle vertraut sind, und denen auch Sie großen Wert beimessen, keinesfalls eingehalten. Würde man auf dieser Ebene und in dieser Umgebung ein Treffen abhalten – ob informell oder anderweitig – so scheint mir dies eine Belohnung für das Regime zu sein. Aber wofür wäre diese Belohnung?

Heute Morgen konnte auch ich erneut einen Meinungsaustausch mit Alexander Milinkiewitsch und Alexander Kazulin führen. Die belarussische Opposition ist vereint und vielleicht stärker denn je. Dieser Opposition muss dann die Chance gegeben werden, mit dem belarussischen Volk in Kontakt zu treten, und dem belarussischen Volk muss man die Möglichkeit bieten, europäische Freiheiten am eigenen Leib zu erleben. Es ist inakzeptabel, dass ein EU-Visum immer noch 60 Euro kosten soll, wenn das durchschnittliche Monatsgehalt in Belarus bei kläglichen 250 Euro liegt. Wie oft müssen wir darum noch bitten?

Ich bezweifle nicht, dass ein gewisses Maß an Dialog nützlich und notwendig ist. Es ist aber auch klar, dass die schönen Worte von Alexander Lukaschenko oft nur Worthülsen sind, und aus diesem Grund muss der

beabsichtigte Dialog gerechtfertigt und auch sehr zielgerichtet sein. Meine Frage lautet in diesem Zusammenhang: Wie sieht der spezifische Fahrplan des Rates aus? Ich hätte darüber wirklich sehr gern weitere Informationen.

Ich möchte meinen Beitrag mit einer Frage beenden, die auch Jan Marinus Wiersma gestellt hat. Ist der amtierende Präsident bereit, am nächsten Montag auch Alexander Milinkiewitsch und Alexander Kazulin zu empfangen? Dieses Treffen könnte vor, während oder nach dem Gespräch mit Sergej Martynov stattfinden. Die Entscheidung liegt bei Ihnen, doch es sollte klar sein, dass dies das einzig angemessene Signal wäre, das man unter den gegebenen Umständen aussenden kann.

Leider muss ich das Parlament in einigen Minuten verlassen. Ich möchte mich dafür entschuldigen, hätte aber gern eine klare Antwort.

Wojciech Roszkowski (UEN). – (PL) Frau Präsidentin! Heute wird das Schicksal von Belarus, einem Land mit 10 Millionen Europäern, in die Waagschale geworfen. Wir können nicht einfach dastehen und zusehen. Diktatoren wie Lukaschenko geben nur unter Druck nach. Es stellt sich nur eine Frage: In welche Richtung wird er nachgeben? Da der wirtschaftliche Schlüssel zu der Unabhängigkeit von Belarus in Russland liegt, könnten deren Bedingungen dazu führen, dass Belarus letztendlich seine Souveränität verliert. Druck durch die EU könnte effektiv sein, wenn Lukaschenko etwas zu verlieren und die EU etwas zu bieten hat. Es sah so aus, als ob er Veränderungen zustimmen würde, doch die letzten Wahlen können nur als eine Farce bezeichnet werden. Die Furcht und der Eigensinn des Diktators könnten dazu führen, dass Belarus seine Souveränität verliert.

Lukaschenko muss bei der Demokratisierung von Belarus keine Verluste hinnehmen, wenn ihm das Volk großes Vertrauen entgegenbringt. Dabei muss es sich allerdings um echte Schritte auf dem Weg zur Demokratie handeln, nicht nur um eine aufgesetzte Show, für die die belarussische Opposition den Preis zahlt. Trotz der Gefahr, dass so ein schlimmes Szenario entsteht, kann die EU diesen Preis nicht akzeptieren. Lassen Sie uns den Dialog jedoch nicht abbrechen, wenn die Unabhängigkeit dieses Landes auf dem Spiel steht. Wie Alexander Milinkiewitsch heute gesagt hat, hängt die Zukunft der Demokratie in diesem Land davon ab, ob es seine Unabhängigkeit wahren kann.

Árpád Duka-Zólyomi (PPE-DE). – (HU) Vielen Dank, Frau Präsidentin. Auch wenn die belarussischen Parlamentswahlen, bei denen OSZE-Beobachter anwesend waren, den Anforderungen an faire und freie Wahlen nicht gerecht geworden sind, wird man im Rahmen der Sitzung des Ministerrates kommende Woche aller Voraussicht nach grünes Licht für einen politischen Dialog geben. Lukaschenko hat nichts Ungewöhnliches getan. Nach dem Krieg in Georgien wurden drei politische Gefangene freigelassen. Dadurch wurde die einzige Voraussetzung der EU für die Einleitung eines Dialogs erfüllt. Es ist einleuchtend, dass der Westen nach dem Krieg in Georgien auf jeden möglichen kleinen Schritt angewiesen war, um dem wachsenden Einfluss Moskaus auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion entgegenzuwirken. Aber selbst wenn Lukaschenko es geschafft hat, den Dialog nach seinen Vorstellungen zu gestalten, stellt sich die Frage, welche Art von Dialog wir mit Moskau erwarten können.

In Brüssel muss man den Dialog basierend auf einem zuvor vereinbarten Benchmarksystem einleiten. Andernfalls kann die EU bei diesem Dialog nur verlieren. Lukaschenko wird diese Situation nutzen, um seine Macht in seinem Land auszubauen und Moskau an die Leine zu legen – aber nicht, um für eine stufenweise politische Liberalisierung zu sorgen. Zwischenzeitlich könnte die EU die wichtigste Waffe verlieren, die sie im Osten hat: ihr Image. Die Entscheidung hängt von uns ab ...

Adrian Severin (PSE). – Frau Präsidentin! Ich möchte vor einer Strategie warnen, die dazu tendiert, die belarussische Führung als Ausgleich für unliebsame Entscheidungen der russischen Führung zu belohnen.

Die Vorstellung, dass wir auf diese Art einen Keil zwischen Moskau und Minsk treiben oder die politische Richtung von Präsident Lukaschenko ändern können, entspringt reinem Wunsdenken.

Außerdem sollten wir nicht mit Worten auf die Freilassung von Gefangenen hinwirken, die nicht hätten festgenommen werden sollen. In der Tat muss die Europäische Union eine Isolation von Belarus vermeiden und sollte daher mit den führenden Politikern des Landes einen Dialog aufnehmen. Dazu muss sie ein motivierendes Paket schnüren, um das Regime und die normalen Bürger, die dieses Regime unschuldig unterstützen, davon zu überzeugen, dass die Europäische Union einen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität des belarussischen Volkes leisten kann.

Andererseits sollte eine Öffnung immer nur schrittweise erfolgen, an Bedingungen geknüpft sein, auf Gegenseitigkeit beruhen und sich darauf konzentrieren, im Prinzip der Gesellschaft und nicht der politischen Führung zu nützen.

Alexander Lukaschenko meint, dass eine Opposition überall gut sei – aber nicht, wenn die Opposition zu 100 % aus dem Ausland unterstützt wird. Das Problem besteht darin, dass die Opposition in Belarus nicht überleben könnte, weil sie vom Regime zerstört wird. Aus diesem Grund dürfen wir die demokratische Opposition nicht im Stich lassen.

VORSITZ: MARIO MAURO

Vizepräsident

Marian Harkin (ALDE). - Herr Präsident! Die Visafrage ist für alle Belarussen von Bedeutung. Ich möchte jedoch auf eine ganz spezielle Situation im Zusammenhang mit Reisen hinweisen.

Im Rahmen des Chernobyl Children's Project International, das von Adi Roche in Irland ins Leben gerufen wurde, kommen jährlich etwa 1 000 Kinder aus Belarus für einige Wochen nach Irland, um sich dort auszuruhen, sich zu erholen und in einigen Fällen einer längeren medizinischen Behandlung zu unterziehen. Seit Gründung dieser Wohlfahrtseinrichtung haben insgesamt 17 000 Kinder an diesem Programm teilgenommen.

Leider wurde die Genehmigung für die Reise der Kinder nach Irland mittlerweile entzogen, was alle Beteiligten tief erschüttert: die Kinder, ihre Gastfamilien und viele andere. Dies ist solch ein gutes Projekt, das allen Vorteile bringt.

Derzeit arbeitet man an einem zwischenstaatlichen Abkommen, und ich hoffe, dass es bald abgeschlossen werden kann. In der Zwischenzeit bemüht sich Irland jedoch, eine Ausnahme von diesem Verbot zu bewirken.

Ich möchte die Kommission und den Rat bitten, alles zu tun, um die Fortführung dieses äußerst wertvollen Projekts zu gewährleisten. Hierzu könnte vielleicht der informelle Dialog genutzt werden. Ich bin mir bewusst, dass dies nur ein kleiner Teil der Gesamtsituation ist, aber er wirkt sich für so viele Menschen positiv aus.

Jana Hybášková (PPE-DE). - (CS) Herr Präsident! Wir haben über die Außenpolitik und über die südliche und östliche Dimension gesprochen. Am 21. August begingen wir, die Tschechen und Slowaken des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten, den 40. Jahrestag des Einmarschs der sowjetischen Armee in die Tschechoslowakei, indem wir über die Situation in Georgien gesprochen haben. Die östliche Dimension ist Realität geworden. Davor können wir nicht die Augen verschließen, und wir müssen daher handeln. Politik ist kein Konzert. Politik ist ein Kontext, und wir haben den Kontext. Aus diesem Grund müssen wir Belarus auf seinem Weg nach Europa in jeglicher Hinsicht unterstützen. Daher gebe ich dem Entschließungsantrag in seiner jetzigen Form meine vollständige Unterstützung. Wir dürfen Belarus nicht isolieren, aber wir dürfen das Land auch nicht als demokratisch bezeichnen. Wir müssen Belarus auffordern, die Todesstrafe abzuschaffen, Studenten die Rückkehr in die Universitäten zu ermöglichen, Kriegsdienstverweigerern eine straffreie Rückkehr zu garantieren und die Eintragung von Nichtregierungsorganisationen zu genehmigen. Und wir? Was sollen wir tun? Wir müssen zeigen, dass wir die Kriterien von Kopenhagen einhalten. Wir müssen als Europa handeln.

Józef Pinior (PSE). – (PL) Herr Präsident! Vor allem möchte ich Alexander Milinkiewitsch und Alexander Kazulin als Vertreter der belarussischen Opposition heute hier im Europäischen Parlament begrüßen. Es ist zurzeit sehr schwer auszumachen, welche Linie die EU in Bezug auf Belarus verfolgt. Einerseits haben wir es nach wie vor mit einem autoritären Staat zu tun, andererseits können wir im Rahmen einer komplizierten internationalen Situation Zeichen für eine gewisse Entwicklung und bestimmte Systemänderungen erkennen. Bei der Politik der EU sollte es jetzt voll und ganz um das belarussische Volk gehen. Da stellt sich die Frage: Wer wird durch Sanktionen wohl am meisten verlieren? Das Lukaschenko-Regime oder das belarussische Volk? Diese Frage müssen wir in den unterschiedlichen EU-Institutionen für uns selbst beantworten. Zweifelsohne müssen wir jetzt eine Politik ausprobieren, die unsere Ziele darstellt und Belarus Vorteile durch EU-Maßnahmen bietet.

Jas Gawronski (PPE-DE). - Herr Präsident! Wir erhalten derzeit widersprüchliche Signale aus Minsk, und dies ist im Vergleich zu vorher bereits ein gewisser Fortschritt. Die jüngsten Parlamentswahlen haben jedoch das im Westen vorherrschende Bild von Belarus als eine Art Bananenrepublik verstärkt. Andererseits ist die kürzliche Freilassung politischer Dissidenten eine willkommene Entwicklung. Wenn dies ein Versuch

Lukaschenko ist, dem Westen entgegenzukommen, dann sollten wir seine Bemühungen durch vorsichtige Unterstützung belohnen. Wir sollten uns in Bezug auf die in Belarus weit verbreiteten Verstöße gegen Menschenrechte und politische Freiheiten jedoch keine Illusionen machen. Unser Schwerpunkt muss auf den Menschen und auf der Zivilgesellschaft von Belarus liegen, und dieser noblen und wichtigen Aufgabe hat sich dieses Parlament schon seit langem verschrieben. Die heute von Ingrid Betancourt gehaltene Rede hat dies nur noch intensiviert.

Die Menschen aus Belarus sehnen sich danach, ihren Platz im neuen Europa einzunehmen. Sie müssen wissen, dass wir sie nicht vergessen und sie nicht ignorieren werden.

Libor Rouček (PSE). - (CS) Herr Präsident! Im Laufe der letzten Wochen haben sich in Belarus mehrere wichtige Veränderungen ergeben. Das wichtigste Ereignis war die Freilassung politischer Gefangener, und zwar von Alexander Kozulin, der hier anwesend ist, Syarhey Parsyukevich und Andrey Kim. Dennoch wurden bei den Parlamentswahlen die internationalen demokratischen Normen leider nicht eingehalten. Was bedeutet das für uns? Meiner Meinung nach sollte die Europäische Union die Entwicklung der belarussischen Zivilgesellschaft, das Konzept der Demokratie sowie die Menschen- und Bürgerrechte wesentlich stärker unterstützen als bisher. Außerdem sollten wir meiner Ansicht nach eine stärkere finanzielle Unterstützung in Betracht ziehen, beispielsweise für unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Gewerkschaften. Die Senkung oder vollständige Abschaffung der Visagebühren für belarussische Bürger – vor allem für junge Menschen und Studierende – sollte Bestandteil dieser Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft sein. Wie wir bereits gehört haben, fallen für ein Visum Gebühren in Höhe von 60 Euro an, was dem durchschnittlichen Wochengehalt eines belarussischen Bürgers entspricht. Darüber sollten wir uns Gedanken machen.

Colm Burke (PPE-DE). - Herr Präsident! Ich fordere den Rat und die Kommission auf, die belarussischen Behörden dazu zu bewegen, keine Ausreisevisa mehr für ihre Bürger – vor allem für Kinder und Studierende – auszustellen. In den meisten Ländern benötigt man ein Visum, um einreisen zu können, in Belarus braucht man hingegen eines, um das Land verlassen zu dürfen.

Ich habe das Thema des internationalen Reiseverbots, das für die Kinder des Landes gilt, heute Morgen im Rahmen der Sitzung der PPE-DE-Fraktion mit dem belarussischen Oppositionsführer Alexander Milinkewitsch angesprochen. Er teilte der Fraktion mit, dass das in Belarus herrschende Regime dieses Reiseverbot verhängt hat, weil man nicht möchte, dass Kinder sehen, wie die anderen leben.

In meinem eigenen Wahlkreis, Südirland, wurden rund 70 Millionen Euro gesammelt und eingesetzt, um diese Kinder zu betreuen und in ihren Waisenhäusern für bessere Bedingungen zu sorgen. Meine Kollegin Marian Harkin hat heute Abend hier bereits auf dieses Verbot hingewiesen. Wie ich es momentan sehe, wird das bilaterale Abkommen zwischen Irland und Belarus nicht vor Mai oder Juni abgeschlossen werden. Aus diesem Grund schließe ich mich ihrer Forderung nach einer Ausnahmeregelung für Irland an, damit diese Kinder zu Weihnachten ihre Reise antreten und die benötigte Hilfe und Unterstützung erhalten können.

Zita Pleštinšká (PPE-DE). - (SK) Herr Milinkewitsch, Herr Kozulin! Ich freue mich sehr, dass Sie heute bei dieser Aussprache über Ihr Land Belarus anwesend sind. Für mich stehen Sie für die Hoffnung, dass Belarus eines Tages ein freies und demokratisches Land sein wird.

Die ungerechten Oktober-Wahlen in Belarus haben das totalitäre Regime von Alexander Lukaschenko erneut gestärkt. Von den 110 Sitzen des Unterhauses des belarussischen Parlaments ging kein einziger an die Opposition. Auch wenn im August politische Gefangene freigelassen wurden, könnten diese jederzeit wieder inhaftiert werden.

Meine Damen und Herren, durch geringfügige Verbesserungen an dem Wahlprozess will Alexander Lukaschenko die EU überzeugen, dass es für die Isolation von Belarus keinen Grund mehr gibt. Obwohl ein gutes Verhältnis zu Minsk für beide Seiten von Vorteil wäre, muss die Union zur Stärkung der Demokratie mehr fordern als nur kosmetische Änderungen. Die EU muss von Belarus Pressefreiheit fordern und verlangen, dass sich alle demokratischen Kräfte an der Regierung des Landes beteiligen können.

Jean-Pierre Jouyet, amtierender Präsident des Rates. – (FR) Herr Präsident! Die französische Präsidentschaft achtet genau auf alle östlichen Nachbarn der EU: auf Georgien und die Ukraine, wobei der Gipfel vom 9. September einen entscheidenden Fortschritt in der Beziehung zwischen der EU und der Ukraine darstellt, und auf Moldawien, wo ich vor zwei Tagen die Zukunft der Beziehung zwischen der Europäischen Union und Moldawien in Form eines neuen Abkommens besprochen habe, das ehrgeiziger ist als das derzeitige

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Dies ist also der Kontext, in dem wir die Entwicklungen in Belarus genau beobachten.

Auch wir sind enttäuscht, dass das Regime die Wahlen am 28. September nicht als Chance genutzt hat, um Fortschritte im Hinblick auf demokratische Normen zu signalisieren. Gleichzeitig freut man sich in der EU über gewisse positive Entwicklungen wie die Freilassung politischer Gefangener. Am Montag muss in Luxemburg eine Debatte der Außenminister stattfinden, für die ähnliche Bedingungen gelten wie die, die im Rahmen dieser Aussprache für die Redner relevant sind. Unsere Botschaft lautet, dass die Europäische Union bereit ist, Entgegenkommen zu zeigen, wenn die Behörden in Minsk ebenfalls Anstrengungen unternehmen. Wir brauchen einen progressiven Ansatz, bei dem Sanktionen nicht von heute auf morgen aufgehoben werden, wir brauchen einen an Bedingungen geknüpften Ansatz, bei dem die EU auf positive Signale des Regimes reagiert, und wir brauchen einen Ansatz, der das Wohlergehen der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellt, wie Adrian Severin bereits gesagt hat.

Ich möchte erklären, dass Kinder und Studierende natürlich Visa erhalten können. Dies hängt von der Botschaft ab, ist aber im Rahmen des Schengen-Systems zulässig. Wir müssen Druck auf die Behörden in Minsk ausüben, damit diese Visa ausgestellt werden, obgleich dies nicht in den Zuständigkeitsbereich der EU fällt. Auch möchte ich darauf hinweisen, dass junge Menschen und Kinder, die in der Nähe der belarussischen Grenze wohnen, bestimmte Vorteile haben.

Die EU wird die Opposition auch weiterhin unterstützen. Ich selbst habe soeben an einem Treffen mit den Herren Milinkiewitsch, Kozulin und Protasiewicz teilgenommen, und das Parlament kann auf die Verleihung des Sacharow-Preises an Alexander Milinkiewitsch stolz sein. Ich denke, dass man mit dieser Geste dem Europäischen Parlament Tribut zollt. Wie bereits gesagt wurde, sollten Vertreter eines Mitgliedstaats, die nach Minsk reisen, sich dort auch mit der Opposition treffen. Wir haben daher die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich das Regime auf eine stärkere Liberalisierung hinbewegt, sodass Belarus nicht eine exklusive Zweierbeziehung mit Russland unterhalten muss.

Charlie McCreevy, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! In Bezug auf die Frage, ob wir bereit sind, die Opposition am Montag am Rande des Rats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen zu empfangen, möchte ich sagen, dass dies ein interessanter Vorschlag ist. Wir werden dies prüfen, und ich werde Benita Ferrero-Waldner über die Ansichten der Abgeordneten informieren. Allerdings müsste eine solche Einladung von der Präsidentschaft ausgesprochen werden. Wenn das Treffen mit der Opposition stattfindet, nehmen die Kommissare daran natürlich gern teil.

Zur Frage der EU-Unterstützung von Belarus: Diese Hilfe zielt auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ab, wobei die kombinierten PI-Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro, die für den Zeitraum 2007 bis 2010 vergeben wurden, für die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Demokratisierung im weiteren Sinne gedacht sind. Die Mittel aus dem Themenprogramm für nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden und aus dem Instrument für Demokratie und Menschenrechte sollen hingegen die Demokratisierung und die Zivilgesellschaft im engeren Sinne unterstützen.

Wir planen zudem Maßnahmen zur Förderung der Leistungsfähigkeit von NRO insbesondere auf den Gebieten Menschenrechte und unabhängige Medien. Es wurde die Frage der Tschernobyl-Waisen gestellt, denen man die Einreise und den Aufenthalt in Mitgliedstaaten verweigert. Die Kommission hat zusammen mit den Leitern der Missionen in Minsk das Thema der Tschernobyl-Waisen bei den Behörden zur Sprache gebracht, und wir werden dies bei Bedarf auch noch einmal tun. Darüber hinaus wird sich die Kommission weiterhin dafür einsetzen, einen Beitrag zur Linderung der Tschernobyl-Katastrophe zu leisten.

Abschließend möchte ich sagen, dass diese lebhafte Aussprache zeigt, dass zu diesem entscheidenden Zeitpunkt deutliches Interesse am Thema Belarus besteht. Zweifelsohne ist es nun an der Zeit, an dieser komplexen Wegkreuzung strategische Entscheidungen darüber zu treffen, welchen Ansatz wir in Bezug auf Belarus verfolgen sollten. Ich habe die Ansichten der Abgeordneten des Parlaments mit Interesse verfolgt und verstehe, dass einige von Ihnen der Meinung sind, eine beschränkte und angemessene Aufhebung der Sanktionen könnte als positives Druckmittel genutzt werden, um für demokratischen Fortschritt zu sorgen.

Wir warten nun auf die parlamentarische Entschließung über Belarus, die morgen angenommen werden soll, und wir werden Ihre Meinung bei unserer demnächst anstehenden Entscheidung berücksichtigen.

Der Präsident. – Ich habe sechs Entschließungsanträge erhalten, die gemäß Regel 103(2) der Geschäftsordnung eingebracht wurden.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Alessandro Battilocchio (PSE), *schriftlich.* – (IT) Der Wahlausgang aus Belarus spricht für sich. Dieses Ergebnis war eigentlich zu erwarten: Die Opposition wurde am Ende von der mächtigen Maschinerie des Präsidenten Lukaschenko zermürbt, durch die ordnungsgemäße Wahlen wirksam verhindert wurden.

Es erscheint mir, als ob sich Europa erneut taub stellt: Behauptungen von Wahlmanipulation, Einschüchterung, Gewalt und Belästigung blieben bislang unbeachtet, obwohl internationale Beobachter die klaren Verstöße bestätigt haben, die Lichtjahre von den erforderlichen demokratischen Normen entfernt sind.

Ich erwarte, dass die Europäische Union eine deutlichere Meinung vertritt und die erforderlichen politischen und diplomatischen Schritte ergreift. Lassen Sie uns die üblichen Bekanntmachungen, guten Entschließungen und Absichtserklärungen vermeiden. Das wäre nur scheinheilig und ein Zeichen dafür, dass Europa nicht in der Lage ist, eine autoritäre und entschiedene Haltung einzunehmen.

Adam Bielan (UEN), *schriftlich.* – (PL) Wieder einmal hat Lukaschenko die Europäische Union „überflügelt“. Indem sie dem Regime nicht gleich zu Beginn Bedingungen gesetzt hat, erweist sich die Union als naiv. Lukaschenko hat sich als gewitzterer Politiker erwiesen als Europa dachte. Die Wahl und die Ereignisse während der Kampagne zeigten, dass die Strategie der EU schlecht vorbereitet war. Das sollte der EU ihre Naivität in der Ostpolitik vor Augen führen. Zunächst einmal wird Europa von Minsk spezifische Maßnahmen für die Bürgerfreiheiten fordern, wenn die Öffnung gegenüber Belarus fortgesetzt werden soll.

Für den Westen ist es unermesslich wichtig, diese Wahlen als Farce zu erklären, weil es sich nicht um freie Wahlen gehandelt hat. Wenn diese Wahlen anerkannt werden, spielen wir das Spiel weiter, das Lukaschenko mit dem Westen treibt, und dabei wird Lukaschenko der einzige Gewinner sein. Auch künftig wird es keine Medienfreiheit und auch keine Vereinigungsfreiheit geben. Der mysteriöse Tod politischer Aktivisten ist auch 10 Jahre danach noch nicht aufgeklärt. Die Freilassung politischer Gefangener trägt nicht unbedingt zu Veränderungen bei. Nach den Wahlen wird es vermehrt zu Verfolgung kommen.

Bisher hat die Regierung von Donald Tusk nichts gezeigt, das auf eine Ostpolitik hinweist. Mit Russland wurde nichts Besonderes ausgehandelt, Georgien beruhigt, die Ukraine entfernt sich immer weiter von Europa und Belarus hat unseren Gesandten wie Luft behandelt. Ich denke, wir sollten herausfinden, wer der Urheber dieser kompromittierenden Ostpolitik ist.

Janusz Lewandowski (PPE-DE), *schriftlich.* – (PL) Herr Präsident! Die Europäische Union analysiert ihre Politik in Bezug auf Belarus und passt sie entsprechend an. Die bisherige Politik der Sanktionen und der Isolation hat nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt. Sie hat es nicht geschafft, das repressive Verhalten der Behörden zu ändern. Die russische Offensive in Georgien, durch die der Kreml gezeigt hat, dass man wieder imperialistische Ambitionen verfolgt, war eine vollkommen neue Situation. In Minsk und in anderen Ländern hat man sicherlich bemerkt, dass Russland dort seine Interessensphäre sieht. Es erscheint sinnvoll, einen Versuch zu starten, diese neue Situation für die EU-Diplomatie zu nutzen. Dabei muss man sich jedoch vollkommen des Risikos bewusst sein, dass man einen Dialog mit einem Diktator führt. Dafür lag die Zustimmung der belarussischen Opposition vor. Ein weiterer Umstand wurde durch die Parlamentswahlen geschaffen, mit denen der gute Wille von Präsident Lukaschenko getestet wurde.

Die Diplomatie von Zuckerbrot und Peitsche war nicht von Erfolg gekrönt. Das schließt jedoch nicht aus, die Belarus-Politik im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in diesem Land einer Überprüfung zu unterziehen. Das Ziel ist noch immer dasselbe: Dieses europäische Land soll in die Sphäre von Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten eingegliedert werden. Ich bin überzeugt, dass die belarussische Unabhängigkeit hierfür eine notwendige Voraussetzung darstellt, weil sich nur so die Aussichten auf eine Demokratisierung des Landes realisieren lassen. Das alternative Szenario – die Demokratisierung eines Landes, das vom russischen Reich absorbiert worden ist – ist eine historische Illusion.

Marianne Mikko (PSE), *schriftlich.* – (ET) Meine Damen und Herren! Belarus wurde wiederholt als „Europas letzte Diktatur“ bezeichnet, und dies trifft auch heute noch zu. Die Parlamentswahlen am 28. September waren ein Lackmustest. Es war eine nette Geste von Präsident Lukaschenko, vor den Wahlen politische Gefangene freizulassen. Andererseits ist auch klar geworden, dass die Opposition in naher Zukunft nicht in das Parlament einziehen wird. Die OSZE hat die Wahlen richtig beurteilt.

Einer der wichtigsten Aspekte zur Stärkung der belarussischen Zivilgesellschaft ist die Visumpolitik der Europäischen Union. Die Zivilgesellschaft muss sich an der Demokratisierung von Belarus so intensiv wie möglich beteiligen. Um ein aktiver Bürger sein zu können, muss man jedoch eine breitere Weltanschauung haben, und dabei spielt die Möglichkeit eine Rolle, ein totalitäres Land verlassen zu können.

Belarussen benötigen ein Visum, um reisen zu können. Die Ausstellung eines Schengen-Visums ist eine komplexe und zeitaufwändige Angelegenheit. Das Visumverfahren muss vereinfacht werden. Die Menschen sollten nicht bestraft werden. Wenn wir aus der Zirkulation von Menschen ein komplexes Verfahren machen, dann verweigern wir Belarussen die Möglichkeit, mit den Werten und der Kultur der Europäischen Union in Kontakt zu kommen. Wir wollen die Zivilgesellschaft von Belarus nicht bestrafen.

Es ist höchste Zeit, dass sich etwas ändert. Die Menschen von Belarus haben dies verdient. Und es ist unsere Aufgabe als Europäer, sie zu unterstützen.

Athanasios Pafilis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Mit empörender Kühnheit und ohne auf Beweise einzugehen – und wenn dies auch nur als Vorwand gedient hätte – haben die politischen Kräfte, die die EU unterstützen und ihr dienen, eine gemeinsame Entschließung unterzeichnet, mit der die belarussische Regierung für die Wahlen vom 28. September verurteilt wird. Die Entschließung, die von den politischen Kräften der europäischen Linken durch die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke vorgeschlagen wurde, ist im Geiste ähnlich. Es ist offensichtlich, dass sich die EU und die Parteien der „europäischen Einbahnstraße“ (Neue Demokratie (ND), die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK), die Koalition der radikalen Linken (SYRIZA)/Synaspismos und die völkisch-orthodoxe Sammlung (LAOS)) an die Vertreter des Imperialismus anpassen, die sich um die so genannte Opposition, den NATO-Lakaien Alexander Milinkiewitsch, scharen. Die Opposition gewann bei den letzten Präsidentschaftswahlen „überraschende“ 6 %, bei den letzten Parlamentswahlen hingegen keinen einzigen Sitz.

Die Wahlergebnisse sollten sämtliche Einwände der Imperialisten aus der EU und den USA verstummen lassen, weil die Menschen aus Belarus die gegen die NATO und gegen die EU gerichtete Politik ihrer Regierung unterstützen. Genau das macht die politischen Kräfte der „europäischen Einbahnstraße“ so wütend und wirkt auf sie so demoralisierend. Diesmal können sie nicht den Vorwand geltend machen, dass „politische Gefangene“ freigelassen wurden, oder sich damit herausreden, dass den Kandidaten ein gleiches Maß an Öffentlichkeit verweigert wurde. Da sie nun anerkennen, dass Gleichbehandlung herrschte, behaupten sie auf schamlose und selbstherrliche Weise, dass man die „demokratische Legitimität“ des neuen Parlaments bezweifelt.

Die MdEP der Kommunistischen Partei Griechenlands verurteilen diese beiden inakzeptablen Entschließungen und bringen ihre Solidarität mit dem belarussischen Volk im Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft zum Ausdruck.

Toomas Savi (ALDE), schriftlich. – Die kürzlich in Belarus abgehaltenen Wahlen können definitiv nicht als frei und fair bezeichnet werden. Stalins berühmter Grundsatz, dass es nicht entscheidend ist, wer die Stimmen erhält, sondern wer sie zählt, wird in Belarus noch immer beherzigt. Die Stimmen wurden überwiegend außer Sichtweite der Beobachter gezählt, wodurch beispielsweise die Mission der OSZE-Wahlbeobachter gezwungen war, die Wahlen nicht anzuerkennen.

Es ist eindeutig, dass der jüngste Flirt Lukaschenkos mit dem Westen heuchlerisch war. Er hat Versprechen über die Art der Wahlen abgegeben, die er jedoch nicht halten konnte. Die Rechte zahlreicher Wahlbeobachter wurden verletzt, indem man es ihnen nicht erlaubte, das gesamte Wahlverfahren zu beobachten. Diesen schweren Verstoß gegen die Ideale demokratischer Wahlen sollten wir nicht außer Acht lassen. Die von der Europäischen Union verhängten Sanktionen sollten nicht aufgehoben werden, bevor ein offensichtlicher Regimewandel eingeleitet worden ist.

Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich. – (PL) Mit dem Standpunkt des Rates und der Kommission und der Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Situation in Belarus sollen die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 28. September und auch deren Auswirkungen auf die Beziehung zwischen der EU und Belarus ausgewertet werden.

Die Europäische Union befindet sich aus internationaler Sicht in einer komplizierten Lage. Einerseits besteht kein Zweifel daran, dass Belarus seinen demokratischen Pflichten nicht nachgekommen ist, andererseits sehen wir aber ein allmähliches, wenn auch langsames „Schmelzen“ des Autoritarismus.

Während der Wahlen konnte man gewisse positive Phänomene beobachten, die auf eine Demokratisierung hinweisen, beispielsweise die Freilassung politischer Gefangener, die Bitte um unabhängige OSZE-Beobachter und bessere Bedingungen bei der Wahlbeobachtung. Die belarussischen Behörden sind jedoch nicht all ihren Pflichten nachgekommen. Sie sollten ihr Interesse an einer besseren Zusammenarbeit mit der EU bestätigen und bessere Bedingungen für einen Dialog mit der EU schaffen. Man sollte auf breiterer Ebene echte Maßnahmen ergreifen, um demokratischere Strukturen einzuführen, die Menschenrechte und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit einzuhalten.

Ich unterstütze voll und ganz die Aufforderung der Kommission und des Rates, die für Belarus geltenden Einschränkungen zu überprüfen und einige von ihnen eventuell aufzuheben. Der Entwicklung einer Zivilgesellschaft dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Die von der EU auferlegten Sanktionen – vor allem im Hinblick auf Visaverfahren und die Gebühren für die Ausstellung von Visa – treffen normale Bürger und nicht Behörden.

18. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

19. Berichtigungen (Artikel 204a der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

20. Umsetzung der EuGH-Entscheidung in der Rechtssache „Turco“ (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

– die mündliche Anfrage an den Rat von Marco Cappato und Michael Cashman im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie von Anneli Jäätteenmäki und Costas Botopoulos im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die Vollstreckung des EuGH-Urteils in der Rechtssache „Turco“ (O-0087/2008 – B6-0470/2008) und

– die mündliche Anfrage an die Kommission von Marco Cappato und Michael Cashman im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie von Anneli Jäätteenmäki und Costas Botopoulos im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die Vollstreckung des EuGH-Urteils in der Rechtssache „Turco“ (O-0088/2008 – B6-0471/2008).

Marco Cappato, Verfasser. – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Maurizio Turco, unser Kollege aus der vorherigen Wahlperiode, der jetzt als Abgeordneter der italienischen Radikalen dient, hat einen Antrag eingereicht – was jeder normale Bürger tun könnte –, in dem um Zugang zu Ratsdokumenten bittet, in denen die Namen der nationalen Delegationen zensiert wurden, die im Rahmen der Aussprache bestimmte Standpunkte vertreten haben. Der Rat hat sich geweigert, diesem Antrag stattzugeben, und auch der Zugang zu einem Rechtsgutachten wurde abgelehnt.

Bei der Klage vor dem Gericht Erster Instanz, welches inzwischen den Rat gezwungen hatte, die Identität der nationalen Delegationen offen zu legen, wurde gegen Maurizio Turco und für den Rat entschieden, um ein Urteil des Gerichtshofs in dieser Sache zu umgehen. Durch einen Einspruch beim Gerichtshof wurde das ursprüngliche Urteil jedoch aufgehoben.

Das Gericht erklärte schlichtweg, dass der Zugang zu Dokumenten, insbesondere denjenigen, die sich auf die Gesetzgebung auswirken, obligatorisch gegeben sein muss, da dies den demokratischen Grundsätzen entspricht, und dass etwaige Ausnahmen einzuschränken sind, da dieser Zugang eindeutig im Interesse der Öffentlichkeit liegt. Durch die öffentliche und rechtliche Diskussion über Dokumente lässt sich die Legitimität der Institutionen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in diese Institutionen steigern.

Kurz gesagt stellen wir heute folgende Frage: Was beabsichtigen die Kommission und die europäischen Institutionen, dieses Urteil umzusetzen? Oder anders ausgedrückt: Werden sie diese Situation als Gelegenheit nutzen, um die Verfahren für den sofortigen Zugang zu Dokumenten im Detail zu überprüfen?

Ich weiß, dass wir über einen normalen Bürger sprechen, dass dieser Antrag von jedem Bürger hätte gestellt werden können, und dass es nicht um eine Reform aufgrund einer institutionellen Debatte geht. Dennoch glaube ich, dass gerade dies die Stärke der Initiative von Maurizio Turco ist: Sie zeigt auf, inwiefern ein Einzelfall wesentlich mehr bewirken kann als institutionelle Initiativen.

Uns müssen alle Möglichkeiten zur Verfügung stehen, diese Dokumente zu veröffentlichen. Die Menschen müssen beispielsweise wissen, dass heute im Rahmen der Pressekonferenz der Europäischen Kommission

bestätigt wurde, dass die Kommission noch immer keine Informationen von der italienischen Regierung über ein Thema angefordert hat, das Maurizio Turco selbst zur Sprache gebracht hat, nämlich die Diskriminierung beim Religionsunterricht in Italien.

Wie ist es möglich, dass diese Informationen noch nicht angefordert worden sind? Dies ist ein konkretes Beispiel für Mechanismen, bei denen die Funktionsweise der europäischen Institutionen für Bürger undurchschaubar wird. Daher sollte dies ein Anlass sein, die Verfahren für den Zugang zu Dokumenten und die Veröffentlichung grundlegend zu überarbeiten.

Anneli Jäätteenmäki, Verfasserin. – (FI) Herr Präsident! Das Gesetzgebungsverfahren ist in demokratischen Ländern transparent und öffentlich. Bürger können sich darüber informieren, wie die Abgeordneten gestimmt haben und was hinter einer Entscheidung steckt. In der EU ist dies leider nicht der Fall. Wir können nicht damit prahlen, dass die EU demokratisch und transparent ist und unsere Bürger Zugang zu den Dokumenten haben, die die Gesetzesgrundlage darstellen. Wir haben daher die Kommission gefragt, was sie zuerst unternehmen will, um die Vorschriften und Verfahren infolge dieses Gerichtsurteils zu ändern, damit für Offenheit, Transparenz und Demokratie gesorgt werden kann. Auch wollten wir vom Rat wissen, was er zu tun gedenkt, um Offenheit und Demokratie zu gewährleisten um die nationale Meinung nach einer Entscheidung offen zu legen. Wenn Meinungen nicht öffentlich zugänglich gemacht werden, können die Menschen die Arbeit ihrer Vertreter nicht kontrollieren. Es war höchste Zeit, umgehend zu handeln, damit die EU endlich mit Stolz von sich behaupten kann, dass im Hinblick auf unsere Gesetzgebung Demokratie, Offenheit und Transparenz herrscht.

(Beifall)

Jean-Pierre Jouyet, amtierender Präsident des Rates. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß, wie viel Ihnen – vor allem Ihnen, Herr Präsident – an Transparenzfragen gelegen ist, und die Präsidentschaft ist mit Ihnen hier einer Meinung. Es ist sehr wichtig, dass unsere Bürger nachvollziehen können, wie Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, die sich auf ihr Leben auswirken – und dies ist bei europäischen Rechtsvorschriften der Fall –, und wir müssen in diesem Bereich natürlich Fortschritte erzielen.

Ich begrüße Ihre Frage, weil sie uns die Möglichkeit gibt, das schwierige Thema des Zugangs der Öffentlichkeit zu Rechtsgutachten zu erörtern. Damit befasst sich das Urteil, doch unsere gesamte Transparenzpolitik muss vor dem Hintergrund dieses Urteils beurteilt werden.

Das Urteil in der Rechtssache Turco ist wichtig, denn wie Sie gesagt haben war dies das erste Mal, dass der Gerichtshof eine Entscheidung in einzelnen Rechtssachen zu Rechtsgutachten und zu den Bedingungen für den entsprechenden Zugang der Öffentlichkeit gefällt hat. In seinem Urteil erinnert der Gerichtshof an die Bedeutung der Öffnung und Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens, um zu gewährleisten, dass die Bürger stärker am Entscheidungsprozess beteiligt sind. Er kommt auch zu dem Schluss, dass die Verordnung Nr. 1049/2007 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten grundsätzlich eine Verpflichtung auferlegt, die Stellungnahmen des Juristischen Dienstes eines Organs in Bezug auf das Gesetzgebungsverfahren offen zu legen.

Zur Beantwortung Ihrer Frage, Herr Cappato: Der Rat hat die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um dieses Urteil des Gerichtshofs Anfang Juli 2008 umzusetzen. Der Rat hat das Urteil umgesetzt und das von Herrn Turco geforderte Dokument veröffentlicht. Daraufhin hat er entschieden, seine Praxis unter Berücksichtigung dieses im Urteil vorgesehenen Grundsatzes an das Urteil des Gerichtshofs anzupassen.

Es ist wahr, dass es Ausnahmen in Bezug auf Stellungnahmen, die besonders sensibel oder von besonderer Tragweite sind gibt – obwohl der Gerichtshof diese im Zusammenhang mit dem Urteil selbst festgelegt hat. Auf jeden Fall muss, wie Sie wissen, jede Verweigerung des Rates begründet werden.

Der Rat hat mehrere konkrete Anfragen zu Rechtsgutachten des Juristischen Dienstes des Rates erhalten und die Grundsätze des Gerichtshofs angewandt. Sie sollten jedoch berücksichtigen, dass sich die Offenlegung der internen Rechtsgutachten eines Organs auf das rechtmäßige Interesse der Organe auswirken kann, objektive und unabhängige Stellungnahmen anzufordern und zu erhalten. Wir müssen hier ein Gleichgewicht finden. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber explizit großen Wert darauf gelegt, die Vertraulichkeit von Rechtsgutachten zu schützen, und dieser Faktor besteht unserer Auffassung nach weiterhin.

Ich bin mir bewusst, dass diese Antworten sehr technisch sind, und ich entschuldige mich dafür. Dies sind aber die offiziellen Antworten im Namen der Präsidentschaft. Abgesehen davon habe ich nun so die

Gelegenheit, die Transparenzpolitik zu erörtern. Man muss zwischen mehreren Aspekten dieser Politik unterscheiden. Zunächst einmal kann ich in Bezug auf den direkten Zugang zu Arbeitsdokumenten – und das ist ja Gegenstand Ihrer Anfrage – bestätigen, dass der Rat die Bestimmungen von Artikel 12 der Verordnung Nr. 1049/2001 und des Anhangs II der Geschäftsordnung des Rates vollständig anwendet, die die Führung eines öffentlichen Registers vorsehen und genaue Angaben zu den Vorkehrungen für den direkten Zugang der Öffentlichkeit zu Ratsdokumenten enthalten.

Ich möchte Sie nicht mit zu vielen technischen Informationen oder zu vielen Zahlen langweilen. Dennoch sind die Zahlen sehr aufschlussreich, da das öffentlich zugängliche Register Referenzen zu mehr als einer Million Dokumenten enthält, die seit 1999 erstellt wurden. Ohne Zweifel werden Sie mir sagen, dass Quantität nicht Qualität bedeutet.

Ich denke, dass es auf die Lesbarkeit und die Mediatisierung der von den Organen getroffenen Entscheidungen ankommt. Daran arbeitet Frau Wallström im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren; und die interinstitutionelle Vereinbarung – „Bessere Rechtsetzung“ enthält allgemeine Verpflichtungen zum Thema Transparenz. Gemäß dieser Vereinbarung sind bereits Maßnahmen getroffen worden. Sämtliche Beratungen des Rates im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens sind für die Öffentlichkeit zugänglich; außerdem hält der Rat regelmäßig öffentliche Debatten zu wichtigen Fragen ab, die die Interessen der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger betreffen.

Um den Zugang der Öffentlichkeit zu den Beratungen zu verbessern, bietet der Rat auch eine Website mit einem Link zu Videos zu den Arbeiten des Rates, was – und dem werden Sie sicherlich zustimmen – ein wichtiger und besonders interessanter Punkt ist.

Die Ratspräsidentschaften spielen ebenfalls eine Rolle. Wie die Websites der früheren Präsidentschaften hat die französische Präsidentschaft sehr viele in ihre Website <http://www.ue2008.fr> investiert, die mehrsprachig ist und Web-TV mit mehreren Kanälen bietet. Diese Seite ist vergleichbar mit der, die das Europäische Parlament ins Netz gestellt hat, wie ich mit Freude sagen kann.

Der dritte und letzte Punkt ist, dass wir in der Lage sein müssen, öffentliche Informationsanfragen zu beantworten. Zu diesem Zweck ist auch ein öffentlicher Informationsdienst eingerichtet worden – und dieser Punkt scheint mir der Wichtigste zu sein –, denn der Bereich, in dem wir am schlechtesten ausgestattet sind, betrifft ohne Zweifel die praktischen Informationen, die wir der Öffentlichkeit geben. Daher machen sich die Bürgerinnen und Bürger zu Recht Sorgen und beklagen sich darüber, dass das System zu intransparent ist. Das liegt daran, dass wir unzulängliche Ressourcen haben, dass unsere Websites unzureichend koordiniert sind und der Öffentlichkeit nicht die Möglichkeit bieten, sich über die Gesetzgebung auf dem Laufenden zu halten. Insbesondere auf diesen letzten Punkt muss der Rat seine Anstrengungen konzentrieren.

Das sind die Punkte, die ich ansprechen wollte. Transparenz ist absolut ausschlaggebend. Im Hinblick auf die Kommunikation haben wir eine wichtige Vereinbarung mit der Kommission und dem Europäischen Parlament zur Erhöhung dieser Transparenz erzielt. Ich bin überzeugt, dass wir aufgrund der interinstitutionellen Verhandlungen mit Frau Wallström und mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments unter den bestmöglichen Bedingungen mit unserer Arbeit fortfahren können.

Dies ist eine gemeinsame Aufgabe, und wir müssen sie jetzt sinnvoll wahrnehmen. Vergessen Sie nicht, dass es unser politisches Bestreben ist, diese Transparenz in der Informations- und Kommunikationspolitik zu fördern – insbesondere in Bezug auf praktische Informationen über die Gesetzgebung, die wir den Bürgerinnen und Bürgern geben müssen. Zu diesem Zweck müssen wir die neuen Informationstechnologien stärker nutzen. Ich weiß, dass das ein gemeinsames Anliegen des Parlaments, der Kommission und des Rates ist.

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. – Herr Präsident! Ich möchte den Abgeordneten für ihre Fragen sehr herzlich danken.

Natürlich ist dieses Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache Turco sehr wichtig, wie wir bereits gehört haben. Die Kommission pflichtet dem Gerichtshof voll und ganz bei, wenn er auf die große Bedeutung eines offenen Gesetzgebungsverfahrens hinweist. Natürlich werden wir dieses Urteil respektieren und es in unserer täglichen Arbeit umfassend berücksichtigen.

Ich möchte mich möglichst klar ausdrücken, muss mich jedoch bei meinen Antworten auf ihre fünf konkreten Fragen relativ kurz fassen. Die erste Frage betrifft die bessere Rechtsetzung, unsere interinstitutionellen Beziehungen und die Verordnung Nr. 1049/2001. Dieses Urteil in der Rechtssache Turco betrifft den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten. Es gibt keine direkte Verbindung zu unserer interinstitutionellen Zusammenarbeit. Dafür haben wir unsere Rahmenvereinbarung für die bessere interinstitutionelle

Zusammenarbeit, die meiner Auffassung nach sehr gut funktioniert. Unsere beiden Institutionen haben bei Gesetzgebungsverfahren immer sehr erfolgreich zusammengearbeitet, um das angestrebte Ziel einer besseren Rechtsetzung zu verwirklichen.

Was Ihre zweite Frage in Bezug auf den Zugang zu Informationen über laufende öffentliche Konsultationen anbelangt, möchte ich zunächst einmal die PreLex-Datenbank erwähnen, wie wir sie in unserer Fachsprache nennen. Das Ziel dieser Datenbank besteht darin, den Zugang zu prälegislativen Dokumenten über eine zentrale Plattform zu erleichtern. In der Praxis handelt es sich dabei um ein Portal mit Links zu wichtigen prälegislativen Dokumenten. Diese Datenbank wird vom Amt für amtliche Veröffentlichungen verwaltet und basiert auf den von der Kommission zur Verfügung gestellten Informationen. Noch wichtiger ist die Tatsache, dass sie auf dem Europa-Server für die Öffentlichkeit direkt zugänglich ist.

Im Hinblick auf die von der Kommission eingeleiteten öffentlichen Konsultationen gibt es auf dem Europa-Server ebenfalls einen zentralen Zugangspunkt. Das ist Ihre Stimme in Europa. Diese Website erleichtert den Zugang zu Konsultationen und bietet allgemeine Informationen zu den verschiedenen Konsultationsprozessen der Kommission. Sie bietet zudem umfassende Informationen zu öffentlichen Konsultationen und konsultationsrelevanten Dokumenten und Fragebögen. Darüber hinaus bietet dieser Zugangspunkt auch Informationen zur Weiterverfolgung, beispielsweise Konsultationsberichte und veröffentlichte Beiträge.

In Bezug auf ihre dritte Frage zum TRANS-JAI-Projekt möchte ich Ihnen lediglich versichern, dass der uneingeschränkte öffentliche Zugang mit speziellen Servern – „public go life“ genannt – zu dem TRANS-JAI-Webportal für März 2010 vorgesehen ist.

Das führt mich zu Ihrer vierten Frage in Bezug auf den Transparenzgrundsatz und den Grundsatz guter Verwaltungspraxis. Natürlich sind diese Grundsätze eng miteinander verknüpft. Wir wollen der Öffentlichkeit immer so viele Informationen wie möglich geben. Dies gilt insbesondere für Verfahren, die die Bürgerinnen und Bürger und ihre Rechte betreffen, und für die Tätigkeiten der Organe, die bisweilen, wie wir alle wissen, nicht leicht zu verstehen sind. Die Website der Kommission umfasst Informationen über ihre Organisation und Verfahren, wobei wir ein leicht zugängliches „Who is who“-Verzeichnis der Kommissionsbediensteten und der verschiedenen Generaldirektionen haben.

Ihre letzte Frage, Anfrage Nummer 5, bezieht sich auf das öffentliche Dokumentenregister und den Entwurf einer Empfehlung des Bürgerbeauftragten zu der Beschwerde „Statewatch“. Wie in der Verordnung Nr. 1049/2001 vorgesehen, wird seit dem 3. Juni 2002 ein öffentliches Dokumentenregister geführt. Seither hat die Kommission auch ein spezielles Register für Komitologieverfahren und ein Register für Sachverständigengruppen eingeführt. Wir tun unser Möglichstes, um unsere internen IT-Systeme zu modernisieren, doch so etwas lässt sich, wie Sie wissen, leider nicht über Nacht bewerkstelligen. Eines ist jedoch klar. Hier handelt es sich um laufende Arbeiten. Dabei berücksichtigen wir immer die Notwendigkeit, den Umfang dieses öffentlichen Registers zu erweitern.

Genauer gesagt hat die Kommission dem Bürgerbeauftragten in diesem Fall natürlich eine ausführliche Stellungnahme zu seinem Empfehlungsentwurf zukommen lassen. In dieser Stellungnahme erkennen wir an, dass wir den Umfang unserer öffentlichen Register nach wie vor erweitern müssen, und bekräftigen unseren Willen, unsere öffentlichen Register im Sinne von mehr Transparenz weiterzuentwickeln. In einem Punkt konnten wir die Auffassung des Bürgerbeauftragten nicht teilen. Er kam zu dem Schluss, dass die Kommission Verweise auf alle Dokumente im Sinne von Artikel 3 Buchstabe a) in das Register aufnehmen sollte. Ich kann das Ziel und den Zweck dieser Schlussfolgerung zwar unterstützen, doch leider lässt sich dies unmöglich realisieren. Es ist einfach unmöglich, die weit gefasste und ungenaue Definition von „Dokumenten“ gemäß Artikel 3 Buchstabe a) der Verordnung Nr. 1049/2001 mit nur einem umfassenden öffentlichen Register in Einklang zu bringen. Stattdessen müssen wir entsprechende Links zur Verfügung stellen oder andere Zugangspunkte schaffen.

Ich könnte natürlich erwähnen, dass ich das Register meiner eigenen Korrespondenz im Internet direkt zugänglich gemacht habe, und ich könnte noch andere Beispiele nennen, was außerhalb der formalen Gesetzgebung proaktiv getan werden kann, wie z. B. bessere Register, mehr Benutzerfreundlichkeit und bessere Zugriffsmöglichkeiten, aktive Verbreitung von Informationen und schnellere Veröffentlichung von Dokumenten. Doch all dies steht hier und heute nicht zur Diskussion. Ich bin sicher, dass es andere Gelegenheiten geben wird, bei denen wir ausführlich über diese wichtigen Fragen sprechen können.

Charlotte Cederschiöld, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident! Eine Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit und Legitimität der EU sind Arbeitsvorschriften zur Transparenz und zum Schutz von Daten und Informationen.

Transparenz im Entscheidungsprozess ist insbesondere notwendig, wenn die europäische Demokratie infrage gestellt wird. Die Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Erfahrungen. Ein stärkerer Erfahrungsaustausch könnte zu einer besseren Verwaltung in der EU und auch in den Mitgliedstaaten beitragen. Seit 2001, als die EU-Gesetzgebung zum Thema Transparenz verabschiedet wurde, haben wir erhebliche Fortschritte erzielt.

Die meisten Mitgliedstaaten haben bereits ein Gesetz zur Informationsfreiheit – Schweden und Finnland seit 1776, andere Länder wie Irland seit einigen Jahren. Es braucht Zeit – das müssen Sie respektieren –, um sich auf ein gemeinsames Verhalten und eine gemeinsame Haltung zu einigen. Eine nationale Formel lässt sich nicht auf die gesamte EU anwenden. Dafür sind die Kulturen zu unterschiedlich. Die Öffentlichkeit der Verwaltung ist in einer repräsentativen Demokratie von großer Bedeutung. Der gesamte Prozess wird durch die Tatsache beeinflusst, dass die digitale Revolution unsere Gesellschaft in eine Informationsgesellschaft umwandelt.

Ein wichtiger Punkt, der in der Verordnung Nr. 1049 besser herausgearbeitet werden muss, ist das Gleichgewicht zwischen Vertraulichkeit und Transparenz. Wir brauchen einen offenen Entscheidungsprozess, der das vorrangige öffentliche Interesse respektiert, ohne die Rechte der Organe bzw. natürlicher oder juristischer Personen auf Vertraulichkeit zu verletzen. Die richterliche Auslegung komplexer Sachverhalte, wie beispielsweise von Rechtssachen im Bereich Wettbewerb, darf nicht dem Urteil der Boulevardpresse überlassen werden.

Das Urteil in der Rechtssache Turco kann zur Entwicklung einer besseren Rechtsetzung beitragen. Welche praktischen Konsequenzen werden Kommission und Rat aus der Rechtssache Turco ziehen?

Michael Cashman, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident! Als ursprünglicher Berichterstatter zu der Verordnung Nr. 1049/2001 finde ich diese Aussprache sehr interessant. Seltsam finde ich – zumal ich weiß, dass sich die Teilnehmer der heutigen Aussprache voll und ganz der Offenheit und Transparenz verschrieben haben –, dass das Argument, warum noch nicht genug getan worden ist, lautet: „Wir brauchen mehr Zeit“. Das ist inakzeptabel.

Nur 30 % der europäischen Bevölkerung glauben an die Europäische Union. Warum? Weil sie sich völlig abgekoppelt fühlen von dem, was in ihrem Namen getan wird. Umso erstaunlicher, weil wir eine positive Geschichte zu erzählen haben. Woran liegt es, dass die Institution unter großem Protest vor den Europäischen Gerichtshof gezerrt werden muss, damit sie das Richtige tut?

Wir müssen mehr tun als nur erklären. Frau Kommissarin, ich weiß, dass diese Argumente Sie genauso nerven und verärgern wie mich, doch es reicht nicht aus zu sagen, dass wir mehr Zeit brauchen. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern wirklich zeigen, dass wir ihnen nicht nur die Gründe für unser jeweiliges Handeln erklären, sondern auch darlegen, wie und auf welcher Rechtsgrundlage wir handeln. Solange wir das nicht tun, sorgen wir dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von dem europäischen Projekt distanzieren.

Heute Abend wurde argumentiert, dass dies in Bezug auf manche Fragen unmöglich sei, beispielsweise aufgrund der unpräzisen Definition des Begriffs „Dokumente“. Sie ist überhaupt nicht unpräzise, sondern klar gefasst. Denn sie bedeutet alle Dokumente, die sich im Besitz der drei Organe oder der von ihr eingerichteten Dienststellen befinden, bei ihnen eingegangen sind oder von ihnen erstellt wurden. Und auch der Begriff „Dokumente“ selbst ist klar definiert. Daher sollten wir den Mut zu einem offenen Register haben. Nicht den aktuellen Irrgarten, in dem man beim Zugriff auf ein Register keinen Zugang zu allen anderen Registern oder allen anderen Links erhält.

Derzeit bewegen sich die Bürgerinnen und Bürger in einem Irrgarten. Wir sollten den Bürgern Zutritt zu den drei Organen gewähren und uns selbst dem prüfenden Blick der öffentlichen Meinung aussetzen. Ich sage Ihnen jetzt: Wenn wir nicht das Richtige tun, wird das Urteil bei den Wahlen im Juni zu Gunsten der extremen Parteien ausfallen, die nicht für die EU oder die Organe der EU sind. Die Zeit drängt. Lassen Sie uns jetzt handeln. Es ist nicht unmöglich.

Eva-Britt Svensson, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (SV) Herr Präsident! Der Gerichtshof spielt eine zentrale Rolle im EU-System, und der Gerichtshof hat die Macht, politische Beschlüsse auszulegen. Bei der Auslegung der EU-Gesetzgebung hat die Entscheidung des Gerichtshofs Vorrang, unabhängig von dem Ziel

des Gesetzgebers oder den mit der Gesetzgebung verfolgten Absichten. Das haben wir bei den Urteilen in den Rechtssachen Laval, Rüffert usw. erlebt. In diesen Rechtssachen hat sich die Entscheidung des Gerichtshofs gegen die Arbeitnehmer gerichtet.

Andererseits ist die Entscheidung des Gerichtshofs in der Rechtssache Turco positiv. Ich begrüße dies, doch meine grundsätzliche Kritik bleibt weiterhin bestehen, nämlich dass der Gerichtshof die EU-Politik bestimmt und dass der Gerichtshof in allen strittigen Fragen immer das letzte Wort hat.

In der Rechtssache Turco begrüße ich die Anerkennung des Gerichtshofs, dass die Kontrolle der Bürger über das Gesetzgebungsverfahren absoluten Vorrang hat. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch leider muss ich sagen, dass es noch sehr vieler Schritte bedarf, bis die EU ihre geschlossenen Arbeitsverfahren hinter sich lässt, bei denen nur Insider erkennen können, wie es weitergeht. Letztendlich ist dies eine Frage der Demokratie, der Beteiligung und der Transparenz.

Das Urteil in der Rechtssache Turco muss unbedingt im Rahmen der Überarbeitung der so genannten Öffentlichkeitsverordnung berücksichtigt werden.

Costas Botopoulos (PSE). – (EL) Herr Präsident! Das Urteil in der Rechtssache Turco ist ein bedeutender Schritt hin zu Gesetz und Demokratie. Es erklärt das Konzept des in der Verordnung Nr. 1049/2001 verankerten öffentlichen Interesses, das für den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten maßgebend ist. Dieses Konzept ist so auszulegen, dass das Recht auf eine umfassendere Kenntnis der Fakten, die zur Entscheidungsfindung führen, als wichtiger und vorrangiger gilt als die Geheimhaltung interner Verfahren, nach denen eine Entscheidung getroffen wird.

Mit anderen Worten ist es im Sinne des Turco-Urteils wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur wissen sollten, wie oder warum eine Entscheidung getroffen wird – da sie darauf Anrecht haben –, sondern auch die Dokumente kennen sollten, auf die sich eine Entscheidung stützt. Somit müssen die Dokumente einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt sein.

Dies führt uns jetzt zu der Vorlage der heutigen mündlichen Anfrage und der Aufforderung an die Dienststellen der Kommission und den Rat, diese Entscheidung zu berücksichtigen. Wie der Ratspräsident gesagt hat, sollten wir die Verordnung Nr. 1049/2001 im Licht dieser neuen Rechtsprechung auslegen.

Einige Probleme könnten natürlich auch in Verbindung mit der so genannten Vertraulichkeit von Dokumenten auftreten, insbesondere bei Stellungnahmen der Direktion Rechtsangelegenheiten. Das weiß ich nur allzu gut, weil ich Rechtsanwalt bin. Wir sollten jedoch niemals sagen, dass solche Dokumente vertraulich bleiben müssen, wenn sie Probleme verursachen. Vielmehr bin ich der Meinung, dass wir für eine radikale Änderung der Transparenzkultur plädieren sollten. Transparenz bedeutet Gleichgewicht und Achtung des Verfahrens, nicht Angst vor Wissen.

Gestatten Sie mir eine Schlussanmerkung: Wir müssen hier wirklich den Unterschied erkennen zwischen dem, was in der Praxis im Rat geschieht, und dem, was in unserer eigenen Institution geschieht. Im Parlament ist der Zugang zu Sitzungen und Dokumenten nahezu uneingeschränkt. Meiner Meinung nach bietet das Urteil in der Rechtssache Turco eine Gelegenheit, um auch den Rat auf diesen Kurs zu bringen.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich möchte den von Michael Cashman zu Recht angesprochenen Punkt in Bezug auf die „Abkopplung“ aufgreifen. Gewiss gab es bei der Debatte in Irland über den Vertrag von Lissabon eine starke Abkopplung. Doch wir sollten uns hier nicht zu stark selbst kritisieren, weil die Mitgliedstaaten groß darin sind, Europa für Dinge zu kritisieren, mit denen sie nicht zufrieden sind, selbst wenn sie ihnen hier zugestimmt haben. Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, dass wir alle erwachsen werden – alle unsere gewählten Politiker, die Regierungen, die Opposition und jeder in diesem Parlament – und die Wahrheit sagen.

Ich bin entmutigt, wenn ich diese Woche diese Zeitschrift lese. Darin lässt sich ein nicht gewähltes, nicht verantwortliches Mitglied einer vermögenden Elite über die nicht gewählte Elite in Brüssel aus. Das ist dreist! Doch wenn wir nicht das tun, was Michael Cashman sagt, und ihn und ähnliche Leute angehen, dann werden die Europawahlen im Juni ein Desaster für die europäischen Bürgerinnen und Bürger werden. Es ist höchste Zeit, dass diejenigen von uns, die das glauben, es auch laut und deutlich sagen.

Anneli Jäätteenmäki, Verfasserin. – (FI) Herr Präsident! Diese Entscheidung des Gerichtshofs ist wichtig und kategorisch. Sie zeigt klar und deutlich, dass das Gesetzgebungsverfahren in der EU der demokratischen Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger unterliegen muss und dass der Schutz der Organe beim Entscheidungsprozess zweitrangig ist. Das ist ein klares Argument.

Angeichts dessen bin ich über die Reaktionen wirklich enttäuscht. Als ich die Reaktion des Rats hörte, wurde mehrmals betont, dass Transparenz und Offenheit wichtig seien; doch viel mehr kam nicht. Was ist getan worden? In der Zwischenzeit hat die Kommission um mehr Zeit gebeten.

Meiner Meinung nach ist die Haltung, die die Organe der EU gegenüber der Entscheidung des Gerichtshofs eingenommen haben, wirklich interessant. Was wäre, wenn unsere Bürger die gleiche Haltung gegenüber der Entscheidung des Gerichtshofs einnehmen würden wie die Kommission und der Rat und die Entscheidung komplett ignorieren würden? Das würde einfach nicht passieren.

Marco Cappato, *Verfasser*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ratspräsidentschaft hat die Zahl von einer Million veröffentlichter Dokumente genannt. Wenn es um den Zugang zu Dokumenten geht, kommt es gleichermaßen auf Qualität und Quantität, nicht ausschließlich auf Qualität an. Wenn wir ehrlich sind, liegt das Problem in der Art der Dokumente: Sitzungsdokumente oder Begleitdokumente zum Entscheidungsprozess.

Genau das fehlt heute. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: die Dokumente zu AStV I, die so schwer zu finden sind, oder Dokumente zur Außenpolitik, die wie diplomatische Dokumente behandelt werden und daher nicht in den Registern zu finden sind. Alle diese Dokumente sind von zentraler Bedeutung, um Näheres über den Entscheidungsprozess zu erfahren.

Ich habe Ihnen in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur ein Beispiel gegeben. Angesichts der Antworten, die wir erhalten haben, denke ich, dass dies eher als Chance denn als Gefahr für das Funktionieren der europäischen Institutionen begriffen werden sollte.

Jean-Pierre Jouyet, *amtierender Präsident des Rates*. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Was aus unserer Debatte klar hervorgeht, ist die Tatsache, dass wir die Transparenz und die Kommunikation wirklich verstärken müssen: Wie Sie bereits gesagt haben, besteht unter unseren Bürgerinnen und Bürgern nämlich ein mangelndes Verständnis im Hinblick auf die Funktionsweise Europas.

Mehr Transparenz und bessere Kommunikation gehen Hand in Hand. Wie ich bereits gesagt habe, ist das die Grundlage, auf der wir eine politische Vereinbarung mit Frau Wallström und Herrn Vidal-Quadras für eine bessere Kommunikation vor Ort unterzeichnet haben. Herr Cappato und Frau Jääteemäki haben Recht: Wir müssen transparenter sein und erklären, wie wir arbeiten. Daher wird der Rat besondere Anstrengungen mit den neuen Technologien unternehmen.

Selbst nach der Lektüre der mir vorgelegten Argumente stimme ich Herrn Cappato dahingehend zu, dass die Erstellung von Millionen von Dokumenten nicht zu mehr Transparenz führt. Es kommt darauf an, dass wir die von den Bürgern gewünschten Dokumente in hoher Qualität zur Verfügung stellen. Beispielsweise stehen die von Ihnen angesprochenen AStV I-Dokumente online zur Verfügung. Diese sind aufgrund mangelnder technischer Ressourcen nicht immer rechtzeitig fertig geworden. Jetzt verfügen wir aber über diese Technologie und werden dafür sorgen, dass wir das von Ihnen angesprochene Problem lösen.

Ehrlich gesagt müssen wir auch das richtige Gleichgewicht finden zwischen der Rechtsgrundlage, echter Transparenz und den jeweils betroffenen Verfahren. Es gibt einige Verfahren und diplomatische Fragen, die tatsächlich recht schwierig sind und bei denen die Rede-, Meinungs- und Entscheidungsfreiheit gewährleistet sein muss. Ich mag Ihnen als zu konservativ erscheinen, doch ich bin der Auffassung, dass wir auch dieses Gleichgewicht berücksichtigen müssen.

Die französische Präsidentschaft hat eine Überarbeitung der Verordnung Nr. 1049/2001 in Angriff genommen, und wir müssen rasch handeln. In dieser Hinsicht hat Herr Cashman absolut Recht. Mit seiner Hilfe und Koordination werden wir zügig handeln, und wir hoffen, dass wir bis zum Ende der französischen Präsidentschaft gute Fortschritte erzielt haben werden.

Wie ich bereits gesagt habe und worauf auch Herr Cappato hingewiesen hat, müssen wir dafür sorgen, dass Qualität Vorrang hat vor Quantität, denn man kann auch zu viele Informationen bereitstellen. Dann stehen die Bürger vor dem Problem, wie sie diese Informationen durchsuchen sollen. Dieses Problem ist auch auf europäischer Ebene vorhanden. Wir müssen in der Lage sein, den Bürgern beim Sichten dieser Informationen zu helfen.

Was bedeutet das? Es bedeutet, wie ich in meinen Ausführungen bereits gesagt habe, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger über praktische Auskünfte, ihre Rechte, den Ausgang von Entscheidungen, die Art und Weise, wie diese getroffen werden, und über die Rechtsgrundlage umfassend informiert sind. Vor

diesem Hintergrund müssen wir zweifelsohne über die dem Rat zur Verfügung stehenden Ressourcen nachdenken.

Innerhalb der Kommission stehen Sie meines Wissens vor der gleichen Situation, wenn Sie beispielsweise die Rechtsgrundlage für Entscheidungen – insbesondere in Bezug auf KMU – erklären müssen, Ihnen aber nur ein oder zwei Mitarbeiter in den Mitgliedstaaten oder Institutionen zur Verfügung stehen, die diese Fragen beantworten können, und diese dann auch noch in Urlaub sind. Letztendlich müssen Bürger und kleine Unternehmen dann zwei oder drei Monate warten, bis sie eine Antwort erhalten. Aus meiner Sicht ist das ebenso gravierend wie der Zugang zu offiziellen Dokumenten.

Und schließlich müssen wir unseren Debatten einen politischen Sinn geben. Ich weiß, dass sich das Europäische Parlament vor den Europawahlen voll und ganz dafür einsetzt. Sie können sich darauf verlassen, dass die französische Präsidentschaft dafür Sorge tragen wird, dass diese Pflicht zur Transparenz, diese Pflicht zur Erklärung, diese praktische und konkrete Pflicht erfüllt wird, denn wenn wir ihr nicht nachkommen – und in diesem Punkt stimme ich Herrn Cashman zu – werden die Extremisten als Sieger aus den nächsten Europawahlen hervorgehen. Das wollen wir nicht.

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. – Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass das Urteil in der Rechtssache Turco von der Kommission natürlich respektiert und umgesetzt wird. Das Urteil des Gerichtshofs besagte in der Tat, dass der Rat in diesem Fall Unrecht hatte und seine Verfahren korrigieren muss. Ich bin sicher, dass der Rat dem Urteil Folge leisten wird.

Das ist der Ausgangspunkt dieser Diskussion. Diese wurde allerdings teilweise mit der Diskussion verwechselt, die wir über die Verordnung Nr. 1049/2001 hatten. Das Urteil in der Rechtssache Turco ist eine Sache, die Verordnung Nr. 1049/2001 eine andere. Wie Sie wissen, haben wir einen Vorschlag vorgelegt und sind dabei, uns mit der Verordnung Nr. 1049/2001 und damit zu beschäftigen, wie diese Verordnung letztendlich abgefasst werden sollte.

Ich glaube, dass Sie meine Aussagen auch leicht missverstanden haben. Ich habe nicht um mehr Zeit gebeten. Ich habe die Tatsache erklärt, dass unsere Informationstechnologie kontinuierlich modernisiert werden muss, was nicht über Nacht passieren kann. Wir haben schon ein Register. Wir ergänzen das Register mit verschiedenen Dingen wie beispielsweise der Komitologie und den diversen Sachverständigengruppen. Doch ich bin – und bei dem Versuch, eine der fünf Fragen zu beantworten, war ich sehr ehrlich – nicht davon überzeugt, dass nur ein Register die optimale Lösung ist. Das wäre so, als gäbe es für ganz Europa nur ein Telefonbuch, statt den Versuch zu unternehmen, verschiedene nationale Telefonbücher einzurichten.

Sind Sie sicher, dass nur ein riesiges Telefonbuch für ganz Europa besser ist als verschiedene Zugangspunkte? Denn die Definition, um die Sie in Ihrer konkreten Frage gebeten haben, ist die Definition, die in einem bestimmten Absatz enthalten ist, der auch die audiovisuelle Form einschließt. Das ist eine sehr weit gefasste Definition. Sind Sie sicher, dass es für die Bürgerinnen und Bürger hilfreich ist, wenn es nur einen großen Zugangspunkt zu all dem gibt?

Darüber sollten wir diskutieren, ich bin mir aber nicht sicher, dass es eine einfache Lösung wie diese gibt. Wir teilen diese Auffassung also nicht. Die Modernisierung unserer Werkzeuge in diesem Bereich ist ein kontinuierlicher Prozess, über den wir immer sprechen müssen, weil sich alles so schnell entwickelt. Doch offenbar verfolgen wir in puncto Offenheit, Transparenz und Zugang zu Dokumenten die gleichen Ziele. Das ist der Ausgangspunkt, und darum werden wir weiter kämpfen; und natürlich werden wir dem Urteil in der Rechtssache Turco Folge leisten.

Bei der konkreten Frage, zu der ich Ihnen das Zieldatum 2010 genannt habe, geht es um ein sehr spezielles Projekt; und ich habe ihnen dafür lediglich das Datum mitgeteilt. Doch im Allgemeinen müssen und sollten wir nicht um mehr Zeit bitten. Diese Dinge müssen Teil unserer täglichen Arbeit sein: Mehr Offenheit und Transparenz gewährleisten, den Bürgern dienen, weil sie informiert sein müssen. Das muss Teil der Kultur und Einstellung aller Institutionen sein.

Wie Ihre Kolleginnen und Kollegen war ich von Ihrer guten Rede, Herr Cashman, begeistert, weil sie die Grundlage dafür enthält, was jetzt erforderlich ist: Öffnung und Schaffung des Zugangs. Wenn unsere Beratungen öffentlich bekannt sind, wird dies meiner Meinung auch dazu beitragen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger eine fundierte Meinung darüber bilden können, was gerade ansteht und warum so viele wichtige Punkte auf unserer Agenda stehen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

21. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

Georgios Papastamkos (PPE-DE). – (EL) Herr Präsident! Als Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel befasse ich mich natürlich auch mit den Beziehungen zwischen der EU und China. Daher habe ich festgestellt, dass das Handelsdefizit der EU laut den Zahlen für 2007 auf rund 160 Milliarden Euro angestiegen ist.

Dieses Defizit ist die Folge der schweren Hemmnisse für den Zugang zum chinesischen Markt. Es ist sicher auch auf den Wettbewerbsvorteil chinesischer Produkte zurückzuführen, was jedoch auf wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dumpingpraktiken beruht.

Diese ungleichen Handelsbeziehungen sind jedoch nicht der einzige Grund zur Sorge; hinzu kommt die Unsicherheit der Produkte aus China. Daher sollten wir – und diese Botschaft richtet sich hauptsächlich an die Adresse der Kommission – gewährleisten, dass Produkte aus China einer sorgfältigen, wirksamen Prüfung unterzogen werden. Dies liegt im Interesse der Volksgesundheit und des Schutzes der europäischen Verbraucher und auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte.

VORSITZ: DIANA WALLIS

Vizepräsidentin

Neena Gill (PSE). – Frau Präsidentin! Die turbulenten Ereignisse der letzten Tage auf den Finanzmärkten haben die Welt verändert. Wir alle machen uns schon seit geraumer Zeit Sorgen über die potenziellen Probleme im globalen Finanzsystem, doch der schnelle Sturz der Großbanken, einer nach der anderen, war doch verblüffend.

Deshalb begrüße ich die heutigen Maßnahmen der britischen Regierung zur Erhöhung der Stabilität. Obwohl Großbritannien kein Mitglied der Eurozone ist, stehen seine Entscheidungen voll und ganz im Einklang mit den Entscheidungen, die gestern vom ECOFIN-Rat getroffen wurden. Ich wünschte mir nur, dass einige Mitgliedsländer der Eurozone auf die gleiche Weise gehandelt hätten. Um die vor uns liegenden Herausforderungen meistern zu können, muss die Europäische Union dringend eine Führungsrolle übernehmen und eine mit den nationalen Regierungen der EU abgestimmte Strategie verfolgen. Europa muss eine zentrale Rolle übernehmen und darf nicht die zweite Geige spielen. Das gilt insbesondere, wenn die EU den Bürgerinnen und Bürgern Europas näher kommen möchte.

Doch wir müssen auch erkennen, dass diese Krise durch das Marktversagen, einen Mangel an geeigneten Gesetzen und durch die Entscheidungen einiger egoistischer, nur auf ihre fetten Boni bedachter Personen ausgelöst wurde. All das wird sich auf das Leben von Millionen, ja Milliarden von Menschen rund um den Globus auswirken. Wir müssen sicherstellen, dass sich eine solche kriminelle Fahrlässigkeit nie wieder ereignet und die Verantwortlichen für das gesamte Ausmaß ihres Handelns zur Rechenschaft gezogen werden.

Cristian Silviu Buşoi (ALDE). – (RO) Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um erneut für ein stärkeres Engagement der Europäischen Union bei der Verbesserung der Gesundheitsdienste in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu plädieren.

Es ist durchaus richtig, dass die Organisation des Gesundheitssystems in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fällt, doch die Europäische Gemeinschaft hat auch einige Kompetenzen, wobei die wichtige Rolle der Europäischen Gemeinschaft im Gesundheitssektor im Reformvertrag von Lissabon erneut bestätigt wurde.

Die Bevölkerung der Europäischen Union altert und ist neuen Bedrohungen ausgesetzt: Pandemien, physischen und biologischen Zwischenfällen, Bioterrorismus. Für all dies müssen wir gemeinsame Lösungen finden.

Wir sollten auch einen Mechanismus für eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten entwickeln, einen Mechanismus für den Informationsaustausch und die Nutzung bewährter Verfahren für die Vermeidung, Bekämpfung und Behandlung von Krankheiten in den Ländern der Europäischen Union.

Die Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung war eine sehr gute Initiative. Dennoch bin ich der Auffassung, dass ihr andere ebenso mutige Initiativen folgen sollten, weil eine wichtige Rolle der Organe der EU darin bestehen sollte, die gesundheitsbezogenen Ungleichheiten abzubauen.

László Tóké (Verts/ALE). - (HU) Frau Präsidentin! Als Christ und Ungar und als Abgeordneter des Europäischen Parlaments möchte ich jetzt für die Gemeinschaft der halben Million Menschen ungarischer Abstammung sprechen, die in der Slowakei leben, einem Teil der Europäischen Union. Mit anderen Worten möchte ich für die europäischen demokratischen Werte eintreten. Obwohl ich der Slowakei zu ihrer wirtschaftlichen Leistung gratulieren kann, muss ich mit Bedauern sagen, dass die extreme nationalistische Propaganda gegen die slowakischen Ungarn gerichtet ist und zu einer Furcht einflößenden Hysterie führt. Ich möchte den Präsidenten, Hans-Gert Pöttering, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auffordern, Maßnahmen gegen die brutale Verletzung der Menschen- und Minderheitsrechte und die ethnische Intoleranz, die verbale Aggression und die Diskriminierung zu ergreifen, die in der Slowakei herrschen. Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments bin ich bereit, eine Mittlerrolle im Interesse der ungarisch-slowakischen Eintracht zu übernehmen.

Mieczysław Edmund Janowski (UEN). - (PL) Frau Präsidentin! Ich möchte das Parlament auf die Lage der Christen in Vietnam aufmerksam machen. 50 Jahre lang waren sie gezwungen, auf das Bekenntnis zu ihrem Glauben zu verzichten, ihr Eigentum wurde beschlagnahmt und sie wurden in andere Regionen umgesiedelt. In jüngster Zeit hat sich diese Verfolgung in besonders krasser Form in Hanoi manifestiert, wo die Behörden brutal gegen Katholiken der Thai Ha-Gemeinde vorgehen, die gegen die widerrechtliche Beschlagnahmung von Ländereien dieser Gemeinde protestieren, die von den Patres der Redemptoristen geführt wird.

So wurden beispielsweise am 31. August die Teilnehmer einer Prozession brutal niedergeschlagen. Mehr als 20 Menschen wurden schwer verletzt und in Krankenhäuser eingeliefert. Auch Journalisten wurden geschlagen, darunter der Reporter Ben Stocking von Associated Press. Wir sollten alles in unserer Macht Stehende tun, um zu gewährleisten, dass Vietnam, das derzeit Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist, die Menschenrechte achtet.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). - (DE) Frau Präsidentin! Heute Abend steht mein Bericht zur Förderung der sozialen Integration und zum Kampf gegen Armut, einschließlich Kinderarmut, als letzter Punkt auf der Tagesordnung. Es handelt sich dabei um einen Initiativbericht, der nach Artikel 131a und Artikel 45 unserer Geschäftsordnung im verkürzten Verfahren behandelt wird, das heißt in einer Präsentation ohne offene Debatte durch die Abgeordneten und auch ohne die Möglichkeit, Änderungsanträge zu stellen.

Ich protestiere gegen diese Selbstbeschränkung der Rechte der Abgeordneten im Europäischen Parlament und fordere, dass wir als Europaparlament diese Regelung wieder ändern. Es kann nicht sein, dass wichtige Themen wie Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung hier nicht offen debattiert werden können. Der Ausschuss hat darüber immerhin intensiv debattiert, 200 Änderungsanträge und 40 Kompromissänderungsanträge eingebracht.

Es ist ein öffentliches Thema, und wir nehmen uns ein Stück unserer eigenen Rechte, wenn wir darauf verzichten, hier im Plenum zu diskutieren.

Urszula Krupa (IND/DEM). - (PL) Frau Präsidentin! In Indien nimmt die Zahl der christlichen Märtyrer, die von hinduistischen Scharfrichtern auf schreckliche Weise ermordet werden, immer noch zu. In verschiedenen Teilen der Welt appelliert die katholische Kirche an Regierungen und internationale Organisationen und bittet bislang erfolglos um Hilfe für die Christen in Indien, im Irak und in Vietnam. Leider geht die Verfolgung der Christen immer noch mit Passivität einher, nicht nur seitens der Regierungsvertreter und Rechtsinstitutionen vor Ort, sondern auch anderer demokratischer Regierungen und internationaler Institutionen, die in anderen Fällen von Menschenrechtsverletzungen aktiv involviert sind. Das betrifft auch die Europäische Union.

Daher möchte ich vor dem Europäischen Parlament gegen die Tatsache protestieren, dass die Menschenrechtsverletzungen in Indien, im Irak und in Vietnam ignoriert werden. Ich appelliere hier auch an die Europäische Kommission und möchte dringend um diplomatische Intervention und Schritte gegen solche Akte der Barbarei ersuchen. Passivität angesichts von Verfolgung kann eine besondere Form der Diskriminierung von Katholiken darstellen.

Sergej Kozlík (NI). - (SK) In den letzten 50 Jahren ist die starke slowakische Minderheit in Ungarn von über 200 000 Menschen fast gänzlich ausgelöscht worden. Andererseits wachsen die ungarischen Minderheiten in den angrenzenden Ländern, auch in der Slowakei. Paradoxerweise haben die Ungarn die Europäer jahrelang glauben gemacht, dass es ihre Minderheit ist, die unterdrückt wird.

Mehrere politische Führer Ungarns sprechen offen über die Idee eines Großungarns. Leider bleibt dies bei den wichtigen Politikern Europas unbeachtet. Das ungarische Parlament organisiert in seinen Kammern ein

grenzüberschreitendes Forum der ungarischen Mitglieder des Parlaments für das Karpatenbecken. Vertreter der ethnischen ungarischen politischen Parteien in der Slowakei und in Rumänien treffen sich in aller Öffentlichkeit zu Autonomiegesprächen. Im heutigen Europa ist eine derartige Haltung inakzeptabel und gefährlich.

Marian Zlotea (PPE-DE). – (RO) Frau Präsidentin! Leider steht Rumänien vor einem ernststen Problem, das die Sicherheit und Gesundheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger gefährdet: Der Verwendung nicht steriler chirurgischer Fäden, die aus China in Krankenhäuser eingeführt werden.

Dem rumänischen Gesundheitsministerium ist dieses Problem seit August bekannt. Doch trotz Warnungen, dass dies zu Infektionen oder sogar zum Tod von Patienten führen könnte, wurde die Nutzung nicht rechtzeitig unterbunden.

Die Alarmglocken läuteten, nachdem ein Patient aufgrund einer Infektion im Krankenhaus starb, anderen Patienten droht die gleiche Gefahr. Meiner Meinung nach ist das nicht nur für Rumänien, sondern für ganz Europa ein Warnsignal.

Die Tatsache, dass immer mehr aus China eingeführte Produkte fragwürdig sind und die Gesundheit und Sicherheit der europäischen Bürger gefährden, ist eine sehr ernste Angelegenheit.

Vor gar nicht allzu langer Zeit hatten wir Probleme mit Süßigkeiten, die durch melaminhaltiges Milchpulver kontaminiert waren. Diese stammten ebenfalls aus China. Wir führen Produkte aus China ein, weil sie billiger sind. Meiner Meinung nach sollte Europa jedoch die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger an erste Stelle setzen.

Ich fordere Kommissarin Vassiliou zur Einleitung einer Untersuchung auf, um weitere Zwischenfälle in den Mitgliedstaaten zu vermeiden. Wir benötigen dringende Maßnahmen zur Prüfung dieser Produkte, damit Einfuhren auf den Binnenmarkt rechtzeitig unterbunden werden.

Pierre Pribetich (PSE). – (FR) Frau Präsidentin! Die schwache Nachfrage nach Neufahrzeugen zeigt sich an dem Rückgang der europäischen Automobilindustrie. Ein führender französischer Hersteller hat gerade die Streichung von 4 000 Arbeitsplätzen angekündigt, hinzu kommen weitere 2 000 Stellenstreichungen in Europa.

Gleichzeitig ist man trotz eines Gewinnanstiegs von 37 % in der ersten Jahreshälfte immer noch entschlossen, weitere Stellen zu streichen. Unter dem Vorwand der Rationalisierung konzentriert man sich zu stark auf die Profitabilität. Dies geht auf Kosten ehrgeiziger industriepolitischer Maßnahmen, die nicht berücksichtigt werden. Ebenso wenig nimmt man Rücksicht auf die Arbeitnehmer.

Ich möchte als Sprecher für diese Arbeitnehmer auftreten, die von diesen Maßnahmen am stärksten betroffen sind, die Opfer dieser Situation sind, und ich fordere diesen Hersteller dazu auf, seine Strategie zu überdenken und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern.

In Zeiten einer Beschäftigungskrise sollte das oberste Priorität haben. In diesem Sinne muss die Entscheidung in Bezug auf den Vorschlag für eine Verordnung zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Neufahrzeugen verschiedenen Aspekten gleichermaßen Rechnung tragen: der nachhaltigen Entwicklung und der Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine innovative Industriepolitik auf allen Ebenen, insbesondere auf sozialer Ebene.

Marco Cappato (ALDE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Italien findet derzeit eine Verletzung der Grundsätze der Demokratie statt, auf die ich meine Kolleginnen und Kollegen aufmerksam machen möchte: In den letzten 18 Monaten hat sich das italienische Parlament geweigert, einen Richter für das Verfassungsgericht zu ernennen, wie es in der italienischen Verfassung vorgesehen ist. Darüber hinaus hat sich das italienische Parlament in den letzten sechs Monaten geweigert, den parlamentarischen Überwachungsausschuss für das Informationssystem einzusetzen.

Ich habe nicht die Zeit, um auf Einzelheiten einzugehen. Wir haben den Mitgliedern ein Paket mit detaillierten Informationen zukommen lassen. Mein Kollege Marco Pannella ist seit vergangenem Samstag um Mitternacht im Hunger- und Durststreik, um gegen die rechtswidrigen Handlungen des Präsidenten der italienischen Republik zu protestieren. Bei uns ist ein Vertrauensvotum von 25 Mitgliedern des Europäischen Parlaments eingegangen, die eine Entschließung gemäß Artikel 7 der Verträge unterzeichnet haben. Meine Redezeit ist abgelaufen. Daher möchte ich Sie nur bitten, sie zu lesen und zu unterstützen.

Milan Horáček (Verts/ALE). – (DE) Frau Präsidentin! Die UN-Menschenrechtsdeklaration jährt sich in diesem Jahr zum sechzigsten Mal. Seitdem haben unzählige Menschenrechtsgruppen und -organisationen weltweit diese Deklaration als Grundlage für ihre Tätigkeit genutzt, wie z. B. die Charta 77 in der Tschechoslowakei, die Solidarność in Polen oder die Menschenrechtsbewegungen in Lateinamerika.

Die Menschenrechtspolitik hat auch heute nicht an Bedeutung verloren. Sie hat noch nicht in alle Politikbereiche Einzug gehalten. Wir dürfen die Menschenrechte nicht als Sonderposten neben unseren anderen Politikbereichen laufen lassen, sondern müssen die Auseinandersetzung suchen, auch um den Preis der verschiedenen Nachteile. Als grundlegende Werte sind die Menschenrechte eine der stärksten Säulen im europäischen Haus, daher müssen wir sie auch in unserer eigenen Arbeit vermehrt beachten.

Deshalb bin ich dafür, den Unterausschuss für Menschenrechte aufgrund seiner Bedeutung zu einem Hauptausschuss zu machen.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN). – (PL) Frau Präsidentin! Die Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik weist eindeutig auf Gefahren in verschiedenen landwirtschaftlichen Bereichen hin. Es ist schon viel über die notwendige Reform im Zucker-, Tabak-, Obst- und Gemüsemarkt gesagt worden. Es wird über die notwendige Anhebung der Quoten, auch der Milchquoten, und die Freigabe von Brachland für den Getreideanbau gesprochen. Andere Probleme, beispielsweise das Problem der europäischen Bienenzucht, bleiben hingegen im Hintergrund.

Bienen sterben zuhauf aufgrund verschiedener Krankheiten, von denen die *Varroatose* und die *Nosemaseuche* am meisten bekannt sind. Bienen spielen eine Rolle für die Bestäubung und sind ein Garant für die Artenvielfalt in unserem Leben und den Fortbestand der Natur. Deshalb möchte ich Ihre Aufmerksamkeit heute auf dieses Thema lenken, da wir Bienen im Allgemeinen im Zusammenhang mit Honig, Propolis oder Wachs wahrnehmen. Hätte Frau Lulling nicht die Entschließung vorgelegt, dann stünden wir im Europäischen Parlament den mit der Bienenzucht einhergehenden Problemen ohne Zweifel gleichgültig gegenüber. Wir brauchen dringend ein Programm zur Rettung der Bienen und der Bienenzucht in der Europäischen Union.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) In Portugal sind in letzter Zeit Unternehmen geschlossen worden, vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie, insbesondere im Norden des Landes, z. B. das Textilunternehmen Oliveira Ferreira in Riba de Ave und mehrere Unternehmen in den Regionen von Barcelos, Santo Tirso und Fafe. Hinzu kam vor kurzem das Werk des multinationalen Herstellers Lee in Évora, ganz zu schweigen von der Gefahr, die vielen anderen Arbeitnehmern droht, beispielsweise in Vila Nova de Gaia und Lousada.

Vor dem Hintergrund von Entlassungen halten Hunderte von Unternehmen nicht die arbeitsrechtlichen Bestimmungen ein, nutzen Entlassungen als Druckmittel für die Zahlung von Löhnen unter dem gesetzlichen Mindestlohn und diskriminieren Jugendliche und Frauen. Dies geht aus einer Studie für die Teilregionen Tâmega und Sousa hervor, die vor kurzem von der Gewerkschaft für die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie der Region Porto veröffentlicht wurde.

Deshalb ist es besonders wichtig, zu wissen, was die Europäische Kommission im Hinblick auf das System der doppelten Kontrolle für den Handel mit China unternehmen will, das Ende dieses Jahres ausläuft. Dabei sollte man den notwendigen Schutz der Produktion und der mit Rechten verbundenen Arbeitsplätze in unseren Ländern bedenken.

Witold Tomczak (IND/DEM). – (PL) Frau Präsidentin! In Indien gibt es keine Anzeichen für ein Nachlassen der Unterdrückung von Christen. Weiterhin werden Menschen aufgrund ihrer Religion ermordet – einfach weil sie Christen sind. Katholische Kirchen werden zerstört. Selbst gegen schutzlose Nonnen, die sich um die Armen kümmern, wird Gewalt angewendet. Die indische Regierung ergreift keine wirksamen Maßnahmen zur Gewährleistung der Menschenrechte in diesem Land, insbesondere des Rechts auf Leben und des Rechts auf Religionsfreiheit.

Die Europäische Union, deren Phraseologie und Organe sich auf die Einstellung zu den Menschenrechten stützen, hat bislang noch keine ernsthaften Schritte unternommen, um die Rechte der Christen zu schützen, die in Indien ermordet werden. Bei dem EU-Indien-Gipfel wurde kein Druck auf Indien ausgeübt, um dem Martyrium der Anhänger des christlichen Glaubens ein Ende zu setzen. Im Europäischen Parlament haben wir zum 60. Jahrestag der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eine spezielle Gedenkfeier für die Menschenrechte organisiert. Haben die prominenten Redner Forderungen in Bezug auf die Rechte der Christen gestellt, die heute nicht nur in Indien verfolgt werden? Somit stellt sich die Frage: Nehmen die EU und ihre führenden Politiker die Doktrin der Menschenrechte wirklich ernst? Gelten sie wirklich für alle Menschen? Oder wird hier vielleicht mit zweierlei Maß gemessen? Will man mit dem Predigen der

Menschenrechte alle Arten von Minderheiten, auch sexuelle Minderheiten schützen – nicht aber die Rechte der Menschen, die aufgrund ihres christlichen Glaubens ermordet werden? Europa, wach auf!

Irena Belohorská (NI). - (SK) Von Anfang an hat sich die Slowakei um die Schaffung gleicher Bedingungen für alle ihre Bürgerinnen und Bürger bemüht. Ohne Zweifel ist die Slowakei heute ein Musterbeispiel für den Umgang mit nationalen Minderheiten. Das kann von Ungarn nicht gesagt werden, wo die slowakische Minderheit brutal assimiliert wurde.

Von allen nationalen Minderheiten, die in der Slowakei leben, hat vor allem die ungarische Minderheit einen Sonderstatus. In der Slowakei ist sie mit einer politischen Partei im Parlament vertreten. Das Schulsystem ermöglicht eine Erziehung in der ungarischen Sprache – vom Kindergarten bis zur Universität –, wobei viele Studenten die Hochschulen gänzlich ohne Kenntnis der slowakischen Sprache verlassen. Daher halte ich die Einrichtung des Karpatenbecken-Forums, das sich aus ungarischen Mitgliedern der Parlamente souveräner Staaten zusammensetzt, die Mitglieder der Europäischen Union sind, und das die Autonomie vorantreiben soll, für eine Provokation und Absurdität, die im 21. Jahrhundert unangemessen ist.

Mairead McGuinness (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Inmitten der Angst und Sorge um den Bankensektor gibt es vielleicht doch einen Hoffnungsschimmer. Ich freue mich, dass die Kommissarin für Landwirtschaft heute hier ist und mir zuhört, weil sich Europa in Zeiten der Krise der Herausforderung vielleicht tatsächlich stellen kann.

Erinnern Sie sich doch an die BSE-Krise, als die gesamte Rindfleisch- und Nahrungsmittelindustrie vor dem Zusammenbruch stand und das Vertrauen verloren war. Damals hat Europa durch die Einführung strenger Vorschriften vom Erzeuger bis zum Verbraucher reagiert und Strafen für mangelnde Rückverfolgbarkeit eingeführt.

Wir sollten dem Bankensektor sagen, dass dies seine BSE-Krise ist und dass er aus der Asche emporsteigen wird, aber besser reguliert werden muss. Die Menschen und das Geld müssen aufgespürt und verfolgt werden, und diejenigen, die sich an unlauteren Praktiken beteiligen, müssen bestraft werden.

Doch es gibt Hoffnung. Wir haben Erfahrung; und ich glaube, dass Europa aus dieser Krise gestärkt hervorgehen wird, weil es eine bessere Regulierung geben wird.

Yannick Vaugrenard (PSE). – (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte nochmals auf die unorthodoxen Aussagen von Herrn Barroso zu sprechen kommen. Er lässt durchblicken, dass er bereit wäre, die unantastbaren Wettbewerbsregeln zu vergessen, dass er es mit den staatlichen Beihilfen nicht so genau nehmen würde.

Wenn es darum ginge, einen bestimmten Sektor der europäischen Industrie zu retten, wenn es darum ginge, den Mitgliedstaaten Investitionen in die Forschung oder sogar die Ausgabe einer anspruchsvollen europäischen Anleihe zu ermöglichen, dann würde ich diese Kehrtwendung begrüßen. Doch es geht um den groß angelegten Rückkauf toxischer Finanzprodukte, die sich im Besitz von Finanzakteuren befinden. Es geht letztendlich darum, die Finanzjongleure zu retten, die die Bemühungen der Marktaufsichtsbehörden auf die leichte Schulter nehmen.

Wenn die Kommission ihre Doktrin überdenkt – umso besser. Doch das muss richtig gemacht werden, durch eine flexiblere Einstellung gegenüber der Frage staatlicher Beihilfen in bedrohten strategischen Sektoren in Europa und durch die Förderung von Maßnahmen in Bezug auf Rating-Agenturen, die Bekämpfung von Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen und die Regulierung von spekulativen Fonds. Das fordern wir schon seit Jahren, und jetzt haben wir den Beweis: Das Credo des freien Wettbewerbs und der freie Markt haben eindeutig in eine Sackgasse geführt.

Marco Pannella (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin! Erneut haben wir etwas zum Schmunzeln. In dem aktuellen Klima, in dem Europa, das Vaterland vergangener Jahre, erneut im Begriff ist, unsere europäische Heimat zu vernichten, weiß man kaum, was man sagen soll.

Doch es gibt eine Überraschung. Denn gestern hat die französische Tageszeitung *Le Monde* – und dafür möchte ich ihrem neuen Chefredakteur Eric Fottorino danken – einen wunderbaren Leitartikel mit einer Karikatur von Plantu veröffentlicht, in dem diese nicht institutionellen, von uns soeben erfundenen G4 wie folgt dargestellt werden: Es gibt die *Krauts*, die *Makkaronis*, die hinterlistigen *Albion* und die Franzosen, die Europa gemeinsam vernichten wollen, wobei sich jeder nur um seine eigenen lapidaren Interessen kümmert. Sie stehen einem Parlament gegenüber, einem selbst ernannten Parlament, das sich immer noch nicht verständlich machen kann. Vielen Dank *Le Monde*, vielen Dank Plantu. Plantu for President!

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN). – (PL) Frau Präsidentin! In ihren Erklärungen bringt die Europäische Union die Sorge um das Beschäftigungswachstum und um ein hohes Maß an sozialer Sicherheit zum Ausdruck. Die Haltung der Kommission in der Frage der polnischen Werften läuft diesen Erklärungen jedoch zuwider. In der Europäischen Union dürfen staatliche Beihilfen zur Subventionierung maroder Banken genutzt werden, und sie dürfen ohne Einschränkungen in Regionen in Anspruch genommen werden, die früher zum kommunistischen Deutschland gehörten. Wie steht es mit der Gleichbehandlung von wirtschaftlichen Einheiten? Werften haben in der so genannten „alten EU“ jahrelang Beihilfen erhalten, und alles war in Ordnung. Die neuen Mitgliedstaaten, die die Chance haben sollten, in wirtschaftlicher Hinsicht zu den übrigen Mitgliedern der Gemeinschaft aufzuschließen, werden von der Kommission wie erobertes Gebiet behandelt.

Ich bin davon überzeugt, dass die polnischen Wählerinnen und Wähler bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament durch ihre Stimmabgabe ihren Widerstand gegen diese europäische Solidarität bekunden werden.

Gerard Batten (IND/DEM). – Frau Präsidentin! Seit Jahren warne ich davor, dass der Europäische Haftbefehl zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Internet genutzt werden könnte. Dieser Fall ist nun eingetreten. Am 1. Oktober wurde Dr. Frederick Toben am Flughafen Heathrow aufgrund eines Europäischen Haftbefehls verhaftet, der in Deutschland wegen mutmaßlich fremdenfeindlicher Verbrechen im Internet ausgestellt worden war.

Dr. Toben ist ein Holocaust-Leugner. Seine Ansichten sind für alle vernünftigen Menschen widerwärtig. Doch das ist nicht der Punkt. Er wurde in Großbritannien für die im Internet in Australien erfolgte Veröffentlichung seiner Ansichten verhaftet. Die Leugnung des Holocausts ist zwar widerlich, doch in Großbritannien oder Australien nicht rechtswidrig. Wenn dieser Europäische Haftbefehl ausgeführt wird, dann beweist dies, dass jemand, dessen Meinungsäußerung im Internet in seinem eigenen Land rechtmäßig ist, an ein anderes Land der EU ausgeliefert werden kann, in dem diese Ansichten rechtswidrig sind. Das hätte starke Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit innerhalb von Nationalstaaten.

Péter Olajos (PPE-DE). – (HU) Frau Präsidentin! Vielen Dank. Leider gibt es jetzt nach dem Streit über den Schaum im Fluss Raab erneut eine österreichisch-ungarische Umweltschutzdebatte im Europäischen Parlament. Die österreichische Gesellschaft BEGAS plant den Bau einer Müllverbrennungsanlage mit einer Kapazität von 325 000 Tonnen in Heiligenkreuz, nur einige Hundert Meter von der ungarischen Grenze entfernt. Diese neue Anlage wird nicht nur Abfälle aus lokalen Quellen, sondern auch aus anderen Regionen verarbeiten können. Das Projekt findet bei den lokalen Behörden in Österreich und in Ungarn außergewöhnlich wenig Unterstützung. Ein besonderer Grund zur Sorge ist für mich die Tatsache, dass die geplante Verbrennungsanlage kaum einen Kilometer von der ungarischen Stadt Szentgotthárd, die in der Hauptwindrichtung liegt, und vom Nationalpark Őrség entfernt wäre, der im Rahmen von Natura 2000 geschützt ist und das Gebiet Őrség umfasst, das kürzlich mit dem ED-Preis ausgezeichnet wurde. Das hätte unvorhersehbare Folgen für eine Region in Ungarn, die von der Schönheit ihrer Natur, ihren Nationalparks und ihrem Ökotourismus lebt.

Abschließend möchte ich, Frau Präsidentin, die Frage stellen, warum der slowakische Abgeordnete, der sich mit solchen Hasstiraden gegen die Ungarn geäußert hat, zweimal das Wort ergreifen durfte. Das ist eine Verfahrensangelegenheit. Ich danke Ihnen.

Monika Beňová (PSE). – (SK) Ich möchte sehr energisch den Kommentaren widersprechen, die wir hier gehört haben und die die slowakische Regierung beschuldigen, Hass zu schüren und die Rechte der nationalen Minderheiten in der Slowakischen Republik zu verletzen.

Meine Damen und Herren, werter Kollege Tőkés, die Regierungserklärung der slowakischen Regierung enthält eine Erklärung zu den Rechten von Minderheiten, und die Regierung achtet diese Rechte auch. Ich bedauere zutiefst, dass die ungarischen Abgeordneten ihre einminütige Redezeit bei jeder einzelnen Tagung des Europäischen Parlaments dazu nutzen, um die slowakische Regierung und somit auch die Bürgerinnen und Bürger der slowakischen Republik anzugreifen.

Frau Präsidentin, die slowakische Regierung legt großen Wert auf gute Beziehungen zu ihren Nachbarn und möchte gute Beziehungen zu ihren Nachbarn haben. Doch gute bilaterale Beziehungen erfordern zwei Partner. Bislang war es nur die slowakische Regierung, die die Hand der Freundschaft gereicht hat.

Milan Gaľa (PPE-DE). - (SK) Die Ergebnisse der dreijährigen Studie der Weltgesundheitsorganisation zu den gesundheitlichen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Welt sind Besorgnis erregend. Die Situation ist auf sozioökonomische Bedingungen, nicht auf biologische Faktoren zurückzuführen. Ein durchschnittliches japanisches Mädchen hat beispielsweise eine Lebenserwartung von 83 Jahren. In Lesotho in Afrika liegt ihre Lebenserwartung bei 42 Jahren. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau bei der Entbindung stirbt, liegt in Schweden bei 1 zu 17 000; in Afghanistan liegt das Verhältnis bei 1 zu 8.

Menschen, die in armen Gegenden der europäischen Großstädte leben, haben im Durchschnitt eine um 28 Jahre kürzere Lebenserwartung als diejenigen, die in wohlhabenderen Gebieten leben. Eine Kombination aus schlechter Politik, unangemessenen sozialen Bedingungen, schlechter Bildung, unterdurchschnittlichen Wohnverhältnissen, beschränktem Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln usw. ist der Grund dafür, warum die meisten Menschen nicht so gesund sind, wie es biologisch gesehen möglich wäre. Die Kommission der WHO für soziale Determinanten ist der Auffassung, dass die Ungleichheiten durch einen proaktiven Ansatz innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums verringert werden können.

Avril Doyle (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Wie die kürzlich veröffentlichte allererste Eurobarometer-Umfrage zu der Einstellung unserer Bürgerinnen und Bürger zum Klimawandel zeigt, ist der Klimawandel nicht mehr ein ökologisches Randproblem, sondern steht im Mittelpunkt der europäischen Politik.

Angesichts der derzeitigen globalen Wirtschafts- und Finanzturbulenzen kann ich die Bedenken der Kollegen sehr gut verstehen, da wir als Politiker vor einem Problem stehen, das zweifelsohne die größte moralische, ökologische, soziale und wirtschaftliche Herausforderung für die gesamte Menschheit ist: der globalen Erwärmung durch unsere Treibhausgasemissionen oder auch dem Klimawandel.

Diese Herausforderung wird nicht warten; Kopenhagen wird nicht warten, und das kann auch nicht in unserem Sinne sein. Als Berichterstatterin für eines der vier Dossiers für die Rechtsordnung zur Klimaänderung nach 2012 – die Überarbeitung des Emissionshandelssystems (EHS) – vertraue ich voll und ganz darauf, dass unsere Regierungen diese großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, vor denen wir heute stehen, kurzfristig und deutlich vor 2013 lösen werden. Obwohl es also in der Natur der Politik liegt, sich heute auf die aktuellen Probleme zu konzentrieren, dürfen wir uns nicht davon ablenken lassen, jetzt längerfristige Gesetze für den Zeitraum nach 2012 für dieses äußerst drängende Problem zu erlassen. Andernfalls wird das Urteil der Geschichte für uns nicht gnädig ausfallen.

Miloš Koterec (PSE). - (SK) Es ist verblüffend, den Missbrauch dieses Hauses und die politischen Ränkespiele zu beobachten, die sich auf das politische Umfeld in der Slowakei konzentrieren. Ich habe den Äußerungen meines Kollegen aus Ungarn, Herrn Tőkés, genau zugehört, und ich muss gegen die einseitige Sicht der aktuellen Ereignisse und ihre Darstellung als generellen Angriff auf die Handlungen der slowakischen Republik in diesem Bereich protestieren.

Ich möchte betonen, dass die derzeitige slowakische Regierung ihre Minderheitenpolitik sogar noch weiter verbessern möchte, obwohl sie schon jetzt allen europäischen Standards entspricht.

Ich möchte die Versuche verurteilen, spezielle punktuelle Schwierigkeiten zu missbrauchen und sie als grundsätzlich schlechtes Verhalten seitens der Regierung darzustellen, und das auch noch im Europäischen Parlament. Durch die aktive Suche nach Reibungspunkten und die verzerrte Darstellung der Lage entfachen und schüren wir nur künstliche Konflikte, die sinnlos und unnötig sind und das Leben der slowakischen Gesellschaft kompliziert und unerfreulich gestalten.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

22. Unterbrechung der WTO-Doha-Runde (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zur Unterbrechung der WTO-Doha-Runde.

Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidenten! Ich vermute, Sie haben erwartet, heute Abend Kommissar Mandelson hier zu sehen. Doch wie Sie wahrscheinlich wissen, hat er die Kommission verlassen, und ich habe das große Los gezogen, Herrn Mandelson heute Abend hier zu vertreten. Da ich an den Verhandlungen bei der WTO in Genf direkt beteiligt und für den Agrarsektor verantwortlich war, freue ich mich jedoch, heute Abend hier bei Ihnen zu sein.

Obwohl die Verhandlungen im Juli in Genf nicht erfolgreich waren, wurde die Doha-Runde nicht unterbrochen. Im Gegenteil, sie wurde aktiv aufrechterhalten, selbst in den letzten Wochen. Und es ist unsere Absicht, konstruktiv zu dieser Aktivität beizutragen, um die volle Wiederaufnahme der Gespräche auf Ministerebene zu gegebener Zeit zu fördern, sobald die notwendigen technischen Analysen, die derzeit von den Schlüsselländern in Bezug auf die verbleibenden problematischen Fragen durchgeführt werden, abgeschlossen sind.

Bei den Verhandlungen, die im Juli stattgefunden haben, wurden einige echte Fortschritte erzielt. Das daraus hervorgegangene Paket hat ein mögliches ausgewogenes Ergebnis skizziert, das die wesentlichen Anforderungen der Europäischen Union im Agrarbereich berücksichtigt und gleichzeitig wertvolle Vorteile für unsere industriellen Erzeuger bietet.

Es hat sich bei verschiedenen Schlüsselfragen ein breiter Konsens abgezeichnet, u. a. im Hinblick auf die generelle Verringerung der handelsverzerrenden internen Unterstützung im Agrarsektor, den Spielraum, den Industrieländer und Entwicklungsländer beibehalten würden, um eine begrenzte Anzahl von sensiblen und speziellen Erzeugnissen vor Zollsenkungen zu schützen, die Schweizer Formel zur Ermittlung der Zollsenkungen für gewerbliche Produkte und die Flexibilität, die Entwicklungsländer zum Schutz einiger gewerblicher Erzeugnisse vor diesen Senkungen gewährt werden sollte. Gemäß der von der Kommission vorgenommenen Bewertung bietet dieses Paket einen echten Nutzen für die europäische Wirtschaft und die Verbraucher. Es würde zudem einen internationalen Rechtsrahmen für die Landwirtschaft schaffen, der voll und ganz im Einklang mit der Reform von 2003 steht. Unserer Meinung nach bietet das neue Paket auch echtes Entwicklungspotenzial für die ärmsten Länder der Welt.

Eine auf dieser Grundlage abgeschlossene Verhandlungsrunde würde die weltweit gültigen Zölle um die Hälfte verringern. Die Entwicklungsländer würden ein Drittel der Ersparnisse beitragen und von zwei Dritteln des besseren Marktzugangs profitieren. Außerdem würde sie sicherstellen, dass sich die OECD-Länder der europäischen Initiative anschließen, wonach den am wenigsten entwickelten Ländern der zoll- und quotenfreie Zugang zu ihren Märkten gewährt werden soll, was wir üblicherweise als unsere Initiative „Alles außer Waffen“ bezeichnen.

Es wäre uns damit auch gelungen, eine echte Agrarreform in den USA festzuschreiben. Durch eine Einigung müssten die USA ihre handelsverzerrende interne Unterstützung oder Subventionierung auf 14,5 Milliarden US-Dollar verringern. Ohne sie können die Subventionen nach dem neuen Agrargesetz auf 48 Milliarden US-Dollar ansteigen. Sie würde auch unserem Interesse dienen, einen dauerhaften internationalen Rechtsschutz unserer reformierten gemeinsamen Agrarpolitik zu erwirken.

Durch eine Einigung auf dieser Basis würden die Schwellenländer zu Wächtern des multilateralen Handelssystems, das aufrechterhalten und auch gestärkt werden muss. Wir würden sie stärker in das regelbasierte Welthandelssystem einbeziehen, was für die Zukunft entscheidend ist.

Daher war es enttäuschend, dass es sich als unmöglich erwiesen hat, die Gespräche über die Doha-Modalitäten aufgrund der weiterhin bestehenden Uneinigkeit über einen ganz bestimmten Punkt im Agrarbereich im Juli zu einem Abschluss zu bringen. Die Meinungsverschiedenheit entstand in Zusammenhang mit der Frage besonderer agrarpolitischer Schutzmechanismen für Entwicklungsländer, den so genannten SSM, und zwar im Wesentlichen innerhalb der G7-Gruppe. Indien und China konnten sich mit den USA nicht über die Auslösemechanismen und Abhilfemaßnahmen für diesen Schutz einigen, wenn er bei einer Verletzung der vor der Doha-Runde vereinbarten Sätze genutzt wird.

Seit Anfang September haben auf hoher offizieller Ebene Kontakte stattgefunden, um diese anhaltende Meinungsverschiedenheit zu lösen; bislang konnten wir jedoch noch keinen Erfolg in dieser Frage erzielen. Obwohl die Europäische Union weiterhin stark engagiert ist, ist es in der Tat unklar, inwieweit sich die Gespräche in den kommenden Wochen weiterentwickeln werden.

Wie gewohnt werden wir unseren intensiven Dialog mit dem Parlament fortsetzen; und wir hoffen natürlich auf Ihre weitere Unterstützung in dieser Frage.

Georgios Papastamkos, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin! Das Scheitern der Doha-Verhandlungsrunde führt nicht nur zu entgangenen Chancen, entgangenen Gewinnen und einer Zuspitzung des Klimas wirtschaftlicher Unsicherheit. Ebenso kritisch sind die systemischen und die institutionellen Kosten. Damit meine ich den Verlust an Glaubwürdigkeit der WTO.

Natürlich möchten wir alle eine Einigung erzielen, doch nicht, wenn sie ohne Rücksicht auf die Kosten erzielt werden soll, die der EU entstehen würden. Ein erfolgreicher Abschluss der jetzigen Verhandlungsrunde setzt

eine umfassende, ehrgeizige und ausgewogene Einigung voraus. Daher fordern wir erhebliche Zugeständnisse sowohl von unseren entwickelten Handelspartnern als auch von den dynamischen Entwicklungsländern.

Daher fordern wir die Kommission auf, in Zukunft entschlossen bei den Verhandlungen aufzutreten. Es gab eine Reform der GAP. Ich frage Sie: Wurde diese als Verhandlungsinstrument genutzt? Weit gefehlt: Die Kommission hat weiter einseitig eine Reihe von zusätzlichen, nutzlosen Angeboten für den Agrarsektor unterbreitet.

Es gibt viele Fragen, die ich der Kommissarin für Landwirtschaft stellen könnte. Doch ich werde mich auf eine beschränken: Ist die Frage der geografischen Angaben ein wesentlicher Bestandteil der agrarpolitischen Verhandlungen?

Unser Engagement für ein multilaterales Handelssystem kann als selbstverständlich angesehen werden. Wir sehen einer Handelsordnung entgegen, die auf ein effektives Management der Globalisierung und eine gerechtere Verteilung ihrer Vorteile abzielt.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich persönlich der Auffassung bin, dass der negative Abschluss, d. h. die Beseitigung der Hemmnisse im WTO-Rahmen, nicht adäquat durch die notwendige positive Integration im Hinblick auf eine systemische Regulierungskonvergenz unterstützt wurde.

Erika Mann, im Namen der PSE-Fraktion. – (DE) Frau Präsidentin! Welthandelsrunden sind erfahrungsgemäß sehr schwierig. Ich möchte der Kommission einen Dank aussprechen, weil sie – wie wir, die Kollegen des Parlaments, auch bei den Gesprächen der letzten Runde in Genf es mehrfach erlebt haben – bis zur letzten Minute noch sehr ausgewogen verhandelt hat und auch die Kommissarin in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht nur die notwendige Flexibilität, sondern auch großes Verständnis für die ärmeren Entwicklungsländer aufgebracht hat, was uns ja auch in Gesprächen immer wieder signalisiert wurde. Insofern war es ja dieses Mal nicht die Europäische Union, die am Pranger stand, sondern es waren andere Länder, die eigentlich erheblich schwierigere Verhandlungspartner waren.

Ich bedaure, dass wir angesichts der Finanzkrise, die wir zurzeit haben, feststellen, dass wir mehr internationale, mehr multilaterale Regeln brauchen, weil diese das Korsett bilden, das auf der einen Seite dafür sorgt, dass ärmere Länder sich integrieren können, dass reichere Staaten jedoch auch gewährleisten können, dass ihre Bevölkerung davon profitiert, und dass gleichzeitig Standards gesetzt werden. Was wir wirklich bedauern, ist, dass deshalb diese Welthandelsrunde offensichtlich nicht bis Ende des Jahres zu Ende gebracht werden kann. Von dieser Illusion sollten wir uns verabschieden.

Vielleicht ist es auch gut so, wenn wir all dies mit dem neuen Parlament und der neuen Kommission und dann auch nach den Wahlen in den USA neu anpacken, anstatt es einfach irgendwie über die Bühne zu bringen. Meine Fraktion würde eher zu Sorgfalt raten, anstatt diese Runde nun auf Biegen und Brechen zu Ende zu bringen.

Frau Kommissarin, ich habe aber eine Bitte – wie immer Sie verhandeln werden und wie immer es weitergehen wird: Informieren Sie das Parlament rechtzeitig und früh genug und sorgen Sie auch dafür, dass wir uns unabhängig davon, ob wir den Lissabon-Vertrag bekommen oder nicht, dennoch einmal anschauen, ob wir nicht eine Art vorgezogenen „Quasi-Lissabon-Vertrag“ für den Handelsbereich machen können.

Ignasi Guardans Cambó, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin! Einige von uns waren Zeugen der echten Anstrengungen, die vonseiten aller Teilnehmer des Ministergipfels der Doha-Runde im Juli unternommen wurden, insbesondere der Anstrengungen der Europäischen Union, die durch Kommissar Mandelson sehr würdig vertreten wurde. Die Teilnahme der heute hier anwesenden Kommissarin an den Verhandlungen in Genf wurde ebenfalls begrüßt. Daher machte sich ein Gefühl der Enttäuschung breit, wie wir direkt miterleben konnten, dass alle diese Anstrengungen und tatkräftigen Bemühungen letztendlich zu keinem konkreten Ergebnis geführt haben, obwohl man ein Maß an Annäherung erreicht hatte, das ein Ergebnis nahe gelegt hätte.

In der Entschließung, die wir heute vorlegen und über die in diesem Plenum abgestimmt werden soll, bringen wir als Parlament unser Engagement für das dort erreichte Ergebnis zum Ausdruck. Wir fordern, dass das, was dort erreicht wurde – obwohl es natürlich keine endgültige Vereinbarung war –, die Grundlage für die jetzt beginnende Arbeit bilden sollte, damit die Bemühungen nicht vergeblich waren. In einem Geist von Naivität, in einem Anflug von Naivität fordern wir, dass die Doha-Runde so bald wie möglich zum Abschluss kommt.

Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, dass einige denken, diese Erklärung sei naiv, erst recht angesichts der Tatsache, dass selbst der wichtigste europäische Unterhändler nicht ausreichend daran geglaubt hat, in sein Land zurückkehrt ist und sämtliche Verhandlungen im Namen Europas einer Person überlassen hat, die nichts von den aktuellen Fragen weiß, ungeachtet der zukünftigen Fähigkeiten, die sie diese Person vielleicht hat.

Deshalb stimmt es, dass unsere Entschließung ein großes Maß an Naivität aufweist; doch wir müssen klar und deutlich sein. Wenn die Doha-Runde nicht zum Abschluss kommt, werden die Entwicklungsländer den Kürzeren ziehen. Wenn die Doha-Runde nicht zum Abschluss kommt, ist der multilaterale Ansatz ernsthaft gefährdet; insbesondere in einer Situation der globalen Unsicherheit, wie wir sie derzeit erleben, können bis zum Abschluss der Doha-Runde die anderen Punkte auf der globalen Agenda, beispielsweise der Klimawandel und der Anstieg der Nahrungsmittelpreise, nicht in Angriff genommen werden.

Es gibt andere Fragen, die gelöst werden müssen, und keine von ihnen kann gelöst werden, wenn wir uns nicht um den Abschluss dieser Verhandlungsrunde bemühen. Das Parlament wird sich weiter dafür einsetzen.

Caroline Lucas, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Ich freue mich sehr, dass dieses Plenum in den letzten Jahren weitaus kritischer gegenüber der Doha-Runde geworden ist. In der Tat spiegelt die uns vorliegende gemeinsame Entschließung sehr wortgetreu die Erklärung der globalen parlamentarischen Versammlung im September wider. Diese äußert sehr ernste Bedenken über die extrem wenigen Entwicklungsinhalte, die die Doha-Verhandlungen noch aufweisen, und übt sehr starke Kritik an den in zunehmendem Maße exklusiven Verhandlungsmethoden.

Gestatten Sie mir die Anmerkung, dass ich im Geiste der Erklärung dieser globalen parlamentarischen Versammlung die Hoffnung habe, dass der von der PPE-DE-Fraktion und der U-Fraktion vorgeschlagene Änderungsantrag, welcher bilaterale Freihandelsabkommen vom Typ „WTO-plus“ fordert, bei der morgigen Abstimmung nicht durchkommen wird. Bilaterale Freihandelsabkommen sind genau das Gegenteil eines funktionierenden Multilateralismus, und die Grünen können die Entschließung nicht unterstützen, wenn dieser Änderungsantrag durchgebracht wird.

Was mir bei unserer heutigen Debatte und auch bei dieser Entschließung auffllt, ist der mangelnde Mut, die Dinge einfach beim Namen zu nennen, nämlich dass die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde, so wie wir sie kannten, jetzt vorbei sind. Diese Unterbrechung könnte bis zum Frühjahr 2010 dauern. Es ist fast sicher, dass die neuen Verhandlungsführer der USA, der Kommission und Indiens nicht auf die schnellen Lösungen aus Juli 2008 zurückgreifen werden, die schon damals nicht funktioniert haben. Darin liegt also tatsächlich eine Chance. Dies ist genau der richtige Zeitpunkt, um das Scheitern der Doha-Gespräche der letzten sieben Jahre zu analysieren und in Verbindung mit einem offeneren und demokratischeren Prozess eine gemeinsame und gerechtere Agenda festzulegen, die von allen WTO-Mitgliedern, vor allem von den am wenigsten entwickelten Ländern unter ihnen, vollends unterstützt werden kann.

Sen  Neachtain, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (GA) Frau Präsidentin! Es ist an der Zeit, dass wir die Art unserer Beteiligung an den Welthandelsgesprchen ändern. Jetzt ist klar, dass das System und unsere Beteiligung daran nicht mehr funktionieren. Wir sind in Cancun, in Hongkong und auch in Genf gescheitert.

All dies basiert auf Folgendem: Wir versuchen, in Europa ein Paket zu schnüren, bei dem unsere Nahrungsmittelquellen verkauft werden sollen – die von uns gelieferten Nahrungsmittel. Der frühere Kommissar Mandelson hat alle erdenklichen Anstrengungen zur Aufhebung der Agrarpolitik unternommen, um ein globales Handelssystem zu fördern. Das ist nicht die Lösung. Woher sollen unsere Nahrungsmittel kommen, wenn wir sie importieren müssen? Europa muss sich darum kümmern, und wir müssen unsere jetzige Nahrungsmittelversorgung schtzen.

Wir haben unsere Agrarpolitik geändert. Doch wenn die Landwirtschaft nicht von der globalen Handelsagenda gestrichen wird, werden wir nie Fortschritte erzielen oder tatsächlich Erfolg haben. Es ist an der Zeit, dass etwas getan wird, wie es bereits bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt worden ist.

Helmuth Markov, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sieben Jahre lang verhandelt und zu keinem Ergebnis kommt, dann muss man sich einfach einmal selbstkritisch fragen, welche Fehler wir möglicherweise gemacht haben, vollkommen unabhängig davon, welche Fehler andere Länder oder andere Verhandlungspartner machen.

Ich glaube, da kann man eine Liste aufzählen – die muss zwar nicht von allen geteilt werden, aber vielleicht ist die Forderung nach Zollabbau und Marktöffnung für die Entwicklungsländer nicht das richtige Instrument,

weil sie ihre Einnahmen für ihre Haushalte verlieren würden und kein Äquivalent haben, um das zu kompensieren. Dann kann eben in diesen Ländern keine Gesundheitsvorsorge, Bildung oder Infrastrukturentwicklung stattfinden.

Vielleicht ist für manche dieser Länder ein Freihandelsabkommen, in welche Richtung es auch geht, nicht das richtige Modell, und sie haben ein Interesse, ein Handelsabkommen zu schließen, aber eben auf der Basis von GSP+. Vielleicht ist es wirklich so, dass bei dem Entwicklungsstand viele Länder erst einmal ihre eigenständige Wirtschaft entwickeln müssen. Auch die Europäische Union oder die europäischen Länder haben unter geschlossenen Märkten ihre Wirtschaft entwickelt.

Wenn man zu keinem Ergebnis kommt, muss man analysieren, warum das so ist. Die Doha-Runde war ursprünglich den Millenniums-Entwicklungszielen verpflichtet. Ich habe Verständnis dafür, dass viele Länder sagen, sie haben das Gefühl – und da teile ich eben nicht die Meinung von Herrn Ó Neachtain –, dass die derzeitigen Verhandlungen ausschließlich dazu dienen – und das sagt auch die „Global Europe“-Strategie –, dass global agierende Unternehmen noch globaler agieren können. Und das hat eben einen negativen Einfluss auf kleine regionale Produzenten. Es hat übrigens auch einen Einfluss auf europäische kleine lokale Produzenten.

Es liegt im Sinne und in der Notwendigkeit der Europäischen Union, dass wir vorankommen. Deswegen müssen wir vielleicht eine andere Verhandlungstaktik anwenden. Ich hoffe, dass die neue Kommissarin diese Chance nützt. Sie kommt von außen, sie hat Verhandlungserfahrung. Sie hat vielleicht noch nicht das nötige Wissen in Handelsfragen, aber sie hat ein kundiges Team, und vielleicht nutzt sie die Chance im Rahmen des Mandats etwas anders als der vorhergehende Kommissar. Und wir haben eine Chance!

Derek Roland Clark, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – Die EU macht sich gern wichtig, wenn es um Handelsfragen geht. Erinnern Sie sich noch an den sechsjährigen Bananenkrieg mit den USA? Das war, nachdem die EU den besonderen Marktzugang zu ihren früheren Kolonien im Karibischen Raum gewährt hatte. Der Generaldirektor der WTO ist der frühere Handelskommissar Pascal Lamy. Liegt da nicht vielleicht ein Interessenkonflikt vor? Immerhin könnte seine EU-Pension davon abhängen, dass er die EU-Politik nicht angreift. Könnte er das im Sinn gehabt haben, als er den Versuch unternahm, zwischen den Handelsblöcken zu verhandeln?

Peter Mandelson hat die US-amerikanischen Agrarsubventionen für das Scheitern der Doha-Runde verantwortlich gemacht. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! Jahrzehnte hat die gemeinsame Agrarpolitik enorme Subventionen in die Taschen der EU-Landwirte gestopft. Das war mindestens ein ebenso wichtiger Grund für das Scheitern der Handelsgespräche. Jedenfalls ist das Letzte, was die EU tun sollte, in einer Zeit des weltweiten Hungers und der Finanzkrise in Handelskriegen Punkte gegen andere Regionen zu erzielen.

Jean-Claude Martinez (NI). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Die aktuelle Finanzkrise ist ein Beweis dafür, dass ein globales Problem auch globales Handeln erfordert. Dies trifft insbesondere auf die Bereiche Nahrungsmittel und Landwirtschaft zu. Zudem war dies auch der Hauptgrund für die Einrichtung der Welthandelsorganisation, darüber sind wir uns alle einig. Die WTO bemüht sich um die Schaffung globalisierter Regeln.

Doch anscheinend funktioniert das nicht genauso, wie wir es gerne hätten, weil wir vor dem folgenden Problem stehen: Wir müssen zwei Dinge miteinander in Einklang bringen, nämlich den Freihandel, über den wir uns alle einig sind, und den Schutz, der ebenfalls notwendig ist. Der Schutz unserer Volkswirtschaften oder unserer nationalen Landwirtschaft ist kein Synonym für Protektionismus.

Um dies zu erreichen, haben wir in den letzten 60 Jahren seit GATT einen steinigen Weg beschritten, wobei die Zölle gesenkt wurden, um sie schließlich ganz abzuschaffen. Technisch gesehen scheint es schwierig zu sein, die Zölle zu senken. Als Beweis dafür sollte man sich die verschiedenen mathematischen Formeln vor Augen halten, die zu diesem Zweck bestehen: die südkoreanische Formel, die europäische Formel und die Schweizer Formel. Das funktioniert nicht wirklich, weil ein Produkt nicht einheitlich ist. Es besteht aus zahlreichen Elementen mit unterschiedlichen Herkunftsregeln. Demzufolge ist die Senkung der Zölle technisch gesehen nicht so einfach, wie man glauben könnte. Somit befinden wir uns in einer technischen Sackgasse und versuchen auf dem Verhandlungsweg politisch einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden.

Doch offenbar haben Wissenschaftler eine neue Zolltechnologie erfunden: Zölle, die für den Exporteur gegenüber dem Einfuhrland abzugsfähig sind. Konkret gesagt ist dieser abzugsfähige Zoll ein Zollguthaben, das genau der Höhe des Zolls entspricht, den der Exporteur im Einfuhrland gezahlt hat.

Dieses Zollguthaben hat drei Eigenschaften: Es ist erstattungsfähig, handelbar und übertragbar. Erstens ist es erstattungsfähig: Wenn der Exporteur etwas vom Importeur kauft, kann er den gezahlten Zoll abziehen. Zweitens ist es handelbar, weil das ausführende Unternehmen, wenn es eine Zollgebühr gezahlt hat und nichts beim Importeur kauft, sein Zollguthaben an der Börse oder an eine Bank verkaufen kann. Und schließlich ist es übertragbar: Zur Unterstützung der Entwicklungsländer kann der Importeur das überschüssige Zollguthaben, das über die Zollgebühr hinausgeht, spenden.

Mit diesem Verfahren schaffen wir eine Handelswährung, bei der die Geldmenge der Höhe der geltenden Zölle entspricht. Die Europäische Union würde beispielsweise 13 Milliarden Euro an Handelswährung zur Verfügung stellen.

Mairead McGuinness (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Wie andere hier war auch ich in Genf und war überrascht und manchmal amüsiert darüber, wie die WTO funktioniert. In diesem Fall hat sie nicht funktioniert.

Denn einmal stand die gemeinsame Agrarpolitik nicht direkt in der Schusslinie; und ich glaube, dass das zu begrüßen ist. Doch auf einer globaleren Ebene stand die Landwirtschaft ganz eindeutig immer noch ganz oben auf der Agenda. Die Gespräche sind gescheitert, weil sich Indien und China Sorgen um den Schutz ihrer Landwirte vor steigenden Agrarimporten machten. Ich glaube, dass die Worte des indischen Handelskommissars es wert sind, wiederholt zu werden. Kamal Nath sagte, dass dies die letzte Meile sei, die Indien aufgrund der Existenzsicherung nicht gehen könne. Indien hielt den Schutz seiner großen und relativ armen ländlichen und landwirtschaftlichen Bevölkerung für entscheidend und war der Auffassung, dass ein WTO-Übereinkommen nicht deren Interesse sei.

Dieser Prozess läuft nun schon seit sieben Jahren. Peter Mandelson hat die Bühne nach vier Jahren am Steuer verlassen. Meiner Meinung nach hat er es versäumt, den Anliegen von Landwirten, insbesondere von Landwirten der Europäischen Union, und der Nahrungsmittelindustrie Gehör zu schenken, und ihre Aussagen mit der Erklärung abgetan, dass der Entwicklungsteil der Agenda im Vordergrund stünde. Seine Vorschläge hätten den Nutztiersektor der EU dezimiert, und zwar nicht zum Vorteil der Entwicklungsländer, sondern vielmehr zum Nutzen der Niedriglohn-Schwellenländer und ihrer großen Viehzuchtbetriebe und Viehzüchter. Wie ich bereits gesagt habe, hat er die Bühne nun verlassen. Und ich frage mich, ob er das Menetekel gesehen hat. Wenn er sich wirklich Sorgen um die Entwicklungsagenda gemacht hat, warum ist er dann nicht geblieben und hat die Arbeit zum Abschluss gebracht?

Die Ernährungssicherheit hat jetzt enorme politische Priorität. Derzeit unterliegen die Rohstoffe enormen Preisschwankungen. Wie man hört, ist der Getreidemarkt heute zusammengebrochen. Wir müssen uns selbst fragen, ob dies der beste Weg ist, um die Nahrungsmittelversorgung für alle Verbraucher zu vernünftigen Preisen zu gewährleisten. Vor allem sollten wir unsere Entwicklungspolitik ins Visier nehmen, mit der es uns nicht gelungen ist, in die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu investieren. Wir sollten eine Übereinkunft anstreben, jedoch eine, die fair und ausgewogen ist.

Kader Arif (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit 2001 führen die Entwicklungsländer eine Verhandlungsrunde im Rahmen der WTO, die als Entwicklungsrunde bezeichnet wird. Angesichts einer plötzlichen und verheerenden Nahrungsmittelkrise, die die Welt auf die dringende Notwendigkeit einer langfristigen, globalen und ausgewogenen Lösung aufmerksam macht, erwarten diese Länder jetzt eine klare Antwort von uns, um ihre Ernährungssicherheit zu garantieren.

Ich möchte bekräftigen, dass wir unser Ziel nicht erreichen würden, wenn es in der Runde weiterhin um Marktzugang um jeden Preis ginge. Wir alle wissen: Je länger wir die Unterzeichnung einer Entwicklungsvereinbarung hinauszögern, desto weiter rücken die Aussichten auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in die Ferne. Und leider sind wir bereits in erheblichem Zeitverzug.

Angesichts dieser Krisensituation fordern wir, so bald wie möglich eine politische Lösung für den speziellen Schutzmechanismus zu finden, um ein effektives Schutzinstrument für kleine Erzeuger in armen Ländern zu schaffen. Dies ist ein wesentlicher Schritt, bevor die Verhandlungen über andere Aspekte fortgesetzt werden. Ich hoffe, dass die kürzlich erfolgte Wiederaufnahme der Gespräche über die Landwirtschaft und den Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse (NAMA) in dieser Hinsicht Fortschritte ermöglichen wird.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich die für die gemeinsame Entschließung eingereichten Änderungsanträge erläutern. Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament wird uns natürlich auffordern, für Änderungsantrag 2 zu stimmen, der für die Erweiterung der Rechte des Parlaments im internationalen Handel absolut entscheidend ist.

Wir unterstützen auch die von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz eingereichten Änderungsanträge, können jedoch den von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten eingereichten Änderungsantrag nicht akzeptieren, da wir es für unangemessen halten, in dieser Entschließung zu multilateralen Verhandlungen die Unterzeichnung von neuen regionalen bilateralen Abkommen zu fordern: Wir wissen, dass diese in der Regel auf Kosten der Schwächsten gehen.

Jorgo Chatzimarkakis (ALDE). – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wieder – ein weiteres Mal – ist eine Doha-Runde gescheitert. Langweilt die WTO die Welt nur noch? Mitnichten! Wir waren grundsätzlich kurz vor einer Einigung. Es fehlte eigentlich gar nicht mehr so viel. Aber im letzten Moment ließen ausgerechnet Indien und China diese Gespräche scheitern. Damit wird klar, hier handelt es sich nicht um ein technisches Scheitern, sondern dieses Ereignis ist politischer Natur. Denn es zeigt, dass sich das neue Kraftzentrum der Welthandelsrunde in Asien und nicht mehr so sehr in Europa befindet.

Die Rolle Chinas ist beachtlich, denn China war bisher immer dem Freihandel verpflichtet. Offenbar hat es aber plötzlich eine neue Agenda.

Ich möchte dennoch der Kommission – Ihnen, Frau Kommissarin – herzlich gratulieren. Auch Kommissar Mandelson möchte ich gratulieren zu der positiven Rolle, die die EU gespielt hat. Anders als in Hongkong waren wir an den Verhandlungen beteiligt, wir waren proaktiv und zu Kompromissen bereit. Es ist nur ein bisschen schade, dass uns Kommissar Mandelson gerade jetzt verlässt; mitten im Strom müssen wir die Pferde wechseln. Er war ein guter Verhandlungsführer. Er hat uns im Parlament eine Menge Ärger bereitet. Lady Ashton wird sich an ihm messen lassen müssen. Alles Gute!

Nils Lundgren (IND/DEM). – (SV) Frau Präsidentin! Ich bin ein überzeugter Euroskeptiker, doch es gibt zwei Bereiche, in denen die EU eine zentrale internationale Rolle spielen muss: In der Handelspolitik und der Umweltpolitik. Jetzt sprechen wir über die Handelspolitik.

Der globale Freihandel ist ganz entscheidend für den wirtschaftlichen Wohlstand aller Länder der Welt, insbesondere der Ärmsten. Deshalb war der Rückschlag in der Doha-Runde im Sommer sehr ernst; und jetzt ist es die Aufgabe der EU, der weltweit größten Handelsorganisation, einen neuen Anlauf zu machen. Es ist daher höchst bedauernswert, dass Peter Mandelson, unser kompetentestes Mitglied der Kommission, sein Amt als verantwortlicher Kommissar für die Handelspolitik der EU niederlegen wird. Gleichzeitig wird die Weltwirtschaft von einer verheerenden Finanzkrise bedroht.

Unter den gegebenen Umständen schlägt die britische Regierung einen Amtsnachfolger vor, der der Aufgabe eindeutig nicht gewachsen ist. Jetzt liegt es in der Verantwortung des Europäischen Parlaments, zu diesem gefährlichen Zeitpunkt in der Geschichte für einen starken, kompetenten Kommissar für Handel zu sorgen. Wir sollten diese Verantwortung annehmen!

Robert Sturdy (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich mit der Kommissarin das Problem der Situation nach dem Ausscheiden von Peter Mandelson ansprechen. Meiner Meinung nach hat er die EU durch seinen Rücktritt im Stich gelassen. Wir befinden uns in einer ernsten Lage. Sie selbst haben soeben gesagt, dass eine echte Chance auf einen Neustart der Doha-Runde gebe. Ohne Peter Mandelson am Steuer – und ich habe ihn oft kritisiert, doch zumindest hatte er als ehemaliger Handelsminister den Verstand und das Wissen, um den Kampf fortsetzen zu können – habe ich das Gefühl, dass wir uns in einer schlimmen Notlage befinden.

Werden Sie, Frau Kommissarin, zum Beispiel das Abkommen zu den WPA nächste Woche unterzeichnen? Was wissen Sie, bei allem Respekt, über WPA? Sie waren nicht an den Verhandlungen oder der Abfassung der WPA beteiligt. Gewiss habe ich bei der Abfassung des entsprechenden Berichts nie mit Ihnen gesprochen.

Und wird die Kommission diesem Parlament heute garantieren, dass eine ordnungsgemäße Anhörung erfolgt, wenn Baronin Ashton vor dem Ausschuss für internationalen Handel erscheint? Denn wenn Sie versuchen, es an einem Tag durchzudrücken, an dem niemand anwesend ist, wenn Sie versuchen, es nächste Woche oder beispielsweise an einem Montag durchzudrücken, der für die Abgeordneten sehr schwierig ist, dann sollten Sie sich vor dem Zorn dieses Parlaments hüten! Vergessen Sie nicht, was mit der Santer-Kommission passiert ist! Meiner Meinung nach sollte ihr eine gerechte und korrekte Anhörung gewährt werden. Wie viele bereits gesagt haben, ist es äußerst wichtig, dass wir einen guten Kommissar am Steuer haben.

In dieser Hinsicht frage ich mich nur, Frau Kommissarin, ob Sie und ich der gleichen Art von Gesprächen zuhören. Sie haben gesagt, dass das US-Agrargesetz gerade überarbeitet wird. Ich glaube, Sie machen Witze. Obama hat erst gestern gesagt, dass er noch protektionistischer als jemals zuvor vorgehen werde, und das

hat auch der Kandidat der Republikaner gesagt. Sie werden in Amerika einen enormen Protektionismus erleben. Ich gebe Ihnen eines zu bedenken: Jemand hat gesagt, dass es eine Nahrungsmittelkrise gebe. Lassen Sie es mich diesem Parlament absolut klar und deutlich sagen: Es gibt keine Nahrungsmittelkrise. Der Preis für Weizen liegt jetzt um 40 Euro pro Tonne unter den Produktionskosten.

Frau Präsidentin, nur sehr schnell eine Frage zur Geschäftsordnung. Haben wir außerhalb dieses Plenarsaals einen Zirkus? Das hat nichts mit den Diskussionen heute zu tun. Ist da ein Zirkus? Ist da ein Restaurant? Ist da ein Club? Sie müssen sich durchkämpfen. Meiner Meinung nach sollten Sie es zur Konferenz der Präsidenten mitnehmen und den Zirkus beenden, der sich da draußen abspielt.

Die Präsidentin. – Ich habe Ihre Ausführungen zur Kenntnis genommen, Herr Sturdy.

Harlem Désir (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Was steht jetzt im Rahmen dieser WTO-Verhandlungen auf dem Spiel? Ich glaube nicht, dass es Herrn Mandelson oder Baronin Ashton etwas angehen sollte, so gut diese Personen auch sind. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob die Frage der Zölle auf Industrieerzeugnisse, der Agrarzölle und des Marktzugangs der wichtigste Punkt ist. Natürlich wollen wir alle ein solides Abkommen, das für Europa gerecht ist; doch meiner Meinung nach gibt es hier zwei Hauptprobleme.

Die Erste ist die Beibehaltung eines multilateralen Rahmens für den Handel. Wir können beobachten, wie teuer das Fehlen dieses Rahmens die Wirtschaft, die Bürger und unsere Gesellschaft in einem anderen Bereich der Globalisierung – den Finanzmärkten – in Form von Risiken zu stehen kommt. Genau das steht auf dem Spiel, denn wenn diese sechsjährigen Verhandlungen letztendlich scheitern, wissen wir, welche Art von bilateralen Abkommen innerhalb der WTO Schritt für Schritt an dessen Stelle treten. Dies ist ein mangelhafter Rahmen. Wir wollen die WTO reformieren – so haben wir es in dem Entschließungsentwurf gesagt. Außerdem wollen wir, dass auch andere handelsbezogene Dimensionen, insbesondere Umweltdimensionen, einfließen, um die Auswirkungen auf das Klima und die Sozialordnung zu berücksichtigen. Das ist von absolut fundamentaler Bedeutung. Doch nicht durch die Auflösung des multilateralen Rahmens, sondern nur durch seine Stärkung wird es uns gelingen, diesen Aspekt der Globalisierung besser zu organisieren.

Die zweite Frage – darauf werde ich nicht näher eingehen, weil sie von meinem Kollegen Herrn Arif behandelt wurde – ist die Neuanpassung der Regeln, die während der Uruguay-Runde, während der Einrichtung der WTO, festgelegt wurden. Sie sollen die Unterschiede im Hinblick auf die Entwicklung, die Situation der am wenigsten entwickelten Länder, die Situation der Entwicklungsländer widerspiegeln. Frau Kommissarin, mit der Forderung nach einer ähnlichen Initiative wie „Alles außer Waffen“, mit einer Schutzklausel für sensible Erzeugnisse, haben Sie das auch bereits angesprochen. In dieser Hinsicht müssen wir Regeln – nicht notwendigerweise Freihandelsregeln – einführen, die jede Situation berücksichtigen. Wir wollen fairen Handel, sofern nicht nur das Gesetz des Dschungels regiert.

Dies sind meiner Ansicht nach die beiden Hauptfragen, auf die sich die europäischen Verhandlungsführer konzentrieren müssen. Selbstverständlich sollten sie sich auf andere Maßnahmen wie die Landwirtschaft, Dienstleistungen – allerdings nicht durch Infragestellung des Rechts der Entwicklungsländer auf Regulierung öffentlicher Dienste – und Zölle auf Industrieerzeugnisse konzentrieren, aber nicht auf Kosten eines erfolgreichen Ausgangs dieser Entwicklungsrunde.

Daniel Varela Suanzes-Carpegna (PPE-DE). – (ES) Frau Präsidentin! Wir hätten es gern gesehen, wenn Herr Mandelson noch hier im Amt wäre, statt sich davonzustehlen, was anscheinend der Gadenstoß der Europäischen Union für die Doha-Runde war.

Die globale Finanzkrise verspricht keine verheißungsvolle Zukunft für die Doha-Runde. Dieses Scheitern verschlimmert wiederum die weltweite Wirtschaftslage, und die weniger entwickelten Länder werden am meisten dafür zahlen. Die WTO ist notwendig, die Regulierung des internationalen Handels ist unerlässlich. Wie wir sehen, ist die Regulierung heute eines der wichtigsten Instrumente in der Globalisierung. Daher ist es notwendig, dass wir in der Doha-Runde eine Einigung erzielen.

Wir werden nachdenken müssen über eine bessere Funktionsweise der WTO, über ihre Legitimität und über die Rolle der „Schwellenländer“ in dieser Runde, die sich als Entwicklungsländer oder entwickelte Länder bezeichnen, je nach dem, wie es ihnen gerade passt. Wie es in der Entschließung heißt, sollte der Dialog nicht nur von Nord nach Süd, sondern auch von Süd nach Süd verlaufen.

Die Europäische Union hat bei diesen Verhandlungen sehr wichtige Schritte unternommen, mehr als andere. Auch mit Initiativen wie *Alles außer Waffen* haben wir Schritte unternommen. Andere müssen sich auch in

diese Richtung bewegen; in der Zwischenzeit sollten wir die noch ausstehenden Assoziierungsabkommen, beispielsweise mit dem Mercosur, abschließen, die in diesem neuen Zusammenhang entscheidend sind.

Carlos Carnero González (PSE). – (ES) Frau Präsidentin! Die heutige Debatte zeigt eindeutig, dass in einigen wichtigen Punkten Übereinstimmung besteht. Einer dieser Punkte besteht darin, dass wir als Reaktion auf die aktuelle Krise mehr Regulierung und multilaterale Regulierung brauchen.

Wenn wir uns auf den Finanzbereich konzentrieren, ist es wirklich nicht wünschenswert, dass der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank eine führende Rolle übernimmt, selbst für die schlimmsten Gegner. Sie stellen nur katastrophale Prognosen und zeigen, dass sie immer weniger Mitspracherecht bei den Ereignissen haben und ihr Einfluss und Gewicht in der Praxis unvorhersehbar sind.

Angesichts dessen und der Tatsache, dass wir ein Instrument wie die Welthandelsorganisation haben, müssen wir dieses auch nutzen. Mehr denn je brauchen wir Regulierung; doch mehr denn je zuvor brauchen wir eine Realwirtschaft, im Gegensatz zu einer spekulativen Finanzwirtschaft. Der Handel mit Waren und Dienstleistungen ist Realwirtschaft, und Wirtschaftswachstum und Beschäftigung basieren auf der Realwirtschaft.

Daher stimme ich nicht zu, dass die Krise den Abschluss der Doha-Runde schwieriger gestaltet, ganz im Gegenteil: Jede verantwortungsbewusste Regierung sollte sich wirklich um den Abschluss der Doha-Runde bemühen, gleich, ob sie aus dem Norden oder dem Süden kommt, ob es sich um ein Entwicklungsland oder ein entwickeltes Land handelt.

Meiner Meinung nach haben wir einen globalen Markt, und wir brauchen eine sichtbare Hand. In diesem Fall brauchen wir die Hand der Welthandelsorganisation. Wir werden ihre Funktionsweise verbessern müssen, wir werden gewiss eher ein Entwicklungsmodell und weniger ein Freihandelsmodell brauchen, und wir werden natürlich politische Entschlossenheit brauchen. Ich gehe davon aus, dass dies mit der neuen Kommissarin in der Union weiterhin der Fall sein wird.

Béla Glattfelder (PPE-DE). – (HU) Peter Mandelson verlässt das sinkende Schiff und gibt seine Kapitänsbrücke auf. Er verlässt ein Schiff, das er selbst auf einen Eisberg zugesteuert hat. Es war ein Fehler, ganz zu Beginn der Verhandlungen so extravagante Zugeständnisse zu machen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Dadurch hatten unsere Handelspartner keinen Anreiz, selbst Zugeständnisse anzubieten. Wir haben uns lächerlich gemacht, denn während wir die Gemeinsame Agrarpolitik wegwerfen, schützen die anderen Verhandlungspartner ihre eigene Agrarpolitik und stärken die Position der Landwirtschaft in Amerika.

Die WTO-Verhandlungen können nicht da anschließen, wo sie abgebrochen wurden. Die Verhandlungen können nur fortgesetzt werden, wenn sie auch Umweltfragen berücksichtigen. Andernfalls wird die weitere Liberalisierung des Welthandels zu einer noch offensiveren Zerstörung der Umwelt und einer Beschleunigung des Klimawandels führen. Ist es richtig, die Ernährungssicherheit und die Landwirtschaft Europas zu opfern, weil wir uns plötzlich mitten in einer Finanz- und Nahrungsmittelkrise befinden, nur damit unsere zahlungsunfähigen Banken ihre fehlgeleiteten Leistungen besser exportieren können?

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – (PL) Frau Präsidentin! Die Europäische Union hat wesentliche Änderungen an der gemeinsamen Agrarpolitik vorgenommen. Diese Reform hat eine Einschränkung der Agrarproduktion bewirkt, was auf dem Zuckermarkt besonders offenkundig ist, jedoch nicht nur dort. Wir haben die Höhe der Unterstützung für unsere Landwirte eingeschränkt. Inwiefern hat dies zu Mehrwert geführt, in welchen Ländern und für welche Gesellschafts- und Berufsgruppen?

Ich möchte die Frau Kommissarin gern fragen, was die Europäische Union als Gegenleistung erhalten hat. Eine weitere Frage ist: Wie haben sich die Anzeichen einer weltweiten Nahrungsmittelkrise auf die WTO-Verhandlungen ausgewirkt? Wird die aktuelle Finanzkrise, die sich sicherlich auf den Zustand unserer Wirtschaft auswirken wird, auch Auswirkungen auf die Verhandlungen auf WTO-Ebene haben?

Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich unsere enorme Enttäuschung nach den zehntägigen intensiven Verhandlungen in Genf beschreiben. Unserem Empfinden nach standen wir so kurz vor einer Vereinbarung zur Landwirtschaft und zum Marktzugang für nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse (NAMA), wobei uns sehr wohl bewusst war, dass dies letztendlich dafür ausschlaggebend sein würde, ob ein Pakt für die Europäische Union annehmbar ist.

Als Verantwortliche für die Landwirtschaft muss ich sagen, dass es ausgesprochen ermutigend war, dass das Scheitern der Gespräche erstmalig nicht auf das Konto der europäischen Landwirtschaft ging. Dies lag daran, dass wir im Agrarsektor durch die Reform unserer gemeinsamen Agrarpolitik, zuerst durch die große Reform

im Jahr 2003 und dann durch alle nachfolgenden Reformen, wirklich unsere Hausaufgaben gemacht haben. So konnten wir eine 80%ige Verringerung der handelsverzerrenden internen Stützungsmaßnahmen vorweisen, ohne unserem Agrarsektor zu schaden. Wir hatten hier die Möglichkeit, die Reformen auch fest in das multilaterale Handelssystem einzubeziehen. Es war keine Vereinbarung um jeden Preis. Es war eine ausgewogene Vereinbarung in diesen beiden Bereichen. Wir konnten dem Rat gegenüber rechtfertigen, dass wir die Verhandlungen innerhalb des Mandats führten, das der Rat den Verhandlungsführern erteilt hatte. Für die Landwirtschaft bestand dieses Mandat einfach darin, uns keine neue Reform innerhalb des Agrarsektors aufzwingen zu lassen.

Ich pflichte denjenigen von Ihnen bei, die gesagt haben, dass das multilaterale System wichtig und notwendig sei, weil wir beispielsweise handelsverzerrende interne Stützungsmaßnahmen und alle anderen nicht handelsbezogenen Fragen nur innerhalb des multilateralen Systems disziplinieren können. Das lässt sich bei bilateralen Verhandlungen niemals bewerkstelligen, deshalb müssen wir an den Werten des multilateralen Systems festhalten.

Ich muss auch sagen, dass wir bei diesen Verhandlungen nie den Markt der Entwicklungsländer ins Visier genommen haben. Ganz im Gegenteil. Deshalb war, wie ich bei meinen ersten Ausführungen bereits gesagt habe, der SSM zum Schutz spezieller Erzeugnisse in den Entwicklungsländern auch so wichtig. Ich möchte hinzufügen, dass wir bereits 2002 die „Alles außer Waffen“-Vereinbarung eingeführt haben, wodurch die Europäische Union heute der mit Abstand weltweit größte Importeur von landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen ist. Wir sind größer als Kanada, die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Japan zusammen. Wir haben unsere Märkte im Agrarsektor für diese Länder also wirklich geöffnet.

Auch die Ernährungssicherheit wurde hier heute Abend angesprochen. Wir müssen erkennen, dass die Ernährungssicherheit sowohl Inlandserzeugung als auch Importe umfasst. Wenn man sich den Agrarsektor der Europäischen Union ansieht, dann wären wir nie so stark, wie wir es heute sind, wenn wir einen abgeschotteten Agrarmarkt hätten. Heute haben wir, wenn ich das Land der Präsidentschaft als Beispiel nehmen dürfte, einen Handelsüberschuss von 7 Milliarden Euro bei landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen. Wenn wir uns vorstellen, dass wir unsere Märkte abschotten würden, dann könnten wir all unsere hochwertigen Erzeugnisse nie intern verkaufen, weil wir bestraft würden, wenn wir uns selbst schützen würden. Andere würden das Gleiche tun, was uns daran hindern würde, die Chancen der neuen und zunehmend offenen Märkte für unsere hochwertigen Erzeugnisse zu nutzen. Daher brauchen wir natürlich einen ausgewogenen Ansatz.

Es wurden die geografischen Angaben erwähnt, die ich jedoch aufgrund des Zeitdrucks und der strengen Zeitvorgaben der Präsidentin bei meinen ersten Ausführungen nicht angesprochen habe. Die geografischen Angaben sind ein Kernpunkt für die Europäische Union, und wir haben den anderen Verhandlungspartnern gegenüber absolut klar und deutlich gesagt, dass wir niemals eine Vereinbarung unterzeichnen können, wenn es kein positives Resultat in Bezug auf die geografischen Angaben gibt, weil diese insbesondere für die hochwertigen Erzeugnisse aus dem Mittelmeerraum so wichtig sind.

Ich möchte kurz auf die Frage von Frau McGuinness antworten. Ich stimme Ihnen zu, dass wir unserer Entwicklungshilfe im Agrarsektor jahrzehntelang nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt haben. Angesichts dessen, dass die Preise – nicht die Rohstoffpreise, denn es stimmt, dass die Preise heute gesunken sind, sondern die Preise für Saatgut und Düngemittel – in die Höhe schnellen, haben wir unsere Fazilität vorgeschlagen, um den am wenigsten entwickelten Ländern, den ärmsten Ländern der Welt, nach Möglichkeit zu helfen und sie in die Lage zu versetzen, Saatgut und Düngemittel zu kaufen. Über diese Fazilität in Höhe von 1 Milliarde Euro wird jetzt hier im Parlament diskutiert; und ich hoffe, dass es einen positiven Ansatz im Hinblick auf diese Möglichkeit geben wird, den Entwicklungsländern zu helfen, ihre eigene Bevölkerung zu ernähren und damit die Migration aus den ländlichen Regionen in die Städte zu vermeiden. Bitte halten Sie sich das vor Augen. Dies ist sehr wichtig.

Die Präsidentin. – Ich habe sechs Entschließungsanträge erhalten⁽¹⁾, die gemäß Regel 103(2) der Geschäftsordnung eingebracht wurden.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

⁽¹⁾ Siehe Protokoll.

Daniel Dăianu (ALDE), schriftlich. – Das Scheitern der Doha-Runde könnte ein Vorbote künftiger Ereignisse sein zu einer Zeit, in der die zunehmende Finanzkrise enormen Druck auf die Fähigkeit der Regierungen ausübt, sich an die Regeln zu halten. Vor dem Hintergrund der zunehmend globalen Märkte wurden die Vorteile des Freihandels gepriesen. Doch der Freihandel muss fair sein und durch ein internationales System ergänzt werden, das die armen Länder in ihrer Entwicklung unterstützt. Die ungleichen Einkommen in reichen Volkswirtschaften und ihre Angst vor der zunehmenden Macht einiger Schwellenländer lösen zunehmend protektionistische Bestrebungen aus. Gleichmaßen verstärkt der Kampf um die Kontrolle über endlichen Ressourcen und Grunderzeugnisse zu erschwinglichen Preisen in vielen Ländern die Neigung, den Handel einzuschränken.

In diesem Zusammenhang muss man die zunehmende Komplexität der Geopolitik erwähnen. Die EU muss bei der Eindämmung der Auswirkungen der aktuellen Krise eine führende Rolle übernehmen, um einen De-facto-Zusammenbruch des multilateralen Handels- und Finanzsystems zu vermeiden. Diese Führungsrolle umfasst u. a. eine Reform der internationalen Finanzinstitute (IFI), die Einbeziehung der neuen globalen Mächte (BRIC-Staaten) bei globalen Wirtschaftsfragen und eine Reform der internationalen Architektur zur Regulierung der Finanzströme. Am Ende des 19. Jahrhunderts brach ein internationales System zusammen, das den freien Waren- und Kapitalverkehr förderte. Daraufhin folgte ein verheerender Krieg in Europa. Daran sollten wir uns erinnern.

23. Abkommen EG/Ukraine zur Aufrechterhaltung der im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen enthaltenen Verpflichtungen im Bereich des Dienstleistungsverkehrs (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Tagesordnungspunkt folgt der Bericht von Zbigniew Zaleski im Namen des Ausschusses für internationalen Handel über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine zur Aufrechterhaltung der im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen enthaltenen Verpflichtungen im Bereich des Dienstleistungsverkehrs (KOM(2008)0220 – C6-0202/2008 – 2008/0087(CNS)) (A6-0337/2008).

Zbigniew Zaleski, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Dieser Bericht schließt eine bestimmte Phase in unserer Politik zwischen der EU und der Ukraine ab. Ausgehend von Handels- und Dienstleistungsabkommen möchte ich eine weiter gefasste Vision der zukünftigen Zusammenarbeit innerhalb der WTO und dann innerhalb der verbesserten Freihandelszone skizzieren, sobald diese besteht.

Der Bericht, der nur wenige Aussagen enthält, ist ein wichtiger Schritt bei der Regulierung und Förderung unserer Zusammenarbeit mit unserem bedeutenden Nachbarn, der Ukraine. Unsere Absichten und Handlungen sind konsequent und transparent. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass die Menschen bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eventuell mehr Energie in die Lösung der anderen Probleme investieren, vor denen sie stehen – politische, soziale und andere Probleme, obwohl all diese eng miteinander verknüpft sind. Heute, da die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert wird – vor einer Minute habe ich gelesen, dass Juschtschenko das Parlament aufgelöst hat – kann unsere Hilfe von entscheidendem Wert sein. Eine Zusammenarbeit, die sich nur auf die Wirtschaft beschränkt, würde allerdings nicht ausreichen. Wir brauchen ein breiter angelegtes Projekt, eine detaillierte Strategie, die sich aus verschiedenen Aspekten zusammensetzt.

Der Rahmen unserer Nachbarschaftspolitik bietet Spielraum für eine ähnliche Strategie wie die Union für den Mittelmeerraum. Es liegt ein Bericht von Frau Napoletano vor, der von der jetzigen Präsidentschaft sehr stark unterstützt wird. Es wäre ratsam, wenn die französische Präsidentschaft den von einer ausreichend großen Gruppe von Abgeordneten vorgelegten Vorschlag mutiger unterstützen würde, der die Schaffung von EURO-NEST vorsieht. Hier handelt es sich um eine offizielle Versammlung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der Parlamente unserer östlichen Nachbarn. Wir sollten uns nicht nur auf die Staaten rund um das Mittelmeer beschränken, sondern bei unserer Nachbarschaftspolitik eine ausgewogene Vision verfolgen. Wir sollten dafür sorgen, dass die Kette der Länder an den Außengrenzen der Union kein schwaches Glied hat.

Analog zu dem Beispiel Barcelonas als potenzieller Kandidat für den Hauptsitz oder als mögliche Hauptstadt der Mittelmeerunion schlage ich für die zukünftige Union der östlichen Nachbarländer – etwas wie die Schwarzmeerunion – die Stadt Lublin in Ostpolen als Standort für die Verwaltung dieser Organisation vor.

Historisch gesehen hat sich Lublin als Stadt einer bedeutenden internationalen Union bewiesen, die der Vorgänger derjenigen war, die wir gerade aufbauen – oder zumindest versuchen aufzubauen.

Zusammenfassend möchte ich mit meiner Stellungnahme und meinem Vorschlag dieses Parlament, die Kommission und den Rat zu mehr Aktivität in unserer östlichen Dimension bewegen. Warum sollten wir das tun? Die Antwort ist ganz einfach. Wenn wir an unsere europäischen Werte glauben und davon überzeugt sind, dass sie die Lebensbedingungen auf der Erde verbessern können, dann ist kein Platz für passives Warten auf die politischen Entwicklungen in dieser Region.

Der Fall Georgiens ist eine Warnung an uns, was die Zukunft der Ukraine anbelangt. Wir sollten nicht eines Tages aufwachen und feststellen, dass wir von der politischen und wirtschaftlichen Bühne verdrängt wurden, die von einem anderen Akteur übernommen wurde, oder dass wir gar der Passivität, fehlender politischer Visionen und der Unfähigkeit zur Lösung der Konflikte in unserer Nachbarschaft bezichtigt werden. Wenn wir uns auf die Kreml-Strategie verlassen – die offenbar von der Sozialistischen Fraktion bei ihrem kürzlichen Delegationsbesuch in Moskau unter der Leitung von Martin Schulz unterstützt wurde –, dann büßen wir unseren Platz als Akteur auf der internationalen Bühne ein. Dann werden unsere europäischen Bürgerinnen und Bürger das Opfer von Energiepreisen, Spannungen und Unsicherheit.

Zum Abschluss möchte ich Folgendes sagen: Auch wenn die Ukraine in puncto Demokratisierung noch nicht so effizient ist, wie wir es erwarten würden, sollten wir in unseren Bemühungen um eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit ihren Bürgern nicht nachlassen – deren europäische Ziele sind entscheidend, nicht nur für sie selbst, sondern vielleicht noch mehr für uns, die Bürgerinnen und Bürger Europas.

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich möchte dem Europäischen Parlament für die umgehende Abgabe seiner Stellungnahme und die Annahme dieses positiven Berichts danken. Es ist nämlich wichtig, dass dieses Abkommen so schnell wie möglich nach dem Beitritt der Ukraine zur WTO abgeschlossen wird, um einen rechtsfreien Raum zu vermeiden.

Nach dem Beitritt der Ukraine zur WTO sieht dieses Abkommen die Beibehaltung von zwei sehr wichtigen Verpflichtungen vor, die unsere internationalen Seetransportunternehmen bei ihren Aktivitäten in der Ukraine unterstützen.

Die erste Bestimmung gewährleistet die Inländerbehandlung von Staatsangehörigen und Unternehmen der Gemeinschaft, die internationale Seeverkehrsdienstleistungen erbringen, bei der Erbringung von internationalen Fluss-/Seeverkehrsdiensten auf den Binnenwasserstraßen der Ukraine. Die Zweite bewahrt die so genannte griechische Klausel, wonach Staatsangehörige oder Schifffahrtsunternehmen der EU oder der Ukraine, die außerhalb der EU oder der Ukraine ansässig sind, in den Genuss der Bestimmungen über Seeverkehrsdienstleistungen kommen, wenn ihre Schiffe in der EU bzw. der Ukraine registriert sind.

Diese beiden Bestimmungen sollen in das sehr ambitionierte Freihandelsabkommen aufgenommen werden, das wir derzeit mit der Ukraine aushandeln. Dieses Freihandelsabkommen wird als ein eingehendes und umfassendes Freihandelsabkommen bezeichnet, und es sollte diesen beiden Kriterien dann auch gerecht werden.

Wir sind angesichts der wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die im Hinblick auf die Ukraine auf dem Spiel stehen, sehr stark daran interessiert. Bei dem Prozess, an dem wir arbeiten, geht es nicht nur um Handels- und Investitionsströme. Er ist ein Zeichen für die weitere politische und wirtschaftliche Integration der Ukraine in die globale Wirtschaft und eine intensive Partnerschaft mit der EU.

Das Freihandelsabkommen ist eines der zentralen Elemente des breiter angelegten Assoziierungsabkommens, über das wir im Rahmen der Nachbarschaftspolitik derzeit mit der Ukraine verhandeln.

Soweit die Ukraine den Besitzstand der EU in bestimmten Schlüsselbereichen umsetzen, implementieren und durchsetzen kann, wie es in den jetzigen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen vorgesehen ist, sollte die Europäische Union bereit sein, in diesen Bereichen die Vorteile des Binnenmarkts gelten zu lassen. Dies gilt insbesondere für Dienstleistungen, die für beide Partner dem meisten Mehrwert bieten können. Da die WTO-Verpflichtungen der Ukraine im Dienstleistungsbereich bereits sehr breit gefasst sind, werden wir mit dem FTA und dem Angleichungsprozess an den Besitzstand der EU die Möglichkeit haben, Hindernisse jenseits der Grenzen in Angriff zu nehmen.

Durch Bürokratieabbau, die Schaffung von Transparenz und die Unterstützung von Exporteuren und Dienstleistern auf beiden Seiten, durch die Intensivierung unserer Beziehungen und die Anwendung unserer Standards wird dieses Abkommen Anreize für ausländische Direktinvestitionen der EU in der Ukraine

schaffen. Infolgedessen sollten sich durch wachsende kleine Unternehmen und regionale Lieferketten eine Zunahme der Handelsströme und der persönlichen Kontakte ergeben.

Natürlich ist das ein schwieriger und langwieriger Prozess. Aber die Kommission ist der Auffassung, dass dieses Abkommen den Rahmen festlegen und Anreize schaffen wird, damit diese Konvergenz eintritt.

Doch wie ich bereits betont habe, sollten wir nicht vergessen, dass es bei diesem Prozess nicht nur um wirtschaftliche Möglichkeiten geht. Er ist Bestandteil eines breiter angelegten Tests des Wandels der Ukraine und ihrer Partnerschaft mit der Europäischen Union.

Zita Plešinská, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – (SK) Obwohl die aktuellen turbulenten innenpolitischen Ereignisse in der Ukraine die Verhandlungsposition des Landes geschwächt haben, müssen sie als Teil eines Demokratisierungsprozesses angesehen werden. Die Integration in die EU hat nach wie vor oberste Priorität für die ukrainische Außenpolitik. Ich begrüße den Bericht meines Kollegen Zbigniew Zaleski. Er hebt viele Schlüsselemente hervor und unterstreicht, welche Fortschritte die Ukraine seit der Orangen Revolution erzielt hat.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Ukraine im Mai 2008 ohne die intensive Unterstützung der EU für ihren WTO-Beitritt vermutlich nicht Mitglied dieser wichtigen Organisation geworden wäre. Genau wie im Fall der WTO benötigt die Ukraine jetzt erneut die Unterstützung der EU.

Während der 11. Sitzung des Ausschusses für parlamentarische Kooperation EU-Ukraine, die letzte Woche in Kiew und auf der Krim stattgefunden hat, ist meine Überzeugung sogar noch gewachsen, dass die EU die Bereitschaft zeigen muss, die Anstrengungen der Ukraine sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht zu unterstützen. Andererseits muss die Ukraine die notwendigen Reformen, insbesondere im Dienstleistungssektor, umsetzen und ehrgeizige Verhandlungen mit der EU führen.

Francisco Assis, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (PT) Der Abschluss des Abkommens, über das wir hier sprechen, ist eine hervorragende Möglichkeit, um erneut die Bedeutung der Beziehungen zu unterstreichen, die die EU und die Ukraine in vielen Bereichen verbinden.

Diese Beziehungen, die sich intensiviert haben, beruhen auf einem Erbe gemeinsamer Werte und Grundsätze und auf dem mehrfach geäußerten Wunsch, die Partnerschaft und Zusammenarbeit auf institutioneller Ebene zu verstärken.

Die Europäische Union kann nur voller Bewunderung auf die Bemühungen des ukrainischen Volkes blicken, das demokratische System, die Rechtsstaatlichkeit und eine offene Wirtschaft zu konsolidieren. Diese Anstrengungen wurden unter besonders schwierigen Bedingungen unternommen, daher haben wir eine noch größere Verantwortung gegenüber diesem Land und gegenüber uns selbst.

Wir sind uns alle über den speziellen Charakter der Ukraine im Klaren, die aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer Geschichte eine komplexe nationale Realität mit verschiedenen Spannungen darstellt und auf geopolitischer und geoökonomischer Ebene von außergewöhnlicher Bedeutung ist. Aus diesem Grund muss sich die Europäische Union um die Förderung von Kooperationsformen bemühen, die zur Entwicklung und Stabilisierung dieses wichtigen Landes beitragen, was in der Tat auch geschehen ist.

Der bereits beschrittene Weg und die deutlich geäußerten Perspektiven auf der Grundlage des baldigen Abschlusses eines Assoziierungsabkommens, das die Schaffung einer Freihandelszone einschließt, geben echten Anlass zu Optimismus. Seitens der EU sind wir verpflichtet, nicht die von großen Teilen der ukrainischen Gesellschaft geäußerten Ziele zu überhören, die Beziehungen zu Europa zu verstärken. Diese Ziele drehen sich um den Wunsch der Ukraine, Teil einer Wertegemeinschaft und der politischen und wirtschaftlichen Organisationsstruktur zu sein, die der europäischen Identität zu Grunde liegt.

Die Verstärkung des Handels, vor allem im Dienstleistungssektor, hat zu einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen beigetragen und kann einen entscheidenden Beitrag zur Modernisierung des Landes leisten. Durch den Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation, der die deutliche Unterstützung der EU verdient, konnte sich das Land einem multilateralen Welthandelssystem anschließen, das ihm unter anderem die Möglichkeit einer Annäherung an Europa bietet. Dieser Annäherungsprozess muss intensiviert werden, da er sich nicht nur auf die beiden direkt beteiligten Parteien, sondern auf die gesamte Region positiv auswirken wird.

Die Ukraine ist Teil der Vergangenheit Europas und seiner Zukunft. Jeder Schritt – so klein er auch sein mag –, der das unterstreicht, sollte begrüßt und unterstützt werden.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (DE) Frau Präsidentin! Ich möchte die Debatte von der anderen Seite beginnen.

Nach dem Besuch der Delegation des Europäischen Parlaments in der letzten Woche in der Ukraine ist es sehr wichtig zu betonen, dass der weitere Weg der Ukraine nach Westen, der weitere Weg hin zu Demokratie oder auch hin zur Integration in die Europäische Union nicht nur hier bei uns entschieden wird, sondern sehr stark von der Ukraine selbst abhängt. Bei regelmäßigen Besuchen Jahr für Jahr mit erneuten politischen Krisen konfrontiert zu sein, Jahr für Jahr darüber zu diskutieren, ob es demnächst wieder Neuwahlen gibt, ist nicht die Entwicklung, die diese Integration untermauern kann.

Wir haben als Mitglieder der Delegation der Europäischen Union vor Ort deutlich gemacht, dass wir glauben, dass in der Ukraine die Konkurrenz zwischen den Exponenten der Blöcke nicht weiter die politische Tagesordnung dominieren darf, sondern dass man sich verständigen muss, mit welchen Programmen man die Ukraine stabilisieren will.

Eine Konkurrenz politischer Programme und Inhalte fehlt nach wie vor so gut wie gänzlich. Das ist sehr besorgniserregend, denn viele Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, die den demokratischen Prozess regelrecht erkämpft haben, wenden sich zurzeit mit Schauern von der Politik der Ukraine ab. Solche ernsten Töne sollte man bei jedem Besuch und jeder Begegnung mit Vertretern aller Blöcke und aller Parteien der Ukraine deutlich aussprechen.

Andrzej Tomasz Zapalowski, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin! Die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der EU und der Ukraine sind angesichts des demografischen Potenzials beider Partner von ganz entscheidender Bedeutung. Die Entwicklung dieser Beziehungen ist umso wichtiger, als Handelskontakte zur Förderung der pro-europäischen Bemühungen des ukrainischen Volkes beitragen werden. In unseren bilateralen Beziehungen gibt es immer noch viele ungelöste Probleme. Eines von ihnen ist die Frage der rechtswidrigen Übernahme von Unternehmen durch ukrainische Partner. Aufgrund der ungewissen Verhältnisse der ukrainischen Rechtsprechung kann die Rückgabe von Eigentum viele Jahre in Anspruch nehmen. Zudem wirkt sich die politische Instabilität unseres Partners nachteilig auf eine Erweiterung unserer Zusammenarbeit aus. Die Zukunft ist sogar noch weniger planbar.

Wir hoffen, dass die Behörden in der Ukraine alles in ihrer Macht Stehende tun werden, damit die Europäische Union an eine Ukraine angrenzt, die uneingeschränkte rechtliche und politische Garantien für die Entwicklung von Unternehmen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit bietet, insbesondere im Dienstleistungsbereich.

Sylwester Chruszcz (NI). – (PL) Frau Präsidentin! Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine sind für uns von großer Bedeutung. Jedes Jahr lässt sich ein Anstieg der Investitionen in der Ukraine verzeichnen, einschließlich einer europäischen Dimension. Diese Investitionen zeigen in vielen Bereichen – auch für die Verbraucher in der Ukraine – durch zunehmenden Konsum positive Auswirkungen. Die Beteiligung ausländischer Banken am ukrainischen Bankensektor liegt zwischenzeitlich schon bei 35 %. Der Dienstleistungssektor ist von fundamentaler und entscheidender Bedeutung für die ukrainische Volkswirtschaft. Er benötigt weitere Reformen und Investitionen, wenn er den gleichen Entwicklungsstand wie die EU-Länder erreichen soll. Das Gleiche gilt für andere Bereiche der ukrainischen Wirtschaft, beispielsweise das Gesundheitswesen und den Tourismussektor.

Wir müssen unsere Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union weiterentwickeln und verstärken. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Ukraine aus Sicht der Energieversorgungssicherheit in Europa für uns ein wichtiges Transitland ist. Wir schätzen auch die von der Ukraine unternommenen Anstrengungen, beispielsweise im Bereich der Gesetzgebung, die mit der Erweiterung des wirtschaftlichen Dialogs mit Europa und dem Beitritt zur WTO verknüpft sind.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN). – (PL) Frau Präsidentin! Der Entwurf einer legislativen Entschließung, über den wir hier sprechen, hat die volle Unterstützung meiner Fraktion, der Fraktion Union für das Europa der Nationen. Die Ukraine ist ein interessanter Partner, vor allem im Handels-, Dienstleistungs- und Investitionsbereich. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine ist sehr wichtig, insbesondere für die Nachbarländer. Eines davon ist Polen, das aufgrund vieler Erfahrungen, die über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehen, eng mit der Ukraine verbunden ist.

Die Ukraine hat ein enormes Potenzial für die Entwicklung der Tourismus- und Freizeitbranche. Sie ist ein Land mit reichen kulturellen Traditionen. Für die richtige Entwicklung der Ukraine sind neue Technologien, Investitionen, eine Erweiterung des Bankensystems und der sozialen Kommunikation erforderlich. Dabei kann die Europäische Union der Ukraine helfen. Die Ukraine ist zudem ein wichtiger Absatzmarkt für

europäische Erzeugnisse. Das sollten wir bei der Festlegung unserer Aufgaben und der Ausrichtung von Maßnahmen im Rahmen der zukünftigen Zusammenarbeit berücksichtigen.

VORSITZ: ADAM BIELAN

Vizepräsident

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – (PL) Herr Präsident! Ein Abkommen mit der Ukraine ist ein wichtiger Schritt, der zur Rationalisierung der Beziehungen zwischen unseren beiden Seiten beiträgt. Es ist ein guter Ausgangspunkt für die Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine. Vor allem schafft dieses Abkommen eine Möglichkeit zur Förderung des wechselseitigen Handelsaustauschs und zur Steigerung der gegenseitigen Investitionen. Ein überaus wichtiger Bereich unserer Zusammenarbeit ist der Wissenstransfer zu Standards, Qualität und Konvergenz im Hinblick auf unsere rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Jugend-, insbesondere Schüleraustauschprogramme wie auch die Entwicklung einer wissenschaftlichen, kulturellen und touristischen Zusammenarbeit werden uns hierbei unterstützen.

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – (PL) Herr Präsident! Ich möchte die Aufmerksamkeit bei dieser Aussprache auf drei Fragen lenken, die meiner Meinung nach wichtig sind. Erstens ist die Ukraine im Rahmen der Bemühungen um eine Diversifizierung der Öl- und Gasversorgung ein wichtiger Partner der Europäischen Union. Eine Vereinbarung mit der Ukraine bietet Europa die Möglichkeit, die Versorgung mit diesen Energieträgern vom Schwarzen Meer und aus dem Kaukasus zu sichern.

Zweitens hat der Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation im Mai dieses Jahres weitere günstige Bedingungen für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land geschaffen, insbesondere im Dienstleistungssektor.

Drittens benötigt die Ukraine aufgrund der schweren Vernachlässigung der Infrastruktur erhebliche finanzielle Unterstützung seitens der Europäischen Union, und zwar nicht nur aus dem Haushalt der EU, sondern in erster Linie auch von der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich möchte dem Parlament im Namen der Kommission nochmals für diese Kommentare, seine positive Stellungnahme und die rasche Annahme dieses Berichts danken.

Kurzfristig hilft dies beiden Partnern nach dem Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation bei der Wahrung einiger bedeutender wirtschaftlicher Interessen – mit dem geringstmöglichen rechtsfreien Raum.

Mittel- und langfristig gesehen ist dies nur ein Element des größeren und sehr ehrgeizigen Prozesses der wirtschaftlichen Integration, für die wir uns im Rahmen unseres Assoziierungsabkommens mit der Ukraine engagieren.

Zbigniew Zaleski, Berichterstatter. – Frau Kommissarin! Das Seeverkehrsdienstabkommen darf nicht überschätzt werden. Wir alle wissen, wie wichtig die Schwarzmeerroute und der Landdurchgang durch die Ukraine für Europa – für uns alle – sein könnte. Doch ohne unsere Unterstützung ist die Zukunft dieses Gebiets ungewiss. Ich werde jetzt weiter Polnisch sprechen.

Berichterstatter. – (PL) Meine Kolleginnen und Kollegen haben die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit angesprochen und mit Nachdruck auf die Tatsache hingewiesen, dass die Ukraine eindeutig zu Europa gehört. Darüber hinaus haben sie über Investitionen, Tourismus und Unternehmen gesprochen. Natürlich hängt vieles von der Ukraine selbst ab. Das ist offenkundig. Vielleicht benötigt das polarisierte ukrainische Volk insbesondere jetzt, heute und morgen und in den kommenden Wochen Hilfe an der wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und sozialen Front. Wir sollten nicht mehr so viel kritisieren, sondern vielmehr vernünftige und konstruktive Schritte ergreifen. Das ist für beide Seiten positiv: für die Ukraine und die EU. Ich möchte Ihnen sehr herzlich für die Aussprache danken und Sie um Ihre entschiedene Unterstützung für diesen Bericht bitten.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Bernard Wojciechowski (IND/DEM), schriftlich. – Der Dienstleistungssektor ist von enormer Bedeutung für die Volkswirtschaften der EU und der Ukraine. Anscheinend ist die Ukraine zur Reformierung ihres Energiesektors gezwungen, um die Produktion zu maximieren und die Qualitäts- und Sicherheitsstandards zu verbessern. Daher dürften die Härten, zu denen es in der Übergangszeit kurzfristig kommen kann, zu einem moderneren und transparenteren Dienstleistungsmarkt führen. Andererseits sollten wir nicht die Bekämpfung der Korruption aus den Augen verlieren, die in der Ukraine so weit verbreitet ist.

Die Europäische Union muss zur Unterstützung der Bemühungen der Ukraine bereit sein; doch die Ukraine muss mit Reformen im eigenen Land ebenfalls ihren Beitrag leisten. Es gibt eine Reihe von Fragen, die wir als Vertreter der Europäischen Union ansprechen sollten: (1) Erhöhung der Energieversorgungssicherheit der Ukraine und der EU-Mitgliedstaaten, (2) Gewährleistung einer höheren Energieeffizienz, (3) Sanierung und Modernisierung des Wärmekraftwerksektors und Verringerung seiner Umweltbelastung, (4) stärkere Regulierung der Stromerzeugungskapazitäten und (5) Gewährleistung eines höheren Verbrauchs von erneuerbaren Energien. All diese Fragen sollten innerhalb eines offenen und transparenten Energiemarktes berücksichtigt werden. In so kritischen Sektoren dürfen wir nicht noch mehr Monopole zulassen.

24. Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0362/2008) von Richard Seeber im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit über das Thema „Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union“ (2008/2074(INI)).

Richard Seeber, Berichterstatter. – (DE) Herr Präsident! Ich möchte mich zunächst bei den Schattenberichterstattern und auch bei der Kommission für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Berichts bedanken.

Wir alle wissen, dass Wasser die Grundlage allen Lebens ist. Aber diese Grundlage ist nicht unbegrenzt verfügbar. Künftig werden bis zu drei Milliarden Menschen von Wasserknappheit betroffen sein. Bereits im Jahr 2007 lebte ein Drittel der Europäer in Regionen, in denen die Wasserressourcen knapp sind, wie die Europäische Umweltagentur ermittelte. Diese Problematik betrifft besonders Länder wie Zypern, Bulgarien, Belgien, Ungarn, Malta, Italien, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Spanien, und leider noch viele mehr. Das bedeutet, dass Wasser überstrapaziert wird, und der Klimawandel verschärft diese Situation natürlich noch. Dürreereignisse traten in den letzten dreißig Jahren daher immer häufiger auf. Die verursachten Kosten haben sich auf über 100 Milliarden Euro belaufen. So büßte die EU-Wirtschaft bei der Dürre von 2003 circa 8,7 Milliarden Euro ein. Aber diese Extremwetterlagen haben nicht nur ökonomische, sondern natürlich auch soziale und menschliche Auswirkungen. Abgesehen von der allgemein beeinträchtigten Gesundheit der Bevölkerung fanden bei der Hitzewelle 2003 rund 35 000 Menschen in Europa den Tod.

Wir stellen auch fest, dass es hinsichtlich der Wasserverbrauchsmuster sehr große Unterschiede in Europa gibt. Der Durchschnittsverbrauch schwankt in der Gemeinschaft zwischen 100 und 400 Litern, obwohl eigentlich 80 Liter pro Person und Tag mit einem europäischen Lebensstandard vereinbar sein sollten. Das ist auf Ineffizienz durch veraltete Technologien und auf Wasserverschwendung zurückzuführen. Beispielsweise gehen in den Verteilungsnetzen Frankreichs 30 % Wasser verloren. Das bedeutet für uns, dass wir hier in Europa ein enormes Einsparungspotenzial haben.

Es ist jetzt höchste Zeit, dass auch die Gemeinschaft handelt. Die Kommission hat sich des Themas Wasser schon in mehreren Richtlinien angenommen, beispielsweise in jenen über Badegewässer, Trinkwasser, Hochwasser, Wasserqualitätsnormen etc. Der Meilenstein war bis jetzt sicher die Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 mit ihren Umsetzungsschritten. Jetzt ist es besonders wichtig, dass die Kommission auch darauf achtet, dass die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen daraus nachkommen.

Die veränderten Umwelt- und Klimarahmenbedingungen, die verstärkte Wassernutzung durch Wirtschaft, Landwirtschaft und Haushalte und natürlich auch die veränderten Konsumgewohnheiten haben die Wasserknappheit verstärkt. Wir stellen leider immer häufiger Extremwetterlagen fest: Einerseits kommt es zu Starkniederschlägen mit Überschwemmungen, andererseits häufen sich Dürreperioden, die ganze Landstriche in Europa verwüsten.

Die Mitteilung, die die Kommission nunmehr vorgelegt hat, ist sicher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem sind wesentliche Verbesserungsmaßnahmen geboten: Erstens sollten Wasserknappheit und Dürre als globales Phänomen betrachtet werden. Wir dürfen uns in Europa nicht nur auf unsere eigenen

Probleme konzentrieren – denken wir an die Migrantenströme, die über Europa hereinbrechen und die sehr oft durch Dürreereignisse verursacht sind.

Zweitens: Die Mitgliedstaaten haben bei der Bekämpfung von Wasserknappheit und Dürre über die Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Die Managementpläne der Wasserrahmenrichtlinie sind um die Aspekte Dürre und Wasserknappheit zu ergänzen. Gegenseitige Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bedeutet aber nicht, dass die Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten über ihre Wasserressourcen aufgehoben werden soll. Und Wassertransporte über längere Strecken sind meiner Ansicht nach in keinem Fall eine Lösung des Problems.

Zum Dritten fehlen dem Kommissionsdokument auch ein konkreter Zeitrahmen und überprüfbare Ziele. Ohne diese ist diese Strategie nicht umsetzbar.

Zum Vierten sollte Europa wirklich versuchen, globaler Leader bei der Wassereinsparungstechnologie zu werden. Dies erfordert zum einen die menschliche Seite des Problems und zum zweiten natürlich auch das ökonomische Gebot der Stunde.

Insgesamt glaube ich, dass wir hier ein Papier vorgelegt haben, das das Kommissionsdokument doch wesentlich verbessert.

Vladimír Špidla, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wasserknappheit und Dürre sind ein großes globales Problem, und es ist klar, dass der Klimawandel diese Situation noch verschlimmern und die Wasserknappheit noch verschärfen wird. Dieser Trend wurde von einem anderen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels in Europa bestätigt, der letzte Woche von der Europäischen Umweltagentur vorgelegt wurde.

In den letzten 30 Jahren ist die Häufigkeit und Intensität von Dürren in der Europäischen Union dramatisch angestiegen, und im Jahr 2003 waren über 100 Millionen Menschen und nahezu ein Drittel der EU betroffen. Seit die Kommission ihre Mitteilung über Wasserknappheit und Dürren vorgelegt hat, haben wir weitere Belege dafür gesehen, dass dieser Trend sich fortsetzt. Zypern erlebt derzeit seine schwerste Dürre seit 1900. Während der Sommermonate wurde die Wasserversorgung für Bewässerungszwecke eingestellt, und die Landwirte erlitten in der Folge Ernteverluste von bis zu 80 %. In einigen Gegenden wurde die Getreideernte vollständig vernichtet. Die Verluste wurden auf 1,5 % des BIP Zyperns geschätzt. Es handelte sich hierbei auch nicht um einen isolierten Einzelfall: 2008 ist das dritte Dürrejahr in Folge in Zypern.

Dies ist daher der richtige Zeitpunkt für das Parlament, über seinen Bericht zu Wasserknappheit und Dürren zu diskutieren. Ich bin froh darüber, dass das Europäische Parlament diese Gelegenheit genutzt hat, um eine klare Botschaft auszusenden, dass es wichtig ist, dieses Problem anzugehen.

Die globale Erderwärmung, das Bevölkerungswachstum sowie der steigende Pro-Kopf-Verbrauch an Wasser bedeuten, dass der Druck auf die Wasserressourcen weiter wächst. In der Folge steigt die Wahrscheinlichkeit von Wasserknappheit und Dürren. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung und auf diejenigen Wirtschaftsbereiche, die von der Versorgung mit Wasser abhängen, beispielsweise Landwirtschaft, Tourismus, Industrie, Energiewirtschaft und Verkehr. Wasserknappheit und Dürren wirken sich außerdem negativ auf die biologische Vielfalt und die Wasserqualität aus. Darüber hinaus steigen die Gefahr von Waldbränden und der Landverbrauch. Wenn nicht umgehend Gegenmaßnahmen ergriffen werden, droht ganzen Landstrichen die Desertifikation, sowohl in der Europäischen Union als auch darüber hinaus.

Um dies zu verhindern, muss unsere Hauptpriorität darin bestehen, die Wende hin zu Praktiken zu schaffen, die zu einem effektiveren Verbrauch und zu Einsparungen von Wasser führen. Gleichzeitig werden auf allen Ebenen Wassersparmaßnahmen ergriffen. Um dies zu erreichen, muss die gesamte Bevölkerung einbezogen werden. Behördliche Maßnahmen alleine werden nicht ausreichen.

Der neuesten Eurobarometer-Umfrage über die Einstellung der Bevölkerung zum Phänomen Klimawandel zufolge sind 62 % der Europäer der Ansicht, dass die globale Erwärmung bzw. der Klimawandel mit zu den zwei größten Problemen gehöre, mit denen die Welt heute konfrontiert ist, während 68 % der Europäer glauben, dass Armut und der Mangel an Nahrungsmitteln und Trinkwasser das schwerwiegendste Problem sei. In diesem Zusammenhang gibt es die positive Nachricht zu vermelden, dass sich die Besorgnis der Menschen allerdings auch in ihrem Verhalten niederschlägt: So erklären 61 % der Europäer, dass sie persönlich Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen hätten, und über die Hälfte der Befragten haben ihren Wasserverbrauch im eigenen Haushalt reduziert.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, feststellen zu können, dass Ihr Bericht die Mitteilung der Kommission positiv aufnimmt und das vorgeschlagene erste Maßnahmenpaket unterstützt. Ich möchte dem Berichtersteller Richard Seeber für seine ausgezeichnete Arbeit an diesem Bericht danken sowie auch Esther Herranz García und Iratxe García Pérez vom Landwirtschaftsausschuss und dem Ausschuss für regionale Entwicklung für ihre positiven und konstruktiven Beiträge. In der Einschätzung der erforderlichen Maßnahmen herrscht breiter Konsens zwischen dem Bericht und den vom Rat im letzten Jahr verabschiedeten Schlussfolgerungen. Die Aufgabe besteht nun darin, diesen politischen Rückhalt in reale Maßnahmen zu übertragen.

Iratxe García Pérez, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung. – (ES) Herr Präsident! Ich möchte zunächst Richard Seeber zu seinem Bericht gratulieren. Im Ausschuss für regionale Entwicklung sind wir uns, so kann ich sagen, der Tatsache bewusst, dass die Wasserknappheit eine der grundlegenden Herausforderungen für die Kohäsionspolitik geworden ist. Von diesem Phänomen betroffen sind 11 % der Bevölkerung und 17 % der Gesamtfläche der Europäischen Union.

Aus diesem Grund muss dieser Aspekt im Rahmen der zukünftigen Kohäsionspolitik mit in die Erwägungen einbezogen werden. Hierzu sind die nötigen haushaltspolitischen Maßnahmen und Instrumente einzusetzen. Den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften müssen die Chancen verdeutlicht werden, die in Gestalt der Strukturfonds bereitstehen, um das Ziel effiziente Nutzung der Wasserressourcen im Hinblick auf Wassereinsparung und Wasserwiederverwendung in Angriff zu nehmen.

Wir müssen außerdem die Kommission dazu bringen, die Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Dürren voranzutreiben, die nationale, regionale und lokale Datensammlungen ergänzen kann.

Schließlich müssen wir sehen, dass Wasserknappheit und Dürren direkte Folgen für den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt haben, da die Auswirkungen in bestimmten Regionen ausgeprägter sind – mit den Folgeerscheinungen Landaufgabe, Waldbrände und Bodendegradation, was die Entwicklung der betroffenen Regionen erheblich beeinträchtigt.

Esther Herranz García, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. – (ES) Herr Präsident! Zunächst möchte ich Richard Seeber zu der von ihm geleisteten Arbeit gratulieren, denn sein Bericht greift viele der in diesem Haus zum Ausdruck gebrachten Anliegen zu Problemen auf, die von entscheidender Bedeutung für die gesamte Europäische Union sind: Wasserknappheit und Dürren, die nicht mehr länger nur ein Problem der südeuropäischen Länder sind.

Ich freue mich, dass dieser Entwurf einige der Ideen aufgreift, die in der Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, die ich verfasst habe, ebenfalls enthalten sind und die sich für die Förderung landwirtschaftlicher Nutzung aussprechen, beispielsweise, indem die Rolle hervorgehoben wird, die den Landwirten bei der nachhaltigen Bewirtschaftung verfügbarer Ressourcen zukommt. Der Bericht nimmt außerdem Bezug auf den Umstand, dass Wasserknappheit und Dürre als preistreibende Faktoren für Rohstoffe anzusehen sind. Dies ist in der gegenwärtigen Situation, so denke ich, ein wichtiger zu betonender Aspekt, sodass wir nicht nur die umweltbezogene Dimension des Problems im Auge behalten, sondern auch einige seiner wichtigsten wirtschaftlichen Folgen.

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit brachte außerdem die Idee der Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Dürren ein. Dieser Vorschlag findet auch in der Stellungnahme des Landwirtschaftsausschusses Erwähnung, und ich hoffe, diese Idee wird eines Tages in die Realität umgesetzt.

Der Text, über den morgen abgestimmt werden soll, beinhaltet allerdings nicht den vom Landwirtschaftsausschuss bei der Kommission eingebrachten Vorschlag über die Einrichtung eines wirtschaftlichen Anpassungsfonds gegen Dürren, der allen Sektoren der Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft, zugute käme.

Ich persönlich möchte klarstellen, dass ich mich auch weiterhin für die Einrichtung eines solchen Fonds einsetzen werde. Ein entsprechendes Konzept werde ich dem Parlament erneut unterbreiten, wenn die Kommission in den kommenden Monaten ihre vorgesehene Mitteilung über Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel erarbeitet.

Ich bin der Ansicht, dass es nach der Einrichtung des Solidaritätsfonds, der geschaffen wurde, um durch Klimakatastrophen verursachte Verluste abzufedern, nun für uns an der Zeit ist, über ein Instrument

nachzudenken, das im Vorfeld Präventivmaßnahmen zur Verminderung der umweltbezogenen und finanziellen Kosten solcher Klimakatastrophen finanziert.

Péter Olajos, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (HU) Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich möchte mich zunächst dem Lob meiner Kolleginnen und Kollegen für Richard Seeber anschließen. Er hat diese Aufgabe mit Sachverstand und großer Sorgfalt bewältigt und verdient unbedingt Anerkennung und Lob. Wir haben es hier mit einer äußerst wichtigen Angelegenheit zu tun. Neunzig Prozent der Fläche Ungarns, meines Landes, sind dürregefährdet. Die in den vergangenen Jahren regelmäßig wiederkehrenden Dürren haben außerordentliche Schäden in der ungarischen Landwirtschaft angerichtet. Allein im letzten Jahr belief sich der Schaden auf eine Milliarde Euro. Das Problem Dürre beschränkt sich nicht nur auf die südlichen Länder. In Ungarn hat dieses Phänomen erhebliche Probleme verursacht, obwohl Europas längster Fluss, die Donau, und sein siebtlängster Fluss, die Theiß, beide durch Ungarn fließen. Dennoch hat in der hundert Kilometer breiten Region, die zwischen diesen beiden wasserreichen Flüssen liegt, mittlerweile eine Ausbreitung von Ödland begonnen, und dieser Prozess schreitet sogar immer schneller voran. Dies macht deutlich, dass die Europäische Union ein komplexes Wasserbewirtschaftungsprogramm braucht. Ich begrüße daher diesen Bericht, der zeigt, dass die Europäische Union entschlossen ist, Maßnahmen zur Eindämmung der Bodenverödung zu ergreifen.

Gestern hat sich der Haushaltsausschuss auf meinen Vorschlag hin für ein Pilotprojekt ausgesprochen, das Hilfe zur Eindämmung der Bodenverödung fordert. Wir alle müssen allerdings größere Anstrengungen unternehmen, um effiziente Agrarpraktiken und eine komplexe Wasserbewirtschaftung zu fördern. Weiterhin von Bedeutung sind Maßnahmen zu einem sparsameren Umgang mit Wasser durch die Bevölkerung. Als Ergebnis des Klimawandels werden die Auswirkungen regelmäßiger Perioden der Wasserknappheit wahrscheinlich deutlicher spürbar werden, und jeder Tropfen verschwendeten Wassers wird Folgen haben.

Erlauben Sie mir zum Schluss, Ihre Aufmerksamkeit auf die Frage der globalen Verantwortung zu richten. Angesichts einer weiter dynamisch wachsenden Erdbevölkerung mit zunehmendem Druck auf die Industrie, die Landwirtschaft und die Wasserwirtschaft in den Entwicklungsländern muss Europa seine Wasserreserven neu bewerten. Es ist unsere Pflicht und Verantwortung, diese Reserven zu bewahren und auszubauen. Ich danke Ihnen.

Edite Estrela, im Namen der PSE-Fraktion. – (PT) Im Namen meiner Fraktion, der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, möchte ich dem Berichterstatter für seine Arbeit danken. Dies ist ein wichtiger Bericht, der treffende Vorschläge beinhaltet, wie die Europäische Union der Herausforderung Wasserknappheit und Dürren begegnen kann. Das Problem ist nicht neu, aber die Situation hat sich weiter zugespitzt und ausgebreitet. Von der Dürreperiode des Jahres 2003 waren über 100 Millionen Menschen und ein Drittel der Fläche der EU betroffen. Die Wirtschaft kostete dies 8,7 Millionen Euro. Von Wasserknappheit sind nicht mehr länger nur die südeuropäischen Länder betroffen. Wie bereits erwähnt wurde, sind die entsprechenden Auswirkungen bereits in Mittel- und Nordeuropa spürbar, und die Situation verschlechtert sich aufgrund des Klimawandels weiter.

Die Europäische Union muss dringend Maßnahmen ergreifen, um Lösungen für die beiden Probleme übermäßiger Wasserverbrauch und Wasserverschwendung zu finden. Angaben der Europäischen Umweltagentur zufolge gibt es in Europa ein immenses Wassereinsparpotenzial. Ungefähr 40 % des verbrauchten Wassers könnte eingespart werden. Darüber hinaus wird in Europa weiterhin mindestens 20 % des Wassers aufgrund ineffizienter Prozesse verschwendet. Daher sind die von mir eingebrachten und vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit angenommenen Änderungsanträge zur Wiederaufbereitung von Abwässern und zur Wasserentsalzung vollkommen gerechtfertigt. Darüber hinaus habe ich angesichts des durch undichte Leitungssysteme bedingten hohen Wasserschwundes vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten Mittel aus den Strukturfonds in Anspruch nehmen könnten, um ihr vorhandenes Wasserleitungsnetz und die zugehörige Technologie zu erneuern und zu verbessern. Ohne die Einbeziehung der Bürger ist es unmöglich, eine Kultur des sparsamen Wasserverbrauchs zu entwickeln. Daher müssen Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und Information der Bevölkerung durchgeführt werden. Wasser ist ein – allerdings knappes – Gemeingut. Damit Wasser zu einem vernünftigen Preis für alle verfügbar ist, müssen wir alle dazu beitragen, den Verbrauch von Wasser zu reduzieren und dessen Verschwendung zu vermeiden.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich an den Rat und die Kommission die Frage richten, wann der dem Solidaritätsfonds zugrundeliegende Fördermechanismus flexibler gestaltet wird. Da Dürren anormale Naturphänomene sind, die schwerwiegende und langanhaltende negative Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die sozioökonomische Stabilität der betroffenen Regionen haben, wäre es hilfreich,

wenn der Fonds Hilfen für regional begrenzte Ausnahmesituationen vorsähe und öffentliche und private Schäden ebenfalls mit einbezogen werden könnten.

Anne Laperrouze, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Die lebhaften Debatten, die wir vor kurzem zum Thema Energie hatten, zeigen, dass Energie ein wertvolles Gut und ein Grundbedürfnis ist. Wie erst sieht es dann bei Wasser aus? Dieses Gut ist sogar noch wertvoller. Wir wissen, dass Wasser in den Entwicklungsländern oft knapp ist. Wie aber sieht es in Europa aus? Auch in Europa ist Wasser eine wertvolle Ressource. Hören wir also auf damit, diese Ressource zu verschwenden, und gehen wir stattdessen schonend damit um.

Bei dem Bericht, über den wir morgen abstimmen werden, handelt es sich um einen umfassenden Bericht, bei dem es um technische Aspekte wie etwa undichte Leitungssysteme geht, aber auch um politische und gesellschaftliche Aspekte wie den Wasserverbrauch und die Bewusstseinsbildung bezüglich eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Wasser. Unsere Verantwortung im Hinblick auf Wasser hat sowohl eine individuelle als auch eine kollektive Dimension. Dieser Bericht spricht außerdem die Probleme an, die sich aus Wasserknappheit und Dürren ergeben, Probleme, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel sowohl unmittelbar als auch langfristig anstehen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass dem Austausch guter Praktiken zur Bewältigung des Problems erhebliche Bedeutung zukommt, denn Europa ist in unterschiedlichem Ausmaß von Wasserknappheit und Dürren betroffen, und daher sind die praktischen Erfahrungen sämtlicher Regionen gefragt, wenn wir dieses Phänomen in den Griff bekommen wollen. Ich möchte sogar noch weiter gehen und behaupten, dass wir sowohl aus den guten als auch aus den schlechten Herangehensweisen Lehren ziehen können.

Ich bin auch froh darüber, dass ein Bezug hergestellt wurde zwischen der Verfügbarkeit von Wasser und der Qualität von Wasser. In der Tat legt das Parlament großen Wert auf diesen Aspekt der Wasserqualität. Dies ist ablesbar an Texten wie denjenigen zu Umweltqualitätsstandards oder auch an der aktuellen Debatte zu Pestiziden.

Die Lösung dieses Verknappungsproblems umfasst viele verschiedene Herangehensweisen: Wir müssen die Forschung und Innovation fördern, wir müssen die technischen und agrarischen Einsatzmittel verbessern, und wir müssen individuelle Verhaltensweisen ändern. Lassen Sie uns jetzt etwas unternehmen und damit das alte englische Sprichwort Lügen strafen, das besagt: „Man vermisst das Wasser erst, wenn die Quelle nicht mehr sprudelt.“

Marie Anne Isler Béguin, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte ebenfalls dem Berichtersteller für seine Arbeit danken. Wir können nur immer wieder betonen, dass Wasser ein kostbares und seltenes Gut geworden ist.

Der Berichtersteller hat gesagt, dass 3,2 Milliarden Erdbewohner bald von Wassermangel betroffen sein könnten. Wir wissen auch, dass Europa ebenfalls nicht gegen diese Bedrohung gefeit ist. Wir müssen daher alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um diese seltene Ressource zu bewahren. Wasser ist ein Gemeingut, und es ist schade, dass einige meiner Änderungsanträge vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit nicht angenommen wurden.

Deshalb wende ich mich jetzt direkt an die Kommission. Ich hoffe, dass wir im Rahmen der GAP-Reform auch bestimmte Anbaumethoden auf den Prüfstand stellen werden. Ich denke in diesem Zusammenhang hauptsächlich an Bewässerungstechniken, die für einige europäische Regionen ungeeignet sind und aufgegeben werden müssen, wenn wir die Wasserverschwendung stoppen wollen.

Es ist außerdem eine Schande, dass der Änderungsantrag zur Kühlung von Atomkraftwerken keine Berücksichtigung gefunden hat, denn in meinem eigenen Land, Frankreich, müssen Atomkraftwerke zu bestimmten Jahreszeiten mit niedrigen Flusspegelständen heruntergefahren oder über Sprinkleranlagen gekühlt werden. Dies ist ein Witz und stellt eine unglaubliche Gefährdung der Bevölkerung dar.

Kartika Tamara Liotard, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident! Ich möchte damit beginnen, Richard Seeber meinen herzlichen Dank zu übermitteln. Viele von uns glauben, dass sauberes Trinkwasser so aussieht. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass in ziemlich vielen Ländern dieses Glas leer ist. Viele Menschen haben entweder gar kein Wasser oder ihr Wasser sieht so aus.

Über die Verknappung der Ölvorräte werden unglaublich hitzige Debatten geführt, und manchmal wundere ich mich, warum dies bei Wasser nicht auch der Fall ist. Schließlich ist Wasser doch eine Frage von Leben und Tod. Einerseits wächst die Erdbevölkerung stetig, und andererseits schrumpft die Menge verfügbaren

Trinkwassers immer weiter. Wassermangel gibt es sogar in Europa. Dazu zählt auch der „versteckte“ Wassermangel: zum Beispiel, wenn Privathaushalten das Trinkwasser abgestellt wird. Die Ursachen sind vielfältiger Natur: beispielsweise schlechte Kanalisationssysteme, schleppende Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger sowie Intensiv-Viehhaltung in der Landwirtschaft. Wussten Sie, dass für die Produktion von 100 Gramm Rindfleisch 2 400 Liter Wasser verbraucht werden?

Die Mitteilung der Kommission konzentriert sich weitestgehend auf das Einsparen von Wasser. Meiner Ansicht nach ist dies wie Eulen nach Athen tragen, denn eigentlich sollte man erst den eben beschriebenen eigentlichen Ursachen auf den Grund gehen. Zum Beispiel benötigen wir zunächst einmal Investitionen in Europa und darüber hinaus in effiziente Kanalisationssysteme und Kläranlagen. Außerdem müssen Pestizide verantwortungsvoller eingesetzt werden, die Auswirkungen der Intensiv-Viehhaltung auf die Wasserwirtschaft müssen bedacht und es müssen Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Bürgerrecht, auf das jedermann Anspruch hat. Das Problem liegt nicht in der mangelnden Verfügbarkeit ausreichender Mengen an Trinkwasser oder dergleichen, sondern in mangelhaften Versorgungsnetzen für sauberes Trinkwasser, unnötiger Verschmutzung und dem Drang zu Privatisierungen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Vereinigten Königreich hat die Privatisierung zu einem sprunghaften Anstieg der Wasserpreise und der Haushalte geführt, denen die Versorgung gekappt wurde. So etwas ist eine Schande. Ich setze mich dafür ein, die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand zu belassen.

Johannes Blokland, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident! Wasserknappheit und Dürren betreffen insbesondere die südlichen Regionen der Europäischen Union. Sie haben sowohl klimatische als auch durch den Menschen bedingte Ursachen. Auch der Tourismus nimmt die Wasserressourcen gerade in denjenigen Ländern besonders stark in Anspruch, in denen die Probleme bereits ernst sind. Untersuchungsergebnisse des Weltklimarates haben ergeben, dass die Risiken in den kommenden Jahren noch weiter steigen werden. Wir müssen daher darauf achten, dass die Situation in Bezug auf Wasser nicht noch schlimmer wird.

Meiner Meinung nach sendet dieser Bericht daher ein gutes Signal aus. Die effiziente Verwendung von Wasser ist im Kampf gegen Wasserknappheit und Dürren von entscheidender Bedeutung. Ich möchte hier insbesondere die Wasserpreisfestlegung hervorheben, die in dem Bericht ebenfalls angeführt wird. Mehrere Mitgliedstaaten haben mit diesem Instrument positive Erfahrungen gemacht. Auch ich begrüße die in dem Bericht gezogene Parallele zur Wasserrahmenrichtlinie. Ich glaube, die Probleme im Zusammenhang mit Wasserknappheit und Dürre sind hier gut aufgehoben. Zum Schluss möchte ich dem Berichterstatter Richard Seeber meine Anerkennung zu seiner guten Arbeit aussprechen.

Andreas Mölzer (NI). – (DE) Herr Präsident! Solange gewährleistet ist, dass die Wasserressourcen im alleinigen Eigentum der Mitgliedstaaten verbleiben und hier weder durch die EU noch durch den EuGH in irgendeiner Weise eingegriffen werden kann, ist eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung von Wasserknappheit sicher sinnvoll.

Allerdings auch nur dann, wenn wir das Problem umfassend angehen und uns den damit zusammenhängenden ursächlichen Problemen wie Bevölkerungsexplosion oder Klimawandel widmen. Im landwirtschaftlichen Sektor, der ja für 70 % des weltweiten Wasserverbrauchs verantwortlich ist, gibt es sicher enormes Sparpotenzial. Aber auch die EU hat mit Anschluss- und Benutzungszwang von Kanalsystemen ihr Scherflein zur Wasserverschwendung beigetragen.

Überdies wird oft vorhandene Wasserarmut durch Fehlentscheidungen verschärft, wie etwa in Zypern, wo aufgrund neu angelegter Golfplätze trotz chronischer Wasserknappheit die Bürger nun die Rechnung in Form von Wasserrationierungen zahlen dürfen.

In Bezug auf die lebenswichtige Ressource Wasser müssen wir also sensibler werden, aber dies darf keinesfalls zu einer vereinheitlichenden Zwangsbeglückung aller Mitgliedstaaten nach typischer EU-Manier ausarten.

Antonio De Blasio (PPE-DE). – (HU) Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Das Problem Wasserknappheit und Dürre ist eines der dringendsten, mit denen es die Europäische Union derzeit zu tun hat. Vor diesem Hintergrund muss dieses komplexe, eng mit anderen Umweltaspekten verknüpfte Thema geregelt werden. Der Wasserverbrauch ist nicht auf eine bestimmte geografische Region beschränkt. Angesichts der Tatsache, dass dieses Phänomen Grenzen überschreitet, ist eine Regulierung auf der Ebene der Europäischen Union erforderlich. Dieser wichtige Aspekt der grenzüberschreitenden Wasserbewirtschaftung ist hervorzuheben. Die mit Überschwemmungen einhergehenden Schäden stehen

in engem Zusammenhang mit der weit verbreiteten Praxis der Abholzung von Wäldern. Mit anderen Worten: Entwaldung führt zum einen zur Austrocknung und Verödung von Land und zum anderen zu diesen verheerenden Überschwemmungen.

Es ist wichtig zu betonen, dass wir auf dem Gebiet der Wasserbewirtschaftung das Subsidiaritätsprinzip beibehalten müssen. Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und gewählten Volksvertretungen muss gestärkt werden, da diese Organe bei der Bewältigung der aus Wasserknappheit und Dürre resultierenden Probleme einen erheblichen Beitrag in Gestalt ihrer Flächennutzungsplanung und Baugenehmigungspolitik zu leisten haben.

Abgesehen von den erwähnten regionalen und lokalen Gebietskörperschaften müssen wir aber auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einbeziehen. Sie sind ein wichtiger Faktor bei der Erziehung und bei Aufklärungskampagnen, und diese Rolle sollte zukünftig gestärkt werden. Es ist wesentlich, Anreizprogramme und Medienkampagnen durchzuführen, denn es ist nicht nur das Vorhandensein der Probleme, das durch solche Foren herausgestellt werden kann, sondern die Menschen können außerdem sehen, wie Ideen und Vorschläge in die Praxis umgesetzt werden.

Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, dass es für die Mitgliedstaaten von Bedeutung ist, über eine gewisse Flexibilität zu verfügen, die es ihnen erlaubt, Regelungen für andere Probleme hinsichtlich Bewässerung und Wasserbewirtschaftung entsprechend ihren jeweiligen Verhältnissen zu treffen. Die Aufsichtsbehörden der verschiedenen Ebenen müssen zusammenarbeiten, um einen Rahmen zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung zu schaffen. Ich möchte Richard Seeber für die Arbeit danken, die er in diesen Bericht investiert hat, und Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Cristina Gutiérrez-Cortines (PPE-DE). – (ES) Herr Präsident! Ich begrüße die Tatsache, dass wir ein Dokument vorliegen haben, das sich mit dem Thema Wasser beschäftigt. Leider aber ist mein Eindruck, dass dieses Dokument wohl aufgrund der Klimawandelproblematik auf einen ganz spezifischen Teilbereich des Themas beschränkt wurde: die Verringerung des Wasserverbrauchs.

Dessen ungeachtet pflichte ich mehreren von Richard Seeber angesprochenen und auf der Grundlage der Kommissionsvorlage weiterentwickelten Aspekten bei: etwa wenn er hervorhebt, dass der Zugang zu Wasser ein allgemeines Recht ist – Wasser für alle –, und auch seinem Gedanken, dass wir auf eine engere Zusammenarbeit unter den Regionen drängen müssen – ein Gedanke, der, so glaube ich, derzeit zu wenig Beachtung findet und all jene eines Besseren belehrt, die glauben, dass das Wasser demjenigen gehöre, bei dem es fließt.

Ich muss allerdings auch sagen, dass wir meiner Meinung nach anfangen sollten, die Aspekte Wasser und Klimawandel aus einer Gesamtperspektive zu betrachten. Wir haben derzeit drei Probleme auf der Welt: zum einen Hunger und Nahrungsmittelknappheit, zum anderen Klimawandel und schließlich das Phänomen Dürre, das wir bereits seit vielen Jahrhunderten kennen.

Worauf es nun ankommt, ist ein Ausbau der Ressourcen. Dieser Gesichtspunkt wird hier allerdings nicht behandelt. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen weiter ausbauen – ein Gedanke, der nur Änderungsanträgen des Parlaments vorkommt. Es geht nicht nur um die Wasserentsalzung – wir müssen außerdem die Flüsse wieder regulieren und uns über neue Wasserbautechniken und ein neues Paradigma zu Wasser Gedanken machen. Dieses besteht darin, alle Anstrengung zu unternehmen, um das Wasser im Land zurückzuhalten: durch Wiederaufforstung, Wasserrückhaltebecken, die in Niederschlagszeiten aufgefüllt werden können, Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Grundwasserleiter in Regenzeiten sowie weitere Maßnahmenbündel.

Wir müssen außerdem über eine Agrarstrategie nachdenken, die den Anbau neuartiger Pflanzenprodukte vorsieht, welche die gleiche Pflanzenmasse bieten wie bisherige Anbauprodukte, aber mit weniger Wasser auskommen. Aus dem gleichen Grund müssen wir über die Notwendigkeit einer Wasserwirtschaft sprechen, denn es geht nicht nur um die Frage steigender Preise, wie hier bereits gesagt wurde, oder um reelle Preise, sondern um eine viel komplexere Wasserwirtschaft.

Diese umfasst eine neue Agrarstrategie, eine Wasserverbrauchsplanung, eine Landnutzungsstrategie, die Regulierung der Flüsse und, soweit erforderlich, die Umleitung von Wasser. Worauf es ganz einfach ankommt, ist die Gestaltung einer weiterhin nachhaltigen Welt, die Mensch und Wirtschaft im Blick behält.

Inés Ayala Sender (PSE). – (ES) Herr Präsident! Ich möchte zunächst der Kommission dafür danken, dass sie nun endlich ein Papier zum Thema Wasserknappheit und Dürre vorgelegt hat, das wir im Parlament

bereits seit geraumer Zeit fordern. Obwohl wir konkret erleben konnten, dass Flutkatastrophen in angemessener und hinreichender Weise bewältigt wurden, mussten wir doch feststellen, dass dabei stets aus dem Blick geraten ist, dass andernorts Dürren zu einem strukturellen Problem werden und dass Wasserknappheit nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftliche Auswirkungen hat und insbesondere sämtliche Aspekte nachhaltiger Entwicklung in besonderem Ausmaß beeinträchtigt werden.

Ich möchte dem Berichtersteller Richard Seeber zu seiner ausgezeichneten Arbeit gratulieren und ihm auch für seine Anwesenheit und aktive Beteiligung an den Debatten anlässlich des Europäischen Umwelttags auf der Weltausstellung Expo 2008 in meiner Heimatstadt Zaragoza danken.

Ich danke ihm hierfür, weil die Europäische Union auf der Expo durch Richard Seeber die Möglichkeit hatte, ihre Besorgnis über den Stand der nachhaltigen Wasserversorgung in der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen und die diesbezüglichen Erfordernisse und Probleme aus der Sicht der Union und des Europäischen Parlaments zu erläutern.

Darüber hinaus möchte ich sagen, dass wir mittlerweile wissen, dass Probleme mit Wasserknappheit eng im Zusammenhang stehen mit dem Teufelskreis des Klimawandels: So wissen wir, dass in diesem Teufelskreis ungehemmte Entwaldung und urbane Entwicklung zur wachsenden Wasserknappheit beitragen. Daher müssen die zuständigen Behörden bei ihrer Flächennutzungsplanung wasserbezogenen Erwägungen besondere Beachtung schenken, insbesondere wenn es um ökonomische Maßnahmen in zunehmend sensiblen Flussniederungen geht.

In Bezug auf diesen Aspekt plädieren wir für die Aufstellung einer wassernutzungsbezogenen Hierarchie – wie dies im Prinzip auch die Kommission vorschlägt. Darüber hinaus sind wir natürlich keineswegs der Auffassung – wie Richard Seeber in seinem Bericht auch anmerkt –, dass die Umleitung von Wasser über große Entfernungen unter welchen Umständen auch immer eine Lösung für das Problem Wasserknappheit sein sollte.

Wir sind im Gegenteil der Auffassung, dass wir als Richtschnur unseres Handelns stets die korrekte Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie als Rahmen zur Erreichung eines guten Zustands sämtlicher Gewässer in Europa heranziehen müssen, sowohl was die Beachtung der besonderen Erfordernisse der Flussniederungen als auch was die Ziele der Verbesserung der Wasserqualität angeht.

Wie der Bericht von Richard Seeber richtig ausführt, ist in den Städten ein Wasserschwind von bis zu 50 % und in Europa allgemein von 20 % zu verzeichnen. Durch Mechanismen und Technologien der verschiedensten Art sowie mittels neuer Methoden der Wasserersparnis und der effizienten Nutzung von Wasser könnten Einsparungen von 40 % erzielt werden.

Um dies zu erreichen, müssen wir die nachhaltige, effiziente Nutzung und den Schutz der verfügbaren Wasserressourcen fördern.

Wir begrüßen daher den Vorschlag, die europäische Beobachtungsstelle für Dürren innerhalb der Strukturen der Europäischen Umweltagentur zu belassen und ein Städtenetzwerk für die Förderung einer nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen einzurichten.

Rolf Berend (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Wasser in alle Politikbereiche einzubeziehen und für die Behandlung dieses Themas ein Gesamtkonzept zu schaffen, ist eine Herausforderung, die bewältigt werden muss. Das hat diese Debatte bereits sehr deutlich gezeigt. Alle politischen Ebenen – die nationale, die regionale und die lokale – sollten in diesen Prozess einbezogen werden.

Als Berichtersteller für den Solidaritätsfonds fordere ich den Rat erneut und mit allem Nachdruck auf, in Anbetracht der Tatsache, dass dieses Parlament seinen Standpunkt bereits im Mai 2006 festgelegt hat, rasch einen Beschluss über den Vorschlag für eine Verordnung über den Solidaritätsfonds der EU zu fassen, um die Festlegung der Kriterien und förderfähigen Maßnahmen durch die Einbeziehung der Fälle von Dürre zu vervollständigen, damit den durch Naturkatastrophen verursachten Schäden auf wirksame, flexiblere und adäquatere Weise begegnet werden kann!

Mein Appell richtet sich aber auch an die regionalen und lokalen Behörden, die Möglichkeiten zu nutzen, die die Strukturfonds bieten, um Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, hinsichtlich einer effizienten Wassernutzung einerseits und einer Vermeidung nachteiliger Auswirkungen beim Schutz der Wasserressourcen andererseits. Dass damit jedoch immer auch ein Appell an die Bürger in Stadt und Land

verbunden ist, Maßnahmen für Wassereinsparungen nicht geringzuschätzen, braucht wohl hier nicht besonders betont zu werden, sondern versteht sich von selbst.

Mein Dank geht an den Berichterstatter.

Zita Pleštinová (PPE-DE). - (SK) Wasser ist Leben. Es gäbe kein Leben auf der Erde ohne Wasser. Regen ist ein Geschenk Gottes, mit dem in verantwortungsvoller Weise umgegangen werden muss. Wir dürfen ein Geschenk Gottes nicht einfach die Kanalisation hinunterfließen lassen. Wir müssen es vielmehr dazu verwenden, den Boden zu nähren, um wieder neues Leben hervorzubringen.

Jedes Jahr fließen über 20 Milliarden m³ Regenwasser aus den Kanalisationssystemen und Abflussrohren der europäischen Städte in die Flüsse und Meere. Dies ist der wahre Grund, warum der europäische Kontinent austrocknet. Schließlich ist Regenwasser in all seinen Formen die Quelle sämtlicher Wasserressourcen auf den Kontinenten.

Ich begrüße das Engagement des Berichtstatters Richard Seeber bei der Suche nach Lösungen für die Probleme Wasserknappheit und Dürren in der EU. Ich hatte allerdings erwartet, dass der Bericht etwas ambitionierter sein würde. Lediglich in Ziffer 48, die aufgrund eines Vorschlags, den ich im Ausschuss für regionale Entwicklung unterbreitet habe, Aufnahme in den Bericht gefunden hat, wird die Notwendigkeit der Regenwassersammlung erwähnt, dies aber auch nur am Rande.

Ich glaube, dass das neue Wasserparadigma, das von slowakischen und tschechischen Wissenschaftlern unter der Leitung von Michal Kravčík entwickelt wurde, auch unseren Berichtstatter beeinflussen und in der Zukunft die EU-Wasserrahmenrichtlinie verändern wird. Soweit mir bekannt ist, hat auch Kommissar Špidla seine Unterstützung für diesen Vorschlag und dieses Programm zum Ausdruck gebracht.

Avril Doyle (PPE-DE). - Herr Präsident! Ich möchte Richard Seeber für sein Engagement in diesem eminent wichtigen Bereich danken. Ich unterstütze in vollem Umfang die Bemühungen in Richtung einer Wirtschaft, die mit Wasser effizient und sparsam umgeht. Selbstverständlich unterstütze ich auch die vollständige Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, an deren Ausarbeitung ich selbst vor einigen Jahren intensiv beteiligt war, als meine frühere österreichische Kollegin Marilies Flemming Berichtstatterin war.

So war der Inhalt von Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie, auf den ich heute Abend Ihre Aufmerksamkeit richten möchte, das Ergebnis eines von mir zum ursprünglichen Empfehlungsentwurf eingebrachten Änderungsantrags. Ich hätte gerne eine Zusicherung vonseiten der Kommission, dass sämtliche Vorschläge zur Wasserpreisfestlegung bzw. der obligatorischen Erfassung des Wasserverbrauchs, soweit solche Vorschläge eingebracht werden, in Übereinstimmung mit Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie formuliert werden. Dies erlaubt die Fortführung der bewährten irischen Praxis, private Haushalte nicht mit Gebühren für den Verbrauch von Wasser im Privathaushalt zu belasten.

Bitte verlangen Sie nicht von mir, dass ich Ihnen nun hier und jetzt die Nachhaltigkeit dieser Maßnahme beweise. Glauben Sie mir bitte einfach nur, dass es sich hier um eine politisch höchst sensible Angelegenheit handelt, die – erlauben Sie mir, dies zu sagen – besser von einer irischen Regierung geregelt wird und nicht von einer EU-Richtlinie. Wir leben zwar auf einer feuchten Insel am westlichen Rand Europas, aber auch wir sind vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Klimawandels mit dem Problem Wassermangel konfrontiert.

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). - (HU) Nahrungsmittel und Wasser haben mittlerweile den gleichen strategischen Stellenwert wie Öl und Gas. In einem Moment haben wir es mit Wassermangel zu tun, und im nächsten Augenblick sind wir mit Überschwemmungen und Flutkatastrophen konfrontiert. Dies ist ein europäisches Problem, und der Bericht von Richard Seeber ist in diesem Zusammenhang äußerst wichtig. Ich möchte gerne den Vorschlag von Esther Herranz García dahingehend ergänzen, dass wir eine gemeinsame europäische Position nicht in Bezug auf das Problem Überschwemmungen brauchen, sondern in Bezug auf die Wasserbewirtschaftung, denn Überschwemmungen und Flutkatastrophen verursachen ein ebenso großes Problem wie Dürren, und die Ausschussangehörigen wissen nur allzu gut, dass es hier keine einheitliche Grundlage für ein europäisches Risikomanagement gibt. In diesem Kontext muss das Problem Dürre in Angriff genommen werden – und zwar nicht nur in den Mittelmeerländern. Mein Kollege Péter Olajos hat bereits darüber berichtet, dass in der Region um Homokhátság, zwischen Donau und Theiß, der Grundwasserspiegel im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte um vier Meter abgesunken ist. Die Desertifikation hat mittlerweile auch Ungarn und Mitteleuropa erreicht. Dies ist ein gesamteuropäisches Problem. Von unseren israelischen Kollegen können wir eine Menge lernen. Wir müssen uns deshalb keineswegs schämen, denn Israel verfügt über ein ausgezeichnetes Know-how zu Bewässerungsmethoden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Andrzej Jan Szejna (PSE). – (PL) Herr Präsident! Der Schutz von Wasserressourcen, Wasser-Ökosystemen und Trinkwasser gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Umweltschutzes. Um einen effektiven Schutz dieser wertvollen Ressource zu gewährleisten, ist ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene erforderlich. Die drei wichtigsten Herausforderungen, die Europa im Bereich Wasserverbrauch meistern muss, sind sparsamer, nachhaltiger und effektiver Verbrauch.

Der Klimawandel ist nicht die einzige Herausforderung, mit der es Europa zu tun hat. Trotz einer steigenden Nachfrage nach Wasser ringen wir immer noch mit einem übermäßigen, nicht nachhaltigen und ineffizienten Wasserverbrauch. Dieser steigt fast doppelt so schnell wie die Weltbevölkerung. Allein in Europa werden mindestens 20 % der Wasserressourcen aufgrund ineffizienter Wasserbewirtschaftung verschwendet. Daher sind Maßnahmen zur Steuerung der Nachfrage gegenüber der bisher üblichen Steigerung des Angebots zu bevorzugen. Maßnahmen zur Steuerung des Angebots sollten erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn das Potenzial an Maßnahmen zu einer sparsameren Wasserbewirtschaftung, einer besseren Kontrolle der Nachfrage und zur Bildung des Problembewusstseins in der Bevölkerung ausgeschöpft wurde. Regionale Zusammenarbeit und der Einsatz von Strukturfonds sollten ebenfalls keine unerhebliche Rolle spielen.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haben Sie vielen Dank für die Debatte über die Wasserbewirtschaftung und die Probleme rund um das Thema Wasser, die viele verschiedene Ansichten deutlich werden ließ. Obwohl ich nicht auf jeden einzelnen Ihrer Redebeiträge antworten kann, möchte ich doch auf mehrere Aspekte des Berichts eingehen, die ich für besonders wichtig halte. Erstens: Der Bericht erkennt die Bedeutung der Wasserrahmenrichtlinie an. Die volle Umsetzung dieser Richtlinie ist eine Priorität, die dazu beitragen wird, das Problem der schlechten Wasserbewirtschaftung zu lösen. Der Bericht weist auch darauf hin, dass Maßnahmen auf der Nachfrageseite zu bevorzugen sind. Weiterhin begrüßt er die Tatsache, dass vonseiten der Kommission der Einsparung von Wasser erste Priorität bei der Bewältigung des Problems eingeräumt wird. Das Wassereinsparpotenzial in Europa ist gewaltig: 33 % in Haushalten und 43 % in der Landwirtschaft.

Der Bericht betont darüber hinaus den Zusammenhang zwischen Klimawandel, Wasserknappheit und Dürre sowie die Notwendigkeit, mit Wasser zusammenhängende Probleme in andere politische Überlegungen mit einzubeziehen – etwa in die Flächennutzungsplanung, wo in einigen Fällen Fehlentscheidungen in der Vergangenheit zur Verschärfung des Problems beigetragen haben. Der Bericht appelliert außerdem an die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die mit den Strukturfonds gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, und unterstreicht die Rolle der Umweltprogramme im Rahmen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. Diese Integration wird Priorität haben bei der Wende hin zu Praktiken, die auf Wassereinsparungen abzielen.

Der Bericht weist außerdem auf die Bedeutung hochwertiger Informationen hin und fordert die Kommission auf, die Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Dürren voranzutreiben. Als Reaktion auf die Mitteilung entwickelt die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission nun einen entsprechenden Prototyp.

Schließlich betont der Bericht die Notwendigkeit präziser Maßnahmen sowie eines konkreten Terminplans für deren Umsetzung. Ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission die Absicht hat, die in der Mitteilung ausgeführten Ziele näher auszuarbeiten, und dass sie an einem Bericht arbeitet, in dem die bei der Lösung der angesprochenen Probleme erzielten Fortschritte bewertet werden. Darüber hinaus bemüht sich die Kommission intensiv um kontinuierliche Lösungen dieser Probleme auf internationaler Ebene, insbesondere über das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung sowie die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich sagen, dass mit Wasser im Zusammenhang stehende Probleme auch weiterhin im Zentrum unseres politischen Programms stehen werden und dass Ihr Bericht ein äußerst nützlicher und aktueller Beitrag zu den kontinuierlichen Bemühungen der Kommission ist, Antworten auf den Klimawandel zu finden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Diskussion hat deutlich gezeigt, dass Wasserbewirtschaftung ein komplexes Thema ist, und ich kann mich Ihrer Einschätzung nur anschließen, dass diese Problematik in sämtlichen Politikansätzen ihren Niederschlag finden muss und dass ihre Facetten auch auf internationaler Ebene von größter Bedeutung sind.

Richard Seeber, Berichterstatter. – (DE) Herr Präsident! Danke, Herr Kommissar, und danke an die Kolleginnen und Kollegen für die sehr guten Anregungen, die gekommen sind. Ich möchte vorausschicken, dass die Hoheit über die Wasserressourcen national bleiben muss. Trotzdem müssen wir untereinander Solidarität üben. Aber diese Solidarität muss eine freiwillige bleiben.

Von den Kolleginnen und Kollegen sind viele gute Vorschläge gekommen, die sehr detailliert waren. Ich habe diese nur teilweise berücksichtigt, einfach aus dem Grund, dass es sich hier um einen Initiativbericht handelt, der relativ allgemein bleiben muss und allgemeine Grundsätze darlegen soll. Ich bin jetzt wirklich auf das Papier gespannt, das die Kommission hoffentlich in den nächsten Wochen vorlegen wird, nämlich das Grünbuch zur Anpassung an den Klimawandel, auf das wir alle mit großer Ungeduld warten, denn uns ist allen bewusst, dass der Teil „Anpassung und Klimaschutz“ hauptsächlich die Wasserseite betrifft. Hier sind wir sehr gespannt, was die konkreten Vorschläge der Kommission sind.

Ich darf nochmals in Erinnerung rufen, dass aus unserer Sicht der Punkt „Mainstreaming“ extrem wichtig ist, dass also die Wasserpolitik Eingang in alle anderen Politikbereiche finden muss, wie das auch Kollege Berend zum Ausdruck gebracht hat. Es kann nicht sein, dass mit europäischen Geldern Projekte gefördert werden, die kurz- oder langfristig zu Wasserknappheit führen. Es muss uns auch klar sein und wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, sowohl in der politischen und in der wirtschaftlichen Welt als auch beim Bürger, dass Wasser keine unendliche Ressource ist. Kollegin Doyle hat auf die Wasserpreispolitik hingewiesen. Es ist ganz klar: Artikel 9 ist umzusetzen. Aber die Mitgliedstaaten haben hier doch einen sehr großen Rahmen und die nötige Flexibilität, und die Tradition der Mitgliedstaaten ist zu berücksichtigen.

Ich unterstütze auch die nachfrageseitigen Maßnahmen, obwohl auch die Angebotsseite – wie von den spanischen Kollegen ausgedrückt – Berücksichtigung finden muss. Es gibt Sondersituationen, wo wir auch diese einfach über die Angebotsseite lösen müssen.

Insgesamt möchte ich mich bei allen recht herzlich für die anregenden Worte bedanken.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Louis Grech (PSE), schriftlich. – Das Phänomen Wasserknappheit wird in allen Ländern mit wachsender Besorgnis wahrgenommen. Die Auswirkungen sind im Allgemeinen jedoch in den ärmsten Erdregionen am stärksten spürbar. Dies führt zu großen ökologischen und ökonomischen Verwerfungen. Dabei sind einige Länder mehr betroffen als andere – je nach ihrer geografischen Lage und Wirtschaftsstruktur. Ein Beispiel hierfür ist die Mittelmeerregion, wo Wasserknappheit ein akutes Problem ist, weil es potenziell den Tourismus beeinträchtigen kann. Der Schutz der Wasserressourcen als knappes Gut ist eine Grundvoraussetzung für Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung.

Die Etablierung einer im Hinblick auf den Wasserverbrauch, die Sensibilisierung und die Maßnahmenintegration abgestimmten Politik auf europäischer Ebene ist erforderlich, um in den Mitgliedstaaten einen effektiven und verantwortungsvollen Schutz der Wasserversorgung und der Umwelt sicherzustellen. Darüber hinaus ist intensivere Forschung in den Technologien Wasserentsalzung und Wasseraufbereitung erforderlich, um von einem kostengünstigeren und effizienteren System zu profitieren.

Hinzu kommt, dass wir innerhalb der EU – zumindest in einigen Mitgliedstaaten – bessere und strengere Gesetze gegen missbräuchlichen Wasserverbrauch und Grundwasserverschmutzung brauchen. Weiterhin sollte in bestimmten Regionen die Inanspruchnahme von Strukturfonds zur Förderung von wasserbezogenen Projekten gefördert werden. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass sämtliche Akteure in unserer Gesellschaft – Politiker, Industrie und Verbraucher – hinter dieser Prioritätensetzung stehen, damit sie verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen können.

Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Der Klimawandel kann irreversible Auswirkungen auf alle Wasserressourcen des Planeten haben. Daher ist es ganz wichtig, dass sämtliche Aspekte des sozioökonomischen Lebens so ausgerichtet werden, dass sie den Effekten der Wasserverknappung entgegenwirken.

Der europäische und internationale rechtliche Rahmen bietet effiziente Ansatzpunkte, aber wir brauchen einen wirklichen Fortschritt in Bezug auf die schnelle Durchsetzung sämtlicher beschlossener Maßnahmen, insbesondere derjenigen, die im Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und der Wasserrahmenrichtlinie enthalten sind, deren extrem langen Umsetzungsfristen die Ressourcennachhaltigkeit gefährden.

Ich appelliere an die Kommission und die Mitgliedstaaten, unter aktiver Einbeziehung sämtlicher autorisierter Organe und der lokalen Gebietskörperschaften schnellstmöglich transparente und kohärente Verfahren zur

Preisfestlegung für den Wasserverbrauch auf Grundlage des Verursacherprinzips in die Wege zu leiten und dafür zu sorgen, dass leitungsnetzbedingter Wasserschwind eliminiert wird.

Ich empfehle außerdem, die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur verantwortungsvollen Nutzung von Flussniederungen voranzutreiben, insbesondere in Fällen, wo es um den Bau von Wasserkraftwerken geht, und vor allem bei Flüssen, deren Wasser für die Kühlung von Atomkraftwerken genutzt wird, denn eine verantwortungslose Inanspruchnahme von Wasserressourcen in Kombination mit besonders niedrigen Flusspegelständen kann dazu führen, dass viele saubere Stromerzeugungsanlagen heruntergefahren werden müssen und dadurch das europäische Stromversorgungssystem aus dem Gleichgewicht gerät, wodurch die Elektrizitätsversorgungssicherheit in der Union hochgradig gefährdet werden könnte.

Maria Petre (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe ums Wort gebeten, weil ich ein MdEP aus dem Süden Rumäniens bin, einer Region, die in den vergangenen Jahren mit schweren Dürreproblemen zu kämpfen hatte.

Von der letzten Dürre im Jahr 2007 waren mehr als 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe in meiner Region Ialomița betroffen. Ich glaube, dass wir dieses Phänomen in den Griff bekommen und die von uns allen angestrebten Ziele erreichen können, wenn wir das Problem aus der Perspektive der Regionalentwicklung betrachten. Die Mitgliedstaaten müssen mit ökologisch empfindlichen Flussniederungen in Regionen mit Wasserknappheit sorgsam umgehen, aber sie müssen besonders behutsam vorgehen, wenn sie in solchen sensiblen Gebieten wirtschaftliche Aktivitäten genehmigen.

Wenn Gelder für Wasserinfrastrukturmaßnahmen bereitgestellt werden, dann müssen diejenigen Projekte bevorzugt werden, die saubere Technologien, eine effiziente Wassernutzung und Risikopräventionsmaßnahmen umfassen.

Ich glaube, dass sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten eine Kultur in Europa fördern müssen, die auf einem sparsamen Umgang mit Wasser und einer durch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen erworbenen Wasserwirtschaft beruht.

Wasserknappheit ist eine der neuen Herausforderungen. Bis jetzt sind 11 % der europäischen Bevölkerung und 17 % der Fläche in Europa davon betroffen. Die europäische Kohäsionspolitik muss sich mit dieser Herausforderung auseinandersetzen.

Abschließend möchte ich noch etwas anfügen, was ich ebenfalls für unmittelbar wichtig halte, um zu Ergebnissen zu kommen: die Optimierung des Einsatzes des Solidaritätsfonds und des Katastrophenschutzverfahrens.

Daciana Octavia Sârbu (PSE), schriftlich. – (RO) Wasserknappheit und Dürren haben sich zu Problemen erheblichen Ausmaßes entwickelt, sowohl in der Europäischen Union als auch im globalen Maßstab und besonders im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der die Situation noch verschärft hat. Solche Phänomene haben schädliche Sekundäreffekte auf die biologische Vielfalt sowie die Wasser- und Bodenqualität und erhöhen die Gefahr von Waldbränden, wie durch die jüngsten verheerenden Brände in Südeuropa belegt.

In Südosteuropa haben die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU geflossenen Fördergelder zu einem Anstieg des Wasserverbrauchs geführt. Aus diesem Grund ist es erforderlich, diese Art der Förderung einzustellen und stattdessen im Rahmen von ländlichen Entwicklungsprogrammen Mittel für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus zwingt uns der derzeitige kontinuierliche Anstieg der Nachfrage nach Biotreibstoffen zu Anpassungen der entsprechenden Anbauprodukte und der anderen wirtschaftlichen Aktivitäten mit der Folge der maximalen Beanspruchung der lokal verfügbaren Wasserressourcen.

Um Lösungen für diese Probleme zu finden, besteht die Hauptpriorität im Übergang zur effizienten Verwendung und Einsparung von Wasser. Als zukünftig zu realisierende Maßnahmen wären anzuführen: die Einführung von Wasserverbrauchspreissystemen als Anreiz zu einem rationellen Umgang mit Wasser, die Erreichung der in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Ziele und die Koordinierung mit anderen Wassernutzungsregelungen aus dem gewerblichen Bereich.

25. Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission von Diana Wallis, Bilyana Ilieva Raeva und Johannes Lebech im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa zu politischem Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung (O-0084/2008 – B6-0467/2008).

Diana Wallis, Verfasserin. – Herr Präsident! Die Arktis wurde als der letzte Ort beschrieben, der noch die Vorstellungskraft beflügelt. Sie ist für viele Menschen ein besonderer Ort. Wir befinden uns in der Mitte des Internationalen Polar-Jahrs. Das letzte Ereignis dieser Art hatte die Geburt einer Charta für die Antarktis zur Folge.

Die Arktis ist anders. Hier gibt es Völker und Nationen. Aber auf die Arktis richtet sich auch der Blick der Welt in Bezug auf den globalen Klimawandel mit all seinen Gefahren, Herausforderungen und Möglichkeiten. Ich setze mich bereits seit langem für eine Arktis-Politik ein – möglicherweise im Rahmen unserer Nördlichen Dimension – und habe mich sehr gefreut, als ich vor einem Monat die Gelegenheit hatte, im Namen unseres Präsidenten in Grönland an einer Konferenz teilzunehmen, auf der ich mich erstmals von über einem Dutzend Kommissionsbediensteten aus verschiedenen Generaldirektionen umgeben sah. Es ist wohl mittlerweile angekommen, dass es sich hier um eine wichtige Angelegenheit handelt.

Wir freuen uns auf die kommende Mitteilung der Kommission. Die vorliegende Entschließung soll Ihnen, Herr Kommissar, Mut machen zu einem entschlossenen Auftreten, und wir möchten Ihnen damit zeigen, wie wichtig dieses Haus diese Angelegenheit nimmt. Ja, wir müssen die hochsensible Umwelt der Arktis schützen. Ja, wir müssen nachhaltige Wege zur Entwicklung von Ressourcen in der Arktis ins Auge fassen, insbesondere mit Blick auf energiebasierte Ressourcen. Ja, wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir mögliche neue Seewege auf sichere Weise nutzen können.

Es gibt noch Vieles mehr, das ich ansprechen könnte. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen für ihre Zusammenarbeit bei dieser sehr wichtigen Entschließung dankbar. Als auf unserem Kontinent der Kalte Krieg zu Ende ging, sprach sich Gorbatschow dafür aus, die Arktis zu einer Region der friedlichen internationalen Zusammenarbeit zu machen. Ich glaube, unsere Union hat die Pflicht, dieses Ziel sicherzustellen, sowohl im Interesse unserer eigenen arktischen Nationen als auch im Interesse unserer arktischen Nachbarn. Ich wünsche Ihnen also Mut für Ihre Mitteilung.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte findet zu einem besonders günstigen Zeitpunkt statt. In ihrer Mitteilung im Oktober 2007 zu einer integrierten Meerespolitik für die Europäische Union verkündete die Kommission die Überprüfung der Interessen der EU in der arktischen Region bis Ende 2008. Diese Überprüfung nimmt gegenwärtig Gestalt an in Form einer Mitteilung mit dem Titel „Die Europäische Union und die arktische Region“, die Mitte November beschlossen werden soll. Die Arktis ist von zunehmender Bedeutung für die Welt, und die Europäische Union ist untrennbar mit dieser Region verbunden. Die Politik der EU in Bereichen wie Klimawandel, Energie, Verkehr und Fischerei wirkt sich in direkter Weise auf die Arktis aus.

Das Staatsgebiet dreier Mitgliedstaaten erstreckt sich auch auf Teile der Arktis. Die maritimen und terrestrischen Bereiche dieser Region sind äußerst sensibel und stellen die wesentlichen Bestandteile des terrestrischen Ökosystems dar. Die Auswirkungen des Klimawandels machen sich in der arktischen Region schneller und spürbarer bemerkbar als irgendwo sonst auf der Welt. Seit der Jahrhundertwende wurde unser politisches Handeln nach außen zugunsten des Nordens erfolgreich von unserer Politik der Nördlichen Dimension geleitet. Die Arktis einschließlich der Barentssee-Region wurde im Leitdokument aus dem Jahr 2006 zur Nördlichen Dimension, das in Absprache mit Russland, Norwegen und Island beschlossen wurde, als eine strategische Schlüsselregion anerkannt.

Dessen ungeachtet war die Politik der Nördlichen Dimension stets mehr auf Europa ausgerichtet, und insbesondere auf den Nordwesten Russlands. Die kommende Mitteilung, die sehr ausführlich sein wird, wird sich für eine dynamischere und koordiniertere Rolle der Europäischen Union in der Arktis aussprechen. Ihr Handeln soll sich um drei Hauptziele herum strukturieren: Schutz und Erhalt der Arktis in Zusammenarbeit mit ihren Bewohnern, Förderung der nachhaltigen Nutzung arktischer Ressourcen und schließlich Verbesserung der multilateralen Kontrolle über die Arktis.

Der Klimawandel ist das Ergebnis eines planetaren Prozesses, und die Europäische Union muss auch weiterhin eine führende Rolle bei der Bewältigung dieses Phänomens spielen. Die Mitteilung wird dem Schutz und dem Erhalt der Umwelt eine absolute Priorität einräumen, obwohl dies die nachhaltige Nutzung der arktischen Ressourcen nicht notwendigerweise ausschließt.

Die Kommission beabsichtigt außerdem, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region, ihren Beitrag insbesondere zur multilateralen Kontrolle über die Arktis auszubauen, so wie dies in der Erklärung von Ilulissat der fünf arktischen Anrainerstaaten im Mai 2008 ausgeführt wurde. Es scheint, dass die Voraussetzungen für einen verbindlichen, speziell auf die Region abgestimmten Rechtsrahmen noch nicht gegeben sind. Wir müssen daher auf die erweiterte Rechtsgrundlage zurückgreifen, die die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen und andere internationale Übereinkommen bieten.

Dessen ungeachtet sehen wir deutlich die Notwendigkeit, den vorhandenen Rechtsrahmen in vollem Umfang umzusetzen und sicherzustellen, dass dieser respektiert wird. Gleichzeitig muss dieser Rahmen weiter ausgestaltet und an neue Realitäten angepasst werden. Unser Ziel ist es, mitzuhelfen beim Aufbau eines Systems, das sich auf Zusammenarbeit gründet und das einerseits die Lebensfähigkeit dieser Region sicherstellt und andererseits auch die Freiheit und Gerechtigkeit des Zugangs zur Arktis garantiert. Wir erkennen an, dass es wesentlich ist, die Koordination zu verbessern und eine strategischere Orientierung zu bieten.

Die Kommission wird diesbezüglich eine Reihe von Vorschlägen vorlegen, insbesondere wird sie die Erweiterung des „arktischen Fensters“ unserer Politik der Nördlichen Dimension vorschlagen. Wir möchten, dass die Mitteilung Anlass gibt zu einer eingehenden Reflexion über die verschiedenen angesprochenen Themenbereiche, welche die Grundlagen für eine künftige Arktis-Politik der EU bieten. Die Mitteilung wird der Akzeptanz einer koordinierteren Herangehensweise an die Arktis förderlich sein. Ihr wird eine eingehendere Reflexion über verschiedene Themenbereiche folgen. Auf diese Weise könnte sie die Grundlage einer globalen EU-Politik für diese Region bilden.

Es besteht kein Zweifel, dass eine akzentuierte Politik in diesem Bereich als Ausgangsbasis für künftige Diskussionen zur Zukunft der Arktis dienen kann. Dies versetzt die Europäische Union in die Lage, gleich von Anfang an deutliche Diskussionsakzente zu setzen.

Tunne Kelam, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte Diana Wallis dafür danken, dass sie diese Debatte und Entschließung initiiert hat. Für diese Initiative gibt es mehrere Gründe. Erstens: Für die arktische Region gibt es nach wie vor keinerlei multilaterale Normen und Regeln. Insbesondere der Seeverkehr ist nicht durch internationale Sicherheitsbestimmungen geregelt. Dies wird in naher Zukunft ernsthafte Gefahren mit sich bringen.

Zweitens: In der arktischen Region macht sich der Klimawandel mittlerweile in dramatischer Weise bemerkbar. Hierauf müssen wir reagieren.

Drittens: Auf die Arktis richten sich mittlerweile in zunehmendem Maße wirtschaftliche Interessen, da dort möglicherweise ungefähr ein Fünftel der noch unerforschten Öl- und Gasreserven lagern. So hat inzwischen der Wettbewerb zwischen verschiedenen interessierten Ländern um die Sicherung des Zugangs zu diesen Ressourcen und die Kontrolle darüber begonnen. Ein Hinweis für das Vorhandensein dieser Interessen war das Hissen der russischen Flagge unter dem Nordpol vergangenes Jahr.

Wir fordern daher die Kommission auf, in einer Mitteilung zur arktischen Region Stellung zu beziehen und Themen und Arbeitsverfahren vorzuschlagen. Insbesondere sehen wir der Initiative der Kommission entgegen, eine Energie- und Sicherheitspolitik für die arktische Region auf ihre Tagesordnung zu setzen.

Die EU muss ihre eigenen Formen einer Politik für die Arktis entwickeln und dabei zwei uns sehr nahestehende Länder mit einbeziehen: Island und Norwegen. Die EU-Politik der Nördlichen Dimension deckt die arktische Problematik teilweise ab, aber es ist klar geworden, dass wir eine umfassende EU-Arktis-Politik benötigen, um den weit gestreuten und bedeutenden Kontext der arktischen Problematik zu erfassen. Schließlich schlagen wir vor, dass die Kommission internationale Verhandlungen in die Wege leitet mit dem Endziel eines internationalen Vertrags zum Schutz der Arktis.

Michel Rocard, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar! Viele von uns hatten soeben das Vergnügen, Sie eine Reihe positiver Entwicklungen verkünden zu hören, die zuvor nie zu hören waren und die zweifellos in der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zu lesen sein werden, auf die wir mit Spannung warten. Ihre Antwort vermittelte allerdings nicht den Eindruck, dass sie in vollem Umfang der Tatsache Rechnung trägt, dass sich die Ereignisse mittlerweile überstürzen.

Zunächst einmal hat sich der Weltklimarat in mittlerweile einhelligem wissenschaftlichem Konsens dahingehend geäußert, dass der Arktis größere Gefahren drohen, als man sich dies noch vor vier oder fünf Jahren vorgestellt hat. Die Lebensgrundlagen der Inuit sind bedroht, und die biologische Vielfalt ist in Gefahr. Viele Arten, darunter der Eisbär, sind ebenfalls bedroht.

Zweitens war in diesem Sommer zum ersten Mal seit mehreren Jahrtausenden der arktische Seeweg von Osten und Westen her schiffbar. So etwas hat es zuvor nie gegeben. Darüber hinaus sind uns in jüngster Zeit Vorfälle von Ölteppichen, Entgasung und Schäden durch Öl in der Arktis bekannt geworden.

Drittens hat uns unser Parlamentskollege von der PPE gerade an den Umstand erinnert, dass ein russisches U-Boot eine Flagge am Nordpol gehisst hat. Was sollte damit bekundet werden? Russland beansprucht die Ausdehnung seiner Hoheitsgewässer auf seinen gesamten Kontinentalsockel. Dies umfasst 38 % der gesamten Fläche der Arktis. Dies ist eine dramatische Entwicklung, denn es bedeutet eine beginnende Militarisierung des arktischen Raums. Die einzige Möglichkeit, Herr Kommissar, dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben, wird derzeit von der UN-Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels geprüft und besteht in der Initiierung von Verhandlungen über einen internationalen Schutzvertrag. Diese Entwicklung wurde bislang nie angesprochen.

Mit Grönland und Dänemark besitzt die Europäische Union ein Land, das an die arktische Region angrenzt, und zwei weitere Länder, deren Staatsgebiet in den arktischen Raum hineinreicht. Wir unterhalten enge Beziehungen zu Island. Die Europäische Union ist in einer Position, in der sie von Island verlangen kann, dass es Initiativen fortführt, die einen Überschuss an Energie bringen könnten – und ich glaube, dass es hierzu eine dringende Notwendigkeit gibt, sowohl im Interesse der Sicherheit als auch im Interesse der Überwachung der Schifffahrt und des Klimaschutzes.

Wir müssen jetzt mit Verhandlungen über einen Vertrag zum Schutz der Arktis beginnen – wie dies für die Antarktis geschehen ist. Dies ist mir umso mehr bewusst, als ich einer der Schirmherren dieser Verhandlungen war. Vor dem Hintergrund dieses Bewusstseins plädiere ich für ein schnelles Handeln. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Dies muss geschehen, bevor die UN-Kommission ihre Prüfung des russischen Ansinnens abschließt.

Danutė Budreikaitė, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (LT) Erst vor kurzem war die arktische Region Gegenstand von Untersuchungen zur nationalen Sicherheit und Forschung der arktischen Anrainerstaaten. Heute, mit dem Klimawandel und schmelzenden Gletschern, gewinnen Aspekte wie Umweltschutz, Energieressourcen und die Gesundheit des Menschen mehr und mehr an Priorität. Leider scheinen die dominanten Interessen wirtschaftlicher Natur zu sein, insbesondere mit Blick auf die Energieressourcen oder auch die Einführung neuer Seewege für den Handels- und Personenverkehr. Wissenschaftlichen Angaben zufolge werden in der Arktis 30 % der bislang noch nicht erschlossenen Erdgaslagerstätten der Erde, 20 % der natürlichen Flüssiggasreserven und 13 % der Ölreserven vermutet. In den vergangenen Jahren haben die Länder der arktischen Region und einige andere Länder über bestimmte Handlungsweisen und ihre imperative Position ihrem Anspruch nach souveräner Nutzung der arktischen Ressourcen klar Ausdruck verliehen. Daneben gibt es unter den arktischen Anrainerstaaten selbst unterschiedliche Ansichten in Bezug auf die Sicherung der jeweiligen Einflussphären. Ich begrüße die in der Erklärung zum Ausdruck gebrachten Vorstellungen zur Entwicklung einer EU-Politik für die Arktis. Dazu zählen wirtschaftliche und Umweltschutzbelange, aber auch Themen, die im Zusammenhang stehen mit der Anpassung der lokalen Bevölkerung an die durch den Klimawandel bedingten Aspekte. Was die Energieversorgung angeht, so sollte die Problematik der arktischen Region Teil der gemeinsamen EU-Energiepolitik sein. Es ist höchste Zeit, den Worten nun Taten folgen zu lassen.

Satu Hassi, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank an Diana Wallis und die anderen, die dieses Thema zur Diskussion gestellt haben. Aus dem Weltall kann man sehen, dass sich der Planet Erde aufheizt. Die Tatsache, dass das Eis um den Nordpol im Sommer zusehends abschmilzt, ist nicht mehr zu übersehen. Dies sollte bei uns eigentlich die Alarmglocken läuten lassen und zu entschlosseneren Maßnahmen für den Klimaschutz führen. Stattdessen gibt es jetzt ein Wettrennen um die Ausbeutung der arktischen Öl- und Gasreserven. Dies ist ein eklatanter Widersinn.

Wir benötigen dringend einen internationalen Vertrag für die Verwaltung der arktischen Region. Dessen Ausgangspunkt und Hauptziel muss jedoch der Schutz dieser Region sein, ein Moratorium entsprechend demjenigen, das bereits für die Antarktis gilt. Wenn wir auf das wegschmelzende Eis im Norden lediglich mit einer Intensivierung der Ausbeutung fossiler Brennstofflagerstätten reagieren, dann verschärfen wir das Problem Klimawandel nur noch weiter.

Avril Doyle (PPE-DE). - Herr Präsident! Die Arktis spielt eine zunehmend wichtige geostrategische Rolle in der Welt, und wir stehen nunmehr vor der Situation, dass sich als direkte Folge der globalen Klimaveränderung bislang nicht schiffbare Seewege eröffnen.

Dieser Umstand sollte uns allerdings nicht überraschen, da sich die Arktis mit einem Temperaturanstieg von 2 °C in den letzten hundert Jahren gegenüber einem Anstieg von durchschnittlich 0,6 °C im Rest der Welt erheblich schneller erwärmt. Dieses hochgradig fragile und verwundbare Ökosystem gerät zunehmend ins Visier ressourcenhungriger Nationen, die sein Potenzial ausbeuten möchten. Ohne eine funktionierende multilaterale Kontrolle hätten wir keinerlei Garantie, dass der nachhaltige Lebensstil der einheimischen Bevölkerung oder die grundlegende Bedeutung der Arktis als stabilisierender Faktor für das Erdklima respektiert würden.

Die Arktis ist von entscheidender Bedeutung für die globale Klimastabilität, und ich möchte die Kommission dringend dazu aufrufen, diesen Umstand in ihrer nächsten Mitteilung zur Arktis-Politik der EU in vollem Umfang zu berücksichtigen – natürlich ebenso wie die Fragen der Energie- und Sicherheitspolitik.

Weiterhin verdient die Arktis entsprechend den Ausführungen von Ziffer 9 unserer Entschließung „aufgrund ihrer Bedeutung für das Weltklima und ihrer einzigartigen natürlichen Umwelt besondere Beachtung bei der Entwicklung der Position der EU für die im Zuge des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen 2009 in Kopenhagen stattfindende Konferenz zum Klimawandel COP 15“ und auch im Hinblick auf unsere Diskussion über einen Rahmen für eine multilaterale Kontrolle dieser einzigartigen Region.

Libor Rouček (PSE). - (CS) Meine Damen und Herren! Die Arktis ist die einzige Erdregion, für die noch keinerlei multilaterale Regeln und Bestimmungen gelten. Allerdings ist das Interesse an der Region und ihrer geopolitischen und strategischen Bedeutung in letzter Zeit in überraschendem Umfang angewachsen. Der Seeverkehr in der Arktis, sowohl die Handelsschifffahrt als auch der Tourismus, wird immer intensiver. Das Interesse an den arktischen Bodenschätzen wird immer größer. Der Klimawandel hat negative Auswirkungen auf den Lebensstil der einheimischen Bevölkerung und auf die biologische Vielfalt. Aus all diesen Gründen muss die Arktis Gegenstand von Diskussionen auf internationaler Ebene sein mit der Perspektive des Abschlusses eines Vertrags zum Schutz der Arktis ähnlich dem Madrider Protokoll zum Antarktis-Vertrag von 1993. Drei arktische Anrainerstaaten sind Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und zwei weitere Länder sind Mitglieder des gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraums. Die Europäische Union sollte daher bei künftigen internationalen Verhandlungen über die Arktis eine Schlüsselrolle einnehmen.

Wie wir gehört haben, arbeitet die Europäische Kommission derzeit an einer Mitteilung über ihre Politik in Bezug auf die arktische Region. In unserem gemeinsamen Entschließungsantrag fordern wir die Kommission auf, sämtliche oben genannten Aspekte zu berücksichtigen. Wir glauben auch, dass es wichtig ist sicherzustellen, dass die Arktis und das Nordpolarmeer von Militär und Atomwaffen freigehalten werden, wie dies bereits von Diana Wallis angesprochen wurde. Wir möchten die Kommission außerdem dazu aufrufen, über die Einrichtung einer speziellen Abteilung für den arktischen Raum nachzudenken, die sich um die Realisierung dieser Ziele und die Probleme kümmern könnte.

Richard Seeber, Berichterstatter. - (DE) Herr Präsident! Es muss uns allen bewusst sein, dass wir zwar einige Daten über die Arktis haben, aber insgesamt ist sie immer noch im wahrsten Sinne des Wortes ein weißer Fleck, insbesondere was das internationale Recht angeht. Kollege Kelam hat auf die fehlende Seerechtskonvention hingewiesen.

Auch wenn wir die Natur- und Bodenschätze betrachten – man schätzt ja, dass dort 22 % der weltweiten Öl- und Gasreserven liegen –, so handelt es sich hier um ein Gebiet, das für die Zukunft Europas enorme Bedeutung hat. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir – angeführt von Kollegin Wallis – diese Entschließung vorlegen.

Die Kommission ist nun wirklich gefordert, ein Konzept, eine Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen vorzulegen. Das fehlt meiner Ansicht nach noch. Man ist inzwischen zwar aufgewacht und nimmt sich des Problems an, aber eine strategische Ausrichtung fehlt noch. Denn hier dürfen wir nicht an zweiter Stelle stehen! Manche Anrainerstaaten, insbesondere Russland, versuchen, vollendete Tatsachen zu schaffen. Und es ist sehr schwer, einer Großmacht wie Russland dann entsprechende Taten entgegenzusetzen, wenn wir uns so lange Zeit lassen.

Insgesamt darf Europa auch nicht hinter die Mitgliedstaaten zurücktreten. Es handelt sich hier um ein Gebiet von gemeinsamem Interesse, und es geht nicht an, dass wir aufgrund einer nicht funktionierenden GASP

hier verschiedenen Mitgliedstaaten den Vortritt lassen. Denn hier ist einfach das Gesamtinteresse Europas zu wichtig!

Darum nochmals mein Appell an die Kommission, möglichst bald eine präzise und konkrete Strategie vorzulegen, damit wir im Parlament darüber diskutieren können. Es steht einfach zu viel auf dem Spiel, als dass wir uns zu lange Zeit lassen könnten!

Vladimír Špidla, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte zeigt deutlich, dass es sich hier wirklich um ein Problem handelt, das fundamentale strategische Interessen berührt, ob man es nun aus dem Blickwinkel des Umweltschutzes oder von der geopolitischen Warte aus betrachtet. Die Debatte zeigt auch, dass wir nicht mehr viel Zeit haben und dass es zwingende Gründe für die Europäische Union gibt, ihre Politik zu formulieren. Allerdings ist auch klar, dass einige Vorschläge sehr komplex sind und dass die allgemeine Situation in der Arktis aus der Sicht sowohl der Europäischen Union als auch des Völkerrechts äußerst kompliziert ist. So müssen wir uns beispielsweise vor Augen halten, dass die wichtigsten Länder, nämlich Norwegen, Island, Grönland und die Russische Föderation, nicht Mitglieder der Europäischen Union sind und unsere Strategie folglich nicht aus der Geltendmachung von Küstenschutz- oder Territorialrechten bestehen kann.

Die Notwendigkeit, eine Strategie auszuformulieren, bleibt allerdings nach wie vor bestehen. Jedenfalls arbeitet die Kommission nun an einer solchen Strategie, und eine entsprechende Mitteilung wird sehr bald vorliegen, und zwar innerhalb der nächsten Wochen. Meine Damen und Herren! Die Zeit reicht nicht aus, um auf alle Ihre Ausführungen im Einzelnen einzugehen, aber ich habe sie mir notiert, und die Kommission wird sie berücksichtigen. Wie ich bereits versuchte, kurz zu erklären: Einige Angelegenheiten sind äußerst kompliziert und äußerst komplex.

Der Präsident. – Ich habe drei Entschließungsanträge erhalten⁽²⁾, die gemäß Regel 108(5) der Geschäftsordnung eingebracht wurden.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

András Gyürk (PPE-DE), *schriftlich*. – (HU) In den letzten Jahren ist der Nordpol zu einem der Symbole des Klimawandels geworden. Aufgrund ihrer bislang noch nicht erschlossenen natürlichen Ressourcen könnte diese Region bald das Epizentrum internationaler Konflikte werden. Dies leitet eine ständige Neubewertung der Region ein, bei der darauf zu achten ist, ob es dem einen oder anderen Staat gelingt, ein deutliches Signal zu setzen, dass er Anspruch auf dieses Gebiet erhebt.

Es ist zwar nicht Aufgabe des Europäischen Parlaments, sich in geografische Debatten über die legitime Zugehörigkeit dieser Region zu verstricken, aber ich möchte dennoch einige Punkte herausstellen.

Erstens: Wenn es strittige Angelegenheiten gibt, dann müssen diese mit legalen und diplomatischen Mitteln beigelegt werden und nicht, indem man eine Flagge in dem Gebiet hisst. Ich glaube, die aktuellen internationalen Regelungen, obwohl alles andere als perfekt, sind doch dazu geeignet, einen Bezugsrahmen zur Beilegung von Problemen mit diplomatischen Mitteln zu bieten.

Andererseits können die bislang unangetasteten Energieressourcen des Nordpols vor dem Hintergrund der steigenden europäischen Nachfrage nach Energie zur Sicherheit der Energieversorgung in Europa beitragen. Wir müssen dann aber erklären, dass die Ausbeutung dieser Ressourcen nicht das biologische Gleichgewicht der Region stören darf. Erwägungen des Umweltschutzes müssen unter allen Umständen respektiert werden. Meiner Ansicht nach bieten die aktuellen internationalen Gesetze diesbezüglich keine Sicherheit.

Ich denke, es ist wichtig, hier anzumerken, dass die Ausbeutung der Ressourcen der Nordpolarregion für die Energieversorgung Europas lediglich eine ergänzende Bedeutung haben wird. Auch werden allein durch die Tatsache des Vorhandenseins dieser Energiereserven die weitergehende Nutzung erneuerbarer Energiequellen und die kontinuierlichen Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz in keiner Weise beeinflusst.

(2) Siehe Protokoll.

26. Die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit verstärken (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0365/2008) von Pier Antonio Panzeri im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über die verstärkte Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit (2008/2062(INI)).

Pier Antonio Panzeri, Berichterstatter. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich kurzfassen, denn es wird so langsam ziemlich spät.

Mein Dank geht natürlich an die Ausschüsse, die eine Stellungnahme abgegeben haben, und an die Schattenberichterstatter, mit denen wir über die vergangenen Monate hinweg zusammengearbeitet haben. Ihren Beiträgen war es teilweise zu verdanken, dass es uns gelang, einen Text zu erarbeiten, der von einer breiten Mehrheit im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten getragen werden konnte.

Wir haben deutlich gemacht, dass die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit als ein Problem angesehen werden muss, das sämtliche Länder betrifft, und dass Europa diesen Kampf aufnehmen muss, wenn es die in Lissabon festgelegten Ziele erreichen will.

Im Text wurden Passagen verabschiedet, die ich für ein so weit verbreitetes Problem wie die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit als ganz wesentlich erachte: Wir sprechen hier von rund 20 % des Bruttoinlandsprodukts Europas. Dies bedeutet, es gibt eine weit verbreitete Praxis der Illegalität. Dies kann nicht toleriert werden, denn es erzeugt eine starke Wettbewerbsverzerrung zwischen den Unternehmen und Regionen und sorgt für weniger Sicherheit bei der Arbeit und für die Erwerbstätigen.

Aus diesem Grund ist es nur gerechtfertigt, dass wir die Aufmerksamkeit auf dieses Problem richten, denn wir brauchen ein schärferes Bewusstsein für den Umstand, dass bei Unterlassen einer ernsthaften Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit diese Probleme in nächster Zukunft wahrscheinlich erst richtig entstehen und gleichzeitig die Sozialversicherungssysteme in Europa nachhaltig geschwächt werden.

Diese Überlegungen waren der Ausgangspunkt für diesen dem Parlament unterbreiteten Vorschlag. Wie ich bereits sagte, enthält der Bericht wichtige Punkte, die wir für nützlich erachten und die zu positiven Ergebnissen und Vorschlägen führen könnten, falls sich die Kommission ebenfalls dazu verpflichtet. Ich denke, ich kann sagen, dass das Europäische Parlament seinen Teil dazu beigetragen hat. Es ist nun an den anderen Institutionen, das Ihrige zu tun, damit wir die Ziele im Kampf gegen die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit erreichen können.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter danken und einige Worte zu einer Reihe im Bericht angesprochener Problembereiche sagen. Tatsache ist, dass nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zunehmend zu einem grenzüberschreitenden Phänomen wird, wie die Kommission in ihrem Grünbuch zur Modernisierung des Arbeitsrechts feststellt. Es ist daher erforderlich, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Unserer Ansicht nach sind die Einrichtung eines Sachverständigengremiums sowie die Entwicklung eines Systems für den Informationsaustausch zwischen den Sozialversicherungsinstitutionen, z. B. den Arbeitsaufsichten, wichtige Schritte hin zur „Einrichtung einer ständigen Gemeinschaftsstruktur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“, wie in Ziffer 53 ausgeführt.

Wir alle sind uns einig, dass größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Problem der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit zu lösen. Ich glaube allerdings, dass die geeignetsten und gerechtfertigsten Maßnahmen generell auf der Ebene der Mitgliedstaaten zu treffen sind. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass das Phänomen nicht angemeldete Erwerbstätigkeit in den Mitgliedstaaten von Land zu Land unterschiedlichen Charakter annimmt. Daher sollten Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene nicht als unmittelbare Priorität ins Auge gefasst werden. Der Bericht schlägt einen „Pakt für das Heraustreten aus der Schattenwirtschaft“ vor, wonach für eine gewisse Übergangszeit weniger strenge Regelungen gelten, die zur Anmeldung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit motivieren sollen. Dies ist zwar eine gute Idee, aber unserer Ansicht nach sollten die Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit den Sozialpartnern handeln, die sich ebenfalls prioritär mit der Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit in ganz Europa befassen. Die Kommission hätte dann die Befugnis, die entsprechenden Initiativen über Kampagnen zu unterstützen, die über das PROGRESS-Programm oder die Strukturfonds finanziert werden können.

Bezüglich der Aufforderung zur Aufstellung eines Rahmenstatuts für Eheleute beziehungsweise Familienmitglieder, die in Familienunternehmen helfen, freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die

Kommission vor kurzem den Vorschlag für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Mann und Frau angenommen hat. Diese Richtlinie wird die Richtlinie 86/613/EWG ersetzen und dafür sorgen, dass Eheleute beziehungsweise Familienmitglieder, die in Familienunternehmen helfen, die gleichen Schutzrechte wie selbständig Beschäftigte beanspruchen können.

Im Rahmen des PROGRESS-Programms arbeitet die Kommission derzeit außerdem an der Entwicklung von Instrumenten und Methoden zur besseren Bewertung und Kontrolle nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie an der Ermittlung und dem Austausch bewährter Praktiken, die es auf EU-Ebene bereits gibt. Wir legen größeren Nachdruck auf den Austausch bewährter Praktiken und hoffen, dass wir auf diese Weise die erforderliche Erfahrung sammeln können, um baldmöglichst ein Pilotprojekt vorschlagen zu können, das für möglichst viele Mitgliedstaaten von Interesse ist.

Ich werde auf die Problematik der illegalen Einwanderung und den Vorschlag, Arbeitgeber zu sanktionieren, die illegal sich aufhaltende Arbeitnehmer aus Drittstaaten beschäftigen, nicht im Detail eingehen. Wir erkennen allerdings die im Bericht zum Ausdruck gebrachte Besorgnis über die Situation der Opfer illegaler Beschäftigung und das Maß der Verantwortung an, das die an einem Arbeitsverhältnis Beteiligten übernehmen, und wir werden diese Besorgnis in unseren Diskussionen mit dem Rat berücksichtigen. Die Kommission freut sich außerordentlich über die Unterstützung des Europäischen Parlaments für ihre Bemühungen, die Übergangsbestimmungen über die Beschränkung der Mobilität von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten nun auslaufen zu lassen.

Abschließend möchte ich sagen, dass dieser äußerst konstruktive Bericht die Kommission und den Rat in ihren Bemühungen beflügeln wird, der Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit mehr Nachdruck zu verleihen und unsere entsprechenden Ziele höher zu stecken.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache beendet.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Louis Grech (PSE), schriftlich. – Die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit beutet die Arbeitnehmer aus, verzerrt den Arbeitsmarkt und liefert skrupellosen Arbeitgebern Wettbewerbsvorteile, was zu einer Schattenwirtschaft auf niedrigem Niveau führt.

Einer der neuralgischen Bereiche nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit findet sich im Milieu der illegalen/irregulären Einwanderer in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Union.

Dieser lukrative Markt billiger Arbeitskräfte wächst derzeit in rasantem Tempo. Dieser Trend wird sich vermutlich fortsetzen, denn die illegalen Einwanderer brauchen Geld und werden sich daher hüten, ihre delinquenten Arbeitgeber anzuzeigen, denn schließlich müssen sie Angst haben, ausgewiesen zu werden. Ich schätze die Bemühungen einiger Mitgliedstaaten, die Maßnahmen zur Eliminierung solch flagranter Gesetzesverstöße unternehmen. Alles in allem jedoch sieht die bisherige Erfolgsbilanz eher mager aus. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen ihre Bemühungen harmonisieren und ihre Rechtssysteme im Sinne einer Verschärfung der Strafen für solche Delikte entsprechend anpassen.

Die Verfügbarkeit illegaler Arbeitskräfte und eine Kultur der Schwarzarbeit, eine laxe Gesetzgebung, skrupellose Arbeitgeber, Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie fallende Rentabilitätsmargen sind ein sehr fruchtbarer Nährboden für ausbeuterische Praktiken.

Ona Juknevičienė (ALDE), schriftlich. – (LT) In der Europäischen Union (EU) gibt es nach wie vor einen ausgedehnten Arbeitsmarkt für die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit. Mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU haben die Fälle nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit zugenommen. Dies hat Nachteile nicht nur für die illegal Arbeitenden, sondern auch für die Finanzen der betroffenen Länder. Illegale Erwerbstätigkeit beeinträchtigt das Funktionieren des Binnenmarktes, indem sie einen wirksamen Wettbewerb verhindert. Die illegal Beschäftigten sind oftmals der Ausbeutung durch ihre Arbeitgeber ausgesetzt. Sie kommen nicht in den Genuss der Sozialversicherungssysteme oder einer regulären Krankenversicherung. Solche Fälle treten besonders häufig in Mitgliedstaaten auf, die immer noch von den Übergangsbestimmungen Gebrauch machen, welche die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten einschränken. Diese Restriktionen leisten der Praxis der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit Vorschub und müssen daher so bald wie möglich abgeschafft werden.

Es ist bedauerlich und unentschuldig für die EU, ihre Bürger solchen völlig unangebrachten Maßnahmen auszusetzen. Bei Befragungen litauischer Arbeitsmigranten, die im Ausland beschäftigt sind, sind sehr oft Beschwerden über Arbeitgeber zu hören, die die Unwissenheit dieser Arbeitnehmer in Bezug auf die vor Ort geltenden Gesetze und deren mangelnde Kenntnisse der Landessprache ausnutzen, um ihre Beschäftigten um ihren Lohn zu prellen. Meiner Ansicht nach muss die EU feste und entschlossene Maßnahmen ergreifen, um die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zu bekämpfen. Derzeit können Arbeitgeber, die Arbeitnehmer illegal beschäftigen, kaum zur Rechenschaft gezogen werden. Sie kommen oft mit unbedeutenden Geldbußen davon, die keine abschreckende Wirkung haben.

Sanktionen, die sich in direkter Weise auf die wirtschaftlichen Interessen solcher Arbeitgeber auswirken, etwa die Aussetzung oder Aufhebung ihrer Geschäftslizenzen – womit ihnen auch der Zugang zu Fördermitteln der Mitgliedstaaten oder der EU verwehrt wäre – wären meiner Meinung nach wesentlich wirkungsvoller. Dadurch könnte die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit eingedämmt oder ihr sogar ein Ende bereitet werden.

Katalin Lévai (PSE), schriftlich. – (HU) In der Eurobarometer-Umfrage zu Ende des Jahres 2007 gaben 5 % der arbeitsfähigen Bürger der Europäischen Union (19,7 Millionen Menschen von insgesamt 392,9 Millionen Einwohnern der EU) zu, einer illegalen Beschäftigung nachzugehen. In einigen Mitgliedstaaten erreichte der Anteil der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit 20 % des BIP oder übertraf diesen Wert sogar. Die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit wirkt sich als permanent nachteiliger wirtschaftlicher Faktor auf den europäischen Arbeitsmarkt aus. Für Beschäftigte wie für Arbeitgeber ist es gleichermaßen schwierig, aus diesem Teufelskreis auszubrechen.

Die Wirtschaftsbereiche, die am meisten unter diesem Phänomen leiden, sind die Landwirtschaft, die Bauwirtschaft, die Haustechnik sowie das Hotel- und Tourismusgewerbe, die sich allesamt durch Arbeitsplatzunsicherheit und Niedriglöhne auszeichnen. Aus diesem Grund dürfen sich die Mitgliedstaaten nicht mit bloßen Absichtserklärungen zufriedengeben, sondern müssen ihre Arbeits- und Beschäftigungsnormen den neuen Realitäten anpassen und aktiv gegen die Schwarzarbeit vorgehen. Ich schlage daher vor, dass die Kommission eine Strategie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Europäischen Union formuliert und den Löwenanteil der Überwachung im Bereich Arbeits- und Sozialrecht übernimmt. Die Mitgliedstaaten müssen ihr Steuerrecht und ihre Sozialversicherungssysteme reformieren, um die erdrückende Steuerlast auf den Faktor Arbeit zu reduzieren.

Dies würde es den Haushalten erlauben, Dienstleistungen zu günstigeren Preisen einzukaufen. Die Einführung von EU-Dienstleistungsgutscheinen könnte dafür sorgen, dass auf Dienstleistungen sowohl Sozialversicherungsbeiträge als auch Steuern entrichtet würden. Für die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit ist allerdings eine wesentliche Voraussetzung, dass die Mitgliedstaaten ihren nationalen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den anderen Mitgliedstaaten öffnen, denn die Teilbeschränkungen in diesem Bereich leisten der Herausbildung regionaler Ungleichheiten Vorschub und kommen einer Abweichung von EU-Prinzipien und vom europäischen Geist gleich.

Sirpa Pietikäinen (PPE-DE), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Pier Antonio Panzeri für seinen ausgezeichneten Bericht über eine effektivere Vorbeugung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit in der EU danken.

Dem Bericht zufolge macht der Anteil der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit in einigen Mitgliedstaaten bis zu 20 % des BIP aus. Insbesondere in diesen Ländern, aber auch in allen anderen EU-Mitgliedstaaten ist die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit ein Problem für die entsprechende Volkswirtschaft. Gleichzeitig verletzt dieser Zustand das Anrecht der Arbeitnehmer auf eine menschenwürdige Arbeit.

Die EU hat sich jedoch in ihrer Agenda der Zielsetzung „menschenwürdige Arbeit“ verschrieben. Diese Zielsetzung läuft jedoch Gefahr, sich in keinerlei Weise in der europäischen Realität niederzuschlagen, es sei denn, es gibt effektive Kontrollmechanismen und ein klares Regelsystem. Schlechte Arbeitsbedingungen und fehlende Arbeitsverträge für Wanderarbeitnehmer, die einer nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit nachgehen, haben zu neuen Formen sozialer Sklaverei in Europa geführt.

Um dem Phänomen nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit zu Leibe zu rücken, brauchen wir eine Politik nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“. Um bei irregulären Arbeitsverhältnissen schneller einschreiten zu können, müssen mehr Kontrollmechanismen verfügbar sein. Der Gewerkschaftsbewegung kommt hier eine wichtige Rolle zu, da sie faire Arbeitsbedingungen vorschlägt, überwacht und untermauert. Nationale Informationskampagnen für ausländische Beschäftigte sind eine Möglichkeit, diese Zielgruppe für die jeweiligen nationalen arbeitsrechtlichen Regelungen zu sensibilisieren.

Tatsache ist, wir werden das Problem nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit nicht ausschließlich durch gesetzliche Regelungen in den Griff bekommen. Faire Arbeitsbedingungen, anständige Bezahlung und eine angemessene soziale Absicherung müssen in allen EU-Ländern, aber auch weltweit garantiert sein. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, in den Genuss eines menschenwürdigen Auskommens und einer sozialen Grundabsicherung zu kommen, unabhängig davon, in welchem Land sie leben.

Rovana Plumb (PSE), schriftlich. – (RO) Das Phänomen der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit ist in sämtlichen Mitgliedstaaten der EU anzutreffen und stellt ein alarmierendes Merkmal des europäischen Wirtschaftsmarktes dar, das den Prinzipien der Flexibilität und Sicherheit zuwiderläuft.

Die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit ist in gewissem Sinn vergleichbar mit dem Duell, das sich Microsoft und die Hacker liefern. Je innovativer unsere Methoden zur Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit sind, umso ausgefallener werden die Tricks unlauterer Arbeitgeber. Das beste Beispiel hierfür ist das Aufkommen eines sogenannten „grauen Arbeitsmarktes“. Dabei vereinbaren Arbeitgeber mit ihren Beschäftigten den gesetzlichen Mindestlohn, während der Rest des tatsächlichen Lohns schwarz ausbezahlt wird.

In Rumänien hat sich dieses Phänomen mehr und mehr ausgebreitet, und derzeit macht der graue Arbeitsmarkt zwischen 20 und 50 % der Gesamtbeschäftigung aus. Beunruhigend an dieser Entwicklung ist, dass es am Anfang eher kleine Unternehmen waren, die sich dieser Methode bedienten, aber mittlerweile auch namhafte Unternehmen dieses Instrument nutzen, um Steuern und Sozialabgaben zu sparen. Die Folge ist, dass die Arbeitnehmer nur sehr geringe Rentenansprüche erwerben, die sie an den Rand der Armut bringen.

Ich habe auf diese Aspekte hingewiesen, weil die zukünftige Strategie zur Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit – wie in dem Bericht ausgeführt – die spezifische Situation in jedem einzelnen Mitgliedstaat berücksichtigen muss. Wir brauchen eine konzertierte europäische Herangehensweise und eine effiziente Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen, den Arbeitsaufsichten und den Sozialpartnern.

27. Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0357/2008) von Alejandro Cercas im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zur Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr (2008/2062(INI)).

Alejandro Cercas, Berichterstatter. – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar! Danke, dass Sie hier sind. Wie Sie wissen, haben sich Rat und Parlament im März 2002 im Rahmen des Vermittlungsverfahrens über die Richtlinie 2002/15/EG geeinigt. Diese Richtlinie formuliert die Erfordernisse in Bezug auf die Arbeitszeiten von Personen, die im Straßenverkehrsgewerbe tätig sind, um deren Gesundheit und Sicherheit zu gewährleisten, um die Straßenverkehrssicherheit sicherzustellen und um die Wettbewerbsbedingungen für alle in diesem Bereich tätigen Unternehmen anzugleichen. Die Richtlinie umfasst alle Arten von Arbeit, nicht nur das Fahren selbst, sondern auch die körperliche Arbeit, die die Fahrer in manchen Fällen verrichten, wenn sie ihre Fahrzeuge be- und entladen oder reinigen.

Das Vermittlungsverfahren löste das schwierigste Problem, das in der Frage bestand, ob selbständige Mitarbeiter einbezogen werden sollen oder nicht. Mit Unterstützung der Kommission einigten sich die Beteiligten darauf, selbständige Mitarbeiter in die Richtlinie mit einzubeziehen, um den Problemen doppelte Gesetzgebung und des Anlegens von zweierlei Maß für selbständige und angestellte Fahrer endlich ein Ende zu bereiten.

Das Fehlen einer einheitlichen Regelung verursachte erhebliche Probleme: Die selbständigen Mitarbeiter hatten extrem lange Arbeitstage, woraus sich Gefahren für deren Leib und Leben und für die Straßenverkehrssicherheit ergaben. Außerdem traten Fahrer als Scheinselbständige auf und verzerrten dadurch die Regeln des fairen Wettbewerbs.

Es war daher ein großer Fortschritt, dieser doppelten Gesetzgebung unter Gewährung einer angemessenen Übergangsfrist ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, und im Jahr 2002 kamen Kommission, Rat und Parlament gleichermaßen zu dem Schluss, dass dies der vernünftigste und logischste Schritt sei.

Wir haben diesen Initiativbericht mit Unterstützung des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr erstellt, Herr Kommissar, weil es nun den Anschein hat, dass dieses Prinzip, dieses Engagement vonseiten der Kommission, des Rates und des Parlaments auf tönernen Füßen steht. Anscheinend gibt es Mehrdeutigkeiten, offenbar gibt es Verwirrung und Erklärungen, mit denen wir nicht zufrieden sein können.

Die Kommission sollte einen Bericht für einen Gesetzesentwurf vorlegen, um dafür zu sorgen, dass diese Selbständigen definitiv mit einbezogen werden. Tatsächlich wurde dieser Bericht letztes Jahr vorgelegt, aber er war nach eigenen Worten der Kommission ungeeignet. Nun warten wir auf den endgültigen Bericht. Dies bedeutet, dass wir jetzt, sechs Monate vor Ablauf der Frist für die Aufnahme der entsprechenden Festlegung, immer noch keinen Bericht oder wie auch immer geartete Initiativen vonseiten der Kommission vorliegen haben.

Aus diesem Grund, Herr Kommissar, hat das Parlament angesichts des nahenden Termins für die Aufnahme der Selbständigen in die neue Richtlinie diesen Bericht erstellt, der zweierlei bewirken soll: Zum einen soll er der Erinnerung dienen, und zum anderen soll er eine Forderung darstellen – denn wir sind uns weder sicher, noch sind wir überzeugt davon, dass es nach wie vor den Willen gibt, den es seinerzeit gegeben hat, dieses Vorhaben umzusetzen. Im Übrigen geht das Gerücht um, dass mit dem Gedanken gespielt wird, die Kriterien zu überdenken.

Der Bericht soll den Rat, die Kommission und das Parlament an ihre Versprechen erinnern, die sie gegenüber Beschäftigten, Unternehmen und allen Bürgern abgegeben haben: dieser Situation, die Brutstätte für Rechtsstreitigkeiten ist, ein Ende zu bereiten. Außerdem ist der Bericht eine Forderung dahingehend, die gemachten Zusagen einzuhalten. Es sind keinerlei Umstände eingetreten, die an den Gründen etwas geändert hätten. Diese Notwendigkeit ist nach wie vor gegeben: Daher müssen wir im Interesse der Gesundheit der Beschäftigten, der Sicherheit im Straßenverkehr und des fairen Wettbewerbs die selbständigen Fahrer in die Richtlinie mit aufnehmen.

Noch eine Bitte zum Schluss, Herr Kommissar. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass Sie zum Ende dieser Wahlperiode an den eingegangenen Verpflichtungen keine Abstriche machen. Wirtschaftliche Forderungen beziehungsweise Einflussnahme vonseiten der betroffenen Branchen mit dem Ziel, unangemessene Wettbewerbsvorteile zu erzielen, dürfen niemals über die von mir angeführten Erfordernisse des Allgemeinwohls gestellt werden.

Aus diesem Grund, und weil es wichtig ist, Herr Kommissar, möchte ich an Sie im Namen aller meiner Parlamentskollegen appellieren, nicht am Gleichgewicht zu rütteln und stattdessen darauf hinzuarbeiten, das versprochene Gesetzeswerk baldmöglichst vorzulegen.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Meine Damen und Herren! Das Europäische Parlament erörtert heute die Umsetzung und mögliche Weiterentwicklung der Richtlinie zu den Arbeitszeiten von Personen, die im Straßenverkehrsgewerbe tätig sind. Dieses spezifische Gesetzeswerk trifft Festlegungen über die Arbeitszeiten von Personen, die im Straßenverkehrsgewerbe tätig sind, also beispielsweise Busfahrer und LKW-Fahrer. Allerdings schließt die Richtlinie selbständige Fahrer nicht mit ein.

Viele Mitglieder dieses Hauses werden sich daran erinnern, dass die Richtlinie 2002 nach einem langwierigen Vermittlungsverfahren verabschiedet wurde, auf dessen Grundlage dann eine komplexe Klausel beschlossen wurde. Diese Klausel legt fest, dass der Geltungsbereich der Richtlinie mit Wirkung vom 23. März 2009 auf sämtliche selbständigen Fahrer ausgeweitet wird, sofern die Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament Bericht in Form einer Folgenabschätzung der gegenwärtigen Umstände erstattet, unter denen selbständige Fahrer nicht in die Richtlinie einbezogen werden, sowie einen Gesetzesentwurf bezüglich dieser selbständigen Fahrern vorlegt.

Obgleich die Frage, ob selbständige Fahrer in den Geltungsbereich der Richtlinie aufgenommen werden sollen oder nicht, ein echtes Dilemma darstellt, lassen Sie mich sagen, dass es sich hier aber auch um ein vorgeschobenes Problem handelt. Hauptziel der Kommission bei der Konzipierung einer Gesetzesvorlage zu den Arbeitsbedingungen im Straßenverkehrsgewerbe ist es, ein hohes Maß an sozialem Schutz, einen fairen Wettbewerb und die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit zu gewährleisten. Dementsprechend hielt es die Kommission für erforderlich, ein spezielles Regelwerk für Beschäftigte im Straßenverkehrsgewerbe in Form eines besonderen Begleitgesetzes zur allgemeinen Arbeitszeitrichtlinie einzuführen.

Allerdings haben sich die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Fahrpersonals nach 2002 erheblich geändert. Dies ist eine positive Entwicklung. Dank Ihrer Hilfe und insbesondere der Hilfe von Helmuth Markov wurden 2005 neue Bestimmungen zu Lenkzeiten, Ruhezeiten und Inspektionsverfahren verabschiedet.

Während die 2002 beschlossene Arbeitszeitrichtlinie ursprünglich nur für angestellte Fahrer galt, gelten die 2005 beschlossenen Bestimmungen für angestellte und selbständige Fahrer gleichermaßen. Die Bestimmungen greifen für 80 % der Arbeitszeit sämtlicher Fahrer. Demnach wurden die begründeten Bedenken des Parlaments in Bezug auf diese Angelegenheit, die im Verlauf des Vermittlungsverfahrens zur Arbeitszeitrichtlinie 2002

geäußert wurden, ordnungsgemäß ausgeräumt. Bezüglich der Reform der Arbeitszeitrichtlinie 2002 ist es kein Geheimnis, dass sich die Haltungen der einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Angelegenheit sehr voneinander unterscheiden und dass auch die Sichtweisen innerhalb der Mitgliedstaaten und innerhalb des Verkehrsgewerbes ziemlich voneinander abweichen.

Die Kommission veröffentlichte ihren Bericht über die Folgen der Ausnahme selbständiger Fahrer aus dem Geltungsbereich der Richtlinie im Mai 2007. Der Bericht kam zu zwei Schlussfolgerungen. Erstens wurde festgestellt, dass es sowohl bei der Einbeziehung als auch bei der Nichteinbeziehung selbständiger Fahrer Vor- und Nachteile gab. Zweitens hat die Umsetzung der Richtlinie zu Problemen geführt, denn die Mitgliedstaaten fanden es schwierig, die Bestimmungen durchzusetzen. Das Problem bestand im Wesentlichen darin, dass einige Fahrer zu Unrecht als selbständig eingestuft wurden. Die entsprechenden Fahrer sind nach Einschätzung des Verkehrsgewerbes zwar offiziell als selbständig einzustufen, sie sind in Wirklichkeit jedoch von einem bestimmten Unternehmen abhängig und können sich ihre Arbeit auch nicht selbst nach ihren Wünschen einteilen. Wie ich bereits ausführte, sind diese Fahrer in einer besonders schwachen Position, und obwohl die Richtlinie bereits für sie gilt, sind bei deren Umsetzung noch erhebliche Verbesserungen erforderlich. Die Kommission hat die Übertragung der Richtlinie in nationales Recht sorgsam überwacht und ggf. bei festgestellten Verstößen gegen die Bestimmungen Sanktionsverfahren eingeleitet. Sobald die Mitgliedstaaten die Übertragung der Richtlinie in ihr jeweiliges nationales Recht abgeschlossen hatten, führten wir eine gründliche Qualitätsprüfung dieser Übertragung durch. Dies führte in vielen Fällen, bei denen Regelverstöße festgestellt wurden, zur Einleitung von Sanktionsverfahren.

Gegenwärtig führt die Kommission eine Folgenabschätzung durch mit dem Ziel, eine kompakte Basis für eine in diesem Jahr auszuarbeitende Gesetzesvorlage aufzustellen. Es wäre demnach verfrüht, wenn die Kommission bereits jetzt einen Standpunkt zu den Aspekten beziehen würde, welche die Problematik der selbständigen Fahrer betreffen und sich mit der Frage beschäftigen, ob diese Zielgruppe in den Geltungsbereich der Arbeitszeitrichtlinie einbezogen werden soll oder nicht.

Ich begrüße den Bericht von Alejandro Cercas, insbesondere die Entwicklungen bei der Angelegenheit der Übertragung. Wie ich aber zuvor bereits sagte, ist die Kommission der Ansicht, dass die in dem Bericht dargelegte Lösung nicht das Problem der vollständigen und korrekten Übertragung der Richtlinie auf die von ihr bereits erfassten Beschäftigten berücksichtigt. Dies ist es, woran wir bis jetzt gearbeitet haben, und was wir hoffen, mit dem nächsten Änderungsantrag zu erreichen.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache beendet.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Mary Lou McDonald (GUE/NGL), schriftlich. – Das Straßenverkehrsgewerbe ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der EU. Die Einhaltung der Regeln des Straßenverkehrs sowie der Arbeits- und Ruhezeiten ist grundlegende Voraussetzung für die Straßenverkehrssicherheit sowie für die Gesundheit und Sicherheit von Fahrern und Mitfahrenden.

Insbesondere begrüßen wir die Einbeziehung sämtlicher Beschäftigter dieses Sektors, auch der selbständigen Fahrer, in die Arbeitszeitregelungen. Dies wird für faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb des Sektors sorgen.

Es muss außerdem klar sein, dass die Richtlinie Mindestanforderungen definiert und auf keinen Fall dazu führen darf, dass die in einigen Mitgliedstaaten bereits bestehenden vorteilhafteren Bedingungen nach unten angeglichen werden.

28. Förderung der sozialen Integration und Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0364/2008) von Gabriele Zimmer im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über die Förderung der sozialen Integration und Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)).

Gabriele Zimmer, Berichterstatterin. – (DE) Herr Präsident! Zunächst bedauere ich, dass zu dem Initiativbericht, den ich im Auftrag des Ausschusses hier vorstellen soll, weder eine offene Debatte im Plenum möglich ist,

noch Änderungsanträge gestellt werden können. Eine solche Selbstbeschränkung der Abgeordneten in unseren ureigensten Rechten und auch die Abwertung der Initiativberichte halte ich für nicht hinnehmbar.

Wir haben im Ausschuss eine sehr intensive Debatte zu den heute vorliegenden Berichten geführt, mit über 200 Änderungsanträgen, 40 Kompromissänderungsanträgen, aber auch zwei Anhörungen von Experten und Stakeholdern, all dies in enger Zusammenarbeit mit dem Frauenausschuss. Das zeugt auch von einem überaus großen Interesse unter den Abgeordneten an diesem Thema.

Mit überwältigender Mehrheit quer durch alle Fraktionen hat sich der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten für die Weiterentwicklung der EU-Strategie für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgesprochen – und ich hoffe, morgen wird das auch das gesamte Plenum tun! Der Ausschuss hat keinen Zweifel daran gelassen, dass angesichts von 78 Millionen Menschen in Armut, darunter 19 Millionen Kinder, die EU und ihre Mitgliedstaaten in der Pflicht stehen, konkrete, messbare Ziele zur Förderung der sozialen Integration und zur Beseitigung der Armut zu setzen.

Die Kommission hat vor wenigen Tagen Prinzipien für die Strategie einer aktiven Integration vorgeschlagen, die vom Europäischen Rat gebilligt werden soll. Wir als Ausschuss unterstützen diese Vorschläge, soweit sie uns im Vorfeld bekannt waren. Wir gehen aber weiter und fordern in unserem Bericht dazu auf, einen ganzheitlichen Ansatz zur aktiven sozialen Integration zu entwickeln.

Dieser muss nach unserer Auffassung auf vier Pfeilern beruhen: erstens, armutsfeste Einkommen durch soziale Mindestsicherungssysteme, Mindestlöhne; zweitens, aktive Arbeitsmarktpolitik für bessere Arbeitsplätze und auskömmliche Einkommen; drittens, verbesserter Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge und Qualitätsdienstleistungen; viertens, verbesserte Teilhabe der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen an der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Strategie. Und in diese Strategie wollen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe integrieren.

Als Ausschuss kritisieren wir, dass noch nicht einmal alle EU-Staaten über ein flächendeckendes Netz der sozialen Mindestsicherung verfügen. In vielen Mitgliedstaaten liegt das Niveau der Mindestsicherung unterhalb der EU-Armutrisikoschwelle. Deshalb fordern wir, dass Einkommen aus sozialer Mindestsicherung und Erwerbsarbeit nicht zu Einkommensarmut führen dürfen. Wir fordern den Rat auf, EU-weite Zielvorgaben zum Niveau der sozialen Mindestsicherung – also mindestens 60 % des nationalen Medianeinkommens – und von Mindestlöhnen – mindestens 60 % des nationalen bzw. auch branchenspezifischen Durchschnittslohns – zu vereinbaren. Die Mitgliedstaaten sollen diese Zielvorgaben innerhalb einer bestimmten Frist unter voller Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und in Anwendung der offenen Methode der Koordinierung erreichen.

Große Aufmerksamkeit hat der Ausschuss in seinen Beratungen zu diesem Bericht der Bekämpfung der Kinderarmut gewidmet. Für uns steht dabei das Wohlergehen der Kinder im Mittelpunkt. Wir gehen von den UNO-Rechten des Kindes aus und leiten daraus ab, dass ein politischer ganzheitlicher Anspruch auf die Bekämpfung von Kinderarmut besteht.

Wir weisen darauf hin, dass aus unserer Sicht ein entscheidendes Momentum sowohl für die soziale Integration von Erwachsenen, aber auch gerade von Kindern und insbesondere von besonders armutsgefährdeten Gruppen unter Kindern, der Zugang zu Dienstleistungen hoher Qualität ist. Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, als ersten Schritt die Kinderarmut bis 2012 um 50 % zu senken. Ferner bekräftigen wir unsere Entschliebung vom Januar dieses Jahres zur Beseitigung des Phänomens der Straßenkinder bis zum Jahr 2015.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, einige Worte zu dem Bericht zu sagen. Wie Sie wissen, hat die Kommission in der erneuerten Sozialagenda den Aspekt der Bekämpfung der Armut als integralen Bestandteil der Sozialagenda hervorgehoben, und die Empfehlung zur sozialen Integration hat diese Idee aufgegriffen. Ich freue mich, dass der von der Berichterstatterin in ihrem Redebeitrag vorgestellte Bericht Unterstützung für diese Empfehlung zum Ausdruck gebracht hat und auch einige der in der Empfehlung geäußerten wesentlichen Einschätzungen wohlwollend aufnimmt. Lassen Sie mich sagen, dass die Kommission umfassenden Bemühungen um die soziale Integration erhebliche Bedeutung beimisst. Ein noch größeres Augenmerk richtet sie allerdings auf das Problem der Kinderarmut. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass hier zum ersten Mal in der Amtszeit der aktuellen Kommission dieses Thema auf solch ausgezeichnete Weise dargelegt wurde. Unser Ziel ist es, auch künftig in dieser Richtung weiterzuarbeiten, denn es ist ziemlich klar, dass ererbte Armut – Armut, die von den Eltern an die Kinder weitergegeben wird – eines der ernstesten soziologischen

Probleme im Zusammenhang mit Armut ist. Unserer Ansicht nach ist es äußerst wichtig, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Meine Damen und Herren! Es ist offenkundig, dass die Kommission diesbezüglich auf die Unterstützung des Parlaments zählen kann. Selbstverständlich werde ich die künftige Weiterentwicklung der Dokumente und des Berichts mit Interesse verfolgen. Es ist außerdem auch ziemlich klar, dass die Kommission bei ihren künftigen Bemühungen um soziale Integration in erheblichem Umfang auf die Beschlüsse und Stellungnahmen des Parlaments zurückgreifen wird: Dies ist keine Angelegenheit, die mit einer Mitteilung allein gelöst werden kann. Auch kann dieser Kampf nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums von wenigen Wochen oder Monaten gewonnen werden.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache beendet.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Slavi Binev (NI), schriftlich. – (BG) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meiner Unterstützung für den Bericht von Gabriele Zimmer über die Förderung der sozialen Integration und Bekämpfung der Armut Ausdruck verleihen. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist eine EU-Priorität, aber es gibt zahlreiche Hindernisse für eine ordentliche Sozialisierung.

Ich möchte Sie mit einem beispiellosen Fall in Bulgarien vertraut machen, der zeigt, wie die Behörden die Chancen tausender Kinder einschränken, in den Genuss von Bildung zu kommen und etwas aus ihrem Leben zu machen. Die staatliche Verwaltung setzt christliche Kinder in den staatlichen Schulen einer religiösen Diskriminierung aus. Wegen des muslimischen Festes Ramazan Bayram, das nur in islamischen Ländern ein offizieller Feiertag ist, blieben mit offizieller Billigung des bulgarischen Bildungsministeriums in den Regionen Kardzhali, Razgrad, Targovishte und Shumen die Schulen zwei Tage lang geschlossen, um dieses muslimische Fest zu feiern. Trotz des säkularen Charakters des bulgarischen Bildungswesens wurde in den Schulen dieser Regionen ein religiöser Feiertag proklamiert. Die bulgarischen Kinder wurden folglich dazu gezwungen, dem Unterricht fernzubleiben.

Bulgarien ist ein christliches Land, und es gibt keinerlei staatliche Verfügungen, dass im Land muslimische Feiertage zu beachten sind. Warum also bleiben staatliche bulgarische Schulen an nichtbulgarischen religiösen Festtagen geschlossen – auf Kosten der eigenen Landeskinder, stillschweigend und ohne weitere Erklärung? Eine bestimmte Person beziehungsweise bestimmte Leute in Bulgarien haben offensichtlich ein Interesse daran, dass die staatlichen Schulen leer bleiben, um die türkischen Moscheen zu füllen.

Bairbre de Brún (GUE/NGL), schriftlich. – (GA) Programme zur Förderung der sozialen Integration sollten in erster Linie auf das Recht des Menschen auf ein Leben in Würde abzielen und seine Einbeziehung in die Gesellschaft sicherstellen. Zu diesem Zweck müssen solche politischen Konzepte für ein Einkommensniveau sorgen, das die Menschen vor Armut und Ausgrenzung bewahrt.

Dieser Bericht unterstützt die Europäische Kommission in ihren Bemühungen, diesen wichtigen Schritt zu gehen, der den Kampf gegen die Armut und für die soziale Integration sichtbar machen wird. Der Bericht plädiert nachdrücklich dafür, die Strategie anhand der Entwicklung klarer Indikatoren und konkreter Ziele zu intensivieren. Er betont die Notwendigkeit eines umfassenderen Ansatzes im Kampf gegen die Armut, der eine Reihe von EU-Politikprogrammen einschließt.

Von besonderer Bedeutung sind die Rufe des Berichts nach einem Mindestlohn und einem Mindesteinkommen, nach vorrangiger Eliminierung der Kinderarmut sowie nach dem Zugang von Bevölkerungsgruppen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, zu öffentlichen Dienstleistungen. Diese Ansätze müssen ergänzt werden durch die Erleichterung der sozialen Integration anhand von Maßnahmen wie Wohnungsbau, Bildung, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen sowie anhand von Programmen zur Unterstützung der Einkommenssituation von Alleinstehenden und Familien.

Proinsias De Rossa (PSE), schriftlich. – Dieser Bericht wurde als ein ganzheitlicher Ansatz zur Ausrottung der Armut beschrieben. Da allerdings die globalen Turbulenzen an den Finanzmärkten weiterhin unsere Bürger und Volkswirtschaften beuteln, ist uns heute bewusster denn je, dass wir in einer vernetzten Welt mit vielen gegenseitigen Abhängigkeiten leben.

Politische Maßnahmen innerhalb der Union wirken sich ebenso außerhalb der Union aus. Daher sollten Probleme außerhalb der Union auch die politischen Maßnahmen innerhalb der Union beeinflussen. Wir können den Kampf gegen die Armut in Europa nicht vom globalen Kampf gegen die Ausgrenzung abkoppeln.

Kinderarbeit verschärft die Armut weiter und verdammt Generation auf Generation zu Unwissenheit, Krankheit und frühem Tod. Der richtige Platz für Kinder ist die Schule. Eine entwickelte Wirtschaft kann nicht durch ungebildete Arbeitskräfte aufgebaut werden. Kinder, die arbeiten, schließen ihre Eltern von dieser Arbeit aus und verhindern dadurch, dass diese für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Kinder, die arbeiten, tragen somit zur weiteren globalen Abwärtsfahrt bei.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE), schriftlich. – (PL) Im Jahr 2005 lebten in der Europäischen Union 78 Millionen Menschen (16 %) an der Armutsgrenze. Derzeit lebt jeder fünfte EU-Bürger unter Substandard-Bedingungen; jeden Tag müssen 1,8 Millionen Menschen in Obdachlosenunterkünften übernachten; 10 % der EU-Bürger leben in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig ist; die Langzeitarbeitslosigkeit beträgt ganze 4 %; von den Beschäftigten erhalten 15 % Niedrigstlöhne; und 8 % der Beschäftigten leben in Armut, obwohl sie Arbeit haben. Hinzu kommt, dass 19 Millionen Kinder von Armut betroffen sind.

Unter den Mitgliedstaaten der EU gibt es einige, die immer noch kein angemessenes nationales System der sozialen Sicherheit etabliert haben.

In diesem Zusammenhang ist der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Ansatz zu einer aktiven sozialen Integration aner kennenswert. Die Politik der sozialen Integration muss die Grundrechte aller Menschen auf ein Leben in Würde sicherstellen und ihnen die Möglichkeit geben, Teil der Gesellschaft zu sein. Sie muss außerdem für einen integrierten Arbeitsmarkt und einen besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen sorgen, sie muss die Geschlechtergleichheit garantieren und Diskriminierung verhindern.

Gegenwärtig ist das Sozialhilfeniveau niedriger als die Armutsschwelle. Die Mitgliedstaaten müssen dieses Niveau anheben, um das Hauptziel zu erreichen: die Menschen aus der Armut herauszuheben. Sozialschutzprogramme müssen den Menschen effektive Hilfe zuteil werden lassen und sie dabei unterstützen, eine solide Beschäftigung zu finden.

Unmittelbarer Handlungsbedarf besteht bei der Hilfe für Kinder, die unter einer ganzen Reihe von Hemmnissen leiden – Kinder von Einwandererfamilien, vernachlässigte Kinder, ausgebeutete Kinder und misshandelte Kinder.

Louis Grech (PSE), schriftlich. – Nach der letzten – nach wie vor andauernden – Finanz- und Wirtschaftskrise und deren globalen Auswirkungen habe ich den Eindruck, dass eine Neubewertung der Definition und Schwellenwerte für Armut erforderlich ist.

Ich bin besorgt darüber, dass ein beträchtlicher Teil der Armut nicht so offenkundig sichtbar ist wie dies noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war, aber ich fürchte, sie ist dennoch ebenso real vorhanden. Die modernen Lebensstile sorgen dafür, dass diese neue Armut zu einem großen Teil kaschiert wird.

Die Kaufkraft vieler Haushalte wird durch stark ansteigende Kosten im Allgemeinen und speziell für Nahrungsmittel, Gesundheit und Strom immer mehr untergraben. Familien mit niedrigem Einkommen, Rentner, Arbeitslose und andere Nischengruppen innerhalb unserer Gesellschaft laufen Gefahr zu verarmen. Sie müssen ums Überleben kämpfen, denn diese Kosten verbrauchen den größten Teil ihres monatlich verfügbaren Einkommens.

Angesichts einer zu erwartenden Rezession ist mit einer rapiden Verschlechterung der Leistungskraft der Volkswirtschaften weltweit zu rechnen. Dies würde unweigerlich Instabilitäten in allen Bereichen der Wirtschaft zur Folge haben. Kürzungen bei Sozialprogrammen und sozialen Dienstleistungen würden die Lebenssituation derjenigen, deren Kaufkraft sowieso bereits im Schrumpfen begriffen ist, weiter verschärfen.

Ich denke, dass sich die Union und die Mitgliedstaaten mit diesem Problem auseinandersetzen müssen, um die drastischen Ungleichheiten und die Not, die mit versteckter Armut für viele EU-Bürger verbunden ist, zu vermindern.

Livia Járóka (PPE-DE), schriftlich. – Die Notwendigkeit der Ausrottung der Kinderarmut wird in der Europäischen Union als wichtige Angelegenheit betrachtet. Die am stärksten benachteiligte Minderheit sind

insbesondere die Kinder der Roma. Hier fehlt es an Unterstützung in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit.

Die Kombination dieser Faktoren resultiert in einer unheilvollen Situation, in der die Roma-Kinder keinerlei Zukunftsperspektiven haben und in der die Roma und ihre Kinder sozial ausgegrenzt werden, insbesondere in Fällen, wo die Kinder der Roma in extremer Armut aufwachsen. Solche Umstände verwehren den Roma-Kindern die Chance, ihre vorhandenen und ihnen zustehenden Rechte wahrzunehmen. Roma-Kinder, die in Armut aufwachsen, haben nicht die Möglichkeiten, die die Mehrheit der Bevölkerung ohne Einschränkungen nutzen kann. Soziale Ausgrenzung und Kinderarmut müssen in die Politikgestaltung auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten einbezogen werden, insbesondere in Bereichen, bei denen es um die aktive soziale Integration geht.

Aktuelle Studien zeigen, dass etwa 50 % der Roma Voll- oder Halbanalphabeten sind. 30 % der Roma-Kinder zwischen 3 und 10 Jahren leiden an schweren Krankheiten, z. B. TB. Die Lebenserwartung der Roma liegt 10 Jahre unter der Lebenserwartung der Mehrheitsbevölkerung. Das Maß an sozialer Ausgrenzung, das die Roma in der Kindheit erfahren, verstärkt sich mit dem Erwachsenwerden weiter. In den meisten europäischen Städten sind 90 % der Roma arbeitslos und haben auch wenig Aussichten, demnächst Arbeit zu finden. Dieser Teufelskreis muss im Namen der sozialen Kohäsion innerhalb der EU durchbrochen werden.

Magda Kósáné Kovács (PSE), schriftlich. – (HU) Das Wohlergehen unserer Kinder beruht auf einer gesunden Umwelt, ordentlichen Wohnverhältnissen, gesunder Ernährung und dem Zugang zu Bildung. Der Arbeitstitel des Berichts ist zu umfassend, als dass er die Situation der Kinder angemessen würdigen könnte. Er kann daher das Ausmaß, in welchem Kinderarmut die Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft mit beeinflusst, schwerlich zum Ausdruck bringen und die entsprechenden Auswirkungen lediglich andeuten.

Der Bericht behandelt in komplexer Weise die Themen Integration und Armut. Manchmal tut er dies mit einem ganzheitlichen Ansatz, manchmal richtet er das Augenmerk auf Risikogruppen wie ethnische Minderheiten, Migranten, Alte und Behinderte unter besonderer Beachtung der Lage von Frauen und Kindern. Selbstverständlich teile ich die Ansicht, dass Beschäftigung das wichtigste Instrument ist, um aus der Armut auszubrechen. Für sich allein genommen ist Beschäftigung jedoch keine Garantie für soziale Integration oder die Überwindung der Armut.

Der Bericht macht auch deutlich, dass es auch unter denjenigen, die Arbeit haben, viele Arme gibt. Ein Grund hierfür – um die Ausführungen des Berichts zu unterstreichen – ist in schlechten Arbeitsbedingungen und einem ungerechten Entlohnungssystem zu suchen, denen bestimmte benachteiligte Gruppen ausgesetzt sind. Es ist bedauerlich, dass dieses Dokument, das sich die Betrachtung des Problems aus unterschiedlichen Blickwinkeln zum Ziel gesetzt hat, keine Möglichkeit bietet, die Problemlagen bestimmter Risikogruppen genauer unter die Lupe zu nehmen. Angesichts des Engagements der Verfasserin und des Inhalts des Berichts bin ich mir allerdings sicher, dass dieser Beitrag die Institutionen dabei unterstützen wird, Gesetze zu entwerfen, die ihren Zweck erfüllen, nämlich denjenigen zu helfen, denen sie helfen sollen: den Armen.

Siiri Oviir (ALDE), schriftlich. – (ET) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder Mensch sollte ein Anrecht haben, in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dazu zählen auch das Recht auf Arbeit und das Recht, wirtschaftlich tätig zu sein. Jeder Mensch sollte außerdem das Recht auf einen normalen Lebensstandard haben und auf Wohlergehen in der Gesellschaft, in der er lebt.

Beschäftigung ist zweifellos der beste Weg, der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu entgehen. Dabei ist es allerdings seltsam, dass in der EU heute 20 Millionen Menschen, die Arbeit haben, trotzdem in Armut leben. Die meisten von ihnen sind Frauen.

Meiner Ansicht nach muss zusätzlich zu Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Armut unter der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere unter Frauen, in der EU größere Beachtung geschenkt werden.

Zur Stimulierung des Arbeitsmarkts muss eine Studie zu EU-Programmen erarbeitet werden. Damit die Menschen in den Genuss von größerer sozialer Sicherheit kommen können, benötigen wir ein Sprungbrett in den regulären, einträglichen und rechtssicheren Arbeitsmarkt.

Ich bin außerdem der Ansicht, dass die Entlohnung für Arbeit in den Mitgliedstaaten (der Mindestlohn) fair sein und den Lebensunterhalt des Arbeitenden sichern muss, um zu verhindern, dass Arbeitende in der Armutsfalle landen.

Ich begrüße das in dem Bericht formulierte EU-Ziel eines Mindestlohns von mindestens 60 % des relevanten (nationalen, sektoriellen usw.) Durchschnittslohns und die Tatsache, dass sich die Mitgliedstaaten auf einen Zeitplan zur Erreichung dieses Ziels geeinigt haben.

Nur eine Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit kann die Beschäftigungssituation und die soziale Integration verbessern.

Rovana Plumb (PSE), schriftlich. – (RO) Neun Jahre nach dem Start der Initiative „Menschenwürdige Arbeit für alle“ verdient die Hälfte der Arbeitnehmer weltweit weniger als 2 US-Dollar am Tag. Im Jahr 2007 betrug die Beschäftigungsquote bei Frauen 49 % der Gesamtbevölkerung, während sie bei Männern bei 74,3 % lag.

In Rumänien kommen lediglich 15 % aller Arbeitnehmer in den Genuss menschenwürdiger Arbeitsplätze, und die Zahl der Frauen, die Gefahr laufen, Opfer von Armut zu werden, ist ungefähr 10 % höher als bei Männern. Der Verdienstunterschied ist offensichtlich. Männer verdienen in den meisten Wirtschaftsbereichen mehr als Frauen: Die monatliche Differenz beträgt etwa ein Drittel des jeweiligen landesüblichen Mindestlohns.

Die von der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführte und anlässlich des Internationalen Frauentags veröffentlichte Studie belegt deutlich, dass es sich Europa nicht mehr länger erlauben kann, das Potenzial der Frauen zu ignorieren. Für die Erreichung der Geschlechtergleichstellung ist der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt und zu menschenwürdiger Arbeit entscheidend. Der Zugang zu menschenwürdiger Arbeit für alle Bürger muss eine Priorität der Beschäftigungspolitik sein, denn dies ist der grundlegende Mechanismus der sozialen Integration und gleichzeitig die einzige nachhaltige Lösung für den Kampf gegen die Armut.

Katrin Saks (PSE), schriftlich. – (ET) Soziale Integration und Kinderarmut sind Themen, die wir ernst nehmen sollten, und in dieser Hinsicht ist die Ausschussinitiative zu begrüßen. Wir sollten dessen ungeachtet fragen, ob unsere Vorhaben ehrgeizig genug sind. Die Mitgliedstaaten müssen diesbezüglich mehrere wichtige Schritte unternehmen.

Was wir am meisten brauchen, um die soziale Ausgrenzung zu vermindern, sind Einkommen, von denen die Menschen leben können. Wir sollten anerkennen, dass in den meisten EU-Staaten, in denen es einen Mindestlohn gibt, dieser Mindestlohn für ein normales Auskommen nicht reicht.

Bei dem Problem der sozialen Ausgrenzung spielen gekürzte Sozialleistungen eindeutig eine Rolle. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wird in Estland derzeit laut darüber nachgedacht, staatliche Förderprogramme für Kinder zu kürzen, um den Staatshaushalt zu sanieren. Eine universelle Förderung für Kinder sollte allen Kindern zustehen, denn außer der unmittelbar praktischen Unterstützung hat eine solche Förderung eine erhebliche symbolische Bedeutung. Als frühere Ministerin für Bevölkerung und aktuelle Präsidentin des estnischen Kinderschutzbundes ist mir diese Problematik ausgesprochen vertraut, und ich werde alles daransetzen, dass diese Unterstützung nicht abgeschafft wird, auch wenn sie kostspielig ist und sich wenig rechnet.

Zusätzlich zur einkommensorientierten Unterstützung gibt es wichtige zielgruppenorientierte Beihilfen für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, beispielsweise für alte Menschen, Alleinerziehende, kinderreiche Haushalte und Behinderte. In Verbindung mit individuellen Hilfen sowie medizinischer und sozialer Betreuung sollen Beihilfen der genannten Art finanzielle Mehrbelastungen abfedern. Die Unterstützungen, die es im Vereinigten Königreich für ältere Menschen gibt, damit sie im Winter ihre Wohnungen heizen können, und die verhindern sollen, dass arme Menschen ohne Energieversorgung in ihrem Haushalt leben müssen, geben ein ausgezeichnetes Vorbild ab für die anderen Mitgliedstaaten, auch für Estland.

Silvia-Adriana Țicău (PSE), schriftlich. – (RO) Straßenverkehrsdienstleistungen machen 1,6 % des BIP aus und bieten 4,5 Millionen Bürgern der Europäischen Union Arbeit.

Die Wirtschaft und die Gesellschaft im Allgemeinen hängen in hohem Maße von einem funktionierenden Straßenverkehr ab, denn 44 % des Güterverkehrs läuft über die Straße, und 85 % des Personenverkehrs wird mit PKW, Bus oder Reisebus abgewickelt.

Ich denke, um die rechtlichen Erfordernisse in Bezug auf die sozialen Bedingungen zu erfüllen, müssen die Mitgliedstaaten in die Straßenverkehrsinfrastruktur investieren und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um ein angemessenes Investitionsniveau für die Entwicklung ihrer Straßenverkehrsinfrastruktur zu garantieren. In diesem Zusammenhang muss dem Bau sicherer Parkplätze Vorrang eingeräumt werden.

Damit wir keine künstlichen Hemmnisse für den freien Güterverkehr haben, habe ich über einen Änderungsantrag angeregt, dass die Kommission dem Europäischen Parlament einen Bericht zur Situation der Verkehrskontrollen in jedem Mitgliedstaat vorlegt. Angesichts der Tatsache, dass bestimmte Arten von Verkehrskontrollen den freien Güter- und Personenverkehr einschränken, habe ich die Kommission aufgefordert, die vorhandene Gesetzgebung zu überprüfen und eigene Änderungen vorzuschlagen, um ein konsistentes System von Verkehrskontrollen sicherzustellen.

29. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

30. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 00.25 Uhr geschlossen.)